

Hg. | Ernst Hillebrand
Justyna Schulz

ZWISCHEN FREUNDSCHAFT UND FRUST – DEUTSCHLAND UND POLEN 30 JAHRE NACH DEM NACHBARSCHAFTSVERTRAG



Instytut Zachodni

**FRIEDRICH
EBERT**

STIFTUNG

ZWISCHEN FREUNDSCHAFT UND FRUST –

DEUTSCHLAND UND POLEN 30 JAHRE
NACH DEM NACHBARSCHAFTSVERTRAG

Hg. | Ernst Hillebrand
Justyna Schulz

ZWISCHEN FREUNDSCHAFT UND FRUST –

DEUTSCHLAND UND POLEN 30 JAHRE NACH DEM NACHBARSCHAFTSVERTRAG



**FRIEDRICH
EBERT**
STIFTUNG



Instytut Zachodni

© 2021 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Vertretung in Polen
ul. Poznańska 3/4, 00-680 Warschau, Polen
www.polska.fes.de

© 2021 by Instytut Zachodni im. Zygmunta Wojciechowskiego
ul. Mostowa 27 A, 61-854 Posen, Polen
www.iz.poznan.pl

Alle Rechte vorbehalten.

Verantwortlich:

Dr. Ernst Hillebrand | Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau

Dr. Justyna Schulz | Direktorin des Instytut Zachodni

Zusammenarbeit: Dr. Joanna Andrychowicz-Skrzeba

Lektorat: Eckard Schuster

Satzkorrektur: Enrico Wagner

Übersetzung: Anja Schmidt, Bernhard Hartmann

Layout und Gestaltung: Ewa Wąsowska

Satz und Druck: CERDRUK

Printed in Poland 2021

ISBN 978-83-64062-60-5

Für die inhaltlichen Aussagen dieser Veröffentlichung tragen die Autorinnen und Autoren der jeweiligen Beiträge die Verantwortung. Die geäußerten Meinungen sind ihre persönlichen Meinungen und müssen nicht den Meinungen der Friedrich-Ebert-Stiftung, des Instytut Zachodni oder der Institutionen entsprechen, die die Autorinnen und Autoren vertreten.

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und dem Instytut Zachodni (IZ) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES und IZ nicht gestattet.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	7
-------------------	---

1. Die politischen bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern

Ernst Hillebrand	
Dialog der Taubstummen? Die deutsch-polnischen Beziehungen heute	11
Justyna Schulz	
30 Jahre nach dem Vertrag: Gefangen in Mittelmäßigkeit? Paradoxe, Hindernisse und Perspektiven	25

2. Polen und Deutschland als Partner in der EU

Kai-Olaf Lang	
Ambitionen und Barrieren einer diversifizierten Partnerschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Europäischen Union	41
Magdalena Bainczyk	
Deutschland und Polen gemeinsam (?) in Europa	57

3. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland

Adrian Stadnicki	
Polen – Ein wichtiger Partner der deutschen Wirtschaft	69
Sebastian Plóciennik	
Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens	79

4. Sicherheit und Verteidigung

Heinrich Brauß	
Deutschland und Polen – unentbehrliche Partner in der Sicherheits- und Verteidigungsvorsorge	91
Krzysztof Malinowski	
Perspektiven für die Sicherheitskooperation	107

5. Grenzregionen und kommunale Zusammenarbeit

Thomas Kralinski

Zusammenwachsen und zusammen wachsen. Wie die Vision einer gemeinsamen Wachstumsregion zwischen Deutschland und Polen aussehen kann 117

Jarosław Jańczak

Die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit 127

6. Bildung, Universitäten, Kultur, Jugendaustausch

Stephan Erb

Bildung und Begegnung – Der deutsch-polnische Jugendaustausch 143

Krzysztof Szewior

Die Organisation der Deutschlandstudien in Polen – Forschung und Lehre 157

7. Minderheiten und Migrant_innen – kulturelle Identität

Rafał Bartek

Die deutsche Minderheit als Brücke für die deutsch-polnische Zusammenarbeit in dreißig Jahren Nachbarschaftsvertrag 175

Marta Neüff und Kamila Schöll-Mazurek

Polen in Deutschland – zwischen gleichberechtigter Teilhabe und EU-Bürgerschaft zweiter Klasse 187

8. Geschichtspolitik

Klaus Ziemer

Geschichtspolitik. Seit der Jahrtausendwende Konfliktfeld in den deutsch-polnischen Beziehungen 199

Stanisław Żerko

Das historische Gedächtnis in den deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989. Einige Anmerkungen aus polnischer Perspektive 211

Autorinnen und Autoren 225

Vorwort

Im Juni 1991 unterzeichneten die Regierungschefs und Außenminister Polens und Deutschlands in Bonn den „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschlands und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“. Die beiden Länder verpflichteten sich darin, „ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft zu gestalten“.

Wo stehen wir heute, dreißig Jahre nach der Unterzeichnung dieses Vertrages im Verhältnis unserer beiden Länder? Was ist aus der angestrebten „engen friedlichen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit auf allen Gebieten“ geworden?

Die Antwort fällt nicht leicht. Und vor allem fällt sie nicht eindeutig aus. Sehr vieles wurde erreicht. Aber es bleiben auch Unterschiede und Missverständnisse, vor allem in politischen und gesellschaftlichen Fragen – Missverständnisse, die in den letzten Jahren sogar eher zu- als abgenommen haben.

Das Instytut Zachodni und das Warschauer Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung haben sich entschlossen, angesichts des ambivalenten Charakters dieser Entwicklung das Jubiläum der Vertragsunterzeichnung zum Anlass zu nehmen, eine Bilanz des Erreichten zu ziehen – und zwar aus der Perspektive beider Ländern, Polens wie Deutschlands. Dabei orientierten wir uns inhaltlich an den wesentlichen Hauptabschnitten des Vertrages und den dort genannten Felder der Zusammenarbeit. Dabei nehmen wir nicht in Anspruch, allen wichtigen Aspekten dieser komplizierten Nachbarschaft auch nur annähernd gerecht geworden zu sein.

Die Autorinnen und Autoren stammen aus verschiedenen wissenschaftlichen Institutionen Polens und Deutschlands oder aus der Praxis der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Uns ist es wichtig, dass dieses Buch verschiedene Perspektiven berücksichtigt. Das deutsch-polnische Verhältnis ist nun mal komplex – und diese Komplexität muss sich auch in einem Sammelband wie dem vorliegenden widerspiegeln. Wir danken als Herausgeber an dieser Stelle allen Autorinnen und Autoren sehr herzlich für ihre Bereitschaft, sich auf dieses Unternehmen eingelassen zu haben.

Wir geben dieses Buch in der Hoffnung heraus, damit einen Beitrag zu einer konstruktiven Debatte zwischen unseren beiden Ländern und Gesellschaften zu leisten. Dieses Buch soll der Vertiefung des Dialogs dienen, dem Austausch und dem besseren Verständnis – und damit zur weiteren Verbesserung des Verhältnisses unserer beiden Länder beitragen.

Justyna Schulz, Ernst Hillebrand

Warschau – Posen, November 2021

Die politischen bilateralen Beziehungen zwischen beiden Ländern



Ernst Hillebrand

Dialog der Taubstummen? Die deutsch-polnischen Beziehungen heute

Dreißig Jahre nach dem Abschluss des Nachbarschafts- und Freundschaftsvertrags bieten die deutsch-polnischen Beziehungen ein eigenwilliges Gemisch aus Gelungenem und Misslungenem, aus Erfolgen und Frustrationen. Der schwierigste Bereich in dieser Mischung aus Licht und Schatten sind wohl tatsächlich die politischen Beziehungen, zumindest seit Herbst 2015, der in beiden Ländern, aus unterschiedlichen Gründen, eine Zäsur markiert. Ein klarer Ausdruck dieser Problematik ist die Tatsache, dass die im Nachbarschaftsvertrag vorgesehenen Regierungskonsultationen seit 2018 nicht mehr stattgefunden haben. Die politischen Apparate in Warschau und Berlin, aber auch Teile der Medien, scheinen in einem negativen Feedback-Loop gefangen, in dem sich beide Seiten mit immer denselben Vorwürfen und Kritiken wechselseitig beharken, ohne nach Feldern zu suchen, auf denen sich nach vorne gerichtete Formen der Kooperation etablieren ließen. Die Liste der Themen, um die sich die Konflikte und Meinungsverschiedenheiten ranken, ist hinreichend bekannt: Auf polnischer Seite *Nord Stream 2*, Reparationen und die Rechte der polnischstämmigen Bevölkerung in Deutschland, kombiniert mit einem Grundmisstrauen gegenüber der deutschen Russlandpolitik; auf deutscher Seite die Zweifel an der Justizreform in Polen und der polnischen Familien- und Genderpolitik. Hinzu kommt die Haltung Polens in der Migrationsfrage und bezüglich der vertieften Integration der EU. „Noch nie seit

dem Fall des Kommunismus glich der Kontakt zwischen den beiden Ländern so sehr einem Dialog von Gehörlosen.¹ Und natürlich liegt über allem, immer noch, die Last einer einzigartig bitteren Geschichte.²

Allerdings erklärt, trotz all seiner Bedeutung, der historische Faktor das Ausmaß der heutigen Spannungen nicht ausreichend. Die Last der Geschichte gab es ja auch in anderen, besseren Phasen des bilateralen Verhältnisses. Das Besondere der heutigen deutsch-polnischen Beziehungen besteht aus Sicht des Autors darin, dass hier zwei politisch-ideologische „Sonderwege“ aufeinanderprallen, deren Unterschiede deutlich über die „normale“ Ost-West-Differenz innerhalb Europas hinausgehen.³ Jeder dieser Sonderwege – der Warschauer wie der Berliner – steht fast paradigmatisch für einen Pol des wichtigsten ideologischen Konflikts, der die europäische(n) Gesellschaft(en) heute spaltet: des Gegensatzes zwischen Befürwortern und Gegnern des Nationalstaats und der mit ihm verbundenen Vorstellungen von (Staats-) Volk, Kultur und Gemeinschaft. Die einen, die „Kosmopoliten“, wollen den Nationalstaat „europäisch“ überwinden, während die anderen („Kommunitaristen“) den demokratischen Nationalstaat als politisches Zentralsubjekt erhalten und gestärkt wissen wollen. Die einen befürworten Einwanderung und ethnisch-kulturelle und religiöse Vielfalt, die anderen stehen dieser skeptisch gegenüber und verteidigen etablierte Nationalkulturen und die christliche kulturelle und spirituelle Grundprägung Europas. Was das deutsch-polnische Verhältnis so besonders macht, ist die Tatsache, dass in diesen beiden Ländern jeweils eine dieser Positionen in einer besonders reinen Form politisch und gesellschaftlich dominiert. Diese Spiegelverkehrtheit der Leitideologien zeigt sich sehr schön in einer aktuellen Vergleichsstudie der Universität

¹ Bielecki, Jędrzej: *Nowy Porządek Świata*, in: *Plus Minus/Rzeczpospolita*, Nr. 158, 10./11.07.2021, S. 8.

² Siehe hierzu auch Bingen, Dieter: *Unfähig zu trauern? Warum es in Deutschland schwerfällt, polnischer Opfer zu gedenken*, in: Bingen, Dieter/Lengemann, Simon (Hg.): *Deutsche Besatzungspolitik in Polen 1939–1945 – Eine Leerstelle deutscher Erinnerung?*, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 2019.

³ Siehe hierzu auch Krastev, Ivan: *Europadämmerung*, Berlin 2017.

Münster zu den Konflikten um Identität, Zugehörigkeits- und Bedrohungsgefühlen in verschiedenen Ländern Europas (Deutschland, Polen, Frankreich und Schweden). In allen untersuchten Ländern fühlen sich erhebliche Teile der Bevölkerung politisch und kulturell marginalisiert – aber während sich in Deutschland vor allem die „Kommunitaristen“ ausgegrenzt fühlen, sind es in Polen die „Kosmopoliten“.⁴

Zwei Sonderwege

Betrachten wir zunächst den polnischen „Sonderweg“: Die seit 2015 regierende Koalition unter der Führung der PiS ist geprägt von einem national-konservativen Weltbild, das in dieser Form innerhalb der EU – sieht man von Ungarn ab – nirgendwo ähnlich dominierend ist. Die Mischung aus Nationalismus und Souveränismus nach außen und Katholizismus und Wertekonservatismus nach innen führt zu einer Politik, die im klaren Gegensatz zum Wertekanon der Funktions- und Kultureliten in den meisten anderen Staaten Europas steht. Der starke historische Bezug im Weltbild der PiS bringt ein tiefes Misstrauen gegenüber den historischen Teilungs- und Besatzungsmächten Deutschland und Russland mit sich, das in dieser Doppelform in den wenigsten Ländern der EU geteilt wird. Der historisch begründete „Souveränismus“ führt das Land notwendigerweise in eine konfrontative Abwehrstellung gegenüber dem auf der Idee eines wachsenden Souveränitätstransfers nach Brüssel basierenden Elitenkonsens in der Mehrheit der Staaten Westeuropas.

Gleichzeitig positioniert und inszeniert sich Polen als Wahrer von traditionellen „Werten“ vor allem in gender- und familienpolitischen Fragen. Dies wäre vor zehn Jahren vermutlich eher ein Nebenkriegsschauplatz gewesen, ist heute aber im Zuge der identitätspolitischen

⁴ Back, Mitja/Echterhoff, Gerald/Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Schlipphak, Bernd: *Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung*, https://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/religion_und_politik/aktuelles/2021/workingreport_verteidigerentdecker.pdf.

Wende der Wertesysteme in den westlichen Gesellschaften zu einem zentralen symbolpolitischen Konfliktfeld geworden. Durch dieses Festhalten an einem traditionell konservativ-katholischen Wertekanon in gesellschaftspolitischen Fragen, einem integrations skeptischen Zugang zur europäischen Politik und einer aktiven Geschichtspolitik, die historische Konflikte als innenpolitische Mobilisierungs- und Polarisierungsthemen begreift, stellt sich das Land in einen klaren Gegensatz zu den dominierenden politischen Trends in der Mehrheit der EU-Staaten. Verschärfend hinzu kommt in den letzten Jahren ein eher zögernder Zugang zum Thema Kohleausstieg und CO₂-Reduktion, der durch die hohe Abhängigkeit Polens von fossilen Brennstoffen bei der Energieproduktion geprägt wird.⁵

Genauso wie in Polen tragen aber auch Teile des politischen Wertesystems der deutschen Funktionseliten Züge eines ideologisch-politischen Sonderwegs.⁶ Nirgendwo sonst in Europa ist die Dominanz eines „kosmopolitischen“ und „proeuropäischen“ Weltbilds so ausgeprägt wie zwischen Rhein und Oder. Wie im Falle Polens sind auch in Deutschland die Gründe für diese Entwicklung in der Geschichte des Landes und deren Interpretation zu suchen. Dies gilt insbesondere für die deutsche Zivilreligion des „Pro-Europäismus“. Das Bekenntnis zur „ever closer union“ hat längst den alten bundesrepublikanischen „Verfassungspatriotismus“ als Leitideologie der deutschen Eliten abgelöst. Dieser deutsche Pro-Europäismus weist unbewusste Elemente christlicher Erlösungs- und Wiederauferstehungsvorstellungen auf. Es geht darum, die Sünden der (nationalen) Vergangenheit zu überwinden und als neue geläuterte Wesen (Europäer) wiedergeboren zu werden. Deutschland hat im Dritten Reich dem Rest Europas unermessliches Leid zugefügt. Grund für diese Verbrechen, so die Lesart, war übersteigter Nationalismus. Um diese Sünden wieder abzuwaschen,

⁵ Wobei, das sei nebenbei bemerkt, der deutsche Pro-Kopf-Ausstoß an CO₂ immer noch höher ist als der Polens. Werte für 2019 aus EDGAR – *Emissions Database for Global Atmospheric Research*, <https://edgar.jrc.ec.europa.eu/>, 05.07.2021.

⁶ Hierzu auch Marschall, Christoph: *Wir verstehen die Welt nicht mehr – Deutschlands Entfremdung von seinen Freunden*, Freiburg i. Br. 2018.

müssen der Grund und das Vehikel dieser mörderischen Hybris – der Nationalstaat – überwunden werden. Der Verzicht auf einen eigenen starken Nationalstaat ist der Preis, den die Deutschen bereit sind dafür zu zahlen. Die Belohnung für diesen Akt der Reue besteht in der Wiederauferstehung als blütenweiße „Europäer“, die das blutbesudelte Kleid der deutschen Identität endlich für immer abgelegt haben.⁷

Die Wurzel dieser Sehnsucht nach „europäischer“ Erlösung ist ein immer noch wirksames Gefühl moralischer Erschütterung über die Verbrechen, die dieses Land in der Vergangenheit an Menschen des eigenen Volks, vor allem aber anderer Staaten – und besonders der jüdischen Bevölkerung Europas – begangen hat.⁸ Zum Sonderweg wird dies schlicht dadurch, dass andere Länder dieses Bedürfnis nach Überwindung ihrer als weit weniger problematisch empfundenen nationalstaatlichen Identität deutlich schwächer empfinden. Wolfgang Streeck zitierte in der *ZEIT* einen griechischen Politikwissenschaftler mit den Worten „Ich kann verstehen, wenn ihr Deutschen eure Nationalität loswerden wollt. Aber verlangt von uns nicht, dass wir dasselbe tun, um euch dabei zu helfen.“⁹

Im Moment betreiben somit die Entscheidungsträger beider Länder, Deutschlands wie Polens, Politik auch als Art historische Traumatherapie – hier ein Schuld-, dort ein Opfertrauma. Es geht untermischellig oft um mehr als nur reine Sachfragen, sondern um moralisch aufgeladene Vorstellungen von falsch und richtig, um Gut und Bö-

⁷ Der Religionsphilosoph Hans Joas bemerkte zu diesen spezifisch deutschen Vorstellungen einer europäischen Identität: „Wie heißt es so schön: Sagt jemand von sich, er sei Europäer, dann hat er sich schon als Deutscher enttarnt“, Interview mit Hans Joas in der *FAZ* vom 06.10.2012, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/soziologe-hans-joas-mich-schaudert-das-tremolo-in-den-europa-reden-11916327.html>, 26.08.2021.

⁸ Hierzu auch Moses, Dirk A.: *The German Catechism*, in: *Geschichte der Gegenwart*, 23.05.2021, <https://geschichtedergegenwart.ch/the-german-catechism/print/>, 05.07.2021.

⁹ Streeck, Wolfgang: *Europäische Union: Nicht ohne meine Nation*, <https://www.zeit.de/2017/18/europaeische-union-nationalstaat-deutschland-neoliberalismus/komplettansicht>.

se.¹⁰ Dies gilt nach innen – hier die „Polen der schlechteren Art“, dort „Dunkeldeutschland“ – wie nach außen. Der polnische „Märtyrer unter den Nationen“ steht einem selbsternannten deutschen „Moral-Weltmeister“ (Heinrich August Winkler) gegenüber, der eine „moralische Deutungshoheit“ auch im Umgang mit anderen Ländern für sich beansprucht.¹¹ Und beide Seiten lügen sich dabei natürlich auch ein bisschen in die eigene Tasche. Die Regierung in Warschau verschweigt, wie sehr die beeindruckende Erfolgsgeschichte Polens nach 1990 der raschen und großzügigen Integration Polens in die EU geschuldet ist; einer Integration, die von Deutschland massiv unterstützt wurde. Sie verschweigt, welch enormen Anteil die Öffnung der Güter- und Arbeitsmärkte der EU für die Überwindung der schweren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen der Transitionsperiode nach 1990 hatte. Und sie verdrängt, wie sehr die gegenwärtige Unterordnung außenpolitischer unter innenpolitische Überlegungen das Verhältnis Polens nicht nur zu Deutschland belastet, sondern auch zu anderen Ländern. Die vorgeblich der Affirmation polnischer Interessen dienende Politik stärkt Polens internationale Stellung nicht, sondern schwächt sie.

Aber genauso unwahrhaftig ist natürlich auch die deutsche Erzählung vom vorbildlichen Altruismus der deutschen Politik. Deutschland hat sich seit den 50er-Jahren des 20. Jahrhunderts angewöhnt, seine eigene Interessenpolitik systematisch in einen „proeuropäischen“ Diskurs zu kleiden. Die mit der Schaffung der EWG verbundene Souveränitätsbeschränkung Deutschlands, die europäische „Selbstfesselung“ des Landes, war nicht nur eine europäische Zukunftsgeste, sie war auch zutiefst im deutschen nationalen Interesse, da sie schlicht die Voraus-

¹⁰ Siehe auch Merkel, Wolfgang: *Wissenschaft, Moral und Demokratie*, in: *Wiener Zeitung*, 24.12.2020, <https://www.wienerzeitung.at/meinung/gastkommentare/2086389-Wissenschaft-Moral-und-Demokratie.html>.

¹¹ Stegemann, Bernd: *Die Moralfalle*, Berlin 2018, hier S. 66. Hierzu auch Heinrich August Winkler: „Was die Tendenz zur moralischen Selbstüberhöhung angeht, könnte man fast schon von einem neuen deutschen Sonderweg sprechen“, Interview mit Heinrich August Winkler, *Die Welt*, 21.08.2021, <https://www.welt.de/kultur/literarischewelt/plus233177103/Historiker-Heinrich-August-Winkler-Es-ist-ein-Desaster.html?cid=socialmedia.email.sharebutton>, 23.08.2021.

setzung dafür war, dass Deutschland im Kreis der westeuropäischen Länder wieder als Partner (und Wirtschaftsmacht) zugelassen wurde. Diese europäische Umetikettierung nationaler Interessen ist in den letzten Jahrzehnten nicht weniger intensiv geworden. Die Schaffung des europäischen Binnenmarkts war nicht zuletzt im Interesse der deutschen Großkonzerne, denen der deutsche Binnenmarkt längst zu klein geworden war. Und die „Rettung“ des Euros rettete nicht zuletzt das deutsche Exportmodell, das seit der Einführung der Gemeinschaftswährung aufgrund eines für Deutschland künstlich niedrigen Wechselkurses wie auf Steroiden läuft.

Fehlende Stoßdämpfer

So stehen sich heute im deutsch-polnischen Verhältnis zwei politisch-administrative Systeme gegenüber, die beide in einer eigenen weltanschaulichen Logik gefangen sind. Aus diesem gegenseitigen Verhaktsein – der jeweils andere ist gerade in den Bereichen fundamental anders, wo das eigene ideologische System besonders sensibel ist – scheint im Moment kaum ein Ausweg möglich.¹² Denn was in den deutsch-polnischen Beziehungen im Moment auch schwächelt, sind die zivilgesellschaftlichen „Stoßdämpfer“, die Eintrübungen auf der Ebene der politisch-administrativen Systeme auszugleichen vermögen. Nicht nur die Politik, auch die organisierte Zivilgesellschaft hat im Moment wenige Gemeinsamkeiten. Der kulturelle Austausch ist gering, das Wissen um die Alltagskultur des Nachbarlandes vor allem in Deutschland sehr spärlich: Kino, Fernsehen, Musik funktionieren kaum als Vehikel eines positiven Bildes der anderen Gesellschaft.¹³ Dies ist in Bezug auf

¹² Kritisch über den einseitigen deutschen Blick auf Polen Nölke, Andreas: *Der verhängnisvolle Umgang mit Polen und Ungarn*, in: *Makroskop*, 01.12.2020, <https://makroskop.eu/47-2020/der-verhaengnisvolle-umgang-mit-polen-und-ungarn/>, 15.07.2021.

¹³ Siehe hierzu auch Fritz, Philipp: *Die Freundschaft zu Polen ist in unserem ureigenen Interesse*, in: *Die Welt*, 17.06.2021, <https://www.welt.de/debatte/kommentare/article231879839/Deutsch-polnische-Beziehungen-Auf-bessere-Nachbarschaft.html>.

andere große europäische Länder anders. Auch der Tourismus – der tendenziell völkerverständigend wirkt, da er Wissen und Erfahrungen schafft – ist schwächer entwickelt als in anderen Nachbarschaftsverhältnissen. Die Sprachbarriere ist schwer zu überwinden: Polnischunterricht findet in Deutschland kaum statt, und auch in Polen sinkt die Zahl der Deutschlernenden.¹⁴

Die in den vergangenen dreißig Jahren gewachsenen organisierten zivilgesellschaftlichen Kontakte auf der Ebene von Freundschaftsvereinen, Städte- und Gemeindepartnerschaften tragen immer noch, sie werden aber zunehmend durch den politisch-ideologischen Konflikt auf der Metaebene kontaminiert. Die Medien auf beiden Seiten leisten kaum einen Beitrag zur Vertiefung des Wissens und zu einem besseren Verständnis des jeweils anderen Landes; im Falle des staatlichen polnischen Fernsehens tragen sie sogar aktiv zur Verschlechterung bei. Allerdings sind auch in deutschen Medien positive Nachrichten über Polen eher selten zu finden. Das Wissen in Deutschland um das Ausmaß der deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg in Polen ist gering und wird in den deutschen Schulen nicht vermittelt. Viele Beobachter aus Polen kommen ohnehin nicht umhin festzustellen, dass in der deutschen Gesellschaft antipolnische Ressentiments immer noch vorhanden sind und sich in den letzten Jahren wieder verstärkt haben.¹⁵ „Alte Stereotypen und ein altes grundlegendes Desinteresse an Polen bestehen in Deutschland leider weiterhin“, fasste der deutsch-polnische Journalist Basil Kerski die Situation vor Kurzem zusammen.¹⁶

Es ist auch dieser *mismatch* auf zivilgesellschaftlicher Ebene, der das deutsch-polnische Verhältnis heute so mühsam erscheinen lässt.

¹⁴ Łada, Agnieszka/Loew, Peter Oliver: *Wybory kanclerza nas nie podziela*, in: *Rzeczpospolita*, 15.06.2021.

¹⁵ Jurasz, Witold: *Polen und Deutschland oder ein Ehepaar nach der Krise*, in: *Forum Dialog*, 01.06.2021, <https://forumdialog.eu/2021/06/01/polen-und-deutschland-oder-ein-ehepaar-nach-der-krise/>.

¹⁶ Kerski, Basil: *Epochenwechsel – Reflexionen zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages*, Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 14.06.2021, <https://www.kas.de/de/web/polen/publikationen/einzeltitel/-/content/epochenwechsel>, 07.07.2021.

Im Grunde haben die beiden Gesellschaften im Moment keine ausreichenden Antennen zueinander – beziehungsweise nur Antennen, die eine Hälfte der Gesellschaft nicht erreichen. Dies gilt selbst für die Kirchen, die im Kalten Krieg immer einen Kommunikationskanal zwischen beiden Gesellschaften darstellten. Während sich die polnische Amtskirche in einer konservativen Bunkermentalität einigelt und sich an einem fundamentalkatholischen Rollback selbst kleinster Liberalisierungsschritte (wie beim restriktiven polnischen Abtreibungsrecht) versucht, hat sich der deutsche Klerus mit dem „synodalen Weg“ dem Zeitgeist weitestgehend ergeben. Viel haben sich auch diese beiden kirchlichen Subsysteme im Moment nicht zu sagen.

Ähnliches lässt sich auch für den unmittelbar politischen Bereich feststellen. Die deutschen Regierungsparteien verfügen über sehr gute Beziehungen zu den oppositionellen polnischen Parteien – und über keinerlei Kommunikationskanäle zu den aktuellen Regierungsparteien im Sejm. Die informelle politische Kommunikation, die über Austausch, gegenseitiges Kennenlernen und Zusammenarbeit in den Gremien der Brüsseler Politik und der europäischen Parteienzusammenschlüsse eine zusätzliche Ebene der Vertrauensbildung schafft, findet zwischen den politischen Akteuren, die heute in Berlin und Warschau die Regierungsgeschäfte führen, nicht statt.

Wie weiter?

Natürlich stellt sich die Frage, wie es mit den politischen und zwischenstaatlichen Beziehungen in den nächsten Jahren weitergehen wird. Wirklich dringend ist die Frage allerdings nicht. Denn weder die schwierigen politischen Beziehungen noch die schwache Grundierung im institutionell-zivilgesellschaftlichen Bereich haben bis heute größere Kollateralschäden verursacht. Die wirklich wichtigen politischen, ökonomischen, ökologischen und militärischen Entscheidungen haben in der EU und der NATO eigene Orte, die von den negativen Folgen gestörter bilateraler Beziehungen weitgehend isoliert sind. Gute

politische Beziehungen zwischen zwei Ländern sind heute innerhalb der EU ein Extra, das man haben kann, aber nicht haben muss. Die wirtschaftlichen Beziehungen boomen unbeeinflusst von der Politik. Deutsche Rentner kaufen sich weiterhin Ferienwohnungen an der polnischen Ostseeküste, während die polnischstämmigen „Mustermigranten“, angeführt vom CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak und dem Delivery-Hero-Gründer Lukasz Gadowski, ihren ebenso diskreten wie beeindruckenden Marsch durch die (deutschen) Institutionen fortsetzen. Und bei den jungen Menschen in beiden Ländern bestimmen zunehmend Netflix, Amazon und Facebook auf ziemlich identische Weise, was in deren Köpfen vorgeht. Einen nicht unerheblichen Teil der kulturellen Normierungsmacht haben staatliche Bildungssysteme und religiöse Institutionen in beiden Ländern längst an wirkmächtigere kommerzielle Kräfte abtreten müssen.

Dennoch sei an dieser Stelle kurz darüber nachgedacht, was für eine Verbesserung des bilateralen Verhältnisses getan werden kann. Aus deutscher Sicht bietet sich eine Reihe von Möglichkeiten für symbolpolitische Gesten. Von übergeordneter Bedeutung wäre sicherlich das Füllen der „Leerstelle in der deutschen Erinnerung“ in Bezug auf die Verbrechen der deutschen Besatzer in und an Polen in den Jahren 1939 bis 1945. Der Umgang mit diesen Verbrechen sowohl auf der erinnerungspolitischen wie auf der juristischen Seite in Deutschland war und ist völlig unzulänglich. „Das Leid der polnischen Zivilbevölkerung in diesem Krieg“, so Außenminister Heiko Maas vor kurzem, ist „zu lange Zeit nur ein Splitter in der deutschen Erinnerung“ gewesen.¹⁷ Es ist zu hoffen, dass sich dies zumindest auf der symbolischen Ebene durch die vom Bundestag beschlossene Förderung der Schaffung eines Gedenkortes für die polnischen Opfer ändert und die deutsche Gesellschaft insgesamt einen bewussteren und informierteren Umgang mit der deutschen Besatzungszeit in Polen findet. Vielleicht würde eine

¹⁷ Grußwort des Bundesministers des Auswärtigen in dem Konzeptpapier des Auswärtigen Amtes zur Schaffung eines Ortes des Erinnerns und der Begegnung mit Polen, Berlin, September 2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2482192/b066a68fd345413e8406c39cf21d6816/210915-konzept-data.pdf>, 22.09.2021.

solche stärkere Wahrnehmung der spezifischen Geschichte Polens auch der deutschen Gesellschaft erlauben, die Gründe für Polens Festhalten an der Bedeutung von Eigenstaatlichkeit und (demokratischer) Souveränität besser zu verstehen.

Wichtig erscheint aber auch eine Ergänzung dieser historischen Symbolpolitik durch eine konkrete und zukunftsorientierte Agenda der Zusammenarbeit. Die Ansatzpunkte würde der Autor eher auf der Ebene von wirtschaftlicher und wissenschaftlich-technischer Kooperation sehen. Die kommenden Herausforderungen – Energiewende, Ausstieg aus der Kohle, Digitalisierung, Artificial Intelligence, E-Mobilität, Internet der Dinge, 3D-Druck – erfordern von allen industriellen Produktionsstandorten enorme Anstrengungen. Beide Länder, Polen aber noch mehr als Deutschland, stehen vor der Aufgabe, ihre Wirtschaft auf eine Periode erheblicher technologischer Veränderungen einzustellen. Polens Grad der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern ist sehr hoch, ebenso wie die CO₂-Intensität der Produktion. Der Grad der Automatisierung und Robotisierung ist vergleichsweise gering, die Ausgaben für Forschung und Entwicklung quer durch die Wirtschaft sind deutlich zu niedrig. Die Ambitionen der polnischen Gesellschaft, in puncto Pro-Kopf-Einkommen und Lebensstandard zu Westeuropa aufzuschließen, lassen sich nur erfüllen, wenn es gelingt, eine erhebliche gesamtwirtschaftliche Produktivitätssteigerung zu organisieren.¹⁸

Eine technologiepolitische Modernisierungspartnerschaft, die auf eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Forschungs- und Innovationssystemen beider Länder, eine verstärkte Übertragung von F+E-Funktionen im Rahmen der konzerninternen Arbeitsteilung deutscher Großkonzerne und die Unterstützung des Aufbaus leistungsfähiger Innovations- und Forschungssysteme in Polen setzt, wäre eine Form der Zusammenarbeit, von der beide Seiten profitieren könnten. Und die in einer zeitgemäßen, vorausschauenden Form dem Umstand

¹⁸ Siehe hierzu auch Griveson, Richard/Bykova, Alexandra/Hanzl-Weiss, Doris/Hunya, Gabor/Korpar, Niko/Podkaminer, Leon/Steher, Robert/Stoellinger, Roman: *A New Growth Model in EU-CEE*, Berlin 2021, <http://library.fes.de/pdf-files/ido-moe/17843.pdf>.

Rechnung trägt, dass Deutschland in Polen immer noch etwas gutzumachen hat. Eine solche, eher in die Breite gehende Technologie- und Modernisierungspartnerschaft, die auf die Stärkung von Innovations- und Forschungssystemen setzt, hätte vermutlich eine größere Wirkung als die Suche nach symbolischen Großprojekten à la Airbus oder die Schaffung einer Hochgeschwindigkeitsstrecke Paris-Berlin-Warschau. Nichts spricht gegen so eine Trasse, aber der wirtschaftliche und technologische Mehrwert eines solchen Symbolprojekts für Polen wäre vermutlich zunächst einmal gering.

Wie wahrscheinlich ist es, dass es zu einer kurzfristigen Verbesserung der politischen Beziehungen kommt? Der Optimismus des Autors ist begrenzt. Einige der Themen des negativen Feedback-Loops der letzten Jahre werden sicherlich mit der Zeit ihre Bedeutung verlieren, aber andere drohen hinzuzukommen. Grundsätzlich ist festzustellen, dass die politische Öffentlichkeit in Deutschland immer noch nicht so recht verarbeitet hat, dass sich die ökonomische Geografie Europas in den letzten Jahrzehnten doch erheblich verändert hat. Damit fehlt auch ein Gespür dafür, dass sich mit den wirtschaftlichen Fortschritten in Ostmitteleuropa auch die politischen Gewichte in Europa verschoben haben. Mit Berlin ist die deutsche Hauptstadt zwar nach Osten gerückt, der Blick der politischen und kulturellen Eliten geht aber immer noch zunächst nach Westen.

Insgesamt ist daher wohl eher mit einem weiteren Vor-sich-hin-Schleppen der bilateralen Beziehungen zu rechnen. Oder – auch das sollte nicht ausgeschlossen werden – sogar mit einer Verschlechterung. Mit der zu erwartenden Regierungsbeteiligung der „Grünen“ in Berlin werden die Forderungen nach der Reduktion von CO₂-Emissionen und nach einem beschleunigten Kohleausstieg (ohne Einstieg in die Kernenergie) einen noch größeren Stellenwert in der deutschen Politik erhalten. Das verheißt für das Verhältnis zu Polen und anderen kohleabhängigen ostmitteleuropäischen Ländern zunächst einmal wenig Gutes. Zudem ist vorstellbar, dass sich die deutsche Haltung gegenüber der polnischen Regierung auch aus anderen Gründen eher verhärtet wird: Identitätspolitische Themen, aber auch Migrationspolitik

und Multikulturalismus spielen für die Grünen ideologisch eine weit wichtigere Rolle als für CDU oder SPD. Die Berliner und Warschauer Sonderwege könnten bei grüner Regierungsbeteiligung noch härter aufeinanderprallen als bisher. Auf der anderen Seite könnten politische Veränderungen in beiden Gesellschaften auch relativ schnell ein deutlich günstigeres Klima für die bilateralen Beziehungen entstehen lassen – denn die Gesellschaften selbst werden sich auf der Alltagsebene erfreulicherweise immer ähnlicher.

Justyna Schulz

30 Jahre nach dem Vertrag: Gefangen in Mittelmäßigkeit? Paradoxe, Hindernisse und Perspektiven

Die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen begann in einer Zeit, als die Grenzen geöffnet wurden und der allgegenwärtige Optimismus zur Annahme über das Ende der Geschichte führte, wie Francis Fukuyama es treffend ausdrückte.¹ Die Sowjetunion löste sich selbst auf und verschwand in der Versenkung. Russland zeigte sich bereit, der NATO beizutreten. Es war eine Zeit sehnsüchtig erwarteter geopolitischer Veränderungen. Das westliche Modell von Demokratie und Marktwirtschaft galt als alternativlose, höchste Form der gesellschaftlichen Entwicklung, die Übernahme westlicher Lösungsansätze als einzig sinnvolle Option. Westdeutschland wurde dabei als natürlicher Verbündeter Polens betrachtet, umso mehr, als im politischen Denken Polens seit den 1980er-Jahren das Konzept herangereift war, dass eine dauerhafte Anbindung an Westeuropa nur nach der Wiedervereinigung Deutschlands möglich sei.

Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom Juni 1991 war der zweite Schritt hin zur Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989. Für Polen unerwartet begannen damals Politiker der regierenden CDU, die Endgültigkeit

¹ Fukuyama, Francis: *Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir?*, Kindler, München 1992.

der deutsch-polnischen Grenze infrage zu stellen.² Polen bestand daher auf einer formalen Anerkennung der gemeinsamen Grenze durch Deutschland, wozu es am 14. November 1990 mit der Unterzeichnung des Grenzvertrags durch Hans-Dietrich Genscher und Krzysztof Skubiszewski kam. Die Frage der Reparationen und Entschädigungen wurde dabei ausgeklammert. Vorrangiges Ziel Polens war die Einbindung in die transatlantisch-westeuropäischen Strukturen. Ungeachtet der damaligen Rhetorik stellte der Nachbarschaftsvertrag eine Abkehr von den Prinzipien dar, auf denen die westeuropäische Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg fußte. Deutschland musste nämlich Entschädigungsfragen regeln, bevor eine Vertiefung der europäischen Integration erfolgen konnte.

Der Vertrag von 1991 sollte die Grundlagen für Sicherheit und Wohlstand in der Region legen. Die Verfasser gingen zu Recht davon aus, dass hierfür Institutionen und Aktivitäten notwendig sein würden, die eine Intensivierung der Kontakte in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft sowie innerhalb der Zivilgesellschaft und unter Jugendlichen ermöglichen. So wurden Institutionen und Kooperationsplattformen ins Leben gerufen, von denen sich der gegenseitige Handel und der Jugendaustausch als die erfolgreichsten herausstellten. Begünstigt wurde die Umsetzung der Vertragsbeschlüsse durch die geopolitische Lage. Die Tatsache, dass Deutschland Mitglied in der NATO und der Europäischen Union war und somit in Institutionen, denen Polen beitreten wollte, setzte Anreize dazu, die Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Wirtschaft zu intensivieren. Die deutsch-polnischen Beziehungen partnerschaftlich zu gestalten, erwies sich als eine besondere Herausforderung. Für Polen war die bestehende Asymmetrie besonders auf wirtschaftlichem Gebiet belastend, für Deutschland wiederum lastete ein historisches Erbe.

² Wiegrefe, Klaus: *Kohl riskierte seine Kanzlerschaft für deutsch-polnische Grenzfrage*, 23.07.2021, in: *Der Spiegel*, <https://www.spiegel.de/panorama/helmut-kohl-riskierte-seine-kanzlerschaft-fuer-deutsch-polnische-grenzfrage-a-25c0d58a-0002-0001-0000-000178494489>; Wiegrefe, Klaus: *Es gibt unverantwortliche Schwätzer, denen der Mund gestopft gehört*, 25.06.2021, in: *Der Spiegel*, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/helmut-kohl-und-hans-dietrich-genscher-unbekannte-dokumente-enthuellen-wie-erbittert-sie-stritten-a-7d224685-0002-0001-0000-000178073160>.

Zusätzlich erschwert wurde der Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen durch normative Voraussetzungen der Systemtransformation. In dem neoliberalen Entwicklungsmodell wurde angenommen, dass die oft als alternativlos dargestellten westlichen Ideen und Lösungsansätze importiert werden müssen. Lokales Wissen und Erfahrungen wurden hingegen marginalisiert. Die Abwertung der einheimischen Führungsschicht zugunsten internationaler technokratischer Eliten führte zwangsläufig zu hierarchischen und paternalistischen Schüler-Lehrer-Beziehungen, was das Ungleichgewicht eher verstärkte als abschwächte. Dies gilt nicht nur für das Verhältnis zwischen Deutschland und Polen, sondern auch für die Beziehungen zwischen Ost- und Westdeutschland.

Auch hier unterschied sich die Entwicklung nach 1989 grundlegend von dem Modell, das nach 1945 gegenüber Westdeutschland praktiziert worden ist. Damals hatten die USA mithilfe des Marshallplans eine auf Partnerschaft und Konkurrenz basierende Wirtschaft in Westdeutschland aufgebaut. Die US-Hilfe diente zur Entwicklung eines selbstständigen deutschen Unternehmertums und nicht dazu, dieses durch amerikanische Firmen zu ersetzen. Nach 1989 kam es jedoch vor allem zu einer vertikalen Integration von Unternehmen innerhalb internationaler Produktionsketten, was häufig mit einem Verlust von Eigentum und Selbstständigkeit einherging. Das „Globalisierungsparadox“³, nämlich dass das durch die Globalisierung ermöglichte Wirtschaftswachstum mit eingeschränkten politischen und demokratischen Wahlmöglichkeiten einhergeht, war zunächst in Ungarn und anschließend in Polen Auslöser für einen politischen Wandel, der auch in den USA, in Großbritannien sowie in Italien und Griechenland zu beobachten war. Hierbei rückten soziale Fragen sowie Gestaltungs- und Entscheidungsmacht der jeweiligen Gesellschaft in den Fokus der Politik. Es ist wohl kein Zufall, dass in Ostmitteleuropa ehemalige Dissidenten wie Viktor Orbán oder Lech und Jarosław Kaczyński, die in Zeiten des Realsozialismus für Arbeiterrechte und politische Wahlmöglichkeiten gekämpft hatten, die bereits weitläufige Abkehr vom neoliberalen Entwicklungsmodell anführten.

³ Rodrik, Dani: *Das Globalisierungsparadox. Die Demokratie und die Zukunft der Weltwirtschaft*, C. H. Beck, München 2011.

Bei der Vertragsunterzeichnung ging wohl niemand davon aus, dass Deutschland und Polen 30 Jahre später ihre größten Erfolge auf wirtschaftlichem Gebiet feiern würden. Ökonomische Fragen waren vor allem für die polnischen Unterhändler zentral, die sich nach der späteren Wahldevise von Bill Clinton „It's the economy, stupid“ verhielten. Themen aus den Bereichen Geschichte und Kultur, die wiederum für die deutsche Seite grundlegend waren, schienen aus polnischer Perspektive so selbstverständlich, dass man keine Notwendigkeit sah, Deutschland gegenüber geschichtspolitisch gezielt aktiv werden zu müssen. In den vergangenen 30 Jahren ist Polen zum fünftwichtigsten Handelspartner Deutschlands geworden,⁴ Deutschland ist seinerseits der Hauptpartner Polens, auf den über 20 Prozent des Außenhandels entfällt. Als infolge der Coronapandemie die deutsch-polnische Arbeitsteilung nicht mehr so reibungslos ablief wie zuvor, machte dies beiden Seiten das Ausmaß der gegenseitigen Verflechtung bewusst. Beide Länder verdanken ihre dynamische wirtschaftliche Zusammenarbeit vor allem dem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt. Der Wegfall der Grenzen, die Notwendigkeit, mit den Besten konkurrieren und globale Qualitätsstandards einhalten zu müssen, sowie die Eingliederung in internationale Produktionsketten boten der polnischen Industrie und dem Dienstleistungssektor des Landes die Chance, sich zu internationalisieren und Produkte und Dienstleistungen anzubieten, die nicht nur den lokalen, sondern internationalen Standards entsprechen. Diese Chance wurde von Polen gut genutzt.

Dennoch weist das bisherige Entwicklungsmodell Schwächen auf, die sowohl aus polnischer als auch aus deutscher Sicht von Relevanz sind. In Polen lässt sich ein vergleichbares Phänomen beobachten, wie in den Jahresberichten zum Stand der Deutschen Einheit festgestellt wird, wonach die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland seit Jahren 20–25 Prozent unter dem westdeutschen Niveau liegt.⁵ In Polen spricht man hier von der

⁴ Statistisches Bundesamt: *Außenhandel. Rangfolge der Handelspartner im Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland*, 11.01.2021, https://www.destatis.de/DE/Themen/Wirtschaft/Aussenhandel/Tabellen/rangfolge-handelspartner.pdf?__blob=publicationFile.

⁵ Pressemitteilung: *Ostbeauftragter Hirte: „Weit gekommen, aber noch nicht am Ziel“*. Jahresbericht zum Stand der Deutschen Einheit 2019 veröffentlicht, 25.09.2019,

Falle der mittleren Einkommen. In Deutschland sieht man die Gründe in der vertikalen Integration, die das Ostdeutschland um Eigentumspositionen und Firmenhauptquartiere gebracht hat. Aus polnischer Sicht hat sich der entwicklungswirtschaftliche Ansatz, ausländisches Finanzkapital mit niedrigen Arbeitskosten anlocken zu wollen, überholt. Angesichts des demografischen Wandels und der zunehmenden Bedeutung von qualifiziertem Personal ist es ein Anachronismus, weiterhin Finanzkapital anziehen zu wollen, indem man Humankapital durch Niedriglöhne verdrängt. In Deutschland wiederum verringerte der Zugang zu billigen Arbeitskräften, zusätzlichen Absatzmärkten und einer schwächeren als seinerzeit der D-Mark/Euro-Währung den wirtschaftlichen Innovationsdruck. Im Ergebnis büßte Deutschland seine Führungsposition bei vielen Zukunftstechnologien ein.

Diese Erfahrungen sprechen für eine Neugestaltung der deutsch-polnischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, weg von vertikaler Integration hin zu mehr horizontaler Konkurrenz, auch innerhalb der Europäischen Union. Beim bisherigen Modell zu bleiben, wäre aus verschiedenen Gründen kontraproduktiv. Hatten Deutschland und Polen vor 30 Jahren die Bedingungen der vertikalen Integration akzeptiert, so sind sie sich heute der Grenzen dieses Entwicklungsmodells bewusst. Angesichts neuer Herausforderungen wie Forschung zu grünem Wasserstoff, zu Quantencomputern, zu Batterien für Elektroautos, zur europäischen Dateninfrastruktur Gaia-X, zu Halbleitern oder in der Pharmaindustrie scheinen strategische Partnerschaften und ein Wettbewerb um Ideen und Lösungen die bessere Strategie zu sein als ein Verringern von Konkurrenz durch vertikale Integration.

Als Polen den Nachbarschaftsvertrag unterzeichnete, ahnte es sicher nicht, dass es in den folgenden Jahren im Bereich Kultur, bei den zwischenmenschlichen Kontakten und der gegenseitigen Wahrnehmung die meisten Probleme und ungelösten Fragen geben würde. Für

Deutschland waren Themen wie die Regelung des Status der deutschen Minderheit in Polen, deren Recht auf Deutschunterricht oder die Umsetzung der Beschlüsse der deutsch-polnischen Schulbuchkommission zur Darstellung Deutschlands in polnischen Schulbüchern von grundlegender Bedeutung, ebenso wie die Aufnahme von Themen, die bis dahin in Polen nur unzureichend vermittelt worden waren, wie Flucht und Deportation von Deutschen nach 1945. Da Polen wiederum die Argumentation der deutschen Seite akzeptierte, dass die Anerkennung von Polen als Minderheit entsprechende Forderungen anderer ethnischer Gruppen nach sich ziehen würde, begnügte es sich mit der Festlegung, dass in Deutschland lebende Polen so behandelt werden als wären sie eine Minderheit. Diese Vereinbarung wurde durch politische Erklärungen bekräftigt, dass die deutsch-polnischen Beziehungen einen ähnlichen Rang haben würden wie die deutsch-französischen.

Während die Bestimmungen des Nachbarschaftsvertrags in Polen vollständig umgesetzt wurden, die deutsche Minderheit mit einem Abgeordneten im Sejm vertreten ist, die Präsenz von Deutschland und Deutschen allgemein anerkannt wird, muttersprachlicher Deutschunterricht öffentlich unterstützt wird und Flucht und Vertreibung nicht nur in der Wissenschaft detailliert dargestellt werden, sondern auch in Film, Kunst und Literatur, hat es auf deutscher Seite nichts Vergleichbares gegeben. Im Gegenteil, man kann sogar den Eindruck bekommen, dass polnische Kultur und polnisches Erbe in Deutschland im öffentlichen Raum bewusst marginalisiert werden.

Hierfür gibt es vielfältige Gründe, von denen drei struktureller Natur sind. **Erstens** spielte der bereits erwähnte vertikale Charakter der Transformation, bei der nicht nur das westliche Wirtschaftsmodell, sondern auch westliche Ideen und Konzepte als nachahmenswert erachtet wurden, eine wichtige Rolle. Der wirtschaftliche Erfolg wurde fast zu einer moralischen Kategorie erhoben, die geringere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Ostmitteleuropas färbte wiederum auf die Einschätzung der Ideen und Konzepte aus der Region ab. Den westlichen intellektuellen Eliten ging es eher darum, die Gesellschaft von ihrem „Easternismus“ zu befreien, als darum, ihren Horizont um

neue, andersartige Erfahrungen zu erweitern. Der Wissenstransfer innerhalb der neu gegründeten Kommunikationsplattformen und Institutionen verlief daher einseitig und nicht als gleichberechtigte Debatte. Jegliche Andersartigkeit wurde irritiert als fehlende zivilisatorische Erfahrung und politische Unreife abgetan.

Wie sehr dies die Wahrnehmung der Region immer noch beeinflusst, zeigt die innerdeutsche Diskussion über Unterschiede im Wählerverhalten zwischen Ost- und Westdeutschland. Als sich der Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer, Marco Wanderwitz, unlängst zur Popularität der AfD in Ostdeutschland äußerte, sprach er den dort lebenden Menschen rationales Verhalten ab und attestierte ihnen aufgrund ihrer osteuropäischen Biografie demokratische Unreife.⁶ Der polnischen Sicht ist die Position von Monika Maron näher, die in Reaktion auf diese Aussage betonte: „Den Ostdeutschen mag es an demokratischer Erfahrung mangeln, an Erfahrung mit einer Diktatur aber nicht.“⁷ Damit spielte sie auf die aktuellen Meinungsfreiheitseinschränkungen und Deutungszwänge an, die sie selber erfahren hat, als der Fischer-Verlag seine langjährige Zusammenarbeit mit ihr aufgrund ihrer „konservativen Ansichten“ beendete.⁸

Mit Blick auf Polen zeigt sich diese Hierarchie am geringen Interesse nicht nur an Theorien polnischer Intellektueller, sondern auch an Konzepten mit unmittelbarem Deutschlandbezug. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Buch *Nord und Süd* von Marek Cichocki. Es löste in Polen eine große Debatte aus, da der Autor versuchte, den polnischen

⁶ Steppat, Timo: *Ostbeauftragter über AfD-Wähler: „Nach 30 Jahren nicht in der Demokratie angekommen“*, in: FAZ, 28.05.2021, <https://www.faz.net/podcasts/f-a-z-podcast-fuer-deutschland/ostbeauftragter-ueber-afd-waehler-nach-30-jahren-nicht-in-der-demokratie-angekommen-17363632.html>.

⁷ Plathaus, Andreas: *Als Poetin der Freiheit will sie selbst frei sein*, in: FAZ, 02.06.2021, S. 10.

⁸ Balzer, Vladimir: *Meine Haltung ist demokratisch, liberal und freiheitlich*, 20.10.2020, in: *Deutschlandfunk Kultur*, https://www.deutschlandfunkkultur.de/monika-maron-ueber-trennung-vom-s-fischer-verlag-meine.1013.de.html?dram:article_id=486131.

kulturellen Code neu zu definieren, auch in Bezug auf Deutschland.⁹ In Deutschland wurde das Werk jedoch vor allem vor dem Hintergrund der gedanklichen Nähe des Autors zur PiS interpretiert.¹⁰ Diese Verflachung der Debatte führt zu einer intellektuellen Leere, die sich auch darin widerspiegelt, dass Germanistik in Polen ein Nischenfach ist, ebenso wie die Polonistik in Deutschland. Mit den zunehmenden Kontakten geht keine tiefergehende intellektuelle Auseinandersetzung einher. Auch fehlt es an Versuchen, unterschiedliche Phänomene und Entwicklungen in den Gesellschaften beider Länder anders zu erklären als mit dem üblichen Ost-West-Gefälle. Intellektuelles Engagement ist in den deutsch-polnischen Beziehungen aber unerlässlich, um die derzeitige Distanz zu überwinden und einen gesellschaftlichen Nährboden zu schaffen, auf dem neue Ideen entstehen könnten.

Zweitens hatte die Marginalisierung der ostdeutschen Eliten bei der Transformation Auswirkungen auf den kulturellen Austausch und die Kenntnis der gegenseitigen kulturellen Kodizes der beiden Länder. Leipzig und die *Leipziger Zeitung* konnten für die deutsch-polnische Annäherung keine vergleichbare Rolle spielen wie Frankfurt und die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* für die deutsch-französischen Beziehungen. Das Fehlen von Eliten aus der ehemaligen DDR verstärkte die Tendenz dazu, regionalspezifische Erfahrungen als etwas rein Lokales abzutun, das keine allgemeine Bedeutung hat. Den neuen Eliten aus Westdeutschland waren die europäischen Traditionen Ostmitteleuropas fremd. Selbst 30 Jahre später ist dies noch in erstaunlichen Zusammenhängen spürbar, wie eine Äußerung des CDU-Kanzlerkandidaten Armin Laschet zeigt:

„I’m Catholic, from the west of Germany. I have been European since my birth“, he says. Merkel, in contrast, „grew up and lived in the former GDR, near the Polish border, the daughter of a Protestant pastor“.¹¹

⁹ Cichocki, Marek: *Nord und Süd. Texte über die polnische Geschichtskultur*, Bd. 10, Harrassowitz, Wiesbaden 2020.

¹⁰ Dreisbach, Sofia: 2021, *Polens Sonderweg*, in: FAZ, 01.06.2021, S. 6.

¹¹ Chazan, Guy/Khalaf, Roula: *Armin Laschet on Merkel, the Greens and fiscal rules*, in: *Financial Times*, 21.06.2021, <https://www.ft.com/content/e3c3e517-2c5b-49d6-a566-0f6bd896f8fe>.

Drittens ist die Einstellung gegenüber polnischem Erbe, polnischer Sprache und polnischer Kultur in Deutschland von einem spezifisch deutschen Verständnis des Begriffs „politische Nation“ geprägt. Es geht von einer vollständigen Integration in die deutsche Kultur aus, die wiederum die Grundlage für gesellschaftlichen Aufstieg, Modernisierung und Fortschritt bilden sollte.¹² Auch hier gibt es natürlich hierarchische Unterschiede. Im Gegensatz zu Türken und Polen erwartet man von Franzosen und Amerikanern nicht, dass sie sich von ihrer Kultur lossagen. Da Polen keinen Minderheitenstatus haben, wird diese Einstellung auch auf das kulturelle Erbe der polnischen Migrantinnen und Migranten übertragen. Polnische Sprachkenntnisse oder die Vertrautheit mit dem polnischen kulturellen Code werden bei Kindern mit Migrationshintergrund nicht als Bereicherung für die deutsche Gesellschaft gesehen, sondern als Integrationsgefahr.

Eine Annäherung von Deutschland und Polen findet dagegen im Alltag, auf der Arbeitsebene statt. Bereits seit dem 19. Jahrhundert ist die polnische Minderheit ein sichtbarer Teil der deutschen Alltagskultur. Hiervon zeugen polnisch klingende Nachnamen wie Schimanski oder Koslowski, die auch heute noch populär sind und beispielsweise gern im Kabarett verwendet werden. Wie präsent Polen bereits im deutschen Alltag sind, zeigt eine Arbeit der Soziologin Li Fisher-Eckert von 1913 zu Organisationen in der Industriestadt Hamborn:

„Die Polen haben 10 Berufs-Gewerkvereine, 9 Musik-Gesangvereine und Radfahrerklubs, 14 Kirchenvereine, 4 sonstige nationalpolnische Vereine, 1 Konsumverein, 4 Lotterievereine, 4 Wahlvereine, und 1 Temperenzler-Verein.“¹³

¹² Feuerbach, Leonie: *Mehrsprachigkeit ist eine große Bereicherung*, in: FAZ, 16.06.2021, https://www.faz.net/aktuell/stil/trends-nischen/olga-grjasnowa-ueber-mehrsprachigkeit-in-ihrer-familie-17380707.html?utm_source=pocket-newtab-global-de-DE&fbclid=IwAR2aVdRXf8zY5pH9oL8jo0x8DGWKuSU3Tr3U31eCbYb3jIbt3UFukFALbOQ.

¹³ Bülow, Iris (Hg.): *Quellenband zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Georg-Eckert-Institut, Braunschweig, S. 39 f.

Hamborn war sicherlich keine Ausnahme und gehörte nicht zu den Städten mit dem höchsten polnischen Bevölkerungsanteil in Deutschland. Bislang gibt es jedoch keinen politischen Willen und kein Interesse in Wissenschaft und Medien, den Beitrag der polnischen Gemeinschaft, der polnischen Kultur sowie des polnischen Erbes – die zudem zeigen, wie multikulturell Deutschland ist – als Bestandteil der deutschen Geschichte zu betrachten. Ebenso wenig besteht die Bereitschaft, wenigstens einen Ort in Deutschland zu schaffen, an dem die Standarten und Erinnerungsstücke solcher Organisationen, Vereine, Einrichtungen oder auch Menschen, deutscher Staatsbürger mit ihrer typischen polnischen Geschichte, aufbewahrt werden könnten. Das hierfür vorgesehene Gebäude der Polnischen Bank in Bochum wartet seit 30 Jahren auf die von der deutschen Regierung zugesagte Renovierung. Diese Vernachlässigung steht in deutlichem Gegensatz zu Dutzenden von Gedenkort und Museen, mit denen in Polen an Deutsche und deutsche Kultur erinnert wird.

Dass Warschau von Berlin aus nur mühsam wahrgenommen wird, hat folglich tieferliegende Ursachen, deren sich bewusst zu werden notwendig ist, um die Zusammenarbeit auszuweiten. Neben den genannten strukturellen Gründen bestehen auch historisch bedingte Ursachen hierfür, die auf die Bildung der deutschen Identität zurückzuführen sind. Denn kann tatsächlich von der deutschen Gesellschaft erwartet werden, dass sie offen und interessiert an polnischer Kultur ist, wenn die Sozialisierung Hunderttausender Menschen polnischer Herkunft darin besteht – wie Emilia Smechowski eindrucksvoll beschreibt –, dass sie sich vom kulturellen Erbe ihrer Eltern und Großeltern distanzieren?¹⁴ Es wäre daher ein Fehler, in alten Denkmustern zu verharren, die zur Folge haben, dass die deutsch-polnische Zusammenarbeit unter ihren Möglichkeiten bleibt, sowohl in wirtschaftlicher als auch in intellektueller Hinsicht.

Der Nachbarschaftsvertrag schrieb den Medien eine Schlüsselrolle bei der Annäherung zwischen Deutschen und Polen zu. Leider, aufgrund ihres derzeitigen politischen Engagements, erschweren sie aber

¹⁴ Smechowski, Emilia: *Wir Strebermigranten*, Hanser, Berlin 2017.

eher den Dialog, als dass sie ihn fördern. Die Asymmetrie zwischen dem Einfluss polnischer Medien auf die deutsche Gesellschaft und dem deutscher Medien auf die polnische hat sich deutlich vergrößert. Die Berichterstattung deutscher Medien richtet sich vorrangig an politisch links orientierte Personen – und wie Untersuchungen zeigen, rekrutieren sich auch die meisten deutschen Journalisten aus diesem Milieu.¹⁵ In Polen sind, als Ergebnis der Parlamentswahlen, auch die konservativen Medien in der Debatte präsent, die dann karikierend dargestellt werden. Deutsche Mediennutzerinnen und -nutzer können daher nur schwer nachvollziehen, warum 2019 die PiS ihren Wahlerfolg von 2015 wiederholen konnte, wenn man nicht bei der Erklärung das typische Klischee des politisch unreifen Ostens und der Dominanz der katholischen Kirche bemüht.

Die fehlende Ausgewogenheit in der Berichterstattung zu Polen erweckt in der polnischen Gesellschaft wiederum den Eindruck, in Deutschland gebe es nur eine Meinung. Wie eine Untersuchung zu Deutschland, Frankreich, Schweden und Polen zeigt, setzen sich die jeweiligen Gesellschaften in ähnlichem Maße aus traditionell beziehungsweise konservativ eingestellten Personen zusammen sowie aus solchen, die offen sind für neue Formen des gesellschaftlichen Miteinanders.¹⁶ Die deutschen Medien bilden diese Differenziertheit unserer Gesellschaften sicher nicht adäquat ab. Manchmal scheint es auch geradezu im Interesse der Medien zu liegen, Debatten national zu begrenzen und die nationale Gemeinschaft zu mobilisieren, um einen europäischen, supranationalen Diskurs zu unterbinden. Hierzu zählt der Streit um die Zuständigkeiten der EU. Das Phänomen beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Berichterstattung zu Polen, sondern betraf auch Kom-

¹⁵ Pfahler, Lennart: *Die große Mehrheit der Journalisten steht links der Mitte*, in: *Die Welt*, 01.06.2021, <https://www.welt.de/vermishtes/plus231406453/Forscher-Die-grosse-Mehrheit-der-Journalisten-steht-links-der-Mitte.html>.

¹⁶ Back, Mitja/Echterhoff, Gerald/Müller, Olaf/Pollack, Detlef/Schlipphak, Bernd: *Von Verteidigern und Entdeckern: Ein Identitätskonflikt um Zugehörigkeit und Bedrohung*, 11.06.2021, <https://miami.uni-muenster.de/Record/0b066ed6-58f8-4202-a797-84da543cb9a2>.

mentare zu Italien, den USA, zu Griechenland oder Ungarn – Fälle, in denen man von einem nationalen Konsens unter den deutschen Medien sprechen konnte. Dies erschwert die Zusammenarbeit in der Europäischen Union und das Entstehen einer differenzierten europäischen öffentlichen Sphäre.

Es braucht Kooperation und unvoreingenommene Diskussion, wenn wir Herausforderungen bewältigen wollen, zu denen der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsmodells vor dem Hintergrund der digitalen und grünen Revolution zählt oder der demografische Wandel, der mit Migrationsdruck einhergeht. Gleichzeitig gilt es, Wohlstand und Sicherheit zu bewahren. Die Zusammenarbeit freier und geschichtsbewusster Staaten kann nur gelingen, wenn sie auf Vertrauen aufbaut. Dies entsteht jedoch nicht durch nationale Alleingänge auf so wichtigen Gebieten wie der Energiesicherheit. Deutschland hatte seinen Ausstieg aus der Atomenergie nicht mit Frankreich abgestimmt, genauso wenig wie den Bau von *Nord Stream 2* mit Polen oder den baltischen Staaten. Ein solches Vorgehen stellt die Grundidee der Europäischen Union infrage. Nach der Wiedervereinigung und der Erweiterung der Europäischen Union musste Deutschland seinen Platz in einer komplexeren und vielschichtigen Welt finden. Es ist nur normal, Komplexität verringern zu wollen. Es widerspricht jedoch der europäischen Idee, dabei abweichende Konzepte und Vorstellungen zu eliminieren und zu marginalisieren oder das Recht anderer auf Mitgestaltung infrage zu stellen. Die Erfahrung zeigt: Der innereuropäische Wettstreit um Ideen und Lösungen ist ein hohes Gut, das Europa seine Vormachtstellung gesichert hat.

Der Nachbarschaftsvertrag wollte den Raum zwischen Deutschland und Polen verdichten, durch Kontakte, Institutionen und den Austausch von Waren, Dienstleistungen, Menschen und Ideen „bebauen“. Jahrzehntelange Distanz und Verschlossenheit haben nicht nur Spuren in unserer Landschaft hinterlassen, sondern auch die Fähigkeit unserer Region beeinflusst, Ideen und produktive Unruhe zu generieren. Unsere Geschichte mit ihren dunklen wie hellen Seiten ist eine Fundgrube an Wissen und Erfahrung, auf die wir zurückgreifen oder die wir

brachliegen lassen können. Wir können den deutsch-polnischen Raum mit einem Wettstreit um Ideen füllen, mit Offenheit und Neugier, welche die Region zu einer Quelle intellektueller Reflexion und Innovation werden lassen oder uns einander abgewandt weiterentwickeln. Für gesellschaftlichen Nährboden zu sorgen, mag mühsam sein, es ist jedoch unerlässlich, um künftigen Generationen Sicherheit und Wohlstand zu sichern. Beiden Ländern stellt sich die Aufgabe, ihre vertrauten Denkmuster aufzugeben: Deutschland muss den Wert partnerschaftlicher Beziehungen zu Polen anerkennen, Polen seine Erfahrungen und seine Sensibilität in das europäische Werk einbringen. Die Zusammenarbeit dieser beiden europäischen Lungenflügel birgt Entwicklungspotenzial für ganz Europa.

Polen und Deutschland als Partner in der EU

2

Kai-Olaf Lang

Ambitionen und Barrieren einer diversifizierten Partnerschaft. Die deutsch-polnischen Beziehungen in der Europäischen Union

Deutschland und Polen waren nicht nur mit großen Hoffnungen in die Umbrüche nach 1989 beziehungsweise 1990 gestartet, beide Länder maßen ihren beiderseitigen Beziehungen auch rasch eine besondere Aufgabe im sich radikal verändernden europäischen Gefüge zu. Zwar musste das Verhältnis zwischen dem vereinigten Deutschland und Polen zunächst auch bilateral auf eine neue Basis gestellt werden, ging es doch darum, die wichtige Grenzfrage zu regeln und eine neue Basis für wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Kontakte zu legen. Doch das in zwei wichtigen Vertragswerken neu fundierte bilaterale Verhältnis wurde rasch in den breiteren europäischen beziehungsweise europapolitischen Kontext eingesetzt.

Im Kern war es das Ineinandergreifen polnischer und deutscher europa- und außenpolitischer Kardinalziele, die das formten, was schon früh mit dem Begriff der deutsch-polnischen Interessengemeinschaft gemeint war: Deutschland war daran gelegen, die politischen und wirtschaftlichen Integrations- und Kooperationszusammenhänge, also EU und NATO, nach Osten auszuweiten, um von einer Rand- in eine neue Mittellage zu gelangen. Staatsräson des demokratischen Polen war es, den euroatlantischen Strukturen beizutreten, um so seine geopoliti-

sche und zivilisatorische Zugehörigkeit zum „Osten“ zu überwinden und Sicherheit sowie Modernisierungschancen durch Teilhabe an den wirtschaftlichen und politischen Verbünden des Westens zu erlangen. Vor allem das durch überlappende Interessen getriebene Streben nach einer gemeinsamen Mitgliedschaft in der EU versprach eine ergiebige Partnerschaft.

Doch der mit vielschichtigen Anpassungen und komplexen Verhandlungen verbundene Heran- und Hereinführungsprozess in die EU verdeutlichte früh, dass trotz übergeordneter Interessenparallelität Gegensätze auftauchen können. Der Streit um die Arbeitnehmerfreizügigkeit, aber auch die Diskussionen um die Reform der EU-Verträge (an denen Polen noch als Nichtmitglied teilnahm) wiesen schon vor dem formellen Beitritt beziehungsweise an der Schwelle zu diesem darauf hin, dass die gemeinsame Einbindung in die europäische Integration ambivalent ist: Die EU ist auch und gerade im deutsch-polnischen Verhältnis Quelle für ein produktives Miteinander wie auch für substantielle Friktionen.

Dennoch blieb die europapolitische Ambition stets in das deutsch-polnische Narrativ eingeschrieben und blühte auf in einem Terminus wie dem einer europäischen „Verantwortungsgemeinschaft“ (einst vom damaligen polnischen Staatspräsidenten Komorowski an ein deutsches Auditorium gerichtet). Selbst die meisten derjenigen Polen, die Deutschland eher als schwierigen Halbhegemon betrachten, reproduzieren in gewisser Weise, gleichsam *ex negativo*, dieses Denken. Sie möchten durch eine Reihe von Strategien deutsche Vorherrschaft einhegen, um so im deutsch-polnischen Gefüge Gleichrangigkeit zu erzielen. Sobald dieser Zustand erreicht ist, will man mit Deutschland (und Frankreich) Europa gleichberechtigt mitführen.

Wie auch immer: Ein Grundcharakteristikum – und vielleicht auch ein Manko – der deutsch-polnischen Beziehungen im Kontext der europäischen Integration hat sich daher bald gezeigt und auch verfestigt: Der Kontrast zwischen einem hohen Anspruchsniveau einer Dyade mit beachtlichem europapolitischem Potenzial einerseits und einer eher moderaten praktischen Prägestkraft andererseits. Bei der Suche nach Ur-

sachen für dieses Zurückbleiben hinter den eigenen Erwartungen wird man zunächst auf die Rahmenbedingungen für die deutsch-polnischen Interaktionen in der EU schauen müssen. Ein Blick auf die Handlungs- und Politikfelder europäischer Politik hilft daran anschließend, die vielschichtige Realität des deutsch-polnischen Beziehungsgefüges in der EU zu skizzieren. Dies alles legt Schlussfolgerungen für den künftigen Umgang beider Länder miteinander nahe.

Schwierige Voraussetzungen

Das Zusammenwirken zwischen zwei Ländern in der Europapolitik vollzieht sich nicht im luftleeren Raum. Anders als bei vielen anderen europäischen Paarbeziehungen ist das deutsch-polnische Verhältnis jedoch mit einer Kumulation von Faktoren konfrontiert, die in das europapolitische Geschehen nicht nur hineinspielen, sondern dieses auch oft verkomplizieren. Mit einer gewissen Vereinfachung kann man vier große Bereiche ausmachen, die als europapolitische Interferenzgeneratoren wirken.

Das erste Feld ist Sicherheitspolitik und in einem weiteren Sinne das unterschiedliche Verhältnis zu externen Mächten, namentlich zu Russland und den USA. Die Bedrohungswahrnehmungen in beiden Ländern weichen spürbar voneinander ab, und diese Unterschiede dürften in den vergangenen Jahren eher zu- als abgenommen haben. Im Zentrum dieser Problematik stehen letztlich abweichende Risikoeinschätzungen mit Blick auf Russland – und sämtliche sich daraus ableitenden Fragen der Bündnispolitik, der Ausrichtung der NATO, der transatlantischen Beziehungen und der Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Polens zentrale sicherheitspolitische Frage bleibt die Suche nach effektivem Schutz vor Russland, denn dem großen Nachbarn im Osten werden Expansions- und Destabilisierungsabsichten attestiert. Während in Deutschland vor allem seit dem Russland-Ukraine-Konflikt von 2014 die meisten Illusionen über Kooperationschancen mit Russland verfliegen sind, ist Deutschlands Ansatz weiterhin diffe-

renziert. Im Unterschied zu Polen, das einen Kurs des Containments mit entschlossener Abschreckung, Ausbau von Verteidigungsfähigkeit und aktiver geopolitischer Allianzpolitik bis in den postsowjetischen Raum präferiert (und folglich mit dem zumindest lange dominanten amerikanischen Vorgehen übereinstimmt), favorisiert Deutschland einen Policy-Mix, der sowohl die Festigung der NATO-Fähigkeiten an der Ostflanke und Sanktionen als auch Elemente der Zusammenarbeit umfasst. Was in Deutschland als pragmatische Russlandpolitik, in der Traditionen der alten NATO-Abschreckungsdoktrin und der west-östlichen Entspannungspolitik zusammengeführt sind, aufgefasst wird, kommt in Polen als Naivität oder Illoyalität an. Die Auseinandersetzungen zur Ostseegaspipeline *Nord Stream 2* haben dies anschaulich vor Augen geführt.

Polen leitete aus seiner Risikoeinschätzung in Sachen Russland und der gefühlten Unzuverlässigkeit Deutschlands eine enge sicherheits- und verteidigungspolitische sowie militärische Verkettung mit den Vereinigten Staaten ab, die als einziger effektiver und vertrauenswürdiger Garant der polnischen Sicherheit angesehen werden. Immer wieder ergaben sich aus dieser „special relationship“ Formen eines sicherheitspolitischen Bilateralismus: so während des Irak-Kriegs, als Polen als wichtigster Staat aus dem „Neuen Europa“ den Schulterchluss mit Washington suchte, sowie in der Trump-Ära, in der die Vertiefung sicherheitspolitischer, militärischer und energiewirtschaftlicher Kooperation mit den USA aktiv vorangetrieben wurde. Beiden Situationen war eine europapolitische Komponente inhärent: Die „New Europe vs. Old Europe“-Konstellation zerteilte die EU und auch die deutsch-polnischen Beziehungen. Die enge Ausrichtung an der Trump-Administration wurde von der in Polen regierenden nationalkonservativen Seite auch europapolitisch gedacht: Das Sonderverhältnis zu den USA war auch ein Gegengewicht zu Deutschland und Frankreich. Die US-Präsidentschaftswahlen von 2020 verdeutlichen einmal mehr die Relevanz dieser externen Determinante: Konnte die polnische Regierungsseite mit einem europaskeptischen Präsidenten Trump ihre Position vis-à-vis Berlin und Brüssel stärken, hat sie mit der liberalen,

europafreundlichen Biden-Administration ein Gegenüber, das auf die Revitalisierung der transatlantischen Beziehungen mit Berlin setzt und in ideologischer Frontstellung zu Warschau etwa in gesellschaftspolitischen Fragen steht.

Der zweite Bereich, der Störimpulse in das deutsch-polnische Verhältnis in der EU sendet, ist die Innenpolitik in beiden Ländern. An dieser Stelle sei vor allem auf eine Asymmetrie hinsichtlich der inneren Voraussetzungen der jeweiligen Europapolitik hingewiesen. Jenseits der politischen Ränder besteht in Deutschland trotz aller „Normalisierungstendenzen“ nach 1989 beziehungsweise 1990 zwischen den relevanten politischen Kräften weiterhin Übereinstimmung in europapolitischen Grundfragen. Ungeachtet von Differenzen in einigen wichtigen Einzelthemen, etwa bei der Fiskalintegration, ist das Bekenntnis zu einer starken, handlungsfähigen EU und zu einer politischen und wertebasierten Festigung sowie Weiterentwicklung der europäischen Integration ein wichtiges Element des außen- und europapolitischen Selbstverständnisses des politischen Mainstreams in Deutschland. Die Pandemie – wie auch zuvor die Staatsschulden- und Finanzkrise – belegte, dass Deutschland in Krisensituationen bereit ist, flexibel zu agieren und ordnungspolitische Haltungen, die als in Stein gemeißelt galten, im Namen der Sicherung der europäischen Integration zu überwinden. Anders formuliert: Die deutsche Verantwortung für Europa wiegt für die politisch Verantwortlichen schwerer als der Ordoliberalismus und die Zögerlichkeit der deutschen Öffentlichkeit. Ein solcher Konsens ergab sich aber auch in Momenten des Unilateralismus, etwa während der Migrationskrise oder im Zusammenhang mit dem Atomausstieg – beides Beispiele für Maßnahmen, die (zunächst) breiten Rückhalt fanden, die aber nur unzureichend mit den Nachbarn und Partnern konsultiert wurden.

In Polen ist die europapolitische Eintracht schon lange auseinandergefallen. Stiftete der Beitritt zur EU noch als breit anerkanntes Oberziel Gemeinsamkeit, so wurde nach 2004 der europapolitische Konsens zu einem Dissens. Definierten sich die Regierungen der Linken und der Konservativ-Liberalen als europabejahend, mit einem offen formulier-

ten Eintreten für starke supranationale Institutionen und einer intensiven Bezugnahme auf Deutschland beziehungsweise Deutschland und Frankreich, so verfocht die nationalkonservative Seite einen „eurorealistischen“ Kurs, der einerseits einen starken Binnenmarkt anstrebt, der aber andererseits eine „politische Union“ ablehnt und die Rolle der Mitgliedsstaaten als Träger von Souveränität festigen möchte.

Aus dieser Konfiguration ergeben sich Ausschlüsse: Während in Deutschland europapolitisch weitgehend Kontinuität herrscht, ist Polen diesbezüglich das Land der Unstetigkeit – Wahlergebnisse können leicht auf die europa- und außenpolitische Disposition durchschlagen. Dies ist übrigens nicht bei allen außenpolitischen Themen der Fall. Trotz der hohen Polarisierung der polnischen Innenpolitik besteht in der Ost- und Russlandpolitik, wie erst jüngst die Ereignisse in Belarus veranschaulicht haben, weiterhin ein Konsens. Ähnliches gilt mit einigen Abstrichen auch für die Sicherheitspolitik. Die europapolitischen Verkopplungsmöglichkeiten zwischen beiden Ländern stehen daher immer wieder zur Disposition. Allerdings: Polens Zerklüftungen in Sachen EU sind nicht durchgängig. Bei näherem Besehen wird klar, dass es hier um das europapolitische Leitbild, also die Fragen von Ausrichtung und Kompetenzordnung der Union, sowie um einige spezifische Politikfelder wie etwa die Rechtsstaatlichkeit oder in Teilen die Migrationspolitik geht. In der Klimapolitik, der Energiepolitik, aber auch bei den schon angesprochenen Aspekten der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik oder der europäischen Nachbarschaftspolitik hat sich das Verhalten polnischer Regierungen unabhängig von der Parteifarbe nur wenig unterschieden. Und dies dürfte auch künftig so bleiben.

Ein drittes Feld mit europapolitischer Relevanz sind die bilateralen Beziehungen im engeren Sinn, insbesondere Elemente der Geschichts- und Erinnerungspolitik. In konstruktiver Auslegung wird aus der tragischen Geschichte beider Länder eine besondere Verantwortung für Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit abgeleitet. Die deutsch-polnische Versöhnung und eine gemeinsame Erinnerung bilden nach diesem Verständnis nicht nur die Voraussetzung für die Wiedernäherung beider Länder, sondern sie sind auch die Grundlage dafür,

dass Deutschland und Polen in Europa gestaltend agieren können. Für Deutschland sind das gemeinsame Gedenken mit Polen und die Akzeptanz deutscher Aufarbeitungspolitik hierbei auch ein Beitrag zur Legitimität deutscher Politik in der EU. Deutschland begreift seine Schuld gegenüber Polen als Bürde, die nicht nur eine deutsche Bringschuld in der Erinnerung mit sich bringt, sondern die ebenfalls eine Verpflichtung zum sorgfältigen Umgang mit Polen beinhaltet. Die Zwistigkeiten um mögliche Rechtsstaatsdefizite illustrieren dies. Immer wieder betont Berlin, dass es diese Thematik nicht zu einem Gegenstand bilateraler Konflikte lassen werden will. Vielmehr, so die dominante Haltung, handle es sich um eine europäische Problematik, die auch in europäischen Foren verhandelt werden müsse. Man ist sich hierbei bewusst, dass die deutschlandkritischen Stimmen in Polen in dieser Frage einen historischen Nexus herstellen: Deutschland, so deren Überlegung, habe mit seiner historischen Schuld keinerlei moralisches Recht, Polen über innerstaatliche Entwicklungen Rügen zu erteilen.

Die Verknüpfung historischer Erfahrungen mit der laufenden europa- oder außenpolitischen Agenda wurde von polnischen Politikern unterschiedlicher Parteizugehörigkeit vorgenommen und wird in Deutschland teils mit Erstaunen wahrgenommen, teils aber als Hinweis auf die weiterhin hohe Sensitivität der Problematik über das Bilaterale hinaus betrachtet. Polens damaliger Außenminister Radek Sikorski verglich das Pipelineprojekt *Nord Stream 1* mit dem Hitler-Stalin-Pakt, Jarosław Kaczyński begründete die polnische Ablehnung des neuen Abstimmungssystems der doppelten Mehrheit auch damit, dass Polen bei einer stärkeren Gewichtung demografischer Kriterien im Nachteil sei, weil es ohne die Opfer im Zweiten Weltkrieg ein großer Staat mit 66 Millionen Einwohnern wäre.

Ein vierter Bereich, der die europapolitischen Gegebenheiten zwischen Deutschland und Polen erschwert, sind inkongruente Erwartungen. Beide Seiten erwarten voneinander Loyalität und Akzeptanz, meinen damit aber etwas anderes. Aus deutscher Sicht geht es darum, dass Polen ohne größere Dissonanzen am „europäischen Projekt“ im Sinne einer immer engeren Union mitarbeitet. Implizit schwingt dabei

auch der Wunsch mit, dass Polen Deutschlands Rolle als Schwungrad der europäischen Integration mitträgt. Polen kritisiert indes reale oder vermeintliche Doppelstandards, etwa wenn Deutschland sich als Verfechter des Multilateralismus in Szene setzt, aber mehrfach auch ohne Konsultation enger Partner eigene Interessen vorantreibt. Bemängelt wird hier weniger deutsche Interessenpolitik per se als ein Widerspruch zwischen verkündeten Prinzipien und realer Politik – etwa bei Solidardebatten beim Thema Migration.

Polen wiederum erwartet, als unumgehbarer Akteur behandelt zu werden, und fühlt sich in Anbetracht deutscher Beteuerungen einer „Partnerschaft auf gleicher Augenhöhe“ oder rhetorischer Bekenntnisse zur langfristigen Aufwertung der Beziehungen zu Polen auf ein fast schon deutsch-französisches Niveau – zu Recht oder nicht – düpiert. Irritierend wirkt in Deutschland dabei, dass (zumindest seit 2015) die Reaktion auf eine für Warschau nicht ausreichende Status- und Relevanzbeimessung in einer Strategie der Gegenmachtbildung besteht: Deutschlands Einfluss, das weiterhin als wichtiger wirtschaftlicher Partner galt, sollte durch Bündnisse mit Dritten (seien es die USA, Großbritannien, die Visegrád-Gruppe oder die Länder der Drei-Meere-Initiative) eingedämmt werden.

Es ist richtig, dass die deutsch-polnischen Interdependenzen (etwa aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen) und Interessenüberlappungen (zum Beispiel das gemeinsame Eintreten für solide transatlantische Beziehungen ungeachtet der Verwerfungen in der Trump-Periode) trotz allem stabilisierend wirkten. Dennoch hat das Zusammenspiel dieser Rahmenbedingungen zu mannigfachen Stockungen und Rückschlägen geführt.

Die Themenpalette: deutsch-polnische Interaktionsrealitäten in der EU

Wie verhalten sich nun vor dem Hintergrund dieser komplexen Voraussetzungen deutsche und polnische Interessen in der Kooperations- und Verhandlungspraxis europäischer Politik zueinander? Ange-

sichts der gebotenen Kürze kann hier keine systematische Bestandsaufnahme vorgenommen werden. Vielmehr sollen die Grobstrukturen der deutsch-polnischen Kooperations- und Konfliktlandschaft beschrieben werden.

Schaut man auf den Themenfundus, so lässt sich nach 2004 eine inhaltliche Verbreiterung beobachten. Vor dem Beitritt und in den Jahren danach waren namentlich die bereits angesprochenen außen- und sicherheitspolitischen bzw. russland- und ostpolitischen Fragen sowie in bestimmten Momenten finanzielle Aspekte (im Kontext der Beitrittsmodalitäten oder bei der Aushandlung des mehrjährigen EU-Finanzrahmens) und institutionelle Reformen (zuvorderst anlässlich der Debatten um Vertragsreformen und prozedurale Veränderungen des Abstimmungssystems vom Modell des Nizza-Vertrags hin zur „doppelten Mehrheit“) maßgeblich.

Gerade in der Ost- und Russlandpolitik ergaben sich Ambiguitäten. Zum einen traten die schon erwähnten Differenzen bei der Risikoperzeption zum Vorschein, zum anderen verstanden sich Polen und Deutschland als Impulsgeber für eine neue Nachbarschaftspolitik, die im Gefolge der Osterweiterung die Beziehungen zu den neuen direkten Anrainern der größeren EU vertiefen wollte. Ein Beispiel sind die europäische Nachbarschaftspolitik in östlicher Richtung und konkret die Beziehungen zur Ukraine. Unmittelbar nach dem Beitritt Polens zur EU deutete sich ein enger Dialog beider Länder mit Bezug auf dieses Thema an. Im Herbst 2004, kurz vor der „Orangen Revolution“, präsentierten die beiden Außenminister Fischer und Cimoszewicz gemeinsame Ideen für die Zusammenarbeit der EU mit der Ukraine, die über den damals angedachten Aktionsplan im Rahmen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA) mit dem neuen EU-Nachbarland hinausgingen. Fischer und sein neuer polnischer Amtskollege Rotfeld unternahmen im März 2005 eine gemeinsame Reise nach Kiew.

Zusammengeführt wurden beide Länder auch durch das gemeinsame Interesse daran, die östliche Dimension der EU-Nachbarschaften auf der Agenda der europäischen Außenpolitik zu behalten und Aufmerk-

samkeit gegenüber den nach Süden ausgerichteten Mittelmeerländern zu sichern. Allerdings verlor sich die vielversprechende Koordination rasch. Polen artikuliert seine Vorstellungen zur Nachbarschaftspolitik, aus denen dann später die „Östliche Partnerschaft“ wurde, zusammen mit Schweden. Deutschland wiederum arbeitete weiter an der Konzeption einer allseitig gewinnbringenden trilateralen Konstruktion von EU, Russland und Nachbarländern. In der Russlandpolitik wiederum gab es kaum konzeptionelle Gemeinsamkeiten. Deutschland lancierte eine „Modernisierungspartnerschaft“ mit Russland, die in Polen wenig begeistert aufgenommen wurde. Polens Ende 2006 vorgenommene Blockade von Gesprächen über ein neues Abkommen der EU mit Russland als Reaktion auf bilaterale Importverbote von landwirtschaftlichen Produkten aus Polen war hierbei sicherlich ein Moment, der letztlich zu deutscher Empathie führte: Auf einem EU-Russland-Gipfel im Mai 2007, also während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, bekundete Bundeskanzlerin Merkel Solidarität mit dem polnischen Anliegen. Das mag teils aus der Veto-Situation gefolgt sein, schließlich wollte Deutschland die Verhandlungen mit Russland voranbringen und somit den polnisch-russischen Konflikt entschärfen. Gleichwohl zeigte das deutsche Verhalten aber auch, dass man gewillt war, die EU nicht spalten zu lassen, und dass man Polens Auseinandersetzung mit Russland als Problem der gesamten EU ansah. Doch derlei Gesten bildeten ebenso wenig wie Deutschlands späteres Agieren als Sachwalter eines geschlossenen Auftretens der Union in der Sanktionspolitik nach der Annexion der Krim und der Destabilisierung der Ostukraine eine Basis für eine deutsch-polnische Einigkeit.

Trotz der Prominenz von Ost- und Sicherheitspolitik beeinflussten nach einer gewissen Zeit auch andere Themen das deutsch-polnische Geschehen in der EU. Dies gilt insbesondere für wirtschaftliche Aspekte. Noch im Zuge der Finanzkrise nach 2008 beziehungsweise 2009 stand Polen im Abseits der großen Debatten über die Neugestaltung der *economic governance* der EU. Als Nichtmitglied der Eurozone und als das Land, das vielleicht am besten durch die Krise der folgenden Jahre kam, stand es nicht auf einer der beiden großen Seiten in der Wäh-

rungsunion, die in der Regel mit der Zweiteilung „Nord-Süd“ beschrieben werden. Deutschlands Fokus lag in dieser Zeit auf Frankreich, den hilfsbedürftigen Euro-Ökonomien und dem Krisenmanagement innerhalb der Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds. Polen war indes bemüht, sich von der Seitenlinie der Euro-Zone als fiskalkonservatives Land der Budgetdisziplin in das Lager der deutschlandnahen, auf finanzielle Stringenz bedachten Länder einzureihen.

Parallel hierzu ergaben sich zahlreiche Übereinstimmungen in vielen anderen wichtigen Themenkomplexen der Wirtschaftspolitik. Polen hat sicherlich Deutschland vereinzelt Abschottungstendenzen im Binnenmarkt vorgeworfen. Die auf Deutschlands Betreiben während der Osterweiterung vereinbarten Übergangsfristen bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit oder die von Berlin im Verein mit vielen anderen westeuropäischen Mitgliedsstaaten unterstützte Neuregelung der Entsenderichtlinie (populär mit dem Leitsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ umschrieben) wurden in Warschau als wettbewerbsverzerrende Schutzmaßnahmen kritisiert. Dennoch ziehen Deutschland und Polen im Grundsatz am gleichen Strang: Beide Länder wollen einen funktionsfähigen Binnenmarkt ohne Barrieren, der global konkurrenzfähig bleibt und dessen Offenheit nach außen nur moderater reguliert werden soll. Die verschränkten exportabhängigen Volkswirtschaften beider Länder machen es freihandelskritischen Tendenzen schwer, konstitutiven Einfluss auf die Politik zu erlangen.

An der Schnittstelle zwischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Themenkreisen befindet sich die an Bedeutung zunehmende Energie- und Klimapolitik. Lange Zeit war das deutsch-polnische Gespräch dadurch charakterisiert, dass in Polen Energie- und Versorgungssicherheit im Kontext bestehender Abhängigkeiten von Russland akzentuiert wurde, wohingegen in Deutschland vor allem wirtschaftliche und ökologische Aspekte hervorgehoben wurden. Polen war primär ein Anwalt von Energiesolidarität in der EU, Deutschland wollte seine energiewirtschaftliche Kooperation mit Russland beibehalten und sah Vorhaben wie die „Energieunion“ nicht zuletzt als Beschleuniger für

den umweltfreundlichen Umbau von Energiesystemen und den Aufbau eines Energiebinnenmarkts. Gleichzeitig wurde Dekarbonisierung zu einer übergeordneten Priorität europäischer Politik – mit deutscher Unterstützung (wenn auch mit Phasen ohne großen Enthusiasmus) und bei lange andauernden polnischen Vorbehalten. Spätestens als die polnische Regierungschefin im Oktober 2014 gegen anspruchsvollere Klimaschutzziele der EU bis 2030 mit einem Veto drohte, war auch einer breiteren deutschen Öffentlichkeit klar, dass Polen mit seiner kohlelastigen Energiewirtschaft nicht ohne Weiteres einer beschleunigten Reduktion von oder gar einem Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zustimmen würde. Dass Polen das Ziel der Klimaneutralität der EU bis 2050 als einziger Mitgliedsstaat nicht akzeptierte, bestätigte diesen Eindruck – verstellte aber auch den Blick dafür, dass Polen längst nicht mehr die Vorstellung eines CO₂-freien Wirtschaftens und Lebens ablehnt, sondern lediglich bessere Konditionen und vor allem finanzielle Kompensationen für sich sucht.

Seit Mitte des vergangenen Jahrzehnts haben sich Fragen der Werte und Leitprinzipien im europäischen Themenarrangement zwischen Deutschland und Polen weit nach vorne geschoben. Deutschland sieht sich in der Pflicht, zusammen mit anderen Partnern Rechtsstaatlichkeit und europäischen Grundwerten Geltung zu verschaffen, und unterstützt europäische Institutionen dabei, mögliche Fehlentwicklungen zu korrigieren. Deutschland ist auch eine treibende Kraft der losen Gruppe von „Freunden der Rechtsstaatlichkeit“ in der EU. Vor allem die nach dem polnischen Regierungswechsel von 2015 eingeleiteten Reformen in der Justiz, die zu zahlreichen Vertragsverletzungsverfahren und zur Initiierung eines Artikel-7-Verfahrens geführt haben und die die Etablierung eines Mechanismus zur Ahndung von Rechtsstaatslichkeitsdefiziten durch das Einfrieren von EU-Geldern beförderten, brachten auch deutsch-polnische Spannungen mit sich. Deutschland fordert im Einklang mit der Europäischen Kommission, dem Europäischen Parlament und dem Europäischen Gerichtshof die Umsetzung von aus der Mitgliedschaft resultierenden Verpflichtungen, die die Achtung von Grundwerten oder die Existenz von effektivem Rechts-

schutz umfassen. Polen stellt Defizite in Abrede und argumentiert, dass die EU beim Aufbau der innerstaatlichen Ordnung, also bei der sogenannten „Verfassungsidentität“, keine Zuständigkeiten besitze. Ähnlich aufgeladen und europapolitisch strittig sind soziokulturelle Konflikte, etwa der Umgang mit LGBT-Fragen.

Bei diesen Problemfeldern prallen nicht nur liberale und traditionelle Wertevorstellungen, sondern auch abweichende europäische Konzeptionen aufeinander: die eines generalisierten und mit Durchgriffsrechten auszustattenden europäischen Normengerüsts und die eines europäischen Regelungskerns mit einem kulturellen und identitätspolitischen Souveränitätsbestand auf nationaler Ebene.

Die gereizten Debatten um die Migrations- und Flüchtlingspolitik waren nicht nur Ausdruck unterschiedlicher Zugänge zur Zuwanderung und zur diesbezüglichen Kompetenzordnung der EU, sie indizierten auch, dass das weite Feld der europäischen Justiz- und Innenpolitik mit der Aufnahme Polens in den Schengen-Raum nicht „abgehakt“ war, sondern dass damit die europäische Themenpalette beider Länder angereichert wurde. Sie reicht von Fragen der inneren Sicherheit über die Justizkooperation bis zu externen Aspekten dieses nur auf den ersten Blick binnenorientierten Politikfelds.

Dieser nur summarische Blick auf das deutsch-polnische Themenrepertoire in der EU ergibt ein gemischtes Bild. Dieses wird, und hierfür gibt es gute Gründe, häufig unter dem Blickwinkel Kooperation oder Konflikt betrachtet. Zu konstatieren ist aber auch, dass die deutsch-polnischen Beziehungen in der EU sich kontinuierlich diversifiziert und vertieft haben. Mehr Dichte kann aber, wie in den bilateralen Beziehungen, auch mehr Reibung verursachen.

Und die Zukunft?

Welche Schlussfolgerungen sind aus all dem für die Zukunft zu ziehen? Die intrikaten Voraussetzungen und das weit gefächerte wie intensive Geflecht der deutsch-polnischen Beziehungen im Kontext der

EU legen ein dreifaches Resümee nahe: Die deutsch-polnische Beziehung in Europa bedarf der Pflege, braucht Ehrgeiz und benötigt Realismus. Dafür sind zunächst einmal die Geschäftsgrundlagen zu klären. Hierzu gehört zunächst ein Bekenntnis beider Seiten, pragmatisch für den Zusammenhalt der EU einzutreten. Szenarien der inneren Differenzierung und zum Europa der unterschiedlichen Geschwindigkeiten müssen immer *ultima ratio* sein, denn ihnen wohnt das Risiko inne, die kohärenzbildenden Effekte der Osterweiterung zu unterlaufen.

Zur Klärung gehört aber auch ein besseres gegenseitiges Verständnis über Wertefragen, nicht nur die abstrakte Unterstützung fundamentaler Grundwerte, sondern eine Diskussion über deren Inhalte sowie über nationale Hoheitsdomänen und europäische Regelungsaufträge oder Zurückhaltungsgebote. Damit ist angedeutet, dass deutsch-polnische Debatten häufig und gleichzeitig Diskussionen über die Zukunft der EU sind. Bei diesem wichtigen Fragenkomplex, dem auch der vage Diskussionsprozess namens „Konferenz zur Zukunft Europas“ gewidmet ist, sollten sich Deutschland und Polen der Fallstricke institutioneller Reformanstrengungen bewusst sein und sich primär auf Inhalte und Herausforderungen konzentrieren. In diesem Zusammenhang wird man zwischen Themen unterscheiden müssen, die auf einem tendenziellen Gleichklang deutscher und polnischer Interessen beruhen (zum Beispiel beim Versuch, eine effektive europäische Industriepolitik aufzubauen), ferner solchen, bei denen es vorrangig um einen *Modus vivendi* geht (Migration), und schließlich solchen, bei denen abweichende Voraussetzungen mit erheblichem Kooperationspotenzial (trotz aller Unterschiede die klimafreundliche Transformation von Energie und Wirtschaft, Europas Nachbarschaftspolitik oder die europäische Sicherheitspolitik) vorliegen. Bei all dem sollten sich beide Länder vergewissern, wo sie sich aktiv auf europapolitische Gestaltung und strategische Weiterentwicklung einlassen wollen. Und sie sollten sich bewusst machen, mit wem einzelne Aspekte am besten vorangetrieben werden: ob mit Frankreich im Weimarer Dreieck, mit den anderen Visegrád-Ländern oder durch strukturierte Themenkoalitionen mit Partnern etwa aus der Ostseeregion.

Um in diese Richtung zu gehen, müssen Deutschland und Polen ihre bisherigen Erfahrungen bilanzieren. Dies heißt einerseits Unterschiede und nicht zuletzt phasenweise differierende europäische Rollenkonzepte und Ordnungsvorstellungen anzuerkennen und damit konfliktfähig zu werden und andererseits überhöhte Ansprüche einzugrenzen, ohne die Ambitionen einer europapolitischen Paarbeziehung mit besonderem Gestaltungspotenzial zu eliminieren.

Magdalena Bainczyk

Deutschland und Polen gemeinsam (?) in Europa

Die Bundesrepublik Deutschland hat nach 1945 Schritt für Schritt ihre internationale Souveränität zurückgewonnen, zum einen aufgrund der Zuspitzung des Kalten Krieges, zum anderen dank ihrer internationalen Einbindung.¹ Ihre vollständige Souveränität erlangte sie nach der deutschen Wiedervereinigung und der Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrags. Dies fiel zusammen mit dem Ende des Kalten Krieges, mit einer verstärkten politischen Integration, zu der die Gründung der Europäischen Union (im Folgenden EU) gehörte, sowie mit geopolitischen Veränderungen in Ostmitteleuropa.² Diese Umstände finden Ausdruck in der Änderung von Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland von 1949 (im Folgenden GG). In seiner

¹ Carlo Schmid, der im Parlamentarischen Rat Fürsprecher einer „offenen Staatlichkeit“ war, stellte fest: „Die einzig wirkungsvolle Waffe des vollkommen Machtlosen ist das Recht, das internationale Recht [...] Deshalb sollten auch wir Deutsche gerade angesichts der Tatsache, dass wir heute vollkommen machtlos sind, mit all unserem Pathos den Vorrang des internationalen Rechts betonen.“ F. Eberhard benutzte den Ausdruck, der genannte Ansatz sei eine „Visitenkarte nach außen“ sowie eine Eintrittskarte für die internationale Gemeinschaft, zitiert nach Th. Rensmann, *Die Genese des ‚offenen Verfassungsstaates‘ 1948/49*, in: Giegerich, Thomas (Hg.): *Der „offene Verfassungsstaat“ des Grundgesetzes nach 60 Jahren*, Berlin 2010, S. 40 ff. (übersetzt von Anja Schmidt).

² Truszczyński, Jan: *Polish-German Relation and European Integration*, in: Góralski, Witold M. (Hg.): *Poland-Germany 1945-2007. From Confrontation to Cooperation and Partnership in Europe. Studies and Documents*, Warszawa 2007, S. 272.

ursprünglichen Fassung beschränkte Artikel 23 den Geltungsbereich des Grundgesetzes auf die Bundesländer des damaligen Westdeutschlands, „in anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.“ Seit Dezember 1992 enthält Artikel 23 GG jedoch die sogenannte europäische Integrationsklausel, mit der die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU geregelt wird.³ Die europäische Integration bildete den wesentlichen Kontext für den Abschluss des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 sowie für seine Geltung in den vergangenen 30 Jahren. Eine umfassende Analyse des Vertrags unter europapolitischem Aspekt müsste auch die zuvor genannten Abkommen berücksichtigen, außerdem den deutsch-polnischen Grenzvertrag vom 14. November 1990 sowie den deutsch-polnischen Vertrag über die Gründung der Stiftung „Deutsch-Polnische Aussöhnung“ vom 16. Oktober.⁴

Nachdem Polen wieder eine souveräne Außenpolitik verfolgen konnte, orientierte sich diese am Ziel der europäischen Integration⁵ und deckte sich somit teilweise mit der Außenpolitik, die der Bundesrepublik so spektakuläre Erfolge bescherte. Deutschland unterstützte daher die polnischen Beitrittsbestrebungen zur EU, was im Vertrag von 1991 auch hervorgehoben wurde.

Die vertraglichen Bestimmungen zur Europapolitik lassen sich in drei Kategorien einteilen. Die erste bilden allgemeine, übergeordnete Grundsätze bei der Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen, die in der Präambel

³ Scholz, Rupert: *Europäische Einigung und deutsche Frage*, in: Merten, Detlef (Hg.): *Föderalismus und Europäische Gemeinschaften*, Berlin 1990, S. 283 ff.

⁴ Interessant u. a. zum Zwei-plus-Vier-Vertrag sowie zur Rolle der USA und zur Verknüpfung der Anerkennung der Grenze mit Reparationsfragen Roth, Karl Heinz/Rübner, Hartmut: *Wyparte, odroczone, odrzucone. Niemiecki dług reparacyjny wobec Polski i Europy*, Poznań 2020, S. 209 ff., Dokumente Nr. 25-30 in diesem Band (deutsch: Roth, Karl Heinz/Rubner, Hartmut: *Verdrängt, vertagt, zurückgewiesen: die deutsche Reparationsschuld am Beispiel Polens und Griechenlands*, Metropol, Berlin 2019); auch Küsters, Hanns Jürgen/Hofmann, Daniel (Hg.): *Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90*, München 1998.

⁵ Skubiszewski, Krzysztof: *Pozycja Polski w Europie*, Warszawa 1994, S. 7.

sowie den Artikeln 1 und 2 enthalten sind und die sich direkt oder indirekt auf den europäischen Kontext beziehen. Zu diesen Prinzipien, die auch nach 30 Jahren nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben, gehören das Wahren und Festigen des Friedens sowie das zuverlässige Verhindern von Kriegen.⁶ In diesem Zusammenhang müssen auch die Kooperationsverpflichtungen Deutschlands und Polens innerhalb der EU zur Sicherung des Friedens in Europa als *ultima ratio* erwähnt werden, zumal es nach Artikel 3 Absatz 1 des EU-Vertrags die vorrangige Aufgabe der Europäischen Union ist, den Frieden zu fördern. Durch den zivilisatorischen Fortschritt verändert sich, wie Frieden bedroht und gesichert werden kann, weshalb die Zusammenarbeit beider Staaten auf den Gebieten Energie- und Cybersicherheit sowie bei der Terror- und Epidemiebekämpfung unerlässlich ist.

Zur zweiten Kategorie gehören Vertragsbestimmungen historischer Art zur „Heranführung Polens an die Europäische Gemeinschaft.“⁷ Da Polen seit über 17 Jahren gleichberechtigtes Mitglied der EU ist, sollten sie außer Kraft gesetzt und durch pragmatische Lösungen für die deutsch-polnische Zusammenarbeit in der EU ersetzt werden, die den nach 1991 veränderten politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen der europäischen Integration Rechnung tragen. Bilaterale Gespräche zu solchen neuen Bestimmungen könn-

⁶ Abs. 3 der Präambel: „Überzeugt von der Notwendigkeit, die Trennung Europas endgültig zu überwinden“, Art. 2: „Oberstes Ziel ihrer Politik ist es, den Frieden zu wahren und zu festigen und jede Art von Krieg zuverlässig zu verhindern.“

⁷ Abs. 7 der Präambel: „Im Bewusstsein der Bedeutung, welche die Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland in der Europäischen Gemeinschaft und die politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft für die künftigen Beziehungen der beiden Staaten haben“, Art. 8, Abs. 2 und 3, die entsprechend lauten: „2. Mit dem Abschluss eines Assoziierungsabkommens zwischen den Europäischen Gemeinschaften und der Republik Polen legen die Europäischen Gemeinschaften, ihre Mitgliedsstaaten und die Republik Polen die Grundlage für eine politische und wirtschaftliche Heranführung der Republik Polen an die Europäische Gemeinschaft. Die Heranführung wird von der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen ihrer Möglichkeiten nach Kräften gefördert. 3. Die Bundesrepublik Deutschland steht positiv zur Perspektive eines Beitritts der Republik Polen zur Europäischen Gemeinschaft, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.“

ten nicht nur dazu beitragen, die unzulängliche Rechtslage zu verbessern, sondern auch ein erster Schritt dahin sein, die offensichtlich unzureichende Abstimmung zwischen beiden Staaten bei der Europapolitik zu verbessern.

Zur dritten Kategorie gehören Bestimmungen, die auch nach 30 Jahren und ungeachtet der Notwendigkeit zur Überarbeitung des Vertrags die Grundlage für die europapolitische Zusammenarbeit von Deutschland und Polen bilden, zusätzlich zu den bereits erwähnten allgemeinen/übergeordneten Grundsätzen. Hierbei geht es um Absatz 4 der Präambel, der besagt, dass sich beide Staaten „ihrer gemeinsamen Interessen und ihrer gemeinsamen Verantwortung für den Aufbau eines neuen, durch Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit vereinten und freien Europa“ bewusst waren/sind, sowie um Artikel 8 Absatz 1, der festlegt: „Die Vertragsparteien messen dem Ziel der europäischen Einheit auf der Grundlage der Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit höchste Bedeutung bei und werden sich für die Erreichung dieser Einheit einsetzen.“ Während sowohl in Deutschland als auch in Polen nur relativ wenige Menschen die Notwendigkeit, „eine europäische Friedensordnung zu schaffen“, und „die Bedeutung der europäischen Einheit“ infrage stellen, sieht es mit dem „Bewusstseins gemeinsamer Interessen“ oder einem gemeinsamen Verständnis jener „europäischen Einheit“ deutlich schlechter aus.

Ein Beispiel hierfür ist die Diskussion über die Zukunft der EU, da 30 Jahre nach der Vertragsunterzeichnung und 17 Jahre nach dem EU-Beitritt Polens der Gegenstand der Europapolitik starken Veränderungen unterliegt – das geeinte Europa. Zum einen hat die außervertragliche Föderalisierung der EU in den vergangenen Jahren zugenommen. Hierzu gehört die fortlaufende, vertragswidrige Ausweitung der Zuständigkeiten von supranationalen EU-Institutionen, was sich unter anderem in zahlreichen Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Verfassungsgerichten einzelner Staaten und dem Europäischen Gerichtshof niedergeschlagen hat. Zum anderen haben Deutschland und Frankreich eine Diskussion zur Reform der EU initiiert, die – wie sich aus Programmdokumenten des Europäischen Parlaments und der Eu-

ropäischen Kommission ergibt⁸ – zu einer Ausweitung der Kompetenzen der EU führen soll, zum Beispiel in der Steuerpolitik, und durch die supranationale EU-Institutionen gestärkt werden sollen. Nicht zuletzt haben Deutschland und Frankreich den Wiederaufbaufonds der EU auf den Weg gebracht, der zu einer weiteren Föderalisierung der Union beiträgt.⁹ Der deutsche Botschafter in Frankreich, Hans-Dieter Lucas, bezeichnete das Jahr 2020 sogar als „Moment Franco-Allemand“¹⁰, und angesichts der bevorstehenden französischen Ratspräsidentschaft ist eine weitere Intensivierung dieser Zusammenarbeit zu erwarten.

Die polnische Zukunftsversion für die EU deckt sich nicht mit den Reformen, die von supranationalen EU-Institutionen vorgeschlagen und die zumindest teilweise von der Bundesrepublik unterstützt werden. Schon bevor die Arbeit an einer europäischen Verfassung begonnen hatte, sprach der frühere deutsche Außenminister Joschka Fischer von der EU als Föderation.¹¹ Während seiner Ratspräsidentschaft 2007 unterstützte Deutschland die weitere Föderalisierung der EU, indem es sich dafür einsetzte, dass zumindest ein Teil der Bestimmungen aus

⁸ Entschließung des Europäischen Parlaments vom 15. Januar 2020 zum Standpunkt des Europäischen Parlaments zur Konferenz über die Zukunft Europas (2019/2990(RSP)); Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Gestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas, COM (2020) 27 final.

⁹ Herdegen, Matthias: *Des Kaisers neue Kleider Jubel über neue „Europäische Fiskalunion“*, in: FAZ, 24.03.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/staat-und-recht/jubel-ueber-neue-europaeische-fiskalunion-17261607.html>, 14.07.2021; vgl. *EU-Wiederaufbaufonds. Eingangsstatement des Präsidenten des Bundesrechnungshofes, Kay Scheller. Es gilt das gesprochene Wort*, <https://www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/sonderberichte/2021/eu-wiederaufbaufonds-darf-keine-dauereinrichtung-werden/eu-wiederaufbaufonds>, 14.07.2021.

¹⁰ Stam, Clair/Grüll, Philipp: *Deutscher Botschafter in Paris: „Wir erleben einen Moment Franco-Allemand“*, <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/interview/deutscher-botschafter-in-paris-wir-erleben-einen-moment-franco-allemand/>, 13.07.2021.

¹¹ *Rede des Bundesministers des Auswärtigen Joschka Fischer am 12. Mai 2000 in der Humboldt-Universität in Berlin*, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/rede-des-bundesministers-des-auswaertigen-joschka-fischer-808150>, 14.07.2021.

der EU-Verfassung, die in den Referenden in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt worden war, in den Vertrag von Lissabon aufgenommen wurde.¹² Im Juni 2021 wiederum schlug der deutsche Außenminister Heiko Maas vor, die Einstimmigkeit bei der EU-Außenpolitik aufzuheben, um „das souveräne Europa“ zu stärken. Er wies darauf hin, dass es in Deutschland einen überparteiischen Grundkonsens zur Europapolitik gebe, der auch nach der Bundestagswahl im September 2021 nicht zur Disposition stehe.¹³ Dieser Konsens betrifft die Finalität des europäischen Projekts, das sich zu einer Föderation entwickeln sollte. Bezeichnend ist hierbei die Verwendung des Begriffs „souveränes Europa“, da im Vertrag bisher lediglich die Mitgliedsstaaten als souveräne Subjekte der Integration bezeichnet werden. Ebenfalls bezeichnend ist, dass der Begriff „souveränes Europa“ in der Präambel des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration von 2019 verwendet wird, derzufolge die enge Freundschaft zwischen Deutschland und Frankreich entscheidend ist für eine geeinte, leistungsfähige, souveräne und starke EU.

Aus polnischer Sicht sind nach den geltenden Vertragsbestimmungen die Mitgliedsstaaten weiterhin die „Herren der Verträge“, die EU wiederum ist eine supranationale internationale Organisation, die sich auf eine gemeinsame europäische Kultur stützt, die jedoch nicht darüber entscheidet, wie weitreichend ihre Kompetenzen sind. Dies obliegt den Mitgliedsstaaten, indem sie Änderungen in den Gründungsverträgen vornehmen. Dieses Verständnis entspricht der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts seit den 1970er-Jahren, die Rechtsinstitute geschaffen hat, die die staatliche Souveränität und somit auch die Verfassung des Staates achten. Hierzu gehören die Achtung der Verfassungsidentität, ein Verständnis der EU als Staatenverbund oder

¹² Hobe, Stephan: *Niemiecka Prezydencja a przyszłość europejskiego Traktatu konstytucyjnego*, in: Barcz, Jerzy (Hg.): *Prezydencja niemiecka a stan debaty o reformie Unii Europejskiej. Aspekty polityczno-prawne*, Warszawa 2007, S. 73 ff.

¹³ Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Eröffnung der 19. Botschafterkonferenz „Build back better – Außenpolitik für die Welt nach Corona“, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-boko-2021/2464690>, 14.07.2021.

der Grundsatz von den „Herren der Verträge“.¹⁴ Während die anderen deutschen Verfassungsorgane dieses traditionelle Verständnis der EU nicht teilen, stößt es bei immer mehr deutschen Intellektuellen auf Zuspruch.¹⁵

Bedeutet zwei verschiedene und sogar gegensätzliche Zukunftsvisionen für die EU, dass der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit gescheitert ist, nicht umgesetzt wird? Nein, denn die EU ist beziehungsweise sollte nach Artikel 2 des EU-Vertrags eine Gemeinschaft sein, die auf Freiheit gründet, und die Mitgliedsstaaten können völlig frei ihre Zukunftsvisionen für die EU vorstellen. Diese Entwürfe sollten jedoch auf gesamteuropäischer Ebene öffentlich diskutiert und später in den einzelnen Ländern demokratisch zur Abstimmung gestellt werden, wodurch es eventuell nach der Zustimmung sämtlicher Mitgliedsstaaten zu Änderungen an den EU-Verträgen kommen kann (Artikel 48, Absatz 2–4 EU-Vertrag). Es gibt schließlich in der Bundesrepublik geistigen Raum, in dem Kompromissvorschläge zur Zukunft Europas erarbeitet werden können, wie die genannten Beispiele zeigen. Als Motto für die deutsch-polnische Zusammenarbeit könnten die einführenden Sätze eines Appells von 29 deutschen Intellektuellen dienen: „Die Europäische Union gründet auf gegenseitigem Respekt. Die europäischen Organe achten die Identitäten der Mitgliedsstaaten und die Grenzen der Integration. Die Staaten wahren die gemeinsamen europäischen Werte und das Europarecht.“¹⁶

¹⁴ Bainczyk, Magdalena: *Polski i niemiecki Trybunał Konstytucyjny wobec członkostwa państwa w Unii Europejskiej*, Wrocław 2017.

¹⁵ Vgl. die Klage von 2281 Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik (Bündnis Bürgerwille) gegen die Beteiligung Deutschlands am Europäischen Wiederaufbaufonds: 2281 Bürger erheben Verfassungsbeschwerde gegen EU-Schulden, <https://buendnis-buergerwille.de/verfassungsbeschwerde-2/>, 12.07.2021; *Die Selbstbehauptung Europas!*, in: FAZ, 04.07.2021, <https://www.faz.net/einspruch/europaeische-integration-staatsrechtler-kritisieren-eu-kommission-17421926.html>, 14.07.2021.

¹⁶ *Die Selbstbehauptung Europas!*, in: FAZ, 04.07.2021, <https://www.faz.net/einspruch/europaeische-integration-staatsrechtler-kritisieren-eu-kommission-17421926.html>, 14.07.2021.

Unvereinbar mit dem Vertrag ist jedoch die Überzeugung, dass die deutsche Vorstellung von europäischer Einheit nicht verhandelbar sei und dass fehlende Zustimmung zu dieser dazu führe, dass „wir die, mit denen wir heute schon Probleme haben in Mittel- und Osteuropa, endgültig verlieren“.¹⁷ Eine solche deutsche Vorstellung von Europapolitik verstößt gegen den Grundsatz, gegenseitig die souveräne Gleichheit zu achten, wie in Artikel 2 des Vertrags von 1991 aufgeführt. Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Meinung von Krzysztof Skubiszewski, der Anfang Juni 1991 im polnischen Sejm sagte: „Die endgültige Bewertung des Vertrags mit der Bundesrepublik [...] erfolgt durch das Leben, also die Verwirklichung des Vertrags in der Praxis. Jeder Vertrag ist so viel wert, wie von ihm umgesetzt wird.“¹⁸

Will man die Vertragsbestimmungen in der Praxis anwenden, so sind deutsch-polnische Gespräche über die Zukunft der EU notwendig. Hiervon würden nicht nur die bilateralen Beziehungen profitieren, sondern ganz Europa, da auf eine konfliktreiche Phase naturgemäß eine Phase der konstruktiven Zukunftsgestaltung der EU folgen muss. Dies jedoch nicht auf Grundlage von willkürlichen Entscheidungen supranationaler EU-Institutionen oder einzelner Staaten, sondern eines Konsens, der bisher die Existenzgarantie für die EU gewesen ist. Mit regelmäßigen und häufigen deutsch-polnischen Konsultationen zu EU-Fragen, entsprechend der Dynamik der europäischen Politik, ließen sich Artikel 3, Absatz 1, Artikel 7 und Artikel 8 in die Praxis umsetzen.

Da ein Teil der Vertragsbestimmungen von 1991 veraltet ist sowie angesichts der Herausforderungen, vor denen die EU heute steht, auch bei der Sicherung des Friedens auf dem Kontinent, wäre ein neuer Vertrag notwendig oder zumindest eine Aktualisierung der Bestimmungen zur Europapolitik. Vorbild für Letztere könnte der deutsch-französische Vertrag von 2019 sein, der den bezeichnenden Namen „Vertrag

¹⁷ Rede von Außenminister Heiko Maas anlässlich der Eröffnung der 19. Botschafterkonferenz „Build back better – Außenpolitik für die Welt nach Corona“, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-boko-2021/2464690>, 14.07.2021.

¹⁸ Skubiszewski, Krzysztof: *Polityka zagraniczna i odzyskanie niepodległości*, Warszawa 1997, S. 138.

über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ trägt. Wie bereits erwähnt, ist diese Zusammenarbeit, wie in der Präambel formuliert, von entscheidender Bedeutung sowie für eine geeinte, leistungsfähige und souveräne EU unabdingbar.

Betrachtet man die deutsch-polnischen Beziehungen im Bereich EU-Politik, so stellt sich die rhetorische Frage, welche Rolle diesen 30 Jahre nach der Vertragsunterzeichnung beim Aufbau einer leistungsfähigen EU zukommt, die für das 21. Jahrhundert gewappnet ist. Der deutsch-französische Vertrag von 2019 verweist auf die strategische Bedeutung der Europapolitik für die Beziehungen beider Länder, da Kapitel 1 den Titel „Europäische Angelegenheiten“ trägt und die dortigen Bestimmungen sehr konkrete Formen der Zusammenarbeit vorsehen: „1. Das Festlegen von strategischen Feldern der Zusammenarbeit innerhalb der EU, zu denen die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik gehört sowie die Wirtschafts- und Währungsunion, 2. Regelmäßige Konsultationen zur Europapolitik, auf allen Ebenen, die gemeinsame Standpunkte der Ministerinnen und Minister im Rat ermöglichen, 3. Vereinbarungen zur Implementierung von EU- in Landesrecht“. Im Fall von Deutschland und Frankreich entsprechen die Vertragsbestimmungen zumindest teilweise der politischen Praxis. Im Fall von Deutschland und Polen ist eine Erneuerung sowohl bei den rechtlichen Vorgaben als auch in der politischen Praxis notwendig. Wird die deutsch-polnische Zusammenarbeit für die EU unerlässlich werden? Vielleicht wird die aus polnischer Sicht so wichtige Drei-Meere-Initiative hierzu beitragen. Der Schlüssel zur Erneuerung, die beide Seiten anstreben sollten, könnte in etwas liegen, was die deutsche Analytikerin Claire Demesmey zu den Grundlagen der deutsch-französischen Beziehungen konstatiert: „Die Franzosen schätzen die Deutschen, und die Deutschen schätzen die Franzosen“¹⁹ – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

¹⁹ Pistorius, Magdalena: *Für Frankreich ist Deutschland auch immer ein Spiegel*, <https://www.euractiv.de/section/europakompakt/interview/deutschland-ist-fuer-frankreich-auch-immer-ein-spiegel/>, 13.07.2021.

**Die wirtschaftlichen
Beziehungen zwischen
Polen und Deutschland**



Adrian Stadnicki

Polen: Ein wichtiger Partner der deutschen Wirtschaft

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich 30 Jahre nach der Unterzeichnung des bilateralen Nachbarschaftsvertrags zu einer gemeinsamen Erfolgsgeschichte entwickelt. Polen steht mit einem Handelsvolumen von 123 Milliarden Euro im Ranking der deutschen Handelspartner vor deutlich größeren Volkswirtschaften wie Italien, Großbritannien oder Russland. Damit ist Deutschlands östlicher Nachbar in den letzten 30 Jahren zu einem wichtigen Wirtschaftspartner avanciert. Gleiches gilt für die wirtschaftliche Bedeutung Deutschlands für Polen. Die Bundesrepublik hat sich in der gleichen Zeitspanne sogar zum wichtigsten Handelspartner Polens entwickelt.

In diesem Beitrag soll die Intensität der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen aufgezeigt werden, die in der Öffentlichkeit beider Länder nicht immer die Aufmerksamkeit erhält, die sie verdient. Die Wirtschaft verbindet Polen und Deutschland, unabhängig von der politischen Großwetterlage. Zusammen mit der Zivilgesellschaft hat sich die wirtschaftliche Verflechtung zu einer tragenden Säule der bilateralen Beziehungen entwickelt.

Im Jahr der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags (1991) konnte niemand ahnen, dass sich die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen einmal so gut entwickeln würden. Viele Fachleute setzten in den 1990er-Jahren eher auf die damalige Tschechoslowakei und Ungarn als wichtigste Partner

für deutsche Unternehmen in Mitteleuropa. Polen galt als wirtschaftlich stagnierendes Land. Das vorherrschende Denken brachte damals der schon länger existierende, in Deutschland abwertend gemeinte Begriff „polnische Wirtschaft“¹ auf den Punkt.

Glücklicherweise hat sich dessen Bedeutung geradezu umgekehrt: „Polnische Wirtschaft“ steht inzwischen für hohe Qualitätsstandards. Einen großen Beitrag dazu hat auch die enge Zusammenarbeit mit der deutschen Wirtschaft geleistet. In Polen sind über 5000 deutsche Unternehmen aktiv, und der Bundesbank zufolge beliefen sich die Investitionen deutscher Firmen in Polen im Jahr 2019 auf fast 40 Milliarden Euro. Im Ergebnis ist Polen heute eng in die Wertschöpfungsketten der deutschen Industrie eingebunden – und auch polnische Unternehmen entdecken zunehmend den deutschen Markt für sich. In Deutschland dürften mit steigender Tendenz inzwischen rund 1000 polnische Firmen aktiv sein.

Polen: Aufstieg unter die wichtigsten Handelspartner

Das Niveau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen ist inzwischen beeindruckend. Heute ist der Warenaustausch 15-mal so groß wie vor 30 Jahren. Im Jahr 1991 umfasste der deutsch-polnische Handel gerade einmal acht Milliarden Euro, heute hingegen beläuft sich das bilaterale Handelsvolumen auf 123 Milliarden Euro. Für Deutschland spielt Polen wirtschaftlich inzwischen eine führende Rolle: Die Bundesrepublik handelt weltweit nur mit vier Ländern mehr Waren als mit Polen, nämlich mit der Volksrepublik China, den Niederlanden, den USA und Frankreich. Zuletzt sorgte Polen für Aufsehen, als es an Italien und Großbritannien im Ranking der deutschen Handelspartner vorbeizog. Dazu trug einerseits die wirtschaftliche Stärke Polens, aber natürlich auch der Brexit und die struktu-

¹ Bei dem Begriff „polnische Wirtschaft“ handelt es sich um ein aus dem deutschsprachigen Raum stammendes Stereotyp, das auf die angebliche Unterlegenheit der polnischen Wirtschaftsordnung Polens abzielt. Der Terminus entstand im 18. Jahrhundert und wurde bis ins 20. Jahrhundert verwendet.

rellen Schwächen der italienischen Wirtschaft bei. Auch der Abstand zu Frankreich verringert sich spürbar. Im Jahr 2020 war der deutsche Warenaustausch mit Frankreich rund 24 Milliarden Euro größer als derjenige mit Polen. 2019 belief sich diese Differenz noch auf fast 50 Milliarden Euro. Die polnische „Aufholjagd“ setzt sich auch im Jubiläumsjahr 2021 fort. Im Zeitraum von Januar bis Mai 2021 belief sich der französische Vorsprung nur noch auf knapp neun Milliarden Euro und dürfte sich mittelfristig weiter verringern.

Im regionalen Vergleich der 29 Länder Mittel- und Osteuropas² steht Polen zudem auf Platz eins vor Tschechien und deutlich vor Ungarn und Russland. Auf Polen entfällt rund ein Viertel des deutschen Osthandels, und das Land gewinnt dank dynamischer Wachstumsraten in der Region weiter an Bedeutung. Die in den 1990er-Jahren vorherrschende Skepsis in Bezug auf die Bedeutung Polens als Wirtschaftspartner wurde damit längst widerlegt.

In diesem Kontext nennenswert ist die Bedeutung der Visegrád-Gruppe. Als Einheit betrachtet ist die aus Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn bestehende Formation der wichtigste Handelspartner der Bundesrepublik. Das Handelsvolumen Deutschlands mit den vier Ländern beläuft sich auf rund 290 Milliarden Euro. Die Bedeutung der Visegrád-Gruppe für die deutsche Wirtschaft ist selbst unter Experten nicht flächendeckend bekannt.

Deutschland: Polens wichtigster Absatzmarkt

Aus polnischer Perspektive gilt: Die Bundesrepublik ist der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Die Bedeutung Deutschlands wird im direkten Vergleich mit der Nummer zwei, China, deutlich. Während sich der deutsch-polnische Warenaustausch auf 123 Milliarden Euro summiert, erreichte der Handel Polens mit der Volksrepublik rund 36

² Dazu zählen die 29 Länder der folgenden Regionen des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft: Mittelosteuropa, Ost- und Südosteuropa, Südkaukasus und Zentralasien.

Milliarden Euro. Das entspricht weniger als einem Drittel des deutsch-polnischen Handels.

Deutschland ist vor allem als Absatzmarkt für polnische Produkte von außerordentlicher Bedeutung. Dem polnischen Statistischen Hauptamt (GUS) zufolge exportiert Polen rund 29 Prozent seiner Güter in die Bundesrepublik. Damit geht rund ein Drittel aller polnischen Exporte nach Deutschland. Zu den wichtigsten fünf Warenkategorien, die Polen nach Deutschland exportiert, zählen: Automobile und entsprechende Teile, Nahrungsmittel, Elektrotechnik, Maschinen und chemische Erzeugnisse.

Die Summe aller Importe aus Polen beläuft sich in Deutschland auf rund 58 Milliarden Euro, und so ist Polen zu einem der wichtigsten Lieferantenländer Deutschlands avanciert. Dabei ist es Polen zwischenzeitlich sogar gelungen, die USA als drittwichtigstes Importland Deutschlands vom Treppchen zu stoßen und hinter China und den Niederlanden den dritten Platz einzunehmen.

Aber auch als Lieferant ist die Bundesrepublik für Polen von Bedeutung. Dem GUS zufolge importiert Polen rund ein Fünftel seiner Güter (rund 22 Prozent) aus Deutschland, dazu zählen Güter aus den folgenden Warengruppen: chemische Erzeugnisse, Maschinen, Automobile und -teile, Textilien sowie Elektrotechnik. Auf den ersten Blick wird deutlich: Die je fünf wichtigsten Import- und Exportgüter sind mit Ausnahme von Nahrungsmittel/Textilien identisch. Dieser Eindruck bestätigt sich bei einem detaillierteren Blick auf die Struktur der Ein- und Ausfuhren. Die Zusammensetzung der Güter ähnelt sich stark, was auf eine enge Verflechtung der Wertschöpfungsketten schließen lässt. Diese erwiesen sich auch in Coronazeiten als krisenfest.

Polen: Stabilisator in Krisenzeiten und Wachstumsmotor nach Corona

Der deutsch-polnische Handel blieb trotz der pandemiebedingten Lockdowns, Einreisebeschränkungen und der weltweiten Rezession

auch 2020 stabil. Zum Vergleich: Der gesamte deutsche Handel ist in diesem Corona-Krisenjahr um 8,4 Prozent eingebrochen. Damit hat Polen im vergangenen Jahr die Rolle eines Stabilisators für den deutschen Außenhandel eingenommen. Auch innerhalb der Europäischen Union hat sich Polen wirtschaftlich zum Stabilisator entwickelt. Das Land verzeichnete neben Litauen und Irland im Vorjahr den geringsten Einbruch des Bruttoinlandsprodukts in der EU. Schon während der Weltfinanzkrise 2008 galt Polen als besonders krisenresistent. Das Land verzeichnete damals als einziges Land in der EU ein positives Wirtschaftswachstum und konnte seinen Ruf als guter „Krisenperformer“ bewahren.

Dank des Rückenwinds von 2020 deuten erste Anzeichen darauf hin, dass Polen im Post-Corona-Szenario wieder seine Rolle als Wachstumsmotor in der EU annehmen wird. Positiv stimmt auch der Aufschwung in den deutsch-polnischen Handelsbeziehungen 2021. Den aktuellsten Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge verbuchte der Warenaustausch zwischen Deutschland und Polen zwischen Januar und Mai 2021 ein Plus von 25 Prozent. Das ist einerseits auf den Einbruch im vergangenen Jahr, gleichzeitig aber auch auf die kräftige Erholung der Konjunktur zurückzuführen.

Die Europäische Kommission rechnet auch für 2022 mit einem überdurchschnittlichen Wachstum in Polen. Mit dem polnischen Markt wollen auch die deutschen Unternehmen wachsen. Das Wachstum der polnischen Wirtschaft basiert auf drei tragenden und stabilen Säulen: dem privaten Konsum, wachsenden Exporten und den auf EU-Fördermitteln basierenden Investitionen. Viele Experten vergleichen die gesamtwirtschaftliche Situation in Polen mit jener der Bundesrepublik in den 1950er- und 1960er-Jahren, als ein positiver Zyklus aus steigenden Löhnen und Investitionen einen jahrelangen Aufschwung einleitete – das „Wirtschaftswunder“.

Auch mittel- und langfristig sind die Wachstumsaussichten für Polen positiv. Dies hängt vor allem mit dem enormen Nachholbedarf der polnischen Wirtschaft zusammen. Polen hat in den vergangenen 30 Jahren enorme wirtschaftliche Fortschritte gemacht. Das Bruttoin-

landsprodukt ist fast ununterbrochen gewachsen, die Löhne sind gestiegen, die Arbeitslosigkeit ist derzeit die niedrigste in der EU – kurzum: Der Wohlstand hat sich in Polen vervielfacht.

Zu einem wichtigen Impulsgeber für das Wachstum der polnischen Wirtschaft könnte ferner der Green Deal der EU avancieren. Das bedeutet aber gleichzeitig für Polen, dass der Übergang zur CO₂-freien Wirtschaft erfolgreich gemeistert werden muss. Die Herausforderungen sind gewaltig: Polen ist innerhalb der Europäischen Union das Land mit dem höchsten Anteil von Kohle an der Stromproduktion. Der Wandel zur CO₂-Neutralität wird mit einem tiefgreifenden und weitreichenden Strukturwandel einhergehen müssen.

Auch wenn der Abstand zu Westeuropa geringer wird, ist er noch messbar und für viele Polen spürbar. Dies wird besonders deutlich beim Blick auf das Bruttoinlandsprodukt in Kaufkraftparität. Polen erreichte in dieser Hinsicht im Jahr 2020 einen Wert von 76 Prozent des EU-Durchschnitts. Im europäischen Vergleich liegt Polen damit in etwa gleichauf mit Portugal (77 Prozent) und deutlich vor Griechenland (64 Prozent). Vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Ausgangslage Polens und der beachtlichen Fortschritte in den vergangenen Jahren mag dieser Wert auf den ersten Blick beachtlichen klingen, doch die Messlatte für viele Polen ist mindestens der europäische Durchschnitt, wenn nicht gar derjenige Deutschlands (126 Prozent). Selbst innerhalb der Visegrád-Gruppe ist Polen nicht der Spitzenreiter und liegt deutlich hinter Tschechien (94 Prozent).

Von „Made in Poland“ zu „Invented in Poland“

Dreißig Jahre nach der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags befindet sich Polen also wirtschaftlich betrachtet in einer viel besseren Verfassung als je zuvor. Das Bruttoinlandsprodukt Polens umfasst heute rund 600 Milliarden Dollar, 1991 belief es

sich noch auf ca. 86 Milliarden Dollar. Mit dem Wachstum ging auch eine Modernisierung der Wirtschaft einher – mit vielen neuen Herausforderungen. Der wirtschaftliche Boom hat auch das Selbstverständnis Polens verändert. Der Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik verschiebt sich immer mehr weg von „Made in Poland“ hin zu „Invented in Poland“, und die Regierung fördert gezielt Investitionen mit einer höheren Wertschöpfung. Polen versteht sich heute nicht mehr als verlängerte Werkbank Deutschlands, sondern als Innovationspartner.

Als Beispiel für eine erfolgreiche Zusammenarbeit in diesem Bereich kann das hochmoderne Werk von Mercedes-Benz im niederschlesischen Jawór gelten. Dem Unternehmen zufolge werden in dem dortigen Hightech- und CO₂-freien Motorenwerk die höchsten Standards der Industrie 4.0 umgesetzt. Zudem soll die Produktion von Verbrennungsmotoren an dem Standort um eine Batterieproduktion erweitert werden.

Das Bild Polens als verlängerter Werkbank verblasst ferner vor dem Hintergrund, dass zahlreiche global agierende deutsche Unternehmen ihre digitalen Produkte in Polen entwickeln. Oftmals haben die polnischen Tochterunternehmen eine Führungsrolle hinsichtlich der Digitalisierung im Konzern inne. Polnische Mitarbeiter gelten, wie die gesamte polnische Gesellschaft, als besonders digitalisierungsaffin. Die Digitalisierung wird in Polen als Chance betrachtet und vom Kunden her gedacht – eine perfekte Ergänzung zur deutschen systemorientierten Herangehensweise. Diesen Vorteil haben auch zahlreiche internationale Investoren erkannt. Die US-amerikanischen Firmen Google und Microsoft haben 2020 Investitionen jeweils in Höhe von einer Milliarde Euro angekündigt.

Mehr Zusammenarbeit in der Wirtschaft wagen

Als Folge des polnischen „Wirtschaftswunders“ verändert sich auch die Rolle Polens in der EU-Wirtschaftspolitik zunehmend. Nach dem Brexit dürfte Polen wirtschaftspolitisch in der EU weiter an Gewicht

gewinnen. Zu den Prioritäten der polnischen Wirtschaftspolitik zählen die fiskalpolitische Disziplin und die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union. Aufgrund der Gemeinsamkeiten in den Grundzügen der EU-Wirtschaftspolitik ist Polen für Deutschland ein natürlicher Partner mit einer vergleichbaren Philosophie und ähnlichen Interessen.

Das gilt im weiteren Sinne ebenfalls für den gemeinsamen Auftritt auf Drittmärkten. Polens Wirtschaft ist heute bereits exportorientiert, allerdings entfällt ein Großteil der Ausfuhren auf die Europäische Union. Der Beitritt zur EU öffnete für polnische Unternehmen die Türen zu Absatzmärkten wie Deutschland, Frankreich oder Italien. In den kommenden Jahren dürften polnische Unternehmen ihre weltweiten Aktivitäten verstärken. Wer in der EU wettbewerbsfähig ist, kann auch auf dem globalen Markt bestehen. Auch auf diesem Feld ergeben sich Chancen für die Vertiefung der bilateralen Zusammenarbeit. Deutsche Unternehmen exportieren rund die Hälfte aller Ausfuhren in Länder außerhalb der Europäischen Union und verfügen dadurch über etablierte Zugänge zu Drittmärkten. Es gibt bereits deutsch-polnische Tandems, die gemeinsam Märkte außerhalb der EU erschließen. Diese Zusammenarbeit dürfte sich intensivieren. Als Tandem bestehen die Firmen besser auf den immer anspruchsvoller werdenden Märkten.

Polen: vom „Hidden Champion“ zum „Visible Champion“

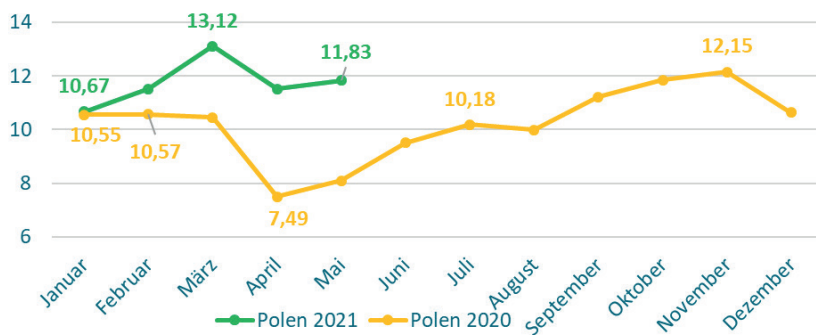
Die Unterzeichner des Nachbarschaftsvertrags, Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Jan Krzysztof Bielecki, hätten sich Entwicklung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen im Jahr 1991 vermutlich nicht besser vorstellen können. Beide Länder sind wirtschaftlich zusammengewachsen. Polen überholte Italien (2020) und Großbritannien (2019) im Ranking der deutschen Handelspartner und ist inzwischen in die Top-5 eingezogen. Deutschland ist andererseits der mit Abstand wichtigste Wirtschaftspartner Polens.

Die Tiefe, Breite und Intensität der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ist beeindruckend. Sie reicht von den florierenden Handelsbeziehungen, über die Zahl der im Partnerland aktiven Unternehmen bis hin zur gemeinsamen Entwicklung innovativer Produkte. Heute, 30 Jahre nach der Unterzeichnung des bilateralen Nachbarschaftsvertrags, gilt es die Bedeutung der deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen entsprechend zu würdigen.

Gleichzeitig erlebt die polnische Volkswirtschaft derzeit mehrere parallele Veränderungsprozesse, die das Land vor große wirtschaftliche Herausforderungen stellen. Dazu zählt insbesondere der Wunsch, in den internationalen Wertschöpfungsketten aufzusteigen. Der Green Deal wird zudem einen tiefgreifenden und weitreichenden Strukturwandel erfordern, der für die Vertiefung der Zusammenarbeit weitreichende Chancen birgt.

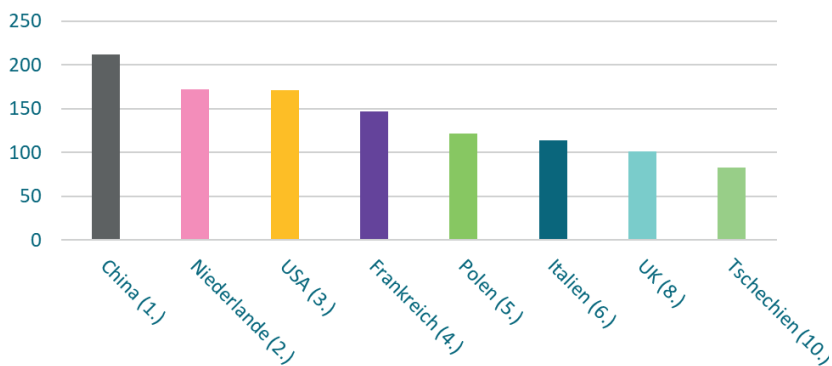
Polen entwickelt sich allmählich vom „Hidden Champion“ zum „Visible Champion“. Dafür sprechen zahlreiche starke polnische Firmen wie etwa der Onlinehändler Allegro, der mit seinem Börsengang im vergangenen Jahr für Aufsehen sorgte. Wir alle dürfen auf weitere wirtschaftliche Überraschungen aus Polen in den kommenden Jahren gespannt sein. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass sich die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland weiter vertiefen wird.

Grafik 1: Handel mit Polen 2021 (je Monat in Mrd. €)



Quelle: eigene Berechnung, Statistisches Bundesamt

Grafik 2: Deutsche Handelspartner 2020 (in Mrd. €)



Quelle: eigene Berechnung, Statistisches Bundesamt

Sebastian Plóciennik

Die Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands und Polens

Der runde Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit bietet einen guten Anlass, um eine Bilanz der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen nach 1989 zu ziehen. Ihre Stärke besteht zweifellos in der beispiellosen Zunahme von Kontakten bei Handel und Investitionen, ihre Schwäche hingegen in den enormen Asymmetrien – zum Beispiel bei Innovationen. Die kommenden Jahrzehnte werden nicht leicht werden: Ökologische Notwendigkeiten, Veränderungen bei Globalisierung und europäischer Integration sowie technologische Revolutionen können das bisherige Kooperationsmodell infrage stellen.

Die Dynamik des modernen Kapitalismus ergibt sich größtenteils aus dem Zusammentreffen von Verschiedenheiten. Dahinter steckt eine einfache Logik: Je größer die Unterschiede bei dem Zugang zu Ressourcen und Gütern sind, desto mehr Möglichkeiten gibt es für Arbitragegeschäfte und hohe Gewinne. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein offener Raum ohne Hindernisse, wodurch die Transaktionskosten niedrig gehalten werden. Dann können sich die Unterschiede im Austausch widerspiegeln.

All diese Umstände lagen nach 1989 bei den Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Polen vor. Der Rheinische Kapitalismus – wohlhabend, fortgeschritten, erwachsen, geordnet und technisch hochwertige Produkte produzierend – traf auf ein armes,

rückständiges, sich aber auch schnell veränderndes Polen. Der Unternehmergeist der Gesellschaft, niedrige Kosten und Flexibilität sollten nach dem Ende des Kommunismus die wichtigsten Trümpfe der Wirtschaft darstellen.

Das Zusammentreffen von Verschiedenheiten wurde durch die geografische Lage begünstigt: Eine kurze Reise genügte, um jenseits der Oder neue Möglichkeiten für Geschäfte zu finden. Die Politik trug ihren Teil dazu bei: Anfang der 1990er-Jahre wurden bereitwillig Hindernisse abgebaut, um das strategische Ziel der wirtschaftlichen Integration in Europa zu erreichen. Der Austausch mit dem Ausland war so leicht wie nie zuvor, und aus Unterschieden ließen sich einfach Geschäfte machen.

Der Umsatz wuchs und wuchs – und übertraf innerhalb von 30 Jahren die mageren 7,5 Milliarden von 1990 um das 17-Fache auf über 123 Milliarden. Nicht nur ist Deutschland heute der wichtigste Markt für Polen, sondern auch Polen rangiert in den Statistiken seines westlichen Nachbarn auf einem der vorderen Plätze und ist als Lieferant von Gütern wichtiger als Italien und Großbritannien – obwohl deren Volkswirtschaften größer und technologisch fortgeschrittener sind. Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise vor zehn Jahren blühte der deutsch-polnische Handel, und auch vom jüngsten, pandemiebedingten Schock erholt er sich schnell.

Eine beeindruckende Entwicklung zeigt sich auch beim Kapital. Angelockt von billigen, aber dennoch gut ausgebildeten Arbeitskräften und einem wachsenden Absatzmarkt haben deutsche Firmen über 35 Milliarden Euro in Polen investiert. Mit diesen Geldern sind Fabriken entstanden – hauptsächlich in der Automobilbranche – sowie ein dichtes Netz an Kooperationspartnern und Zulieferern. Die polnische Wirtschaft wurde so in globale Liefernetzwerke deutscher Konzerne einbezogen – woran sie nicht schlecht verdiente und viel lernte. In umgekehrter Richtung flossen die Investitionen hingegen nur spärlich. Polnische Firmen legten bisher weniger als zwei Milliarden Euro in Deutschland an, was symbolisch für die deutliche Asymmetrie in den deutsch-polnischen Wirtschaftsbeziehungen ist.

Ein ähnliches Ungleichgewicht zeigt sich bei der Migration. Trotz des Booms an der Weichsel lockte die deutsche Wirtschaft weiterhin polnische Arbeitskräfte an, anders als die imposante Emigration nach Großbritannien fand dies jedoch kaum Beachtung in den Medien. Dem Portal Statista zufolge stieg die Zahl der in Deutschland lebenden Polinnen und Polen zwischen 2010 und 2020 von 420 000 auf 867 000. In umgekehrter Richtung gibt es nur wenig Bewegung: Laut Migrationsbericht der Bundesregierung zog es beispielsweise im Jahr 2019 von den über 270 000 Deutschen, die aus Deutschland fortzogen, nur 5200 nach Polen.

Haben sich beide Volkswirtschaften in den vergangenen 30 Jahren einander angeglichen? Laut OECD betrug das polnische BIP pro Kopf im Jahr 1990 kaufkraftbereinigt 6190 USD, das deutsche hingegen 19 433 USD. Für 2020 betrugen die Angaben 34 004 USD und 53 812 USD – der mehr als dreifache (3,1-fache) Vorsprung Deutschlands beim BIP pro Kopf verringerte sich deutlich (auf das 1,6-Fache). Die Konvergenz setzte sich fort, auch wenn sich sicher viele ein schnelleres Tempo und eine Verringerung der nach wie vor großen nominalen Unterschiede beim Lohnniveau gewünscht hätten. Die Art der Abhängigkeiten hat sich im Prinzip nicht verändert. Der kostenintensive deutsche Kapitalismus, der hochwertige Industrieprodukte erzeugt, hat ein leistungsfähiges Cluster mit dem polnischen Wirtschaftsmodell gebildet, dessen Kennzeichen verhältnismäßig niedrige Kosten, solide Qualifikationen und elastische Beschäftigungsformen sind.

Instabile Zukunft

Dieses Kooperationsschema kann sich verfestigen – mit all seinen Vor- und Nachteilen. Zweifellos werden jedoch auch viele Faktoren auftreten, die es erschüttern können. Die durch die Coronapandemie ausgelöste Krise ist nur einer hiervon – und mitnichten der wichtigste.

Angeführt wird die Liste vom Kampf gegen den Klimawandel. Die radikale Energiewende, die in Europa durchgesetzt wird – vor allem

von Deutschland –, kann zum Beispiel zu einer Verschärfung der Regulierungen beim Handel mit Produkten führen, deren Herstellung CO₂-intensiv ist. Aufgrund der Bedeutung seiner einheimischen Kohleindustrie wird Polen versuchen, den Übergangszeitraum zu verlängern, was dazu führen kann, dass sich deutsche Firmen mit weiteren Investitionen zurückhalten. Im schlimmsten Fall kann es sogar zu Erschwernissen beim Verkauf von polnischen Gütern auf dem deutschen Markt kommen.

Für weitere Unsicherheit sorgt auch der in schnellen Schritten erfolgende technologische Wandel. Durch die Digitalisierung verlieren zum Beispiel viele Branchen an Bedeutung oder werden ihre Abläufe radikal ändern müssen. Es ist nicht auszuschließen, dass der Bedarf an Massenhandel in seiner bisherigen Form durch neue Herstellungsmethoden und -organisation (3D-Druck, Robotisierung, KI) begrenzt wird. Vielleicht ist auch der heutige, über 123 Milliarden Euro betragende deutsch-polnische Handel, der auf LKWs und in Waggons verladen wird, der Schwanengesang des traditionellen Modells wirtschaftlicher Verbindungen.

Die kommenden Jahre werden auch Herausforderungen für das Offenheitsparadigma bringen. Auf globaler Ebene ist Protektionismus wieder salonfähig geworden, und Handelsbarrieren kehren als Politikmittel zurück. Auch liegt es im Trend, dass sich die Wirtschaftsblöcke untereinander einer konfrontativen Sprache bedienen und offen mit Handelskriegen drohen (vor allem USA und China). Dies ist eine beachtliche Herausforderung für Deutschland, dessen Wirtschaft in hohem Maß exportabhängig ist. Gleichzeitig ist es auch ein Problem für die polnischen Zulieferer, die über deutsche Konzerne viel auf dem Weltmarkt verkaufen.

Genauso ist wirtschaftliche Offenheit keine Selbstverständlichkeit mehr im Europa. Der Brexit ist eine gefährliche Mahnung, dass der Zerfall des gemeinsamen Binnenmarkts nicht ausgeschlossen werden kann. Für die Beziehungen zwischen Deutschland und Polen kann die zunehmende Integration der Euro-Zone zu einer großen strukturellen Herausforderung werden. Sie wird zu unterschiedlichen politischen Integrationsansätzen führen – für die Staaten mit gemeinsamer Wäh-

rung und für diejenigen, die den Euro nicht einführen. Deutschland und Polen verfolgen hierbei unterschiedliche Interessen: Die konservative Regierung Polens möchte außerhalb des Euro-Raums verbleiben, Deutschland hingegen eine Führungsrolle bei dessen engerer Zusammenarbeit übernehmen – was langfristig die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder verkomplizieren kann. Der gerade eskalierende Streit um die Rechtsstaatlichkeit kann zu einem weiteren, gravierenden Spaltungsfaktor werden.

Den letzten Risikofaktor stellen die bilateralen politischen Beziehungen dar. In den vergangenen Jahren lässt sich eine systematische Erosion der „Interessengemeinschaft“ beobachten, die sich aus der europäischen Integration ergeben hatte. Sie wird verdrängt vom Streit über die Erdgaspipeline *Nord Stream 2* und über die Beziehungen zu Russland oder auch von der wiederkehrenden Frage von Reparationen für polnischen Verluste während des Zweiten Weltkriegs. Oft heißt es, die Politik müsse sich nicht negativ auf die wirtschaftlichen Kontakte auswirken. Gut möglich, dass dies für die bisherige Zusammenarbeit gilt. Fehlendes Vertrauen und politische Spannungen werden jedoch nicht förderlich sein für die Umsetzung von neuen Projekten – und bedeuten so verpasste wirtschaftliche Chancen.

Zukunftsszenarien

Die zunehmenden Risiken lassen es ratsam erscheinen, beim Blick in die Zukunft vorsichtig zu sein. Nichtsdestotrotz spricht vieles dafür, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen auf dem aktuellen Pfad weiter bleiben. Veränderungen können schließlich auch Schritt für Schritt eintreten, Risiken geringer ausfallen und Meinungsverschiedenheiten weniger bedrohlich sein. Beide Länder bleiben daher beim Modell der Arbitrage verbunden mit einem hohen Umsatz, aber auch einem Murren der polnischen Seite über die Asymmetrie und der deutschen Seite über steigende Arbeitskosten jenseits der Oder. Ein Weiterso, eigentlich.

Sollte das Umfeld dynamischer werden, müsste man sich ernsthaft mit einem Übergang zu einem anderen Beziehungsmodell beschäftigen. Dabei ist der Wandel Polens hin zu einer innovativen Wirtschaft, die Hightech-Produkte herstellt, die bevorzugte Option. In einer solchen Konstellation könnte Polen viel ausgewogenere, ökonomische Beziehungen zu Deutschland aufbauen, die sich auf komplementäre Hightech-Zweige stützen, wie zum Beispiel Software zum autonomen Fahren für Fahrzeuge *made in Germany* oder Batterien neuester Generation. Förderlich für eine solche Zusammenarbeit wären eine politische Annäherung (vorausgesetzt, die aktuellen Konflikte werden entschärft), gemeinsame Infrastruktur- und Industrieprojekte sowie der Beitritt Polens zum Zentrum der Integration – der Eurozone. Mit Blick darauf, dass 2021 die gesellschaftliche Zustimmung für die Einführung des Euro in Polen spürbar gestiegen ist, ist dies prinzipiell und langfristig kein unrealistisches Szenario. Laut Euro-Barometer stehen 56 Prozent der Polinnen und Polen einem Beitritt ihres Landes zur Währungsunion positiv gegenüber, nur 42 Prozent sind dagegen.

Ein eventueller Wandel der Abhängigkeiten kann auch anders verlaufen – nicht als „höherwertige“ Kooperation, sondern als direkte Konkurrenz und indem Polen Substitutionsprodukte zum deutschen Angebot herstellt. In einem solchen Fall ist sogar ein bewusstes Verrin- gern der Abhängigkeiten von Deutschland denkbar und eine verstärkte Industriekooperation mit anderen Staaten, zum Beispiel den USA, der Türkei, Südkorea oder sogar China. Der Preis für eine solche Entwicklung wäre jedoch, dass sich Polen vom Integrationskern der Europäischen Union wegbewegt. Ein solcher Riss würde noch deutlicher zutage treten, wenn es gleichzeitig zu einer weiteren Integration der Euro-Zone käme.

Die schlechteste Option – eine Art „Summe aller Ängste“ – wäre ein gleichzeitiges Auftreten von Risiken und Krisen, einschließlich des Verlusts der globalen Wettbewerbsfähigkeit durch Deutschland und die mit ihm verbundenen Volkswirtschaften, darunter die polnische. Dies würde eintreten, wenn zum Beispiel die deutsche Automobilbranche auf den Gebieten E-Mobilität und autonomes Fahren ins Hintertreffen

geraten und den Wettbewerb mit China und den USA verlieren würde. Hinweise darauf, dass sich der Wettlauf um die Führungsposition bei der Globalisierung zuspitzt, gibt es genug. Der jüngste war die Nachricht, dass Deutschland seinen Status als weltweit größter Maschinenexporteur an China verloren hat.

Sollte das extrem Negativszenario tatsächlich eintreten, würden die heute erzielten und im deutsch-polnischen Cluster geteilten Gewinne geringer ausfallen. Kooperationsverbindungen würden schwächer werden, woraufhin Tendenzen einsetzen würden, die Integration der EU zu lockern, um die eigenen Konsumenten besser schützen zu können. Die Krise der Konkurrenzfähigkeit würde Raum schaffen für nationale Egoismen und für Protektionismus. Der Kontinent würde in eine Phase eintreten, die der „Eurosclerose“ der 1970er-Jahre ähnelt – mit fatalen Folgen gerade für kleinere Volkswirtschaften wie die polnische.

Deutschland einholen

Die Struktur der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen ist ein Thema, das vor allem Experten engagiert, und manchmal auch die Aufmerksamkeit der Politik auf sich zieht. Herrn und Frau Kowalski in Polen interessiert dabei mehr die Frage, wann ihr Einkommen so hoch sein wird wie das von Herrn und Frau Schmidt in Deutschland. In seinem 2015 erschienenen Buch *Czy Polska dogoni Niemcy* [dt. „Holt Polen Deutschland ein“] vertritt Professor Witold Orłowski die Auffassung, dass dies nach Jahren erfolgreicher Transformation „vorstellbar“ sei, auch wenn es auf keinen Fall einfach sein würde.

Eine einfache Berechnung mit dem Zinseszins stimmt nicht gerade optimistisch. Angenommen, die deutsche Wirtschaft würde in den kommenden Jahrzehnten nur geringfügig um 1,5 Prozent jährlich wachsen, müsste Polen ein Wachstum von über 3 Prozent aufweisen, um das Niveau seines westlichen Nachbarn zu erreichen. Diese Berechnung berücksichtigt die Kaufkraftparität – weshalb es nur um eine rein

„vorstellbare“ Entwicklung geht. Bei nominalen Werten müsste das Tempo der Aufholjagd wesentlich höher sein.

Welche Voraussetzungen müsste Polen erfüllen, um sich im Pro-Kopf-Vergleich schneller als Deutschland zu entwickeln – und über welchen Zeitraum hinweg? Hierbei geht es zum einen um Demografie. Viele Prognosen gehen von einem Alterungsprozess der Gesellschaft und einem Geburtenrückgang aus, was paradoxerweise positive Auswirkungen auf die Höhe des BIP pro Kopf haben könnte. Dies jedoch nur unter der Bedingung, dass das Renteneintrittsalter deutlich erhöht wird, ältere Menschen sich weiterbilden und viel Geld für das Gesundheitswesen zur Verfügung gestellt wird, um die Arbeitsfähigkeit der Bevölkerung möglichst lange zu erhalten. Tatsächlich ist jedoch die entgegengesetzte Tendenz zu beobachten: Polen gönnt sich den Luxus einer Absenkung des Rentenalters und mit die niedrigsten Gesundheitsausgaben innerhalb der EU. In demografischer Hinsicht wird es daher sowieso notwendig sein, qualifizierte Migrantinnen und Migranten anzuwerben, was angesichts relativ niedriger Löhne und der gesellschaftlichen Ablehnung von Immigration aus nicht-europäischen Ländern nicht leicht sein wird.

Die zweite Voraussetzung ist die Fähigkeit, Hightech-Produkte herzustellen und Innovationen hervorzubringen. Dies geht nur mit höheren Ausgaben für Forschung und Entwicklung, hochwertiger Bildung, Kooperationen zwischen Firmen und Hochschulen und umfangreichen Investitionen. Auch wenn es in den vergangenen Jahren gelungen ist, viele Parameter in diesen Bereichen zu verbessern, so liegen die Schwächen weiterhin auf der Hand. Polnische Hochschulen rangieren im *Shanghai Ranking of World Universities* auf den Plätzen ab 400 abwärts (im Vergleich zu vier deutschen unter den Top 100), die Ausgaben für Forschung und Entwicklung belaufen sich laut Eurostat auf lediglich 1,32 Prozent des BIP (in Deutschland 3,18 Prozent des BIP im Jahr 2019). Besonders besorgniserregend ist das niedrige Investitionsniveau, das seit mehreren Jahren bei 17–18 Prozent des BIP liegt – und somit niedriger ist als das des westlichen Nachbarn.

Die Chancen für eine schnelle Aufholjagd bei den Löhnen sind daher recht illusorisch, und der Prozess wird sich über mehrere Generationen hinziehen. Kowalski Senior wird kaum damit rechnen dürfen, ähnlich viel zu verdienen wie ein Deutscher. Kowalski Junior schon eher – vorausgesetzt, alles entwickelt sich mindestens so gut weiter wie in den vergangenen drei Jahrzehnten.

Sicherheit und Verteidigung

4

Heinrich Brauß

Deutschland und Polen – unentbehrliche Partner in der Sicherheits- und Verteidigungsvorsorge

Liest man heute den deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom Juni 1991, spürt man das Bestreben der beiden damaligen Regierungen, die Beziehungen beider Länder nach jahrzehntelanger Gegnerschaft auf eine ganz neue Grundlage zu stellen. Von den mutigen Männern und Frauen der polnischen Solidarność-Bewegung war die Überwindung der Diktatur in Mittel- und Osteuropa ausgegangen. Sie trug wesentlich zum Fall der Mauer in Berlin und des Eisernen Vorhangs bei, der Europa geteilt hatte. Der Warschauer Pakt löste sich auf, die Sowjetunion zerfiel. Dem Vertrag spürt man aber auch die Unsicherheit darüber an, welche neue Sicherheitsordnung in Europa an die Stelle der alten Blockkonfrontation treten sollte. Eines war klar: Ein schwankendes, ruheloses „Zwischeneuropa“, ein strategisches Vakuum, musste vermieden werden.

Es war der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühle, der im Jahr 1993 als Erster die Öffnung der NATO für neue Mitglieder auf die internationale Agenda setzte und sie zusammen mit dem damaligen NATO-Generalsekretär Manfred Wörner im Bündnis vorantrieb.¹ Der frühere amerikanische Präsident Georg H.W. Bush hatte mit seiner le-

¹ Rühle, Volker: *Opening NATO's Door*, in: Hamilton, Daniel S./Spohr, Kristina: *Open Door: NATO and Euro-Atlantic Security After the Cold War*, Washington D.C. 2019.

gendären Rede in Mainz im Mai 1989 dafür die visionäre Grundlage gelegt: „A Europe whole and free and at peace“. Die Teilung Deutschlands war überwunden, die Einigung Europas musste folgen. Die jungen Demokratien Mittel-/Osteuropas wollten und mussten Teil des politischen Westens werden. Sie sollten die gleiche Sicherheit und die gleiche politische und wirtschaftliche Stabilität wie Westeuropa erhalten. Dies ging nur unter dem Dach der NATO.

Seit 1999 sind Deutschland und Polen Verbündete in der Nordatlantischen Allianz. Sie stehen gegenseitig für ihren Schutz, ihre Sicherheit und ihre Verteidigung ein, sollte ein Angriff von außen drohen. Das macht die Beistandsgarantie des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags aus. Auch in der Europäischen Union haben sich die Mitgliedstaaten verpflichtet, im Falle eines bewaffneten Angriffs einander „jede in ihrer Macht stehende Hilfe und Unterstützung zu gewähren“ (Art. 42, Abs. 7, EU-Vertrag). Die NATO hat gerade erneut festgestellt, dass Russlands aggressives Verhalten eine Bedrohung für die Euro-Atlantische Sicherheit darstellt.² Ostwärts von Deutschland gelegen, schützt Polen mit seinen Streitkräften also Deutschland zu einem wesentlichen Teil mit. Umgekehrt wäre die deutsche Bundeswehr zusammen mit den amerikanischen Streitkräften, die in Deutschland stationiert sind, die erste Armee, die Polen und Balten in einer Krise oder einem militärischen Konflikt mit Russland zu unterstützen und deren Streitkräfte zu verstärken hätte. Deutsche und polnische Sicherheit sind also untrennbar miteinander verbunden, wie die deutsche Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer bei ihrem Besuch in Polen im Sommer 2020 festgestellt hat.

Dieser Befund spricht eigentlich dafür, dass Polen und Deutschland aufs Engste verteidigungspolitisch zusammenarbeiten und alle sicherheitspolitischen Fragen, die beide betreffen, gemeinsam beraten und ihre Positionen miteinander abstimmen sollten. Das ist der Kern einer „strategischen Partnerschaft“. Aber die unterschiedlichen historischen

² *Brussels Summit Communiqué*, 14.06.2021, https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm.

Erfahrungen und daraus erwachsenen Perzeptionen, politisch-strategische Orientierungen und Ansprüche wie auch politische Asymmetrien führen zu unterschiedlichen sicherheitspolitischen Prioritäten, teilweise driften sie auseinander.³ Allerdings gibt es auch deutliche Überlappungen, die großes Potenzial für die Stärkung der bilateralen Kooperation bieten, wenn beide Seiten den notwendigen politischen Willen aufbringen.

Polen und Deutschland – sicherheitspolitische Positionen, Perzeptionen und Prioritäten⁴

Polen ist der größte Frontstaat der NATO im Osten, grenzt direkt an Russland (Kaliningrad) und seinen Verbündeten Belarus und sieht in Putins Russland die größte Bedrohung der nationalen und europäischen Sicherheit. Deshalb setzt die polnische Sicherheitspolitik hauptsächlich auf Verteidigungsvorsorge gegen Russland durch die NATO. Die USA gelten dabei als zentraler, strategischer Partner und deren militärische Präsenz in Polen als entscheidender Sicherheitsgarant. Amerika hat eine Panzerbrigade mit Unterstützungskräften von insgesamt rund 6000 Mann in Polen auf Rotationsbasis stationiert, die rasch auf Divisionsgröße anwachsen kann. Polen hätte gern viel mehr US-Truppen im Land, weil die USA als Welt- und Nuklearmacht der militärisch stärkste und glaubwürdigste Verbündete sind.

Auch für Deutschland ist die NATO das wichtigste Bündnis. Die Präsenz Amerikas mit Streitkräften in Europa und seine erweiterte nukleare Abschreckung bleiben für die Sicherheit Europas unverzicht-

³ Siehe Kirch, Anna-Lena/Sus, Monika: *Die deutsch-polnische Sicherheits- und Verteidigungszusammenarbeit: geprägt von nicht ausgeschöpftem Potential oder struktureller Fragilität?*, 08.10.2020, in: Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/internationales/europa/polen/316827/analyse-deutsch-polnische-sicherheitszusammenarbeit>, 12.07.2021.

⁴ Die Gedankenführung in diesem Kapitel beruht auf der langjährigen NATO-Erfahrung des Autors und vielen persönlichen Gesprächen mit polnischen und deutschen Sicherheitsexpertinnen und -experten.

bar – als Gegengewicht zum wachsenden militärischen und nuklearen Potenzial Russlands, das gegen Europa gerichtet ist. Sie bleibt aber auch wichtig als Rückversicherung für Europas innere Stabilität und fortschreitende Integration. Nach Jahrhunderten innereuropäischer Konflikte und zwei katastrophalen Weltkriegen ruht die Freundschaft von Briten, Franzosen, Deutschen und Polen immer noch auch auf dem Vertrauen in die Präsenz Amerikas.

Zugleich ist Deutschland durch die Erweiterung von NATO und EU von der Randlage des Kalten Kriegs in die Mitte Europas gerückt und heute von Verbündeten und Partnern umgeben. Die meisten Deutschen fühlen sich militärisch nicht bedroht, und ein großer Teil der deutschen Politik hat es über Jahre unterlassen, ihnen die sicherheitspolitische Lage in Europa und die Folgen für Deutschland eingehend zu erläutern und die notwendigen Entscheidungen aktiv zu vertreten. Die deutsche Zögerlichkeit, die Bundeswehr rasch wieder zu einer schlagkräftigen Armee zu entwickeln und deshalb den Verteidigungshaushalt so zu erhöhen, wie es alle Bündnispartner im Jahr 2014 vereinbart und seither mehrfach bestätigt haben⁵, hat in Polen und bei anderen mittel-/osteuropäischen Verbündeten zu Enttäuschung und Kritik geführt. Die meisten von ihnen erfüllen das Haushaltsziel schon heute. Die Haltung des wohlhabenden Deutschlands wird als mangelnde Verlässlichkeit und Bündnissolidarität empfunden und als Unterschätzung der Bedrohlichkeit der imperialen Strategie Moskaus.

Gleichwohl unterstützt Deutschland die vereinbarte Stärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO nach Kräften. Seit 2015 hat die Bundeswehr bereits zweimal die Führung der multinationalen schnellen Eingreiftruppe der NATO übernommen und die Masse der Truppe gestellt. Im Jahr 2023 wird sie dies erneut

⁵ Bei ihrem Treffen in Wales 2014 entschieden die Staats- und Regierungschefs der NATO, dass diejenigen Verbündeten, deren Verteidigungshaushalte weniger als 2% des nationalen Bruttoinlandsproduktes umfassten, diese Maßzahl bis 2024 erreichen sollten. Deutschland hat seinen Verteidigungshaushalt seither jährlich deutlich erhöht, liegt derzeit bei 1,53%, wird aber nach jetziger Haushaltsplanung das 2%-Ziel im Jahr 2024 verfehlen.

tun. In Litauen führt Deutschland den multinationalen Gefechtsverband im Rahmen der „verstärkten Vornepräsenz“ (*enhanced Forward Presence*) der NATO und stellt ebenfalls die Masse der Kräfte. Und die deutsche Luftwaffe beteiligt sich immer wieder an der Überwachung des Luftraums über dem Baltikum.

Zugleich hatte sich die deutsche Regierung, zusammen mit anderen, mit Nachdruck dafür eingesetzt, dass die NATO den politischen Dialog mit Russland im NATO-Russland-Rat aufrechterhält, um in Zeiten wachsender Spannungen Missverständnisse zu vermeiden und ein Minimum an Verständigung und Berechenbarkeit zu erhalten. Auch das Festhalten an der NATO-Russland-Grundakte von 1997, in der sich die Allianz unter anderem verpflichtet hatte, auf die „ständige Stationierung von zusätzlichen substanziellen Kampftruppen“ auf dem Territorium der neuen Mitgliedsländer zu verzichten, während Russland seine Verpflichtungen grob verletzt hat, geht auf deutsches Drängen zurück. Man will demonstrieren, dass sich die NATO im Gegensatz zu Russland an ihre internationalen Zusagen hält, und Moskau keinen Vorwand liefern zu behaupten, Russland würde bedroht. Die Mittelosteuropäer haben diese Entscheidung akzeptiert. Aber etliche sehen darin ein Zurückweichen vor Moskaus Anmaßung und ein Risiko für ihre Sicherheit, denn Russland besitzt mittlerweile eine große militärische Überlegenheit in der gesamten Region.

Polens historisch begründete Sorge vor einer deutsch-russischen Verständigung auf Kosten seiner Sicherheit manifestiert sich heute vor allem in der Kritik an der russischen Erdgasleitung *Nord Stream 2* durch die Ostsee, denn mit ihr kann Moskau den Gas-Transit durch die Ukraine und Polen umgehen. Sie ist daher nicht nur ein wirtschaftliches Vorhaben, sondern vor allem auch ein geopolitisches Projekt Russlands, um die Ukraine schwächen und den Druck auf Kiew weiter verstärken zu können.⁶ Ob die zwischen den USA und Deutschland vereinbarten Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine

⁶ So beispielsweise der polnische Außenminister Zbigniew Rau: *Putin lockt Deutschland in eine Falle*, in: FAZ, Nr. 148, 30.06.2021, S. 8.

den Kreml davon abhält, „Energie als Waffe“ einzusetzen, bleibt abzuwarten.⁷

Die Drei-Meere-Initiative, ein Kooperationsverbund aus zwölf mittelost- und südosteuropäischen Nationen, 2015 von Polen und Kroatien gegründet und von den USA politisch und finanziell unterstützt, will die Infrastruktur, Energiesicherheit und wirtschaftliche Entwicklung der Region zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer fördern und die Energieabhängigkeit von Russland brechen. Manche Beobachter meinen, der Verbund solle aus Sicht der polnischen Regierung auch ein Gegengewicht zur wirtschaftlichen Vormachtstellung Deutschlands in der Region schaffen, was aber bei anderen Mitgliedern keine Unterstützung finde. Deutschland ist Partner der Initiative. Berlin wird wichtige Projekte finanziell unterstützen und sich dafür einsetzen, dass auch die EU Vorhaben im Energiesektor fördert. Denn die Stabilisierung der Ostflanke von NATO und EU, die Stärkung ihrer Resilienz gegenüber politischen und wirtschaftlichen Penetrationsversuchen Russlands und Chinas und das Engagement der USA auch in dieser Region liegen auch im deutschen Interesse.

Auch im Hinblick auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU und deren Finalität setzen Polen und Deutschland unterschiedliche Akzente. Polen gibt seiner nationalen Souveränität klaren Vorrang. Deutschland strebt die Einbindung in europäische Institutionen an und hat dort große Gestaltungsmacht. Für Polen kann die GSVP die NATO weder ersetzen, noch darf sie mit ihr konkurrieren. Die Verteidigung Europas obliegt ausschließlich der NATO, was die EU auch ausdrücklich anerkennt. Die transatlantische Verankerung muss auch in der GSVP erhalten bleiben. Französischen Absichten, die EU zu „strategischer Autonomie“ (oder „Souveränität“) zu befähigen, erteilt Polen eine klare Absage, weil dies die Amerikaner zur Abkehr von Europa veranlassen, die NATO schwächen und damit

⁷ Pressemitteilung: *Gemeinsame Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele*, 21.07.2021, in: Auswärtiges Amt, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/gemeinsame-erklaerung-usa-und-deutschland/2472074>, 22.07.2021.

die Sicherheit Europas gefährden könnte, vor allem der Nationen, die direkt an Russland grenzen.

Deutschland misst neben der NATO auch der EU eine wichtige sicherheitspolitische Rolle zu. Zwar teilt auch die deutsche Regierung die Zielvorstellung einer „strategischen Autonomie“ Europas nicht. Sie wäre, so wie von einigen in Paris als strategische Unabhängigkeit von den USA definiert, weder realistisch noch wünschenswert. Denn ohne das Streitkräftepotenzial Amerikas und Großbritanniens in der NATO kann Europas Sicherheit nicht gewährleistet werden. Aber die GSVP soll weiterentwickelt und vertieft, die Integration schrittweise verstärkt werden, so dass die EU in Krisenregionen, die für Europas Sicherheit wichtig sind (wie der Mittelmeerraum, Afrika und der Nahe Osten), eigenständig und wirkungsvoll militärisch eingreifen kann, wenn sich die USA dort nicht engagieren wollen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass sich Deutschlands sicherheitspolitischer Blick bisher vor allem nach Westen richtet, Richtung USA und Westeuropa. Dies liegt in der Natur der politischen und strategischen Entwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg, aber auch nach dem Ende des Kalten Kriegs, als die Bedeutung der EU für Europas Einheit, Stabilität und Prosperität wie auch ihre Rolle als Akteur in der internationalen Krisenbewältigung signifikant wuchsen. Dazu trug auch die immer enger werdende Kooperation mit Frankreich, die „deutsch-französische Achse“, maßgeblich bei. Im Aachener Vertrag vom Januar 2019 hat die deutsch-französische Sonderbeziehung politisch-deklaratorisch eine neue Qualität erreicht. Darin verpflichten sich beide Nationen, ihre Zusammenarbeit auch in Angelegenheiten der Verteidigung zu vertiefen, Europas Fähigkeit zum eigenständigen Handeln zu stärken und, wann immer möglich, gemeinsam zu handeln.

Aber als zentral gelegene europäische Mittelmacht hat Deutschland auch ein überragendes Interesse an der Sicherheit und Stabilität Mittel-/Osteuropas und an der Sicherheit und Einheit aller Europäer, in der NATO ebenso wie in der EU. Deutschland braucht eine kohärente politische Mittel-/Osteuropa-Strategie, die seine Westorientierung ergänzt. Beim Drei-Meere-Gipfel 2018 sprach Außenminister Maas von der Notwendigkeit einer „neuen Ostpolitik“.

Die Entwicklung der sicherheitspolitischen Lage seit 2014

Es ist nicht übertrieben festzustellen, dass die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland in den letzten Jahren vor allem im Rahmen der NATO stattfand. Sie hat sich für die Entwicklung der Allianz als fruchtbar erwiesen und zu beträchtlicher Übereinstimmung geführt. Der Einfall Russlands in die Ukraine und die unrechtmäßige Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 hatten die sicherheitspolitische Lage in Europa grundlegend verändert. Die russische Führung hatte demonstriert, dass sie militärische Gewalt gegen Nachbarn nicht scheut, um nationale Grenzen zu ihren Gunsten zu verändern, wenn sie das damit verbundene Risiko beherrschen zu können glaubt. Die Strategie der „Hybriden Kriegsführung“ schon im Frieden, also die Kombination aus systematischer Desinformation, Cyberattacken und subversiven Aktionen, aber auch militärischer Drohung, auch mit nuklearen Waffen, zielt darauf ab, den Zusammenhalt von NATO und EU zu schwächen und Nachbarn zu destabilisieren und zu kontrollieren. Erneut vertragsbrüchig, hat Moskau neue, landgestützte Mittelstreckenwaffen aufgestellt, die heute wieder nahezu ganz Europa atomar bedrohen können. Besonders im Baltikum, das geopolitisch und militärisch exponiert ist, und im angrenzenden Teil Polens könnte Moskau in einer Krise versucht sein, mit einem raschen Angriff vollendete Tatsachen zu schaffen. In der Großübung ZAPAD wird der regionale Krieg gegen die NATO regelmäßig geübt, auch unter Einschluss von Atomwaffen.

Daher hat die NATO nach 20 Jahren Konzentration auf Krisenmanagement außerhalb der NATO-Grenzen ihre Hauptaufgabe „Abschreckung und kollektive Verteidigung“ revitalisiert. Die Erneuerung der NATO-Strategie, der Wiedergewinn ihrer strategischen Kultur, war eine Sternstunde der politisch-militärischen Debatten in der NATO, das erreichte Maß an Übereinstimmung und Geschlossenheit besonders eindrucksvoll. Die politische Einheit der Allianz ist das, was ihre Gegner am meisten beeindruckt, ihr strategisches Gravitationszentrum. Dafür hatten sich vor allem die USA und Großbritannien,

Frankreich, Deutschland und Polen als Wortführer der Mittel-/Osteuropäer engagiert. Bei ihrem Treffen in Warschau 2016 verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs ein umfangreiches Programm zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO. Es stellt vor allem ab auf die Erhöhung ihrer Reaktionsfähigkeit, den verstärkten Schutz gegen Cyberangriffe (Resilienz), die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte, Flug- und Raketenabwehr und nukleare Abschreckung. Die Implementierung des Programms ist im Gange, aber noch längst nicht vollendet.

Für viele repräsentiert die Stationierung von multinationalen Gefechtsverbänden in den baltischen Staaten und in Polen den Kern der NATO-Strategie. Von Großbritannien, Kanada, Deutschland und den USA geführt und von rund 20 Nationen mit Truppen unterstützt, signalisieren sie Moskau, dass Russland auch im Falle eines begrenzten Einfalls unmittelbar mit der gesamten Allianz im Krieg wäre, einschließlich der drei Nuklearmächte USA, Frankreich und Großbritannien – ein zu großes Risiko. Die Glaubwürdigkeit dieser Strategie hängt aber vor allem davon ab, Verbündete in Randlage über große Entfernungen hinweg rasch mit Luft-, Land- und Seestreitkräften unterstützen zu können. Daran mangelt es noch immer.

Das Hauptquartier des *Multinationalen Korps Nord-Ost* in Szczecin (Stettin), ein Leuchtturmprojekt trilateraler Kooperation (Dänemark, Deutschland und Polen), spielt in der NATO-Strategie eine besondere Rolle. Als einziges Korps-Hauptquartier in der NATO hat es einen festgeschriebenen regionalen Verantwortungsbereich. Ihm obliegen die Planung und Führung von Landoperationen an der nordöstlichen Flanke der NATO, also einer in einer Krise besonders gefährdeten Region. Derzeit finalisiert die NATO einen Gesamtplan für Abschreckung und Verteidigung in ganz Europa und den angrenzenden Seegebieten. Ihm folgt die Anpassung der Pläne für kritische Regionen. Das Korps-Hauptquartier und sein multinationaler Stab werden dabei besonders gefragt sein.

In dieser Lage steht die NATO heute und mit ihr Deutschland und Polen, nur wenige Jahre nach der Zäsur von 2014, erneut vor einer si-

cherheitspolitischen Zeitenwende, jedoch eine von globalem Ausmaß. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht ist die bedeutendste strategische Entwicklung unserer Zeit. Er markiert den Beginn einer Ära geopolitischer Konkurrenz der Großmächte. Die USA bleiben nicht mehr alleinige Weltmacht. Schon heute ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Seine geoökonomische Strategie – systematische Investitionen in Schlüsseltechnologien, Kommunikationsnetze, Energieanlagen und Verkehrsinfrastruktur in anderen Ländern, auch in Europa – dient globaler Machtprojektion mit wirtschaftlichen Mitteln. Sie schafft politische Abhängigkeiten und kann die Europäer in Fragen spalten, die ihre Sicherheit betreffen. Peking verfügt über den weltweit zweitgrößten Verteidigungshaushalt und investiert massiv in konventionelle Streitkräfte und nukleare Waffen. Darüber hinaus verstärken Russland und China ihre Kooperation. Die beiden Staatschefs sprechen von einer „strategischen Partnerschaft“. Zusammen konfrontieren beide Autokratien damit den gesamten demokratischen Westen mit einem doppelten strategischen Risiko, in Europa und in Asien. Kommt es zu einer Krise im Fernen Osten, die große Teile der amerikanischen Kräfte binden würde, könnte sich Moskau zu einem aggressiven Vorgehen in Europa ermutigt sehen.

Für die EU ist China Handelspartner, wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale zugleich, für die USA aber globaler wirtschaftlicher, geostrategischer und ideologischer Hauptgegner („full spectrum systemic rival“), der die liberalen Demokratien insgesamt bedroht. Das hat weitreichende Folgen: Die Amerikaner wollen die Europäer für eine gemeinsame China-Strategie gewinnen, um im Wettbewerb der Systeme die Oberhand zu behalten. Sie verlegen ihren strategischen Fokus vom euro-atlantischen in den indo-pazifischen Raum. Sie bleiben mit Streitkräften in Europa, aber sie werden sie wohl nicht wesentlich verstärken, auch nicht in Polen.

Die NATO muss jedoch weiter für Sicherheit und Stabilität des euro-atlantischen Raums sorgen, damit die USA die nötige strategische Flexibilität im indo-pazifischen Raum erhalten, um dort ihre Alliierten zu unterstützen. Die Europäer müssen also viel mehr für ihre eigene

und die transatlantische Sicherheit tun – für Abschreckung und kollektive Verteidigung gegen Russland und für Krisenbewältigung im Süden Europas. Glaubwürdige Abschreckung umfasst dabei mehrere kritische Regionen – vom Hohen Norden über den Atlantik, den Ostseeraum und die Schwarzmeerregion bis zum Mittelmeerraum Nordafrikas und des Nahen Ostens.

Während ihres jüngsten Gipfeltreffens am 14. Juni 2021 in Brüssel verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten ihre „transatlantische Agenda für die Zukunft“. Die „NATO 2030“ will die volle und schnelle Implementierung ihres Programms zur Stärkung von Abschreckung und Verteidigung sicherstellen. Sie will sich zugleich mit den Folgen der chinesischen Strategie für ihre Sicherheit auseinandersetzen und die Zusammenarbeit mit ihren Partnern auch in der asiatisch-pazifischen Region vertiefen. Sie will ihre Resilienz gegen hybride Gefahren weiter verstärken und den Schutz von Schlüsseltechnologien und kritischer Infrastruktur erhöhen. Sie will sich den strategischen Folgen des Klimawandels stellen und die Implikationen der neuen, disruptiven Technologien für Sicherheit und Verteidigung bewältigen wie auch die technologische Kooperation der Bündnispartner drastisch verbessern, um den Wettbewerb mit China zu bestehen. Alle diese Faktoren werden das neue strategische Konzept der NATO bestimmen, das bis Frühsommer 2022 fertiggestellt werden soll.

Die Rolle und Verantwortung der Europäer

Die Vereinbarung in der NATO lautet, dass jeder Bündnispartner den Anteil an Streitkräften für die NATO-Aufgaben aufbringt, der seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entspricht, in summa: die USA und Europa (und Kanada) je rund 50 Prozent. Künftig müssen die europäischen Verbündeten also gemeinsam etwa die Hälfte der konventionellen Streitkräfte aufbringen, einschließlich der strategischen Hochwertfähigkeiten, die das Bündnis braucht. Sie sollten anstreben, gemeinsam ein kohärentes Streitkräftekontingent im Rahmen der

NATO zu entwickeln, das für das gesamte Einsatzspektrum verfügbar ist – für kollektive Verteidigung gegen Russland an der Seite der amerikanischen Streitkräfte wie auch für Friedenseinsätze im Rahmen internationaler Krisenbewältigung. Ein solches multinationales Streitkräftekontingent der NATO-Europäer würde den „europäischen Pfeiler“ der Allianz stärken und daher von den Amerikanern begrüßt werden. Zugleich würde ein Gutteil dieses Potenzials praktisch die eigenständige militärische Handlungsfähigkeit der EU begründen, da 21 europäische NATO-Nationen auch Mitglieder der EU sind.

Die Vorgaben für solche europäischen Streitkräfte sollten sich aus dem neuen Strategischen Konzept ergeben, zusammen mit dem „Strategischen Kompass“, der in der EU erarbeitet wird. In beiden geht es um die Herausforderungen, Risiken und Bedrohungen für Europas Sicherheit und um die Handlungsprioritäten zu deren Bewältigung. Beide Konzepte müssen daher eng miteinander koordiniert werden, beide sollen im Frühjahr 2022 fertiggestellt sein und müssen zu kohärenten Schlussfolgerungen für die Streitkräfteplanung der Europäer führen. Insofern sollte auch die GSVP mit ihren Instrumenten zur Entwicklung von Streitkräften beitragen, die für das gesamte Einsatzspektrum und daher auch für die NATO geeignet sind. Die Europäische Verteidigungsagentur hat aufgrund ihrer Analyse der nationalen Interessen, Prioritäten und rüstungsindustriellen Kapazitäten der Europäer in der EU sechs „Focus Areas“ für kooperative Fähigkeitsentwicklung identifiziert (*Main Battle Tank; Soldier System; European Patrol Class Surface Ship; Counter UAV/Anti Access/Area Denial; Defence in Space; Enhanced Military Mobility*), die auch der NATO zugutekommen, wenn sie realisiert werden.

Verstärkte deutsch-polnische sicherheitspolitische Zusammenarbeit – neue Herausforderungen und neue Chancen

Angeichts der grundlegend veränderten Lage und ihrer absehbaren Entwicklung, der Änderung der amerikanischen globalen Strategie, der anspruchsvollen NATO-2030-Agenda und der Folgen für die Euro-

päer müssen Deutschland und Polen ihre Sicherheitspolitik überdenken und ihre Kooperation neu gestalten.⁸ Zielorientierte, pragmatische Zusammenarbeit auf Augenhöhe ist gefragt. Trotz der gegenwärtigen Streitfragen in anderen Politikfeldern sollten Polen und Deutschland in sicherheitspolitischen Fragen eine Positiv-Agenda entwickeln und Themen aufgreifen, die beide verbinden. Einige Vorschläge:

- 1) Die beiden Verteidigungsministerien haben einen *Strukturierten Dialog* auf hoher Stabsebene vereinbart, der im September 2021 beginnt. Er soll den verteidigungspolitischen Rahmen bilden und Impulse geben für die bilaterale militärische Kooperation. Das reibungslose und wirkungsvolle Zusammenwirken der polnischen und deutschen Land-, Luft- und Seestreitkräfte (im Ostseeraum) wie auch im Cyberbereich ist eine Bringschuld beider Länder der NATO gegenüber. In allen Bereichen gibt es deutlich „Luft nach oben“.
- 2) Der vereinbarte Dialog bietet auch die Möglichkeit, sich zu aktuellen politisch-militärischen Themenfeldern abzustimmen, beispielsweise zur Implementierung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO, vor allem an deren Nordostflanke, unter den veränderten strategischen Bedingungen, oder mögliche gemeinsame Vorschläge zur Entwicklung des neuen Strategischen Konzepts der NATO und zum Strategischen Kompass der EU zu entwickeln.
- 3) Für das notwendige verstärkte Engagement der Europäer für Abschreckung und Verteidigung spielen Polen und Deutschland eine wesentliche Rolle. Beide sollten eine trilaterale verteidigungspolitische und militärische Kooperation mit den USA in der Region herbeiführen. Polen ist der Schlüsselalliierte für die Verteidigung der NATO-Ostflanke. Deutschland beherbergt die wichtigsten amerikanischen Truppen in Europa und hätte in einer Krise selbst unverzüglich militärische Unterstützung zu

⁸ Siehe dazu Gotkowska, Justyna: *Wymyślić siebie na nowo? Transformacja Zachodu a bezpieczeństwo Polski*, Warschau 2021, in: Klub Jagielloński, <https://klubjagiellonski.pl/2021/03/29/wymyslic-siebie-na-nowo-transformacja-zachodu-a-bezpieczenstwo-polski/>, 10.07.2021.

leisten. Und die USA verfügen über die entscheidenden militärischen Fähigkeiten. Es ist notwendig, dass das Zusammenwirken der amerikanischen, deutschen und polnischen Verbände, die im Krisen- und Verteidigungsfall in diesem Raum eingesetzt würden, gemeinsam geplant und vermehrt geübt und dadurch auch die sichtbare Präsenz von NATO-Truppen in der Region erhöht wird. Das Korps-Hauptquartier in Szczecin sollte eine steuernde Rolle übernehmen.

- 4) Dazu passt, dass Polen und Deutschland in der NATO und als Mitglieder des PESCO-Projekts⁹ „Military Mobility“ (MM) im EU-Rahmen sich für die verzugslose Implementierung dieses essentiellen Vorhabens gemeinsam einsetzen sollten. Die Fähigkeit, militärische Großverbände über große Entfernungen zur Unterstützung bedrohter Bündnispartner quer durch Europa zu verlegen, ist für die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie mit ausschlaggebend. Die EU wiederum will damit ihre Krisenreaktionsfähigkeit verbessern. Die Stäbe von NATO und EU arbeiten zusammen, um die rechtlichen, infrastrukturellen, logistischen, prozeduralen und militärischen Bedingungen für „Military Mobility“ zu schaffen.¹⁰ Das ist eine komplexe Aufgabe. Viel ist schon erreicht, aber es geht zu langsam voran. Deutschland als „Dreh-scheibe“, Polen als erstes Empfängerland von Verstärkungskräften und die USA als einer der Hauptnutznießer von „Military Mobility“, denen die EU jüngst Zugang zum PESCO-Projekt MM gewährt hat, sollten sich auf hoher militärischer und politischer Ebene gemeinsam dafür einsetzen, die Implementierung der Aktionspläne in NATO und EU zu beschleunigen.
- 5) Das Territorium der baltischen Staaten und Polens bilden einen kohärenten Einsatzraum. Polen hat zugestimmt, den deutsch-

⁹ Permanent Structured Cooperation – Ständige Strukturierte Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten.

¹⁰ Einen Überblick über die Thematik und den Handlungsbedarf liefern: Hodges, Ben/Brauß, Heinrich/Lindley-French, Julian: *Moving Mountains for Europe's Defence, CEPA Military Mobility Project*, Washington D.C. 2021.

geführten Gefechtsverband in Litauen mit Truppen zu verstärken. Dies markiert einen wichtigen Schritt auf dem Weg dahin, die Interoperabilität von deutschen und polnischen Truppen durch „Cross Attachment“ für den Einsatz in der Region und die gemeinsame Verantwortung für den gesamten Raum zu erhöhen. Deutschland und Polen sollten auf die USA einwirken, die NATO-Gefechtsverbände in den baltischen Staaten mit Kampftruppen zu verstärken. Denn amerikanische Truppen haben in dieser exponierten Region den größten Abschreckungswert.

- 6) Der trilaterale sicherheitspolitische Dialog zwischen Frankreich, Deutschland und Polen im *Weimarer Dreieck* sollte revitalisiert werden. Die unterschiedlichen strategischen Prioritäten der drei Regierungen, unter denen Frankreich (Hauptsorge: Süden und internationaler Terrorismus) und Polen (Hauptsorge: Osten und Russland) quasi die Pole und Deutschland die Mitte darstellen und die Kooperation und Konsens in NATO und EU erschweren, sollten offen, eingehend und vertrauensvoll unter Verbündeten diskutiert werden: Auswirkungen der globalen Großmachtkonkurrenz, die künftige Rolle der USA und die Handlungsfähigkeit der Europäer („Autonomie“ vs. „European Pillar“). Vor allem sollten die drei eine politische Strategie für den Umgang mit Russland erörtern, aber ebenso eine gemeinsame Haltung zur Bewältigung von Risiken und Gefahren, die aus Europas Süden kommen. Ziel sollte sein, das Verständnis für die unterschiedlichen Positionen zu verbessern und ein gemeinsames Vorgehen dafür zu entwickeln, sie in abgestimmte, konstruktive Politik in NATO und EU umzusetzen. Für die Entwicklung des Strategischen Konzepts der NATO und des „Strategischen Kompasses“ der EU und deren Koordinierung wäre die Abstimmung im Rahmen des *Weimarer Dreiecks* ebenfalls nützlich. Das gemeinsame Ziel sollte sein, die Stärkung der transatlantischen Partnerschaft unter veränderten strategischen Bedingungen mit der Stärkung der eigenständigen Handlungsfähigkeit der Europäer in der NATO und in der EU zu verbinden.

Krzysztof Malinowski

Perspektiven für die Sicherheitskooperation

Der 30. Jahrestag des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit gibt Anlass, kritisch Bilanz zu ziehen und neue Richtungen für die gegenseitigen Beziehungen in verschiedenen Bereichen aufzuzeigen. Die Sicherheit ist eines der wichtigsten Felder der deutsch-polnischen Beziehungen. Sie ist zwar weniger spektakulär als die Wirtschaft, in der angesichts der dynamischen Entwicklungen der letzten Zeit die bisherigen Bedingungen für Kooperationen und Interdependenzen neu definiert werden, oder der Bereich der Gesellschaft, in dem die Intensität der Kontakte auf verschiedenen Ebenen im europäischen Vergleich wohl beispiellos ist. Dennoch hat die Sicherheit eine ebenso grundlegende Bedeutung für die Beziehungen beider Staaten, sowohl aufgrund des historischen Kontexts und der sich ändernden strategischen Rahmenbedingungen im östlichen Teil Europas als auch aufgrund der damit einhergehenden Anpassungsprozesse innerhalb der Nordatlantischen Allianz. In diesem Zusammenhang scheint die Frage wichtig, welche Art deutscher Sicherheitspolitik Polen gegenwärtig braucht. Oder, anders formuliert: Wie sollte sie aus Sicht polnischer Sicherheitsinteressen im Optimalfall beschaffen sein?

Polnische Erwartungen und Präferenzen

Antworten auf diese Frage lassen sich finden, indem man sich die polnische Sicherheitskultur und ihre Prämissen anschaut. Zentral ist hierbei das Interesse am politischen Zusammenhalt der Nordatlantischen Allianz, was die ständige politische Bereitschaft der Mitgliedsstaaten voraussetzt, der Bündnispflicht nachzukommen, eine militärisch effektive kollektive Verteidigung im Rahmen des Bündnisses aufrechtzuerhalten sowie die militärische Präsenz der USA in Europa fortzusetzen. Dies geht einher mit einer historisch begründeten Sensibilität für die Risiken, die durch das Fehlen eines Kräftegleichgewichts oder dessen Störung an der Schnittstelle zwischen den euroatlantischen Strukturen und Osteuropa entstehen. Hierzu zählen die sich abzeichnende Marginalisierung Mitteleuropas, vor allem jedoch die neoimperialistischen Tendenzen in der Politik Russlands und dessen Versuche, Einfluss in Osteuropa zurückzugewinnen. Diese Einstellung ergibt sich aus der geschichtlichen Erfahrung Polens als einer Region, die durch die geopolitische Rivalität zwischen Großmächten und das Expansionsstreben seiner Nachbarn – Deutschlands und Russlands – geprägt wurde.¹

Vor diesem Hintergrund lassen sich allgemeine wie auch konkrete Erwartungen an Deutschland aufzuzeigen. Im Sinne der zuvor skizzierten Einstellungen liegt es generell im polnischen Sicherheitsinteresse, dass Deutschland

- 1) dauerhaft für den Fortbestand der Präsenz der USA in Europa eintritt;
- 2) sich für den Zusammenhalt der Nordatlantischen Allianz einsetzt und sich bewusst ist, dass es im transatlantischen System die Funktion eines Schlusssteins, das heißt eines für das Bestehen der Allianz unabdingbaren Elements erfüllt;

¹ Siehe vertiefend zur polnischen Sicherheitskultur: Malinowski, Krzysztof: *Kultura bezpieczeństwa narodowego: koncepcja i możliwości zastosowania*, in: Malinowski, Krzysztof (Hg.): *Kultura bezpieczeństwa narodowego w Polsce i Niemczech*, Poznań 2003.

- 3) neben den USA die Rolle eines zentralen und zuverlässigen Verbündeten Polens übernimmt, der die proamerikanische Grundausrichtung der polnischen Verteidigungspolitik würdigt;
- 4) trotz seiner Unterstützung des Konzepts einer europäischen strategischen Autonomie/Souveränität die grundlegende transatlantische Verbundenheit nicht verletzt;
- 5) in seinem Verhältnis zu Russland das Primat der Bündnissolidarität berücksichtigt.

Aus diesen allgemeinen Positionen lassen sich in einem zweiten Schritt konkrete polnische Erwartungen an die Rolle Deutschlands ableiten.

Diese betreffen:

- die Einhaltung der Bündnisverpflichtungen hinsichtlich der Höhe der Verteidigungsausgaben, das heißt ihre Erhöhung auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP);
- den Ausbau der deutschen militärischen Fähigkeiten entsprechend den Verpflichtungen im Rahmen der NATO;
- die weitere Stärkung der militärischen Präsenz des Bündnisses an der Ostflanke;
- eine kontinuierliche und dauerhafte Teilnahme am Programm der nuklearen Teilhabe (*nuclear sharing*) und damit die Akzeptanz von amerikanischen Kernwaffen in Deutschland;
- die Stärkung der militärischen Präsenz der USA in Europa, darunter die Billigung einer sich außerhalb des NATO-Rahmens entwickelnden polnisch-amerikanischen Militär- und Rüstungs-kooperation, die eine erhöhte militärische Präsenz der USA in Polen zur Folge hat;
- eine Zusammenarbeit mit den USA im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik (PESCO), z. B. beim Errichten einer innereuropäischen Transportinfrastruktur zur reibungslosen Verlagerung von NATO-Truppen (*military mobility*);
- angesichts der französischen Konzepte zur Schaffung einer strategischen Autonomie die Ablehnung von Vorschlägen, die zu einer Verdoppelung von militärischen Strukturen und Verteidigungsausgaben führen würden;

- eine beratende Haltung bei der für das Bündnis problematischen Stationierung von Mittelstreckenraketen des Typs SSC8 im Gebiet Kaliningrad angesichts von Wladimir Putins Vorstoß für ein Moratorium für die Stationierung von Raketen.

Aufgrund der gemeinsamen transatlantischen Grundausrichtung ist eine vertiefte Kooperation mit dem deutschen Partner im Rahmen sowohl der Nordatlantischen Allianz als auch der Europäischen Union im Interesse Polens. Auch die deutsche Seite ist überzeugt, dass eine solche Zusammenarbeit in ihrem Interesse liegt.² Ein Beispiel für eine gelungene Kooperation im Rahmen der NATO ist die Tätigkeit des Multinationalen Corps Nordost in Stettin, das als Kommandostab zur Führung der Ostflanke der NATO vorgesehen ist. Darüber hinaus erzielte die bilaterale militärische Zusammenarbeit bereits beachtliche Ergebnisse in Form von Kooperationen einzelner Teilbereiche der Streitkräfte. Die Zusammenarbeit der Landstreitkräfte, die auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit beruht, soll vor allem die Interoperabilität erhöhen. Sie betrifft u. a. den Austausch von Offizieren, das gegenseitige Unterstellen (sogenanntes *cross attachment*) der Panzerbataillone der polnischen 10. Panzerkavalleriebrigade und der Panzergrenadierbrigade 41 der Bundeswehr sowie ihre gemeinsamen Schulungen.

Auch die öffentliche Meinung in beiden Ländern zeigt in letzter Zeit ein erstaunlich hohes Maß an Übereinstimmung, wenn es um die Akzeptanz der wichtigen militärischen Rolle Deutschlands für Polen geht. Bei einer regelmäßig durchgeführten deutsch-polnischen Umfrage waren 2021 nicht weniger als 48 Prozent der Befragten in Polen und 51 Prozent der Befragten in Deutschland der Ansicht, dass eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben die Sicherheit Polens stärke.³

² Kurzinformation. Die Zusammenarbeit Polens und Deutschlands im militärischen Bereich, 06.08.2018, in: Deutscher Bundestag, <https://www.bundestag.de/resource/blob/568310/fea7ea58594fa0248e530ee9fc8256b9/WD-2-109-18-pdf-data.pdf>.

³ Kucharczyk, Jacek/Łada, Agnieszka: *Polen und Deutsche im gemeinsamen Europa. Bewertung der gegenseitigen Beziehungen und der internationalen Lage 30 Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit*, Deutsch-Polnisches Barometer 2021, S. 40, <https://www.deutsch-pol->

Braucht Polen heute ein neues Abkommen mit Deutschland auf dem Gebiet der Sicherheit?

Das Nachdenken über neue Impulse und verschiedene Umstände, die den gegenseitigen Beziehungen neuen Schwung verleihen können, betrifft selbstverständlich auch den Bereich der Sicherheit. Hier sind es zunächst formale Gründe, denn einige Bestimmungen des Vertrags von 1991 sind inzwischen veraltet und entsprechen nicht mehr der Realität. Das betrifft etwa Art. 3 (der regelmäßige Konsultationen der Verteidigungsminister vorsieht), Art. 5 (der u. a. besagt, dass die Vertragsparteien gemeinsam kooperative Strukturen der Sicherheit für ganz Europa entwickeln), Art. 6 (der sich u. a. auf die Sicherheitskooperation bezieht sowie auf die Reduzierung von Rüstung und Streitkräften) und Art. 7 (der Konsultationen bei einer Gefährdung der Sicherheit vorsieht). Ein Großteil dieser Bestimmungen bedarf der Anpassung an die heutigen Gegebenheiten. Ursprünglich bezogen sie sich auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von Polen und Deutschland bei der Herausbildung einer gesamteuropäischen Friedensordnung als grundlegender Sicherheitsumgebung beider Staaten nach dem Ende des Kalten Krieges. Die Perspektive eines transatlantischen Entwicklungspfad für Polen wurde dabei außen vor gelassen, obwohl sich Deutschland in Art. 8 positiv gegenüber einer europäischen Option für das Land äußerte und seine Unterstützung für die Heranführung Polens an die Europäischen Gemeinschaften zusagte.⁴

Mit anderen Worten: Der Vertrag von 1991 und seine Bestimmungen entsprechen schon lange nicht mehr den heutigen geopolitischen

nisches-barometer.de/de/publikation/polen-und-deutsche-im-gemeinsamen-europa-bewertung-der-gegenseitigen-beziehungen-und-der-internationalen-lage-30-jahre-nach-der-unterzeichnung-des-vertrages-uber-gute-nachbarschaft-und-freundschaftliche-zusammenarbeit-deutsch-polnisches-barometer-2021, 02.09.2021.

⁴ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, 18.06.1991, in: Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/vertrag-zwischen-der-bundesrepublik-deutschland-und-der-republik-polen-ueber-gute-nachbarschaft-und-freundschaftliche-zusammenarbeit-786742>, 02.09.2021.

und europäischen Gegebenheiten, das heißt der Mitgliedschaft Polens in der NATO, vor allem aber der intensiveren Zusammenarbeit innerhalb des Bündnisses nach 2014 infolge der Annexion der Krim und weiterer Eingriffe Russlands in der Ostukraine. Ebenso wenig entsprechen sie den Fortschritten der europäischen Integration im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

Tatsächlich sprechen aus polnischer Sicht gewichtige strategische Gründe dafür, die Vertragsbestimmungen anzupassen oder ein umfassendes bilaterales Sicherheitsabkommen abzuschließen. Polen braucht einen Platz im sich ändernden internationalen Umfeld, das sich aus dem EU-Austritt Großbritanniens ergibt, aus dem nach dem Ende der Kanzlerschaft Angela Merkels erwarteten deutsch-französischen Kompromiss bei der Weiterentwicklung der europäischen Integration sowie aus dem Beginn eines neuen Kapitels in den deutsch-amerikanischen Beziehungen. Letzteres kann dazu führen, dass Deutschland seine transatlantische Rolle stärker und wie von der Biden-Administration angedeutet als selbstständigerer Partner interpretiert, u. a. aufgrund eines größeren Engagements bei den Verteidigungsverpflichtungen innerhalb der Allianz. Nicht unerheblich sind auch die Perspektive der EU-Ostpolitik, die Frage der Energiesicherheit der Ukraine und Mitteleuropas nach der erwarteten Inbetriebnahme von *Nord Stream 2* sowie eventuelle Versuche Deutschlands, mit Russland einen *Modus vivendi* zu finden. Daher braucht es eine strategische Diskussion zwischen Polen und Deutschland über die wachsende Bedeutung von Energie für die europäische Sicherheit und den Zusammenhalt der transatlantischen Gemeinschaft.

Wie ein künftiges deutsch-polnisches Abkommen aussehen könnte – ob in Form eines neuen Vertrags oder als Teilabkommen auf dem Gebiet der Sicherheit –, zeigt bei allen Unterschieden der Vertrag von Aachen zwischen Deutschland und Frankreich. Sicherheitsfragen kommt dort eine besondere Bedeutung zu.⁵

⁵ Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, 22.01.2019, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/2178596/7b304525053dde3440395ecef44548d3/190118-download-aachenervertrag-data.pdf>, 02.09.2021.

Der Vertrag enthält Bestimmungen, an denen sich ein deutsch-polnisches Abkommen orientieren könnte. Folgende Bestandteile könnten Anregungen liefern:

- Die Bündnisklausel. Art. 4 Abs. 1 beinhaltet eine Bündnisverpflichtung für den Fall eines bewaffneten Angriffs, mit direktem Bezug auf die Verpflichtungen, die sich aus den Mitgliedschaften in NATO und EU ergeben. Gemeint sind hier die Klausel zur gegenseitigen Verteidigung nach Art. 42 Abs. 7 des Vertrags über die Europäische Union und die Verpflichtungen nach Art. 5 des Nordatlantikpakts. Ein Bezug auf die Bündnisklausel in einem bilateralen Abkommen käme dem zentralen Interesse Polens entgegen, die kollektive Verteidigung zu stärken und an die Wirklichkeit anzupassen.
- Die Stärkung der europäischen Fähigkeiten. In Art. 4 Abs. 2 wird die Bereitschaft erklärt, die Handlungsfähigkeit Europas zu stärken und gemeinsam zu investieren, um Lücken bei militärischen Fähigkeiten zu schließen „und damit die Europäische Union und die Nordatlantische Allianz zu stärken“. Mit einem ähnlichen Bezug auf die europäischen Fähigkeiten, die sowohl die EU also auch die NATO stärken, würde Polen seine Bereitschaft bekunden, an der europäischen Verteidigungspolitik teilzunehmen, ohne dabei das Primat der NATO zu schmälern.
- Die Vertiefung der militärischen Zusammenarbeit. In Art. 4 Abs. 3 verpflichten sich die Vertragsparteien, „die Zusammenarbeit zwischen ihren Streitkräften mit Blick auf eine gemeinsame Kultur und gemeinsame Einsätze weiter zu verstärken“. Dies könnte Anlass dazu geben, die militärische Zusammenarbeit im Rahmen der EU (EU-Battlegroups) und der NATO (NATO Response Forces) zu vertiefen hin zu einer größeren Interoperabilität der Streitkräfte (Zusammenarbeit in Form von *cross attachment*, Übungen, Austausch von Führungspersonal und Fortbildung).
- Der regelmäßige Konsultationsmechanismus bei der Zusammenarbeit in Sicherheits- und Verteidigungsfragen. Art. 4 Abs. 4 bestimmt den Deutsch-Französischen Verteidigungs- und Sicherheitsrat als politisches Steuerungsorgan. Ein solcher Kon-

- sultationsmechanismus könnte zu einer Verbesserung der Kommunikation beitragen, nicht nur im Bereich der militärischen Zusammenarbeit, sondern auch bei Problemen der Sicherheitspolitik, darunter Fragen der Verteidigungskraft.
- Die Zusammenarbeit im Bereich der Verteidigungsindustrien. In Art. 4 Abs. 3 erklären die Vertragsparteien u. a. ihre Unterstützung für „die engstmögliche Zusammenarbeit zwischen ihren Verteidigungsindustrien auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens“. Es wäre zu überlegen, ob eine solche Verpflichtung nicht auch im Fall Polens und Deutschlands bei gemeinsamen Projekten im Rahmen von PESCO Anwendung finden könnte.

*

Die zuvor erwähnten transatlantischen Rahmenbedingungen der deutschen Sicherheitspolitik waren Gegenstand von Diskussionen im Bundestagswahlkampf. Aus polnischer Sicht ist interessant, ob unter den politischen Parteien in Deutschland ein stabiler und verlässlicher Konsens hinsichtlich der transatlantischen Orientierung besteht. Dies führt zu der Frage, ob die neue Regierungskoalition eine transatlantische Sicherheitspolitik Deutschlands garantieren kann, die mit der zuvor skizzierten polnischen Erwartungshaltung übereinstimmt.

Gleichzeitig scheint es, dass ein eventuelles deutsch-polnisches Abkommen, das sich, wie hier vorgeschlagen, nach deutsch-französischem Vorbild (auch) auf Fragen der Sicherheit bezieht, in Zukunft eine stabilisierende Funktion für die deutsch-polnischen Beziehungen übernehmen könnte. Schon seine Ausarbeitung würde jedoch voraussetzen, dass zuvor ein wie auch immer gearteter politischer Kompromiss zwischen beiden Partnern erzielt wird, der sich nicht nur darauf bezieht, was für Gefahren von Russland ausgehen und welche Aufgaben die NATO übernehmen sollte, sondern der grundlegend die wichtigsten Richtungen und Prinzipien der Entwicklung der europäischen Integration umfasst.

Grenzregionen und kommunale Zusammenarbeit

5

Thomas Kralinski

Zusammenwachsen und zusammen wachsen. Wie die Vision einer gemeinsamen Wachstumsregion zwischen Deutschland und Polen aussehen kann

Polen und Deutschland – das ist eine nicht immer ganz einfache Geschichte, selbst nach den Freiheitsrevolutionen von 1989 und der anschließenden Vereinigung Deutschlands. Phasen der engen Kooperation und der Distanz zwischen Bonn und Berlin auf der einen und Warschau auf der anderen Seite lösten einander ab.

Doch gerade jenseits der „großen Politik“ in den Hauptstädten gibt es auch die vermeintlich „kleine“ Politik, nämlich die der Regionen und Kommunen. Und hier ist etwas zusammen gewachsen, was auf den ersten Blick nicht unbedingt zu erwarten war. Aber der Reihe nach.

Deutschlands Grenze mit Polen ist 460 Kilometer lang. Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen reihen sich an die drei polnischen Woiwodschaften Westpommern, Lebuser Land und Niederschlesien. Zwischen diesen Regionen beiderseits der Landesgrenze sind nach der Wiedervereinigung schnell Kontakte und Partnerschaften entstanden. Brandenburg hat – einmalig in Deutschland – die Zusammenarbeit mit Polen 1992 sogar in seine Verfassung geschrieben. Seitdem schloss das Land Partnerschaftsverträge mit vier polnischen Woiwodschaften. In Frankfurt (Oder) gründete Brandenburg Anfang der 1990er-Jahre mit der Viadrina eine Universität, die von Anfang an

eine europäische Perspektive und das Ziel hatte, eine Brücke über die Oder zu schlagen.

Die Kooperationen entlang von Oder und Neiße sind vielfältig, sei es zwischen Schulen, Freiwilligen Feuerwehren oder Heimatvereinen. Es entstanden Formate wie die Oder-Partnerschaft, in der die drei ost-deutschen Grenzländer zusammen mit Berlin und den angrenzenden polnischen Woiwodschaften gemeinsame Herausforderungen bewältigen wollen. Zwischen Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und dem Großraum Stettin wird derzeit an einer gemeinsamen Metropolregion Stettin gearbeitet. Sachsen unterhält ein eigenes Büro in Niederschlesien, das sich um die Vertiefung der kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit kümmert.

Auch weiter entfernt von der unmittelbaren Grenze wuchs die Zusammenarbeit zwischen den Regionen: So kooperieren beispielsweise Niedersachsen mit Niederschlesien, Thüringen und Rheinland-Pfalz mit Kleinpolen. Über 400 Partnerschaften gibt es zwischen deutschen und polnischen Kommunen. Die ältesten stammen aus dem Jahr 1957 (zwischen Rostock und Stettin) und 1976 (zwischen Bremen und Danzig), die meisten entstanden in den 1990er-Jahren, den Jahren des Aufbruchs in den Beziehungen zwischen Polen und Deutschland.

Daneben gibt es das vielversprechende Phänomen der „Zwillingsstädte“: Frankfurt und Słubice, Görlitz und Zgorzelec, Guben und Gubin wurden in der Folge des Zweiten Weltkriegs durch die Grenzziehung auseinandergerissen und sind heute durch Oder und Neiße getrennt – oder zunehmend auch verbunden. Diese „Zwillingsstädte“ haben sich nach 1990 auf ganz besondere Weise neu kennengelernt. Zwar wusste man zuvor vom jeweils anderen, wirklich enge Beziehungen aber gab es nicht – schon gar nicht in den 1980er-Jahren, während des Kriegsrechts in Polen, als die DDR deutlich auf Distanz ging und nicht einmal mehr das visafreie Reisen möglich war.

Diese „Nicht-Beziehungen“ wandelten sich fundamental in den vergangenen drei Jahrzehnten. Mittlerweile gibt es gemeinsame Kitas, gemeinsame Fernwärmeversorgung und vieles mehr. Ganze Stadt-

entwicklungskonzepte werden gemeinsam erstellt. Frankfurt will sich mit Unterstützung von Słubice als Standort für das neue, von der Bundesregierung geplante „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“ bewerben. Diese enge Form der Zusammenarbeit von Zwillingstädten über Landesgrenzen hinweg ist einmalig in Europa – und ein leuchtendes Beispiel für europäische Integration.

Doch wohin kann die Reise gehen jenseits bilateraler regionaler Zusammenarbeit? Dazu lohnt ein Blick über die unmittelbaren deutsch-polnischen Grenzregionen hinaus. Im Westen Europas ist in den vergangenen Jahrzehnten ein grenzüberschreitender Verflechtungsraum entstanden, der seinesgleichen sucht. Wirtschaftsgeografen sprechen dabei von Europas „blauer Banane“. Der Name kommt von seiner gebogenen Form, denn der Raum zieht sich vom Südosten Englands und der Île-de-France über die Benelux-Staaten, den Rhein hinauf über Süddeutschland bis nach Oberitalien. Dieses Gebiet ist die Keimzelle der europäischen Integration – und heute das zentrale ökonomische Kraftzentrum der EU. Doch der Erfolg dieser Region liegt nicht im Ökonomischen allein begründet. Auf das Engste miteinander verflochten sind eben auch Wissenschaft, Kultur, Gesellschaft, Infrastruktur und Tourismus. Hochgeschwindigkeitszüge fahren von Paris nach Amsterdam, von Brüssel nach Frankfurt/Main, von Frankfurt/Main nach Mailand.

Wo vor wenigen Jahrzehnten noch Kriege tobten, sind Grenzen heute nicht mehr sichtbar. Universitäten und Forschungseinrichtungen kooperieren eng, Hunderttausende arbeiten im einen und wohnen im anderen Land. Es entstand – wie im Dreiländereck zwischen Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Luxemburg und Lothringen oder im Dreieck rund um Aachen, Maastricht und Lüttich – ein gemeinsames regionales Bewusstsein, das gerade in der Coronapandemie auch viel wechselseitige Hilfe ermöglichte und das alltägliche Zusammenleben der Menschen einfacher gemacht hat. Das zeigt auch: Die verschiedenen Faktoren – hohe Bevölkerungsdichte, eine innovative Industrie- und Forschungslandschaft, vernetzte Infrastrukturangebote sowie enge

kulturelle Kooperation – verstärken sich wechselseitig und führen so zu weiterer Dynamik.

Nun ist auch die westeuropäische „Wachstumsbanane“ nicht vom Himmel gefallen, sie entwickelte sich innerhalb von vier, fünf Jahrzehnten – und in vielen Bereichen auch ungeplant. Hochgeschwindigkeitszüge zwischen London, Paris und Brüssel fahren erst seit den 1990er-Jahren, zwischen Amsterdam und Frankfurt am Main erst seit den 2000er-Jahren. Und die Bedingungen sind heute – und in den kommenden Jahrzehnten – andere. Mit der weiter fortschreitenden Digitalisierung und der Energiewende entstehen neue Dynamiken, die eben auch neue wirtschaftliche Chancen eröffnen. Die Frage ist also: Wie kann ein innovativer Wachstumsraum auch im östlichen Mitteleuropa entstehen? Welche Anknüpfungspunkte gibt es, und wie können Zukunftschancen wachsen, so dass Menschen und Unternehmen in die Region kommen wollen? Und wie kann man die vorhandenen Potenziale im östlichen Mitteleuropa so verknüpfen, dass eine sich selbst verstärkende Dynamik entsteht?

Zunächst kommt es auf einen Wechsel des Blickwinkels an. Die Regionen rechts und links von Oder und Neiße haben sich lange Jahre selbst als peripher angesehen. Das ist kein Wunder, liegen sie doch jeweils am Rande von Deutschland und Polen. Vor allem aber lagen sie jahrelang entlang des Eisernen Vorhangs, der eben nicht nur politische Systeme trennte, sondern auch Länder, Menschen und Traditionen. Mit Polens Beitritt zur EU und wenig später zum Schengen-Raum änderte sich dies jedoch fundamental. Seitdem liegen die Regionen entlang von Oder und Neiße in der Mitte Mitteleuropas. Wer einen Blick auf die Landkarte wirft, sieht klar: Zentraler geht es kaum. Sich selbst nicht als peripher wahrzunehmen ist der erste Schritt zu veränderter Außenwahrnehmung.

Der zweite Schritt: alte Verbindungen freilegen, neue knüpfen. In diesem Raum existiert genügend Potenzial, um über die unmittelbare bilaterale grenzüberschreitende Zusammenarbeit hinaus eine neue dynamische Wachstumsregion zu entwickeln. Eine Region, die von Hamburg und Stettin über Berlin, Leipzig und Dresden und dann nach Prag und Wien bzw. bis Breslau und Krakau reicht. In dieser Region gibt es vielfältige historische und kulturelle Bezüge, außerdem wichtige in-

dustrielle, kulturelle und touristische Zentren, bedeutende Universitäten und Forschungseinrichtungen, zahlreiche Orte, die wichtige Funktionen für die Region haben, aber auch über die unmittelbare Region hinaus strahlen. Mit Hamburg und Stettin besteht im Norden Zugang zu Ost- und Nordsee, mit Wien und Krakau hat man Tore nach Ost- und Südosteuropa. Berlin ist mit vier Millionen Einwohnern die größte Metropole in Mitteleuropa. Genug Potenzial also, um eine große Zukunftserzählung zu entwerfen.

Der Wirtschaftsgeograf Richard Florida hat vor einigen Jahren für die Erfolgsaussichten von Regionen die „3 T“ identifiziert: Technologie, Talente und Toleranz. Gleichzeitig stellt er damit auch bisherige Herangehensweisen auf den Kopf. Denn wenn es nach Florida geht, würden Menschen nicht mehr zu den Arbeitsplätzen wandern, sondern es wäre genau anders herum: Jobs würden dort entstehen, wo Menschen sich wohl fühlen, wo Menschen kreativ sein können, wo Menschen ordentliche Einkommen haben, wo sie ihrem Leben und ihrer Arbeit einen Sinn geben können. Vor allem aber würden sich technologischer Fortschritt, gesellschaftliche Offenheit und kreative Köpfe wechselseitig befruchten und so für weitere Dynamik und Anziehungskraft sorgen.

Digitalisierung, Internationalisierung und der Kampf gegen Klimawandel machen Forschung, Entwicklung, Kreativität und Wissen heute wichtiger denn je. Diese Zukunftsprobleme zu lösen wird viel Energie und jede Menge neuer Ideen erfordern. Da passt es gut, dass es etwas im östlichen Mitteleuropa in wirklich großem Maße gibt: Transformationskompetenz. Die Menschen in Ostdeutschland und Polen haben nach 1989/90 einen tiefgreifenden Wandel ihrer Gesellschaft erlebt und gestaltet, manchmal auch durchlitten und erkämpft. Da ist eine Erfahrung entstanden, die für künftige Transformationen von großem Wert sein kann, auf die die Menschen wirklich stolz sein können. Eine Erfahrung, die es bei den anstehenden Veränderungen unserer Gesellschaften wirklich braucht.

Auf dieser Basis kann ein neues Narrativ für genau diese große Transformationsregion entstehen. Ein Pfad eigenständiger Entwicklung, der auf andere attraktiv und anziehend wirkt. Denn das genau ist

das Ziel einer gemeinsamen Wachstumsregion: Menschen und Unternehmen anzuziehen, Kultur und Wissenschaft zu beflügeln, Lösungen für Zukunftsfragen zu entwickeln.

Große Universitätsstädte mit weit über einer halben Million Studenten und Wissenschaftlerinnen liegen im Einzugsbereich des ostmitteleuropäischen Wachstumskorridors. Die Bahnverbindungen zwischen Berlin und Stettin, zwischen Berlin, Cottbus und Breslau, zwischen Berlin, Posen und Warschau werden in den kommenden Jahren ausgebaut. Sie können der Nukleus sein für eine integrierte Regionalentwicklung – und zum Zusammenhalt und zur Vernetzung in der Großregion einen ganz entscheidenden Beitrag leisten. Entlang dieser Achsen (hinzu kommt der geplante Bau einer Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Berlin, Prag und Wien) kann daran gearbeitet werden, wie wir in Zukunft leben, arbeiten und wohnen wollen.

So steht sowohl in den polnischen als auch den deutschen (und tschechischen) Kohleregionen in den kommenden Jahrzehnten der Abschied von Kohleabbau und Kohleverstromung an. Ein umfassender Strukturwandel, hin zu mehr regenerativen Energien, hin zu neuen Wertschöpfungsketten ist ein Thema, das in beiden Ländern von zentraler Bedeutung ist. Dabei geht es darum, einen neuen Strukturbruch zu vermeiden, von Fehlern der Vergangenheit zu lernen, von wechselseitigen Erfahrungen zu profitieren. Die Ansiedlung der neuen Tesla-Auto- und -Batteriefabrik in Brandenburg wird Effekte nicht nur in Brandenburg und Berlin haben. Etliche Batteriefabriken sollen in den kommenden Jahren in Polen entstehen. Ziel muss es sein, die gesamte Region zwischen Berlin, Posen und Oberschlesien zu einem europäischen Zentrum der Elektromobilität, der Wassestoffnutzung und -produktion sowie der Batterieherstellung und -forschung zu machen.

Viele große Unternehmen in Deutschland und Polen, seien es Papierfabriken, seien es riesige Logistikzentren wie die von Amazon, werden ihre Produktionsprozesse immer weiter digitalisieren und dekarbonisieren (wollen und müssen). Wem dies am schnellsten gelingt, der wird im internationalen Wettbewerb die Nase vorn haben. Das dazu nötige Know-how, die dazu benötigten erneuerbaren Energiequellen

können grenzüberschreitend generiert werden – Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Erfahrungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien gibt es in der Region schon heute. Auch hieraus kann ein Vorteil im Wettbewerb der Regionen entstehen, wenn dies zum Beispiel auf der Achse zwischen Berlin und Stettin gelingt – wo sich erste Umrisse einer solchen Zusammenarbeit bereits abzeichnen.

Dies können Beispiele dafür sein, wie in der Region die großen Zukunftsfragen gelöst werden und so auch zukunftsfruchtige Arbeitsplätze entstehen können. Und das wird anziehend wirken auf junge Menschen, die danach dürsten, neue Werte zu schaffen. Vor allem kann es auch eine Chance sein, viele der in den 1990er- und 2000er-Jahren abgewanderten Ostdeutschen und Polen zurück in die Heimat zu holen. Denn die derzeitige demografische Lage der Gesamtregion ist nicht rosig. Eine ganze Generation junger und gut ausgebildeter Menschen fehlt. Und zu schmerzhaft sind die langfristigen Wirkungen der Abwanderung auf die Gesellschaft und jede einzelne Familie sowohl im Osten Deutschlands als auch in Polen.

Womit wir wieder bei Richard Florida wären. Gemäß seinem dritten T, der Toleranz, wird es ganz entscheidend sein, auf ein Klima der Offenheit und demokratischer Werte zu setzen. Das beinhaltet zivilgesellschaftliche Selbstorganisation, aber auch verlässlich und vertrauensvoll arbeitende Institutionen von Staat und Gesellschaft. Hierbei kann die Zusammenarbeit auf der regionalen und lokalen Ebene besonders nachhaltig sein. Städtepartnerschaften, Kooperationen zwischen Regionen, aber auch zwischen Vereinen und bürgerschaftlichen Initiativen stabilisieren das gesellschaftliche Wurzelwerk, das lebendige und offene Gesellschaften brauchen.

Wie gut das bereits heute funktioniert, konnte man vor Ort in den vergangenen Jahren bereits vielfach sehen. Denn auch die erneut frostigen Beziehungen zwischen Warschau und Berlin haben an der lokalen und regionalen Verbundenheit nichts geändert. So fand beispielsweise der Pride-Marsch der Schwulen und Lesben in Stettin 2019 mit großer Unterstützung der deutschen Community statt. Auch das Pol'and'Rock-Festival ist ein Event, dass viele deutsche Rock-Fans in

seinen Bann zieht. Mittlerweile wohnen viele tausend Polen in der Uckermark und in Vorpommern – sie stabilisieren dort Kommunen, die vor wenigen Jahren noch vor großen demografischen Herausforderungen standen – ohne dass es große Probleme beim Zusammenleben und Zusammenwachsen gibt. Nachdem der Fernverkehr zwischen Breslau und Berlin vor einigen Jahren eingestellt wurde, verabredeten die Landesregierungen und die polnischen Woiwodschaften einen „Kulturzug“, der zwischen den beiden Metropolen fährt. Ursprünglich nur für das Europäische Kulturhauptstadtjahr in Breslau (2016) gedacht, fährt er mit großem Erfolg bis heute und wird von deutschen und polnischen Kulturangeboten bespielt.

Gerade an diesem Beispiel sieht man, welche entscheidende Rolle regionalen Regierungschefs, aber auch Bürgermeistern zukommt. Die These „Mayors rule the world“ (Benjamin R. Barber) erfüllen sie mit Leben. Denn sie können als lokale und regionale Akteure – und damit auch als Vorbilder – in ihrer pragmatischen Art die Prozesse anstoßen, die es braucht, um eine überzeugende Vision für diese Region zu entwickeln. Und mit vielen kleinen Schritten eine langfristige Wachstumsperspektive in den Blick nehmen und umsetzen.

Welche Schritte sind es also, damit man 2040 von einer ostmitteleuropäischen Wachstumsregion sprechen kann? Neue Ideen entstehen dadurch, dass Menschen zusammenkommen und miteinander arbeiten, leben – und reden. Deshalb geht es auch darum, dass Deutsch, Polnisch (und Tschechisch) als Sprache mehr gelernt werden als heute. Eine deutsch-polnisch-tschechische Kultur- und Medienplattform – nach dem Vorbild von *arte* – kann das Gemeinschaftsgefühl und das gegenseitige Verständnis stärken. Warum sollte nicht jede Schülerin, jeder Student einmal zu einer Studienfahrt in das Nachbarland fahren? Warum nicht mehr in wechselseitige Werbung für Kultur und Tourismus investieren – viel zu wenige Deutsche kennen das einmalige polnische Hirschberger Tal, die moderne Stettiner Philharmonie oder die Breslauer Gaming-Szene, noch viel zu wenig Polen nutzen Berliner oder Dresdner Kultureinrichtungen. Warum nicht gemeinsame Kulturfestivals organisieren, die das Zusammenleben schöner machen?

Gemeinsame Innovationszentren, wo Unternehmen, Start-ups und Hochschulen Raum gegeben wird, zu experimentieren und zu entwickeln, können wichtige Anstöße für die technologische Erneuerung geben. Infrastruktur zu planen und zu bauen ist immer eine langwierige Sache – besonders in Deutschland. Doch umso dringender ist es, das anzuschieben – mit kontinuierlicher Lobbyarbeit bei den Zentralregierungen und der Europäischen Union sowie mit pragmatischen Lösungen im Kleinen bei grenzüberschreitend fahrenden Bussen und Straßenbahnen.

Wer will, dass man 2040 in vier Stunden mit dem Zug von Berlin nach Krakau fahren kann, muss heute mit der Planung beginnen. So sehr, wie der neue Berliner Flughafen schon heute auch das „Tor zur Welt“ für Westpolen, Stettin und Posen ist, so sehr braucht es beispielsweise auch direkte Bahnverbindungen in diese Regionen. Deshalb sind auch gemeinsame Büros der Partnerregionen wichtig, die als „Agenten“ des Wachstums in den Regionen Ideen und Menschen miteinander verknüpfen, die die richtigen Impulse setzen, Anstöße geben und Projekte auf den Weg bringen.

Eine neue ostmitteleuropäische „Wachstumsbanane“ entsteht nicht von allein. Und auch nicht von heute auf morgen – das ist eine Generationenaufgabe von zehn bis zwanzig Jahren. Es geht um eine Vision, die eine umfassende Wachstumsstrategie umfasst, die Menschen mitreißt und die international erfolgreich ist. Eine Strategie, die Perspektiven für die Gesamtregion und ihre Bewohnerinnen und Bewohner schafft. Dazu braucht es ein gemeinsames Verständnis, eine Verständigung auf gemeinsame Ziele und Zwischenschritte – und zwar zwischen den politischen, aber auch den ökonomischen und gesellschaftlichen Akteuren. Denn zusammen wachsen geht nur durch zusammenwachsen.

Jarosław Jańczak

Die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit der vergangenen 30 Jahre kann als Erfolg bezeichnet werden, ungeachtet aller Fehler und sich immer wieder ergebender Herausforderungen sowie trotz der Kritik, die – speziell bei einem Vergleich mit anderen europäischen Grenzräumen – an den Formen und dem Ausmaß der grenzüberschreitenden Kooperation geäußert wird. Gerechtfertigt ist die positive Bewertung sowohl aufgrund der Ausgangssituation Anfang der 1990er-Jahre als auch aufgrund der dynamischen Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den folgenden 30 Jahren.

Die gemeinsame Grenze des wiedervereinigten Deutschlands und des unabhängigen Polens ist Teil einer der konfliktreichsten Nachbarschaftsbeziehungen in der jüngeren europäischen Geschichte.¹ Der diplomatisch-militärische Konflikt um die Grenze, der bis zur Gründung des polnischen Staates aus der Konkursmasse der Großmächte nach dem Ende des Ersten Weltkriegs zurückreicht, eskalierte zu den Ursachen für den Zweiten Weltkrieg. Durch die dem geopolitischen Kalkül Stalins folgenden Entscheidungen von Potsdam und Jalta wurde die Volksrepublik Polen dann zu einer Geisel deutscher Gebietsforderungen sowie sowjetischer Garantien für die polnische territoriale

¹ Halicka, Beata: *Polens Wilder Westen. Erzwungene Migration und die kulturelle Aneignung des Oderraumes 1945-48*, Ferdinand Schöningh Verlag, Paderborn 2013.

Integrität. Obwohl die Anerkennung der Grenze an Oder und Neiße durch die Deutsche Demokratische Republik 1950 und durch die Bundesrepublik Deutschland 1970 erfolgt war, wurde die endgültige Bestätigung ihrer Unverletzlichkeit zum wichtigsten Ziel der polnischen Außenpolitik in der Zeit, als sich der sogenannte Ostblock auflöste und die Wiedervereinigung Deutschlands bevorstand.² Auch wenn Bundeskanzler Kohl der polnischen Forderung zunächst ablehnend gegenüberstand, siegte am Ende sein politischer Pragmatismus, wodurch die deutsche Wiedervereinigung zum Preis der endgültigen Anerkennung der Grenze möglich wurde.

Diese äußerst schwierige Vorgeschichte³ wurde paradoxerweise zum Ausgangspunkt für die dynamische Entwicklung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, die ein Niveau erreichte, das für die Entscheidungsträger und die Bewohnerinnen und Bewohner des grenznahen Raums in den Jahren vor dem Fall des Eisernen Vorhangs noch völlig unvorstellbar gewesen war. Während der Feierlichkeiten zum 30. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags bezeichnete der polnische Präsident Andrzej Duda die Grenze als *de facto* nicht existent und wies so symbolisch und politisch darauf hin, wie viel sich in diesem Bereich der nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern verändert hat.

Aus der hier umrissenen Entwicklung ergibt sich eine Reihe von Fragen. Erstens, wie erklären sich die Veränderungen der vergangenen 30 Jahre, wo liegen ihre Gründe, und welche Mechanismen haben sie angeregt? Zweitens, in welchen Schritten hat die Entwicklung stattgefunden, was sind Meilensteine und Wendepunkte? Drittens, welche Akteure waren hierfür verantwortlich, und auf welche Weise haben sie es getan? Und zu guter Letzt: Ist die überwiegend positive Beurteilung

² Trosiak, Cezary: *Pogranicze polsko-niemieckie po II drugiej wojnie światowej*, Wydawnictwo Instytutu Nauk Politycznych i Dziennikarstwa UAM, Poznań 1999.

³ Schulz, Helga: *Schwierige Nachbarschaften Oder und Neiße – Trudne sąsiedztwo nad Odrą i Nysą*, in: Breysach, Barbara/Paszek, Arkadiusz/Tölle, Alexander (Hg.): *Grenze-Granica*, Logos Verlag, Berlin 2003.

berechtigt, und welche weitere Entwicklung ist für die Zukunft zu erwarten? Diese Fragen werden im Folgenden erörtert.

Will man verstehen, welche Mechanismen die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den vergangenen drei Jahrzehnten befördert haben, muss man sie sich nicht nur vor dem Hintergrund der europäischen Integration im Rahmen der EU anschauen, sondern auch theoretische Überlegungen zur Art dieses Einigungsprozesses berücksichtigen. Betrachtet man die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als Integrationsprojekt im Kleinen, so erkennt man, dass beiden ähnliche Gesetzmäßigkeiten zugrunde liegen. Somit lässt sich die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit anhand von drei Ansätzen erklären: dem neofunktionalen, dem regierungsübergreifenden sowie dem konstruktivistischen.⁴ Der erste sieht die Bedürfnisbefriedigung als treibende Kraft für Integrationsprozesse, die ausgehend von der Wirtschaft später auch weitere Bereiche umfassen. Die deutsch-polnische Zusammenarbeit würde somit aus der Grenzöffnung und aus den in beiden Ländern unterschiedlichen Preisen für Arbeit, Güter und Dienstleistungen resultieren. Polen und Deutsche, die zuhauf die Möglichkeit zum billigen Einkauf auf der anderen Seite der Grenze nutzen, haben diesem Ansatz zufolge Praktiken und gegenseitige Abhängigkeiten geschaffen, die sich schrittweise auf die zwischenmenschlichen, familiären, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Beziehungen ausweiteten.

Der regierungsübergreifende Ansatz wiederum untersucht die Rolle der nationalen Zentren und der vom jeweiligen nationalen Interesse geleiteten Politik, die sie mithilfe der Grenze und an der Grenze selbst verfolgen. Die Normalisierung der Beziehungen zu Polen war Teil und gleichsam Bestätigung der Strategie des wiedervereinigten Deutschlands, das als vertrauensenerweckender Staat in Erscheinung treten wollte, der fester Bestandteil der europäischen Integration ist und diese garantiert.

⁴ Jańczak, Jarosław: *Granice w teoriach integracji europejskiej – granice jako „laboratoria integracji”*, in: Opilowska, Elżbieta/Dębicki, Marcin/Dolińska, Kamila/Kajta, Justyna/Kurcz, Zbigniew/Makaro, Julita/Niedźwiecka-Iwańczak, Natalia (Hg.): *Studia nad granicami i pograniczami. Leksykon*, Scholar, Warszawa 2020, S. 166-172.

Diese Strategie traf zusammen mit den polnischen Bestrebungen, den Strukturen der westlichen Welt beizutreten. Der Weg dorthin führte über Deutschland. Im Ergebnis entstand nicht nur ein Umfeld, das sich für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit einsetzte, sondern diese wurde auch umfassend und spürbar unterstützt, sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht, wovon regionale und lokale Behörden auf beiden Seiten der Grenze bereitwillig profitierten.

Der konstruktivistische Ansatz schließlich beschäftigt sich mit Normen, Werten und Identitäten, die sich im Zuge der Liberalisierung des Grenzregimes und dank der zunehmenden zwischenmenschlichen Kontakte gegenseitig durchdrangen und neu herausbildeten. Die jahrzehntelang voneinander getrennten Nachbarn entdeckten die Kultur und die Sprache der jeweils anderen Seite und erkannten Ähnlichkeiten, wodurch das Bewusstsein dafür wuchs, dass das Leben im grenznahen Raum anderen Regeln folgt als im Landesinneren.

Die hier skizzierten Ansätze bilden einen interessanten Interpretationsrahmen, um sich die wichtigsten Entwicklungen der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in den vergangenen 30 Jahren anzuschauen. Im Wesentlichen lassen sich hierbei drei Phasen ausmachen: die Öffnung der Grenze zwischen beiden Staaten, der polnische Beitritt zur Europäischen Union und zum Schengen-Raum sowie die darauf folgende „Normalisierung an der Grenze“.

Die Öffnung der deutsch-polnischen Grenze Anfang der 1990er-Jahre war ein wichtiger Wendepunkt in den grenzüberschreitenden Beziehungen. Trotz behördlich genehmigter Kontakte während des Kommunismus und der offenen Grenze in den 1970er-Jahren glich der Aufbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit Anfang der 1990er-Jahre einer Greenfield-Investition. Zwischenmenschliche Kontakte sowie Kooperationen von öffentlichen Einrichtungen oder wirtschaftlichen Akteuren begannen häufig bei null. In den ersten Jahren wurden vor allem die Grundlagen gelegt, was in bestimmten Bereichen sehr schnell ging. Die Polenmärkte – riesige Basare auf polnischer Seite in der Nähe fast aller Grenzübergänge mit massenhaft deutscher Kundschaft – illustrieren dies sehr anschaulich. Hier ergaben sich erstmals

in großer Zahl Kontakte zwischen Deutschen und Polen, die Märkte zwangen dazu, sprachlich in Kontakt miteinander zu treten, sie schufen eine gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit, vermittelten Grundwissen in Sachen Marktwirtschaft und sorgten für das Kapital, das für die wirtschaftliche Entwicklung der Grenzregionen unerlässlich war.

Zur gleichen Zeit kam es zu ersten Kontakten zwischen Einheiten der Kommunalverwaltung, mit denen die institutionellen Grundlagen für die weitere Zusammenarbeit gelegt wurden, vor allem durch die ersten über das Phare-Programm zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit finanzierten Projekte (*Phare Cross Border Cooperation/CBC*). Mit Unterstützung der Regierungen beider Länder wurden Bildungsprojekte ins Leben gerufen, die der Zusammenarbeit und der Verständigung dienen sollten, wie die Gründung der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder (die den Auftrag hat, einen bestimmten Anteil Studierender aus Polen und Mittel- und Osteuropa auszubilden) sowie des Collegium Polonicum in Stubice.

Dieser Boom an grenzüberschreitenden Initiativen wurde kurz darauf in neue Bahnen gelenkt, je mehr die Pläne für die Mitgliedschaft Polens in der Europäischen Union Gestalt annahmen. In den ersten Jahren des neuen Jahrtausends konkretisierten sich die polnischen Integrationsbestrebungen, der Grenzraum wurde zu einem „Labor“ für europäische Integration⁵, in dem die Mitgliedschaft im Kleinen getestet werden sollte. Auch bot die deutsch-polnische Grenze den symbolträchtigen Hintergrund für die Feierlichkeiten zum Beitritt Polens zur Europäischen Union, in Anwesenheit von Politikerinnen und Politikern aus Berlin und Warschau, was von den Medien beider Länder aufmerksam verfolgt wurde.⁶

In praktischer Hinsicht entfielen von nun an viele der klassischen Aufgaben einer Grenze, was sich vor allem aus den vier Grundfreiheiten des gemeinsamen Binnenmarkts ergab. Gleichzeitig schuf der Zu-

⁵ Gasparini, Alberto: *European Border Towns as Laboratories of Differentiated Integration*, in: *ISIG Quarterly of International Sociology*, 1999-2000, Nr. 4, S. 1-5.

⁶ Asher, Andrew D.: *A Paradise on the Oder? Ethnicity, Europeanization, and the EU referendum in Polish-German border city*, in: *City and Society*, 2005, Bd. 17, Nr. 1.

gang zu den EU-Strukturfonds, vor allem im Rahmen von INTERREG (eine Initiative des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, EFRE), einen weiteren Wachstumsimpuls für den grenznahen Raum. Auch wurde die Grenze in politischer und praktischer Hinsicht Gegenstand der Diskussion über die „Vollmitgliedschaft“ (beziehungsweise von Warnungen vor einer „Mitgliedschaft 2. Klasse“) – mit dem Beitritt zum Schengen-Raum im Jahr 2007 entfielen die Grenzkontrollen, und die Personenfreizügigkeit wurde Realität. Mit dem Auslaufen der Beschränkungen für polnische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf dem deutschen Arbeitsmarkt gab es erneut einen Impuls zur weiteren Verflechtung und für eine deutliche Zunahme des Grenzgängertums, hauptsächlich durch polnische Arbeitskräfte. Angesichts der Entvölkerung und der Überalterung der Gesellschaft auf deutscher Seite sowie des wesentlich niedrigeren Lohnniveaus auf der polnischen führte dies dazu, dass sich die asymmetrischen Strukturen zum gegenseitigen Nutzen ergänzten. Gleichzeitig verschwanden viele der negativen Phänomene an der Grenze, wie der geringfügige Schmuggel, an dem die Bewohnerinnen und Bewohner des grenznahen Raums traditionell stark beteiligt waren.

Nach dem EU-Beitritt Polens ergab sich an der deutsch-polnischen Grenze eine neue Situation. Einerseits bot der Wegfall von rechtlichen und strukturellen Beschränkungen enorme Möglichkeiten. Andererseits verschwand die Grenze aus dem Blickfeld der politischen Entscheidungsträger und des jeweiligen nationalen Zentrums, wie *de facto* auch der Europäischen Union. Durch diese „Normalisierung“ wurde das deutsch-polnische Grenzgebiet zu einem weiteren gewöhnlichen, unproblematischen beziehungsweise fast schon langweiligen Raum, in dem Konflikte aus der Vergangenheit auf dem Weg der Integration gelöst wurden. Aktuelle Probleme wiederum wurden hauptsächlich auf die Notwendigkeit einer weiteren systematischen Entwicklung reduziert, die auf Verfahren und Mechanismen beruhte, die sich in anderen Teilen der Europäischen Union bewährt hatten. Die politische Aufmerksamkeit und Ressourcen wurden anderen Dingen gewidmet:

den neuen EU-Außengrenzen sowie den Ländern, deren Beitritt in den folgenden Jahren bevorstand.

In der Praxis bedeutete dies für das deutsch-polnische Grenzgebiet einerseits einen Bedeutungsverlust, andererseits eine Orientierung der Zusammenarbeit nun hauptsächlich an tatsächlichen Bedürfnissen, detaillierten Plänen sowie festgelegten Verfahren. Ein gutes Beispiel hierfür ist die Anforderung, bei EU-finanzierten Projekten den „grenznahen Nutzen“ nachzuweisen – also zu belegen, dass diese tatsächlich dazu beitragen, den trennenden Charakter der Grenze auf beiden Seiten aufzuheben (aufgrund der vor allem politisch gewollten Zusammenarbeit waren diese Gelder früher oft eher als Zuschuss zu den kommunalen Investitionshaushalten verwendet worden, offiziell zur Förderung der Zusammenarbeit, tatsächlich jedoch dazu, um eigene Maßnahmen zu finanzieren, die nichts mit der „anderen Seite“ zu tun hatten). Dadurch wurde es notwendig, die Grenze neu zu definieren und die Modalitäten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit anzupassen.

Will man sich einen Überblick über drei Jahrzehnte deutsch-polnischer Zusammenarbeit an der Grenze verschaffen und eine Bewertung hiervon vornehmen, so müssen auch die Akteure benannt werden, die in deren Entwicklung involviert waren. Gerade im Hinblick auf grenzüberschreitendes Planen und Verwalten (*cross border governance*) gibt es eine Vielzahl beteiligter Einrichtungen. Sie wurden sowohl nach dem Top-down-Prinzip ins Leben gerufen als auch – oder vielleicht vor allem – nach dem Bottom-up-Ansatz und bezogen viele lokale Akteure mit ein. Zu den wichtigsten zählen die Zentralbehörden, die Europäische Union, die Regional- und Lokalbehörden, die Geschäftswelt sowie die Einwohnerinnen und Einwohner und von ihnen gegründete Organisationen.⁷

In den internationalen Beziehungen definiert man klassischerweise Staaten und ihre Vertreterinnen und Vertreter als alleinige Akteu-

⁷ Castañer, Margarita/Jańczak, Jarosław/Martín-Uceda, Javier: *Economic Development, (A)symmetries and Local Geopolitics: A New Approach to Studying Cross-Border Cooperation in Europe*, in: *Eurasia Border Review*, 2018, Bd. 9, Nr. 1, S. 67-90.

re der Außenbeziehungen. Die wachsende Komplexität und Intensität der Beziehungen hat zusammen mit der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der Grenzen infolge von Globalisierung und regionaler Integration in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Blickwechsel in Europa geführt, so dass nun auch andere, nicht-staatliche Akteure mit einbezogen werden. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass es politische Entscheidungen in Warschau und Berlin waren, durch die das Umfeld entstanden ist, in dem sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit entwickeln konnte. Lange wurde ihre Entwicklung finanziell und politisch unterstützt, nachlassendes Interesse hingegen führte dazu, dass die gegenseitigen Beziehungen umdefiniert wurden. Auch die Flüchtlingskrise, die Coronapandemie und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen sowie Grenzsicherungen haben gezeigt, dass weiterhin die Staaten die Hauptakteure sind, die die grundlegenden Entscheidungen fällen. Zudem betrachten sie die Grenze als Instrument ihrer Politik, das dem nationalen Interesse entsprechend eingesetzt wird.

Infolge der zunehmenden Integration bildet die Europäische Union beziehungsweise das im Zuge der Integration entstandene finanzielle, rechtliche und politische Instrumentarium den Rahmen für die deutsch-polnische grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den vergangenen 30 Jahren. Interreg war dabei jahrelang das logische Instrument, über das die Zusammenarbeit finanziell und organisatorisch erfolgte, gegliedert in siebenjährige Programmplanungszeiträume (mit den drei Bereichen Polen – Mecklenburg-Vorpommern, Polen – Brandenburg und Polen – Sachsen).⁸ In den letzten Jahren wurde an der Gründung eines Europäischen Verbunds für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) gearbeitet.⁹

⁸ Jańczak, Jarosław/Martín-Uceda, Javier: *A View of German-Polish Cross-Border Cooperation: an Experience from the 2007-2013 INTERREG Programme*, in: *Pogranicze. Polish Borderlands Studies*, 2018, Bd. 6, Nr. 3, S. 229-251.

⁹ Jańczak, Jarosław: *European Groupings of Territorial Cooperation as an element invigorating integration processes at the local and regional levels*, in: *Przegląd Politologiczny*, 2016, Nr. 2, S. 63-73.

Während Nachbarstaaten das politische Klima bestimmen und die Europäische Union den finanziellen und organisatorischen Rahmen vorgibt, sind die Einheiten der Kommunalverwaltung der dritte Hauptakteur, der diesen dann mit Inhalten füllt. In den 1990er-Jahren herrschte auf kommunaler Ebene großer Enthusiasmus, und es gab starkes Engagement für bi- und multilaterale Kooperationsprojekte. Dies zeigte sich daran, dass entlang der gesamten deutsch-polnischen Grenze im Eilverfahren Euroregionen gegründet wurden (Pomerania, Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober sowie Neiße-Nisa-Nysa), die in den Folgejahren Vorbild für Träger aus anderen polnischen Grenzregionen wurden. Eine ebenso wichtige und sichtbare Form der Zusammenarbeit war die Kooperation von „Zwillingsstädten“ – Städten in unmittelbarer Nachbarschaft, die durch die Staatsgrenze geteilt sind. Frankfurt (Oder)–Ślubice, Guben-Gubin sowie Görlitz-Zgorzelec machten sich schnell das Konzept der Doppel- beziehungsweise Eurostädte zu eigen, gleichzeitig verfolgten sie die Strategie einer engen europäischen Zusammenarbeit und übernahmen eine Vorreiterrolle im Bereich europäische Integration sowie als europäisches Versuchs- und Anwendungslabor.¹⁰ Hier erfolgte die Zusammenarbeit in Form von alltäglichen Kontakten unter dem Motto „Eine Stadt – zwei Länder“.¹¹

Die gegenseitige funktionale Abhängigkeit führte dazu, dass man versuchte, Probleme unter Ausnutzung von Synergie zu lösen – durch Kooperation ließen sich Ressourcen aus beiden Städten nutzen, Kosten senken und die Effektivität steigern. Deutlich zeigte sich auch ein Wandel, der mit gemeinsamen Projekten begann und über eine gemeinsame Politik zu gemeinsamen Institutionen führte. Im ersten Fall ging es um einmalige Kooperationen, wobei für die konkreten Ideen Drittmittel eingeworben werden mussten. Der zweite Fall betraf die Arbeitsweise

¹⁰ Jajeśniak-Quast, Dagmara: *Geteilte Städte und Oder und Neiße. Frankfurt (Oder)–Ślubice, Guben-Gubin und Görlitz-Zgorzelec 1945-1995*, Berlin-Verlag Arno Spitz, Berlin 2000.

¹¹ Jańczak, Jarosław: *Integration De-scaled. Symbolic Manifestations of Cross-border and European Integration in “Border Twin Towns”*, in: *Journal of Borderlands Studies*, 2018, Nr. 33 (3), S. 393-413.

von Städten, meist bei langfristigen öffentlichen Dienstleistungen und mit Blick auf die dauerhafte Lösung eines Sachverhalts. Im dritten Fall ging es darum, den grenzüberschreitenden Entscheidungsfindungsprozess und das grenzüberschreitende Management zu verbessern, indem gemeinsame Entscheidungs- und Verwaltungsorgane geschaffen wurden. Die meisten Projekte betrafen die Bereiche Infrastruktur, Bildung (vor allem gemeinsame oder kooperierende Kindertageseinrichtungen, Grund- und weiterführende Schulen) und kommunale Dienstleistungen (hauptsächlich beim grenzüberschreitenden öffentlichen Nahverkehr, der Abwasserreinigung und bei Heizungssystemen usw.). In den vergangenen Jahren wurde zudem verstärkt zusammen geplant, und Prozesse wurden gemeinsam gemanagt (wie im Frankfurt-Słubicer-Kooperationszentrum). Regelmäßige gemeinsame Sitzungen der Stadträte dienen dabei über ihre politisch-symbolische Funktion hinaus auch als Forum für Meinungsaustausch und Kontakte.

Die kommerzielle Dimension der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besteht aus den bereits erwähnten Handelskooperationen nach 1989 sowie der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der Grenzregionen. Einerseits hat die Kapitalanhäufung der Händler auf den Polenmärkten dazu geführt, dass sie in Handels- und Dienstleistungsfirmen investieren konnten, die hohen Standards genügen, jedoch billiger als in Deutschland arbeiten. Andererseits gibt es im grenznahen Raum aufgrund der niedrigeren Arbeitskosten zahlreiche Gewerbegebiete, die ursprünglich dank der in Sonderwirtschaftszonen geltenden Steuervergünstigungen für Unternehmen attraktiv gewesen waren, die jetzt jedoch von der Nähe zum deutschen Markt profitieren. Zudem sind ca. 150 000 Menschen aus Polen Grenzgänger, die oft einen wichtigen Teil der Belegschaft deutscher Unternehmen in der Region ausmachen. Somit ist die deutsch-polnische Grenze einer der „austauschintensivsten“ in der Europäischen Union.

Die gesellschaftliche und persönliche Dimension der deutsch-polnischen grenzüberschreitenden Zusammenarbeit umfasst nicht nur das Grenzgängertum, sondern auch – im weiteren Sinn – den wechselseitigen Austausch innerhalb der Gesellschaft sowie auf den Ge-

bieten Kultur und Migration. Einerseits gab es in den 1990er-Jahren und zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem geschäftlich bedingte grenzüberschreitende Kontakte. Gleichzeitig entstanden gesellschaftliche Initiativen (wie die Vereine Słubfurt und Gubien), die Raum für Begegnungen von Deutschen und Polen schufen. In unregelmäßigen Abständen ergaben sich Kontakte durch die zunehmende Zusammenarbeit von NGOs auf beiden Seiten der Grenze sowie bei Kulturveranstaltungen, die beiderseits der Oder von (meist öffentlichen) Partnern für die Bewohnerinnen und Bewohner des grenznahen Raums organisiert wurden.

Zu den interessanteren Phänomenen gehört auch die grenzüberschreitende Migration. Traditionell zog es Polinnen und Polen meist nach Berlin oder in die westlichen Bundesländer. Durch die Entvölkerung der ostdeutschen Länder, speziell im grenznahen Raum, entstand ein großes Angebot von Immobilien, hauptsächlich am nördlichen und südlichen Abschnitt der Grenze. Infolgedessen zog es Zehntausende Polen in die von Abwanderung betroffenen Orte, wodurch es dort zu positiven demografischen und oftmals auch wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen kam. Auf zwischenmenschlicher Ebene bildete sich so im grenznahen Raum der Nährboden für eine sprachlich, kulturell und ethnisch gemischte Bevölkerung, und es entstanden zahlreiche Gelegenheiten für Kontakte im Alltag, die nicht geschäftlicher Natur sind. Auch in der Lokalpolitik ergaben sich interessante Veränderungen: Einerseits engagierten sich Polinnen und Polen an ihren neuen Wohnorten politisch, andererseits gab es im grenznahen Raum die deutschlandweit höchste Zustimmung für rechtsextreme Gruppierungen, da dort oft der Zuzug von Menschen aus Polen der Auslöser für immigrationsfeindliche Stimmungen ist.¹²

Die hier skizzierten Etappen und Akteure, die in den vergangenen 30 Jahren am Wandel des deutsch-polnischen grenznahen Raums

¹² Jańczak, Jarosław: *Cross-Border urbanism on the German-Polish border – Between spatial de-Boundarization and social (re-)frontierization*, in: Boesen, Elisabeth/Schnuer, Gregor (Hg.): *European Borderlands. Living with Barriers and Bridges*, Routledge, London/New York 2017, S. 47-63.

beteiligt waren, zeigen die Dynamik der Veränderungen, wozu auch gehört, dass die Entwicklung vor allem in eine Richtung verläuft und auf eine engere Form der grenzüberschreitenden Beziehungen abzielt. Ungeachtet der positiven Bewertung von Richtung und Form der Zusammenarbeit gilt es jedoch auch die hierbei auftretenden Probleme zu benennen. Im Folgenden sollen die wichtigsten dargestellt werden.

Trotz der durch die neofunktionale Herangehensweise geförderten wirtschaftlichen Symbiose der grenznahen Räume auf deutscher und auf polnischer Seite und ungeachtet des über EU-Fonds geförderten institutionellen Pragmatismus von Einrichtungen der öffentlichen Hand sind sich die Gesellschaften beider Länder nach wie vor spürbar fremd. Die Folgen jahrzehntelanger Trennung wurden in den vergangenen Jahren kaum behoben, und kulturelle wie auch normative Unterschiede verhindern weiterhin, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Herausbildung eines grenzüberschreitenden Zusammengehörigkeitsgefühls.

Auffällig ist zudem die Asymmetrie auf beiden Seiten der Grenze, die auf mehreren Ebenen sichtbar ist. Einerseits betrifft dies die Ressourcen, gemessen anhand des BIP pro Kopf (das auf deutscher Seite um ein Vielfaches höher ist) oder des Ausbaus der Infrastruktur. Andererseits zeigen sich strukturelle Unterschiede bei den Zuständigkeiten von Behörden, bei Wertehierarchien und Arbeitseinstellungen etc. Da sie nicht miteinander kompatibel sind, erschweren diese Faktoren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, gleichzeitig bieten sie jedoch in manchen Bereichen Anlass, sich auf die andere Seite der Grenze zu begeben und dort tätig zu werden.¹³ Aufgrund der Asymmetrien ist es auch kompliziert, Prozesse an der Grenze zu beschreiben und Strukturen zu vergleichen, die auf beiden Seiten bestehen. Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung, so ergibt sich folgendes Bild: einerseits auf deutscher Seite Ortschaften, die von Überalterung und Entvölkerung geprägt sind, in denen aber auch viel neu gemacht wurde und die ein

¹³ Jańczak, Jarosław: *Symmetries, asymmetries and cross-border cooperation on the German-Polish border. Towards a new model of (de)bordering*, in: *Documents d'Anàlisi Geogràfica*, 2018, Bd. 64, Nr. 3, S. 509-527.

gepflegtes Erscheinungsbild haben („reiche Städte – arme Menschen“), andererseits auf polnischer Seite dynamische Ortschaften voller Initiative, die jedoch oft genug noch heruntergekommen aussehen („arme Städte – reiche Menschen“).

Bei manchen Themen scheint der Zusammenarbeit auch die Luft auszugehen. Bis heute ist an der deutsch-polnischen Grenze (im Gegensatz zu anderen Grenzen beider Länder) kein EVTZ gegründet worden. Angesichts dessen, dass in diesem Raum in den 1990er-Jahren so viel Pionierarbeit geleistet worden war, hätte man erwarten können, dass neue rechtliche und organisatorische Instrumente zum Einsatz kommen würden, die viele Chancen bereithalten. Ein ähnliches Bild bietet sich bei Angeboten zum Erlernen der Nachbarsprache. An den meisten polnischen Schulen gibt es Deutschunterricht, Polnischunterricht in Deutschland jedoch nur selten. Mehr noch, häufig wird der Sinn von polnischsprachigen Lernangeboten infrage gestellt, wenn auch nicht offiziell, wobei auf Englisch als natürlichstes und neutrales Kommunikationsmittel verwiesen wird, das zudem von weltweiter Relevanz ist (und nicht bloß lokaler).

Neue Herausforderungen auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit können diese entscheidend verändern. Dies gilt vor allem für den Umweltschutz. Das unterschiedlich stark ausgeprägte Umweltbewusstsein sowie die grundverschiedenen Herangehensweisen an das Thema (postmaterielle Einstellungen, die oft mit gesellschaftlichem Engagement einhergehen, auf deutscher Seite sowie auf polnischer ein Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung sowie darauf, Arbeitsplätze zu erhalten beziehungsweise zu schaffen) führen zu einer sehr unterschiedlichen Bewertung von Themen wie dem Festhalten an der Braunkohleförderung und dem hieraus produzierten Strom (was in beiden Ländern im südlichen Abschnitt der Grenze verbreitet ist) oder den Plänen Polens, die Oder wieder schiffbarer zu machen.

Das letzte Problem betrifft die Grenze selbst, was an der Krise deutlich wurde, zu der es an der Grenze in der ersten Jahreshälfte 2020 nach dem Ausbruch der Coronapandemie kam. Nachdem die Grenze jahrelang uneingeschränkt passierbar gewesen war, zeigte die Entscheidung

der polnischen Regierung zu Einschränkungen beim Grenzverkehr beziehungsweise zur tatsächlichen Grenzschießung, welche Aufgabe der Grenze zukommt (auch wenn diese seit Jahren nicht umgesetzt werden brauchte) – die einer Schnittstelle des Staates und eines politischen Instruments, mit dem vor allem die Interessen des Zentrums geschützt werden, (auch) auf Kosten der Peripherie.¹⁴ Das schonungslose Hereinbrechen der alt-neuen Realität betraf, neben Transitreisenden, vor allem die Bewohnerinnen und Bewohner des grenznahen Raums und besonders schmerzhaft die polnischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger. Angesichts des drohenden Verlusts ihrer Arbeitsplätze in Deutschland oder einer Trennung von ihren Familien in Polen wurden sie zur Keimzelle von massenhaften Protesten und Petitionen entlang der gesamten Grenze. Unterstützt wurden sie vor allem von deutschen Unternehmen und Landesregierungen, die sich ebenfalls mit der Bitte an die polnische Regierung wandten, die Beschränkungen zurückzunehmen, und die finanzielle Hilfe anboten.

Diese Situation verdeutlicht, welche zweite Schlussfolgerung sich hinsichtlich der Grenze ergibt: Das grenzüberschreitende vielschichtige Verwalten und Planen, das eine Vielzahl von Akteuren umfasst, führt dazu, dass die Grenze in den Fokus der Zentralregierung rückt und dort ihre speziellen Interessen artikuliert werden und berücksichtigt werden müssen. Die dritte Schlussfolgerung betrifft das dynamischste Element, das hinter diesen Prozessen steht – die wirtschaftliche Verbundenheit von Hunderttausenden Bewohnerinnen und Bewohnern des grenznahen Raums. Wenn die deutsch-polnische Grenze tatsächlich ein Labor für Integrationsprozesse ist, dann liefert das dort seit 30 Jahren andauernde Experiment vor allem den Beweis dafür, dass Zusammenarbeit und Offenheit als oberste Prinzipien von gegenseitigem Nutzen für ganz normale Europäerinnen und Europäer sind.

¹⁴ Jańczak, Jarosław: *The German-Polish border, re-bordering and the pandemic: centers vs. peripheries?*, in: Ulrich, Peter/Cyrus, Norbert/Pilhofer, Anne (Hg.): *Grenzen und Ordnungen in Bewegung in Zeiten der Corona-Krise. Analysen zu Region und Gesellschaft*, 2020, Nr. 8, S. 17-19.

**Bildung, Universitäten,
Kultur, Jugendaustausch**

6

Stephan Erb

Bildung und Begegnung: Der deutsch-polnische Jugendaustausch

Die guten Nachrichten zuerst: Der deutsch-polnische Jugendaustausch hat in Europa eine Ausnahmestellung und wird in Umfang und Reichweite nur von der deutsch-französischen Zusammenarbeit übertroffen. Mit keinem anderen Land verbindet Polen ein so enges Netz der Jugendzusammenarbeit. Und für Deutschland gilt: Abgesehen von Frankreich ist Polen der mit Abstand wichtigste Partner im Jugendaustausch. Grundlage für diese enge Verflechtung ist ein sehr ausdifferenziertes Feld von Kooperationen, bei denen Schulen und staatlich-öffentliche Einrichtungen eine wichtige Rolle spielen, ferner private, freie Träger der Jugend- und Bildungsarbeit, ein breites Spektrum von NGOs, kommunalen und regionalen öffentlichen Einrichtungen der Jugendhilfe und nicht zuletzt die Kirchen. Das 1991 gegründete Deutsch-Polnische Jugendwerk (DPJW) hatte und hat dabei als finanzieller Förderer, aber auch als Einrichtung der Information, Beratung, Vernetzung und Fortbildung eine Schlüsselrolle inne.

Die positive Entwicklung der letzten 30 Jahre war so nicht vorherzusehen. Sie ist angesichts zahlreicher immer noch bestehender Asymmetrien und Disparitäten keinesfalls selbstverständlich, sondern das Ergebnis eines erfolgreichen Zusammenspiels von politischen Entscheidungen beider Länder, des Aufbaus der notwendigen Förder- und Beratungsstrukturen, des Gestaltungswillens und der Initiative der Zi-

vilgesellschaft und letztlich des persönlichen Handelns von Tausenden von engagierten Einzelpersonen.¹ Die zahlreichen aktuellen Herausforderungen zeigen aber auch, dass die beteiligten Akteure keinen Anlass haben, in ihrem Engagement nachzulassen, wenn dieser erfolgreiche Prozess fortgeführt werden soll. Dieser Beitrag soll einen kurzen Überblick über den Stand des deutsch-polnischen Jugendaustauschs geben, aber auch einige Herausforderungen und Perspektiven für die Zukunft aufzeigen.

Der Jugendaustausch vor dem Hintergrund der bilateralen Jugendpolitik in Deutschland und Polen

Die internationale Jugendarbeit gehört zu den Politikfeldern der Jugendpolitik und der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. In der bilateralen jugendpolitischen Zusammenarbeit setzte und setzt die Bundesrepublik Deutschland regionale Schwerpunkte. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit dem Deutsch-Französischen Jugendwerk, das infolge des Élysée-Vertrages bereits 1963 entstanden war, schlossen Deutschland und Polen am 17. Juni 1991 zusammen mit dem Deutsch-Polnischen Nachbarschaftsvertrag das Abkommen zum DPJW. Für die Zusammenarbeit mit weiteren Ländern wurden später Koordinierungszentren eingerichtet, so Tandem für Tschechien (1997) und ConAct für Israel (2001), eine Stiftung für deutsch-russischen Jugendaustausch gegründet (2004) und schließlich (2018) ein deutsch-griechisches Jugendwerk ins Leben gerufen, das 2021 seine Arbeit aufgenommen hat. Für alle diese Einrichtungen mit zum Teil unterschiedlichen Rechtsformen und Trägerstrukturen hat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf deutscher Seite die Federführung. Für die Zusammenarbeit mit dem Vereinigten Kö-

¹ Harles, Lothar: *Begegnungen der Menschen fördern: der deutsch-polnische Jugendaustausch*, in: *Polen-Analysen*, 2021, Nr. 277, S. 4f., <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/277/begegnungen-der-menschen-foerdern-der-deutsch-polnische-jugendaustausch/>, 15.07.2021.

nigreich steht seit 2004 die UK-German-Connection, die von den beiden Außenministerien, dem British Council und dem Pädagogischen Austauschdienst (PAD) der Kultusministerkonferenz getragen wird. Die Deutsch-Türkische Jugendbrücke ist wiederum eine gemeinnützige, private, 2012 von der Stiftung Mercator gegründete Einrichtung, die zudem vom Auswärtigen Amt und vom Land Nordrhein-Westfalen gefördert wird.

Die Republik Polen kooperiert im bilateralen Jugendaustausch außer mit Deutschland noch mit Litauen (seit 2007) und betreibt aufgrund eines Vertrags von 2015 gemeinsam mit der Ukraine den Polnisch-Ukrainischen Rat für Jugendaustausch. Beide Förderprogramme sind bei der Warschauer Stiftung für die Entwicklung des Bildungssystems (FRSE) angesiedelt, die gleichzeitig als Nationalagentur für die verschiedenen EU-Mobilitätsprogramme fungiert, die unter dem Namen Erasmus+ zusammengefasst sind. Federführend auf polnischer Seite ist das Ministerium für Bildung und Wissenschaft MEiN. Darüber hinaus gibt es das staatliche Polnisch-Russische Zentrum für Dialog und Verständigung (CPRDIP), das neben Forschung, Konferenzen und Publikationen auch ein kleines Programm zum Jugendaustausch im Portfolio hat.

Das DPJW hat in vielerlei Hinsicht eine Sonderstellung in den jeweiligen bilateralen Beziehungen beider Länder. Es ist – wie das Deutsch-Französische Jugendwerk – eine gemeinsame grenzüberschreitende Einrichtung mit dem Rechtsstatus einer internationalen Organisation. Die Finanzierung erfolgt durch jährliche Regierungsbeiträge beider Länder. Die deutsche Seite trägt zurzeit jährlich 7 Millionen Euro bei, die polnische Seite 19 Millionen Złoty (ca. 4,5 Millionen Euro). Alle wesentlichen Entscheidungen über die inhaltliche Ausrichtung, die Verwendung der Mittel und die Richtlinien zur Förderung werden in einem gemeinsamen Aufsichtsgremium getroffen, in dem staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen beider Länder paritätisch vertreten sind. Nationale Alleingänge sind dabei also schon strukturell ausgeschlossen. In den beiden Geschäftsstellen in Potsdam und in Warschau gibt es ein gemischtes deutsch-polnisches Team.

Das Jugendwerk kooperiert nach dem Prinzip der Subsidiarität eng und partnerschaftlich sowohl mit öffentlichen Einrichtungen als auch mit zivilgesellschaftlichen privaten Trägern der Jugendarbeit. Das Förderverfahren ist vergleichsweise niederschwellig und verlässlich. Bilaterale deutsch-polnische Jugendprojekte können in der Regel mit einer Förderung rechnen, wenn die Projekte den Richtlinien des Jugendwerks entsprechen. Die finanzielle Förderung ist zwar niedriger als bei den meisten Mobilitätsprogrammen der Europäischen Union und deckt nur einen Teil der tatsächlich entstehenden Kosten. Sie kann aber auch mit öffentlichen oder privaten Drittmitteln kombiniert werden. Diese spezielle Konstruktion hat sich als sehr förderlich für die Entwicklung der Jugendzusammenarbeit erwiesen. Seit seiner Gründung hat das Deutsch-Polnische Jugendwerk die Begegnung von mehr als drei Millionen Jugendlichen gefördert. Diese Unterstützung erreicht – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – alle Schulformen und alle Bereiche der Jugendarbeit: von den klassischen Jugendverbänden und der politischen Bildung über den Sport, die kulturelle Jugendbildung, die berufliche Bildung bis hin zur Jugendsozialarbeit. Im Jahr 2019 konnten auf diese Weise rund 2200 Projekte² mit mehr als 82 000 Teilnehmenden³ aus beiden Ländern gefördert werden. Diese Zahlen werden nur vom Deutsch-Französischen Jugendwerk übertroffen, das allerdings über ein mehr als doppelt so großes Budget verfügt und dessen Zuständigkeiten – zum Beispiel bei der Kooperation von Hochschulen – deutlich größer sind.

Die Zusammenarbeit von Schulen in Deutschland und Polen

Im Jahr 2019 hat das DPJW 1367 Projekte im schulischen Austausch gefördert⁴, an denen insgesamt 50 836 Schülerinnen und Schüler sowie

² Deutsch-Polnisches Jugendwerk (Hg.): *Daten und Fakten, DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken*, Potsdam/Warschau 2020, S. 11, <https://dpjw.org/wp-content/uploads/2021/02/Daten-und-Fakten-2019.pdf>, 15.07.2021.

³ Ibidem, S. 15.

⁴ Ibidem, S. 13.

Lehrkräfte teilgenommen haben.⁵ Die Zahl der aktiven Schulpartnerschaften liegt bei etwa 700 bis 800. Bei den Projekten im schulischen Austausch handelt es sich fast ausschließlich um kürzere, etwa einwöchige Begegnungen von Schülergruppen. Sehr häufig sind sie mit Unterbringung in den jeweiligen Gastfamilien verbunden. So erhalten die jugendlichen Teilnehmenden einen ganz unmittelbaren Einblick in das Alltagsleben im Nachbarland. Der individuelle, längerfristige Schüleraustausch, bei dem ein ganzes Semester oder Schuljahr im anderen Land verbracht wird und dem zum Beispiel im Deutsch-Französischen Jugendwerk große und erfolgreiche Programme gewidmet sind, spielt im deutsch-polnischen Austausch keine nennenswerte Rolle. Zumindest aus deutscher Perspektive sind die sprachlichen Hürden dafür wohl zu hoch.

Es ist bemerkenswert, dass bei den Schulpartnerschaften auf deutscher Seite die Bundesländer im Westen Deutschlands überwiegen. Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen führen die Statistik an, gefolgt von Baden-Württemberg, Brandenburg (als Ausnahme), Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Die Bundesländer im Osten einschließlich Berlin sind deutlich weniger stark vertreten.⁶ Auf polnischer Seite gibt es ebenfalls ein West-Ost-Gefälle und eine gewisse Konzentration auf größere Städte. Hier liegen Niederschlesien mit Breslau, Kleinpolen mit Krakau, Großpolen mit Posen sowie Westpommern vorn, während die Woiwodschaften Lublin, Lodz, Podlachien und Heiligkreuz am Ende der Statistik stehen.⁷

Die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Schulen ist von einer hohen institutionellen wie personellen Kontinuität geprägt. Die meisten Schulpartnerschaften bestehen seit etlichen Jahren, viele davon seit mehr als 25 Jahren. Und häufig ist ihr Fortbestehen dem Engagement von einzelnen Lehrerinnen und Lehrern zu verdanken, die die Partnerschaft tragen und mit jährlichen Austauschprojekten vorantreiben. Darin liegt einerseits eine Stärke, denn die Erfahrung und

⁵ Ibidem, S. 15.

⁶ Ibidem, S. 23.

⁷ Ibidem, S. 21.

die persönlichen Freundschaften geben den Kooperationen Stabilität. Schwierig wird es, wenn verdiente Lehrkräfte in den Ruhestand gehen und eine Nachfolge gefunden werden muss, die sich ähnlich engagiert für den deutsch-polnischen Austausch einsetzt und die Partnerschaft weiterführt. Zumeist gelingt dieser Generationswechsel recht gut, aber er ist kein Selbstläufer und muss bewusst geplant und gestaltet werden.

Als besondere Herausforderung für die grenzüberschreitende Kooperation von Schulen erwies sich die Bildungsreform in Polen 2017 mit der Rückkehr zu einem zweistufigen Schulsystem mit einer achtjährigen Grundschule und darauf aufbauenden weiterführenden Schulen (Liceum, Technikum, berufliche Branchenschulen). Abgeschafft wurde die Mittelschule (Gimnazjum), die die Klassen 7 bis 9 umfasste. Gerade die Mittelschulen hatten aber seit ihrer Einführung 1999 ein weites Netz an Kooperationen mit deutschen Schulen aufgebaut, das etwa 30 Prozent aller Schulpartnerschaften mit Deutschland ausmachte. Bis zum Jahr 2016 unterstützte das DPJW jährlich etwa 400 Austauschprojekte mit polnischen Mittelschulen. In einigen Fällen gelang die Übernahme der von den Mittelschulen gepflegten Partnerschaften mit Deutschland durch die nun erweiterten Grundschulen in Polen. Insgesamt ist aber im schulischen Austausch ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Gerade im ländlichen Raum gibt es nun viele Lehrkräfte, die ihr Pflichtstundenpensum durch Arbeit an mehreren Schulen erfüllen. Dieser Umstand erschwert natürlich auch ein Engagement der Lehrkräfte für internationalen Austausch, weil sie für mehrtägige Abwesenheiten von mehreren Schulen freigestellt werden müssten.⁸

Weitere Kooperationen und Unterstützungsangebote

Die politische Dimension der Kooperation in der formalen Bildung spiegelt sich auch in der Gründung des Deutsch-Polnischen Bildungsausschusses wider, der als Teil der Deutsch-Polnischen Regierungskom-

⁸ Ibidem, S. 10.

mission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit seit 2011 tätig ist. Hier sind mehrere Bundesländer, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie die Kultusministerkonferenz auf der deutschen Seite vertreten. Auf polnischer Seite liegt die Federführung beim Ministerium für Bildung und Wissenschaft, und beteiligt sind vor allem die Schulaufsichtsbehörden (Kuratorien) der Woiwodschaften. Der Bildungsausschuss hat Arbeitsgruppen für die allgemeine schulische Bildung einschließlich frühkindlicher Aspekte, die berufliche Bildung und die Hochschulbildung eingesetzt. Der Bildungsausschuss dient der gegenseitigen Information über die Entwicklung in beiden Ländern, erarbeitet aber auch Konzepte und Projekte für gemeinsames Handeln und formuliert Empfehlungen für die beiden Regierungen. Er trifft sich in der Regel einmal pro Jahr alternierend in Polen und Deutschland.

Für die praktische Beratung und Unterstützung von deutschen Schulen haben weitere Einrichtungen eine besondere Bedeutung. Dabei ist zunächst und vor allem das Deutsche Polen-Institut (DPI) zu nennen. Es betreibt seit Jahren das Projekt „Polen in der Schule“ und hat dabei in den letzten 20 Jahren eine Reihe von Publikationen, Lehrwerken, Filmen und Unterrichtsmaterialien erstellt, die von Schulen eingesetzt werden, um die Kenntnis über den Nachbarn Polen zu verbessern und zu vertiefen. Das Publikationsangebot wird ergänzt durch Workshops und Projekttag, die sich sowohl an Schülerinnen und Schüler als auch an Lehrkräfte richten. Seit 2015 ist das PolenMobil unterwegs. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Deutschen Polen-Instituts besuchen interessierte Schulen in ganz Deutschland vor Ort und gestalten Unterrichtseinheiten zum Thema Polen. Dabei geht es um Landeskunde und Kultur, Geschichte und Sprache. Ganz bewusst werden besonders Schulen angesprochen, die bislang keine Partnerschule in Polen haben. Das PolenMobil ist eine gemeinsame Initiative des DPI und der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit in Kooperation mit der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Brandenburg und dem Deutsch-Polnischen Jugendwerk.

Eine zentrale Rolle in Polen spielt zudem das Goethe-Institut mit seinen Büros in Warschau und Krakau. Ein Schwerpunkt von dessen

Tätigkeit liegt auf der Förderung des Deutschunterrichts in Polen und der Fortbildung der Lehrkräfte durch Workshops, Akademien und Seminare. Das Goethe-Institut betreut auch zehn Grundschulen in Polen, die sich im Rahmen des PASCH-Programms („Schulen: Partner der Zukunft“) besonders um die Entwicklung des Deutschunterrichts in ihrer Region kümmern. Darüber hinaus sind rund 20 deutsche Lehrkräfte im Auslandsschuldienst an Schulen in Polen tätig.⁹

Die längste Tradition in der deutsch-polnischen Bildungszusammenarbeit hat sicher die Deutsch-Polnische Schulbuchkommission, die seit 1972 vor allem Historiker und Geografinnen zusammenführte, um gemeinsame Empfehlungen für den Unterricht in beiden Ländern zu erarbeiten. Auf deutscher Seite wird sie von Anfang an vom Braunschweiger Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung organisatorisch betreut. Die Arbeit der Schulbuchkommission hat sich seit den 1990er-Jahren stark gewandelt. Bis heute ist sie ein wichtiges Wissenschaftsnetzwerk, das regelmäßige grenzüberschreitende Konferenzen organisiert, Publikationen und Handreichungen herausgibt. Die Kommission war zuletzt maßgeblich an den Vorbereitungen zum gemeinsamen Geschichtsbuch *Europa – Unsere Geschichte* beteiligt, dessen vierter und letzter Band 2021 erschienen ist.

Die Zusammenarbeit im außerschulischen Austausch

Die außerschulische Jugendarbeit in Deutschland und in Polen ist eher von Unterschieden als von Gemeinsamkeiten geprägt. Natürlich gibt es in beiden Ländern Sportvereine, kommunale Jugendkulturhäuser, Pfadfinder, kirchliche Jugendgruppen und nicht zuletzt zahlreiche Gruppen der Jugendfeuerwehr, die vor allem im ländlichen Raum

⁹ Pädagogischer Austauschdienst des Sekretariats der Kultusministerkonferenz – Nationale Agentur Erasmus+ Schulbildung (Hg.): *Dzień dobry & Guten Tag. Deutsch-polnische Zusammenarbeit kompakt. Zahlen und Daten zum Austausch im Schulbereich*, 2021, S. 5, <https://publikationen.kmk-pad.org/dzien-dobry-und-guten-tag-deutsch-polnische-zusammenarbeit-kompakt/65689753>, 15.07.2021.

wichtig ist. Doch die Landschaft der Jugendverbände ist in Deutschland deutlich ausdifferenzierter als in Polen und hat durch landesweite Dachverbände größere Möglichkeiten der politischen Lobbyarbeit für die Interessen und Anliegen junger Menschen.

Charakteristisch für die außerschulischen Jugendkooperationen zwischen Deutschland und Polen ist die Konzentration auf den grenznahen Raum. Rund 50 Prozent dieser Jugendbegegnungen finden in den Bundesländern beziehungsweise Woiwodschaften statt, die an der Grenze liegen. Hier sind die Kontakte zwischen Sportvereinen, kulturellen und kommunalen Einrichtungen besonders eng und kontinuierlich. Begegnung und Kooperation sind leicht zu organisieren. Mit den Euroregionen auf beiden Seiten der Grenze sind die Informations- und Unterstützungssysteme hier auch besonders gut. Die enge Kooperation des Deutsch-Polnischen Jugendwerks mit den Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober, und Neiße gehört daher zu den wesentlichen Erfolgsfaktoren im Jugendaustausch.¹⁰

Besondere Bedeutung für den deutsch-polnischen Jugendaustausch haben seit vielen Jahren die Bildungs- und Begegnungsstätten in beiden Ländern. Sie verfügen über eine eigene Infrastruktur für Übernachtung, Verpflegung und Seminarbetrieb und beschäftigen pädagogisches Personal, das internationale Begegnungen inhaltlich gestalten und begleiten kann. Die meisten dieser Bildungsstätten haben ein eigenes inhaltliches Profil. In Deutschland gibt es rund 20 Bildungsstätten, die regelmäßig Jugendprojekte mit Polen anbieten, davon allein fünf in Brandenburg. In Polen haben sechs Bildungsstätten einen Schwerpunkt in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Besonders bekannt sind – wegen der historischen Bedeutung der Orte – die Internationalen Jugendbegegnungsstätten in Auschwitz/Oświęcim und in Kreisau/Krzyżowa, aber auch die Häuser in Mikuszewo bei Posen, Rodowo in Masuren, Morawa in Niederschlesien und das von Franziskanern ge-

¹⁰ Deutsch-Polnisches Jugendwerk (Hg.): *Daten und Fakten, DPJW 2019 in Zahlen und Grafiken*, Potsdam/Warschau 2020, S. 20, <https://dpjw.org/wp-content/uploads/2021/02/Daten-und-Fakten-2019.pdf>, 15.07.2021.

leitete Maximilian-Kolbe-Haus in Danzig sind wichtige Einrichtungen für den deutsch-polnischen Jugendaustausch. Der größte Teil der Bildungsstätten finanzierte sich bislang nur über Projektmittel und bekam keine institutionelle Unterstützung. Das von der polnischen Regierung eingerichtete „Nationale Freiheitsinstitut – Zentrum für die Entwicklung der Bürgergesellschaft“ hat im Sommer 2021 ein Programm ausgeschrieben, das den internationalen Begegnungsstätten institutionelle Förderung in Aussicht stellt. Hier bleibt die praktische Umsetzung noch abzuwarten.

Herausforderungen und Chancen durch neue Kooperationen

Die merkliche Abkühlung der politischen Beziehungen zwischen den beiden Ländern war in den vergangenen Jahren zwar nicht gerade hilfreich, blieb aber aufgrund der oben beschriebenen gewachsenen Partnerstrukturen und des aufgebauten Kapitals an positiven gegenseitigen Erfahrungen und Vertrauen bislang ohne nennenswerte Auswirkung auf den Jugendaustausch. Herausforderungen gibt es dennoch, denn die Rahmenbedingungen sind heute andere als in den Boomjahren deutsch-polnischer Kooperationen in den 90ern. Die Angebote internationaler Bildung und Begegnung sind in beiden Ländern heute deutlich breiter und vielfältiger, und internationale Mobilität ist für einen Teil der Jugendlichen selbstverständlicher geworden. Um Jugendliche für eine deutsch-polnische Begegnung zu gewinnen, müssen inhaltlich attraktive Angebote für ganz unterschiedliche Interessen und Lebenslagen gemacht werden. Dafür braucht es neue und übergreifende Kooperationen zum Beispiel zwischen außerschulischen Lernorten und Schulen, zwischen Städtepartnerschaften und bürgerschaftlich organisierten Initiativen oder auch zwischen den verschiedenen Einrichtungen der beruflichen Bildung. Das DPJW hat dazu eine Reihe von Programmen aufgelegt, die die inhaltliche Weiterentwicklung des deutsch-polnischen Jugendaustauschs unterstützen sollen. Hier ein paar Beispiele:

- Häufig dominieren eher landeskundliche, interkulturelle oder geschichtliche Themen den Austausch. Mit dem MINT-Förderprogramm „Experiment Austausch“ regt das DPJW an, Fragen aus Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik und Technik zum Thema einer internationalen Jugendbegegnung zu machen, und kooperiert dabei unter anderem mit dem Wissenschaftszentrum Kopernikus in Warschau und dem Netzwerk der Klubs junger Forscher. Die dabei geförderten Projekte beschäftigen sich zum Beispiel mit Robotik, makromolekularer Chemie oder Biodiversität. Die Programme sprechen so Jugendliche und naturwissenschaftlich orientierte Schulen an, die im Jugendaustausch bislang eher unterrepräsentiert sind.
- Um die Themen berufliche Bildung und Berufsorientierung in den Austausch einzubeziehen, bietet das DPJW ein eigenes Programm an. Es dient der Zusammenarbeit mit Förder-, Haupt-, Real- und Berufsschulen sowie Trägern der Berufsbildung und der Jugendsozialarbeit im deutsch-polnischen Jugendaustausch. Das Förderprogramm ist besonders denjenigen Jugendlichen gewidmet, die nur selten die Möglichkeit haben, an internationalen Jugendbegegnungen teilzunehmen. Die Jugendbegegnungen und beruflichen Praktika im Nachbarland sollen den Jugendlichen eine authentische Austausch Erfahrung ermöglichen und gleichzeitig die schulische und individuelle Berufsvorbereitung ergänzen. Die Internetplattform „Berufliche Perspektiven“ informiert über die Bildungssysteme, Ausbildungswege und Berufsbilder in beiden Ländern, dokumentiert berufsbezogene Partnerschaften sowie Projekte und bietet neuerdings auch eine Online-Praktikumsbörse.
- Die zahlreichen deutsch-polnischen Städtepartnerschaften brauchen eine Verjüngungskur, wie nicht zuletzt eine aktuelle Studie des Deutschen Polen-Instituts und des Warschauer Instituts für öffentliche Angelegenheiten belegt. Gleichzeitig bieten sie ein großes Potenzial für den deutsch-polnischen Jugendaustausch, das aber noch nicht hinreichend genutzt wird. In seinem The-

menschwerpunkt „Jugendaustausch lokal“ begleitet das DPJW 45 deutsch-polnische Partnerschaften von Gemeinden, Städten und Landkreisen dabei, den Jugendaustausch wieder in Schwung zu bringen oder neu aufzubauen.

- Geschichtsbezogene Programme haben eine lange Tradition im deutsch-polnischen Jugendaustausch. Häufig stehen dabei gemeinsame Besuche von Gedenkstätten in den ehemaligen deutschen Konzentrations- und Vernichtungslagern im Mittelpunkt. Seit 2019 kooperiert das DPJW mit Arolsen Archives, dem weltweit umfassendsten Archiv zu den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus. In der Kampagne „Stolen Memory“ bieten die Arolsen Archives den digitalen Zugang zu Archivdokumenten und mehr als 3000 persönlichen Gegenständen (sogenannte Effekten, darunter Schmuck, Uhren und Alltagsgegenstände). Auf diese Weise werden für Jugendliche die historisch-politischen Hintergründe des Nationalsozialismus verständlich und individuelle Familiengeschichten greifbar gemacht. Sie selbst können Teil einer Kampagne werden, deren Ziel es ist, die von den Nationalsozialisten geraubten Erinnerungsstücke an die Nachkommen der Opfer zurückzugeben und die Erinnerung an die ehemals verfolgten Menschen wachzuhalten. Und auch der in Berlin geplante Erinnerungsort für die polnischen Opfer von Krieg und deutscher Besatzung kann künftig mit seinem Bildungsangebot ein wichtiger außerschulischer Lernort für deutsch-polnische Jugendbegegnungen werden.

Die Coronapandemie hat den internationalen Jugendaustausch schwer getroffen. Im Jahr 2020 musste auch der größte Teil der deutsch-polnischen Begegnungen und des Austauschs abgesagt werden. Die digitalen Möglichkeiten der Zusammenarbeit wurden zwar in dieser Ausnahmesituation so gut es ging genutzt. Aber der deutsch-polnische Austausch als Videokonferenz – so gut er auch methodisch vorbereitet sein mag – kann auf Dauer nicht die persönliche Begegnung ersetzen. Und so bleibt zu hoffen, dass die erzwungene Pause im deutsch-polnischen Austausch bald zu Ende geht und sich die Jugendgruppen

und Schulen bald wieder aufmachen, um das Nachbarland und seine Menschen kennenzulernen. Denn für gute und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Gesellschaften beider Länder hat der deutsch-polnische Jugendaustausch auch in Zukunft fundamentale Bedeutung.

Krzysztof Szewior

Die Organisation der Deutschlandstudien in Polen – Forschung und Lehre

Die sozial-, wirtschafts- und politikwissenschaftliche Forschung zur Bundesrepublik Deutschland durchlief nach 1989 verschiedene Phasen, die stärker durch Veränderungen in Europa und der Welt bedingt waren als durch die Entwicklung des Hochschulwesens in Polen. Die dominierenden Faktoren des Wandels waren:

- die Integration Polens in die Strukturen der Europäischen Union;
- der globale zivilisatorische Wandel und seine vielschichtigen Folgen für Polen.

Die Auswirkungen dieser Veränderungen zeigen sich in drei Bereichen: der Entwicklung der wissenschaftlichen Forschungs- und Publikationstätigkeit, der akademischen Lehre sowie der institutionellen Entwicklung von akademischen Einrichtungen und Forschungszentren.

Die ersten Jahre nach 1989 waren eine Zeit der dynamischen Entwicklung deutschkundlicher Forschung und Lehre an polnischen Universitäten. Die Deutschlandstudien hielten – meist als Spezialisierung – Einzug in Studiengänge der Politikwissenschaft und der Internationalen Beziehungen. Charakteristisch war die Dominanz von Themen mit Deutschlandbezug, Österreich und die Schweiz spielten eine geringere Rolle. Seinerzeit erklärte man dies mit der geografischen Lage des Landes und mit dem Gewicht der nachbarschaftlichen Beziehungen zu Polen. Die Lehre war weiterhin schematisch gegliedert: Ge-

schichte – Gesellschaft – Wirtschaft – Politik – bilaterale Beziehungen. Später kamen die Themenspektren Deutschland in der EU und in der Welt, in der NATO und in der Sicherheitspolitik hinzu.

Die Beliebtheit der Deutschlandstudien¹, die in Polen meistens als Spezialisierung und nicht als eigener Studiengang eingeführt wurden, resultierte jahrelang aus der Attraktivität des deutschen Arbeitsmarkts und aus der Präsenz deutscher Unternehmen und deutschen Kapitals in Polen. Einen Wendepunkt markieren in den Augen des Verfassers der EU-Betritt Polens und die Europäisierung der deutschen Thematik. Der polnische EU-Beitritt führte zu einer starken Diversifizierung der Bildungs- und Forschungsinteressen von Studierenden und Lehrenden. Von nun an stand die Thematik der deutschsprachigen Staaten in schärferer Konkurrenz zu Themen des angelsächsischen, skandinavischen oder iberischen Raums. Jenseits der europäischen Grenzen wurden Asien und China, Lateinamerika und Afrika für Forschung und Lehre interessant. Die deutsche Sprache verlor ihren Stellenwert in der wissenschaftlichen Kommunikation, zumal andere Regionen und Länder als Zielorte des akademischen Austauschs im Rahmen der Erasmus(+)-Programme attraktiver wurden. Zwar blieb Deutschland der wichtigste Nachbar und strategische Partner sowie ein Land, das man nach der Normalisierung der Beziehungen frei besuchen konnte, das aber dadurch unter wissenschaftlichem und soziokulturellem Aspekt an Originalität und Attraktivität einbüßte.

Die Europäisierung der deutschen Thematik bedeutete in der akademischen Praxis die Wahrnehmung und Analyse Deutschlands im Kontext übergreifender Prozesse und Phänomene sowie des deutschen Engagements in EU-Institutionen und -Politiken. Angesichts der parallel dazu verlaufenden Beschleunigung globaler Prozesse wandelten sich in Polen die Bedürfnisse und Vorlieben in Forschung und Lehre. In

¹ Die politikwissenschaftlichen Deutschlandstudien müssen von der im Rahmen germanistisch-philologischer Studiengänge angebotenen klassischen *Landeskunde* unterschieden werden. Diese Spezialisierung befasste sich meist mit den Ländern des deutschen Sprachraums (Österreich, Deutschland, Schweiz).

rasantem Tempo entwickelten sich Fachgebiete wie Sicherheitsstudien, Medien- und Kommunikationswissenschaften, Global- und Regionalstudien (letztere meist außereuropäisch ausgerichtet) oder Öffentliche Verwaltung/Public Governance.

Der skizzierte Abschwung der polnischen Deutschlandstudien bedeutete nicht das Ende der wissenschaftlichen Forschung in diesem Bereich. Sie wird weiterhin betrieben, befindet sich aber nicht mehr im Mainstream von Forschung und Lehre. In der polnischen Universitätslandschaft findet man nur wenige institutionalisierte, intern integrierte deutschkundliche Forschungszentren, die ein breites Spektrum an Disziplinen abdecken und entsprechende Studiengänge anbieten.

Die gegenwärtige Struktur der in Forschung und Lehre tätigen Einrichtungen auf dem Feld der Deutschlandstudien in Polen umfasst:

1. die deutschen Vertretungen in Polen,
2. das Deutsche Historische Institut,
3. die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit,
4. Universitäten und ihre Forschungsstellen,
5. die Polnische Akademie der Wissenschaften,
6. Denkfabriken.

Gemäß den Vorgaben des Außenministeriums der Bundesrepublik Deutschland sind die **deutschen Vertretungen** in Polen² auf drei Gebieten aktiv: Kultur und Bildung, Wirtschaft und politische Stiftungen. Diese Tätigkeitsfelder bestimmen das Bild der deutschen Präsenz in der polnischen Öffentlichkeit. Die zahlenmäßig stärkste Gruppe von Vertretungen (17 Einrichtungen) bilden Institutionen zur Förderung von Kultur und Sprache.³ Den Bereich Wirtschaft repräsentieren zwölf Institutionen (Büros, Zentralen, Zentren für Kooperation und Wirtschaftsförderung). In Gestalt ihrer **Stiftungen** sind auch deutsche Par-

² <https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/deutsche-auslandsvertretungen/polen/199108>, 29.06.2021.

³ Die profiliertesten und bekanntesten Institutionen sind: DAAD, Deutsch-Polnisches Jugendwerk, Goethe-Institut, Institut für Auslandsbeziehungen, Stiftungen (darunter die Stiftung Kreisau) und Begegnungsstätten.

teien in Polen vertreten.⁴ Die Arbeit dieser Stiftungen konzentriert sich auf die Vermittlung ihrer jeweiligen Werte in der polnischen Öffentlichkeit. In ihrer Forschungstätigkeit greifen sie polnische oder regionale Themen auf.⁵ Unter ihren Publikationen finden sich auch Arbeiten polnischer Verfasser zu polnischen Themen.⁶ Die Stiftungen bieten außerdem Praktika und Stipendien an. Es werden detaillierte Dossiers zum polnischen politischen Leben geführt (Konrad-Adenauer-Stiftung, KAS⁷). Das kann im Rahmen von Länderberichten geschehen, es gibt aber auch weiter gefasste Querschnittsstudien.⁸

Das Deutsche Historische Institut⁹ in Warschau (DHI, gegründet 1993) ist eines von sechs derartigen Instituten im Ausland. In seiner Arbeit konzentriert es sich auf die Geschichte Polens und der deutsch-polnischen Beziehungen im europäischen und internationalen Kontext. Das DHI betreibt (hauptsächlich geschichtswissenschaftliche) Grundlagenforschung und fördert die wissenschaftliche Kommunikation, den Austausch und die wissenschaftliche Gemeinschaft. Es befasst sich schwerpunktmäßig mit globalen und regionalen Themen im historischen Kontext und im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Gegenwart. Eine interessante Initiative sind die Joachim-Lelewel-Gespräche sowie andere Formate zur Präsentation von Forschungsergebnissen.¹⁰

⁴ Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit, Heinrich-Böll-Stiftung, Rosa-Luxemburg-Stiftung.

⁵ *Poles and Ukrainians in daily contacts; Nowy Model wzrostu w krajach Europy Środkowo-Wschodniej.*

⁶ *Liberalisierung und Säkularisierung in Polen 1989-2020; Lewicowa polityka wymiaru sprawiedliwości. Początek dyskusji [Eine linke Justizpolitik. Beginn einer Debatte].*

⁷ Eine interessante Initiative ist das von der Konrad-Adenauer-Stiftung geführte „Forum Dialog“, in dessen Rahmen Debatten organisiert und anschließend Informationsmaterialien publiziert werden: *Energieunion – ein solidarisches und unabhängiges Europa; Gemeinsame Verteidigungspolitik für ein starkes und sicheres Europa.*

⁸ *Deutsch-Polnisches Barometer 2020; Poland – 14 years in the EU: end of the honeymoon phase.*

⁹ <https://www.dhi.waw.pl/pl.html>, 29.06.2021.

¹⁰ Themen der Forschungs- und Publikationstätigkeit des Deutschen Historischen Instituts sind: soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und Po-

Die Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit¹¹ (gegründet 1991) förderte in ihrer recht langen Geschichte bislang 16 000 Projekte im gesellschaftlich-wirtschaftlichen, kulturellen und Bildungsbereich. Ein Vorzug der Stiftung besteht darin, dass sie themen- oder anlassbezogen mit deutschen und polnischen Partnern kooperiert.¹² Ihr Tätigkeitsspektrum umfasst analytische Berichte, Analysen zur gemeinsamen Partnerschaft und zu Migrationsprozessen.¹³

Universitäten und universitäre Forschungsstellen

In der Gruppe der **führenden polnischen Universitäten**¹⁴ fällt auf, dass es keine abgegrenzten Forschungsgruppen für breiter angelegte Deutschlandstudien gibt, was sich unmittelbar auf das Lehrangebot auswirkt. Den zugänglichen Daten zufolge gibt es nur an der Universität Wrocław (Institut für Internationale Studien) und an der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań (Fakultät für Politikwissenschaften und Journalismus) Lehrstühle mit dezidiert deutschkundlichem Profil. An der **Universität Wrocław** werden „**Deutsche Studien**“ als Spezialisierung im Studiengang Internationale Beziehungen angeboten, während sich die Adam-Mickiewicz-Universität in ihrem

len, Erinnerungskultur, Polen in Deutschland, Sozialgeschichte, die Problematik der Region Mittel- und Osteuropa, der Zweite Weltkrieg und dessen Folgen, soziale und nationenbildende Prozesse in Mittel- und Osteuropa.

¹¹ <https://fwpn.org.pl/>, 29.06.2021.

¹² Ein Projekt in Verbindung mit historischen Ereignissen: „30 Jahre Nachbarschaftsvertrag – 30 Jahre SdpZ“. Außerdem organisiert die Stiftung die Gesprächsreihe „Gespräche über die Zukunft Europas“ sowie Workshops und Diskussionen. Sie ist an einem Zentrum für Polenstudien beteiligt und führte das Bildungsprojekt „Eine Nacht in der Galerie“ durch.

¹³ Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit – Berichte und Analyse, u. a. Deutsch-Polnisches Barometer, Social Engineering.

¹⁴ Universität Łódź, Universität Wrocław, Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań, Universität Warschau, Universität Gdańsk, Universität Szczecin, Jagiellonen-Universität, Universität Ermland-Masuren in Olsztyn, Universität Opole, Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin.

Fachbereich für Deutschlandstudien (Zakład Badań Niemcoznawczych) auf die wissenschaftliche Forschung beschränkt. Das **Fakultät für Sozialwissenschaften in Wrocław**¹⁵ gibt seit einigen Jahren die Zeitschrift *Niemcoznawstwo* („Deutschkunde“ – *Acta Universitatis Wratislaviensis*) heraus. Zugleich publizieren die Institutsmitarbeiter in den Publikationen anderer Forschungszentren, etwa im von der Polnischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen *Rocznik Polsko-Niemiecki* (Deutsch-Polnisches Jahrbuch). Ähnlich verhält es sich im Fall der **Posener Deutschlandforscher**.¹⁶ Abgesehen von der Beschäftigung mit deutschen Themen werden Arbeiten von Autoren aus Polen und der Bundesrepublik publiziert. Das Institut für Deutschlandstudien kann Kooperationen mit Wissenschaftlern aus Potsdam oder Moskau verzeichnen.

Die zwei größten Universitäten in Pommern – in Gdańsk und in Szczecin – bewegen sich im Mainstream der politikwissenschaftlichen Forschung (internationale Beziehungen, Globalisierung, Europa, Sicherheit). Ein Beispiel für **Regionalstudien** sind zweifellos die Publikationen zu Themen des Ostseeraums (Universität Gdańsk¹⁷). Die deutsche Thematik ist eng mit der Geschichte Pommerns verknüpft – nach wie vor sind historische Aspekte mit Gegenwartsbezug in der Forschung präsent (Universität Szczecin¹⁸). Ähnlich gestaltet sich die Situation an der Ermländisch-Masurischen Universität in Olsztyn. Das dortige Institut kann Forschungen zu den deutsch-polnischen Beziehungen vorweisen, doch das Thema Ostpreußen hat seine besten Zeiten bereits hinter sich. Auch an der Universität Opole finden die historischen Beziehungen der Region und der Stadt in der institutionellen Entwicklung und der wissenschaftlichen Forschung keinen Niederschlag. Hier fehlt in einigen beliebten Studiengängen eine deutschkundliche Spezialisierung.

¹⁵ <https://wns.uni.wroc.pl/>, 27.06.2021.

¹⁶ <https://amu.edu.pl/universytet/o-uam/wydzialy-uam/wydzial-nauk-politycznych-i-dziennikarstwa>, 27.06.2021.

¹⁷ <https://wns.ug.edu.pl/>, 27.06.2021.

¹⁸ <https://nsp.usz.edu.pl/wydzial/o-wydziale/>, 28.06.2021.

Selbst die neueste Forschung befasst sich nicht unmittelbar mit der Bundesrepublik Deutschland. Die **Universität Opole**¹⁹ gibt eine Zeitschrift mit Bezug zur Geschichte und geografischen Lage des Oppelner Lands heraus: *Pogranicze. Polish Borderlands Studies*. Hier werden mit Erfolg verschiedene Forschungsfragen und Forscher unterschiedlicher Einrichtungen zusammengeführt (die Zeitschrift wird von Deutschen mitgestaltet). Deutsche Themen werden – wenngleich auf unterschiedliche Weise – auch in renommierten Zeitschriften der Jagiellonen-Universität in Krakau aufgegriffen.²⁰ Grundsätzlich aber entspricht der durch Drittmittel bestimmte Forschungsumfang in letzter Zeit der organisatorischen Struktur und den angebotenen Studiengängen. Er orientiert sich weiterhin an den wichtigsten sozialen und wissenschaftlichen Herausforderungen der jeweiligen Disziplinen.

Am Fakultät für Politikwissenschaften und Internationale Studien der **Universität Warschau**²¹ wird die deutsche Thematik in drei Dimensionen behandelt: Deutschlandforschung im engeren Sinne (etwa politische und soziale Probleme, Fragen der Entwicklung, Analyse des politischen Systems), Europäische Studien (Europäisierung der deutschen Thematik, Deutschland im Kontext der internationalen Governance), internationale und bilaterale Beziehungen. Die Forschungsergebnisse werden in unterschiedliche Studiengänge eingebracht.²² Die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind verschiedenen Lehrstühlen zugeordnet, was – ähnlich wie an Universitäten in anderen Städten – die Integration von Personen und Forschungsprojekten rund um die Deutschlandstudien keineswegs erleichtert.

¹⁹ <http://wnopiks.uni.opole.pl/>, 30.06.2021.

²⁰ Politikwissenschaftliche Zeitschriften des Instituts für Internationale und Politische Studien der Jagiellonen-Universität: *Politeja, Jagiellońskie Forum Europejskie, Teoria Polityki, Relacje Międzykulturowe – Intercultural Relations*, <https://wsmip.uj.edu.pl/>, 28.06.2021.

²¹ <https://wnpism.uw.edu.pl/>, 25.06.2021.

²² Polnischsprachige Studiengänge am Fakultät für Politikwissenschaften und Internationale Studien der Universität Warschau: Innere Sicherheit, Europäistik, Arbeitsmarktorganisation, Politologie, Sozialpolitik, Internationale Beziehungen, Euroasiatische Studien.

Die Organisationsstruktur vieler Universitäten weist **Lehrstühle für bestimmte Regionen und Kulturkreise** (an der Universität Łódź²³ etwa: Naher Osten, Afrika; an der Jagiellonen-Universität: Asiatische Studien, Europäische Studien, Russlandkunde, Lateinamerikanische Studien, Amerikanistik) sowie entsprechende Studiengänge aus, ohne allerdings Studien zu den Ländern des deutschen Sprachraums anzubieten. Den Wandel in Lehrangebot und Forschungsschwerpunkten belegen auch die in englischer Sprache angebotenen Studiengänge. An der Jagiellonen-Universität sind diese unter anderem den europäischen Studien, globalen Studien und globaler Governance, den internationalen Beziehungen und der transatlantischen Thematik gewidmet.

Am Fakultät für Politologie und Journalismus der Marie-Curie-Skłodowska-Universität in Lublin gehören Forschung und Lehre zur Bundesrepublik Deutschland ebenfalls nicht zu den thematischen Hauptgebieten. Sie sind in die klassischen politikwissenschaftlichen Studiengänge integriert.²⁴ Es gibt nicht einmal eine gesonderte regionale Abgrenzung der Deutschlandthematik. Explizit angesprochen werden im Rahmen der regionalen Studien: Ostmitteleuropa, europäische Integration, Pazifikregion, Naher Osten, Lateinamerika und Afrika.

Eine Sonderstellung unter den deutschkundlichen Forschungszentren in Polen hat zweifellos das Willy-Brandt-Zentrum für Deutschland- und Europastudien der Universität Wrocław (WBZ)²⁵ inne. Das Zentrum ist eine interdisziplinäre Forschungsstelle der Universität Wrocław, die 2002 als Gemeinschaftsprojekt mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) gegründet wurde. Das Ziel des WBZ ist die „Anregung und Organisation von Forschungen sowie die

²³ <https://www.old2.uni.lodz.pl/jednostka/szczegoly/wydzial-studiow-miedzynarodowych-i-politologicznych>, 30.06.2021.

²⁴ Institut für Politikwissenschaft und Journalismus der Marie-Curie-Skłodowska-Universität: Governance, Sicherheit, Journalismus und soziale Kommunikation, Politikwissenschaft, Medienproduktion, Public Relations und Informationsverarbeitung, Informationsgesellschaft, Internationale Beziehungen, IT Cyber Security.

²⁵ <http://www.wbz.uni.wroc.pl/>.

Verbreitung von Wissen zu den Themen Deutschland und deutsch-polnische Beziehungen“. Darüber hinaus bilden auch europäische Fragen einen Themenschwerpunkt des WBZ.²⁶ Auf dem Gebiet der Lehre befasst sich das WBZ jedoch vor allem mit europäischen Themen.²⁷ Ein Vorzug des WBZ ist unbestritten der Aufbau eines über die Grenzen Polens hinausreichenden wissenschaftlichen Netzwerks. Dazu dienen die Beteiligung an internationalen Wissenschaftsgremien, die Veröffentlichung von Arbeiten ausländischer Autoren und die Durchführung wissenschaftlicher Veranstaltungen (unter anderem gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung). Ein Verdienst des WBZ sind die zahlreichen in unterschiedlichen Formaten und in unterschiedlichen Reihen erschienenen und erscheinenden Publikationen zur Bundesrepublik Deutschland, zu Medien und Kultur oder zu polnischer Literatur im deutschen Sprachraum. Das Zentrum kooperiert mit zahlreichen polnischen und deutschen Verlagen²⁸, die das Thema Niederschlesien oder

²⁶ Zu den Themenschwerpunkten des WBZ gehören: Europa im 19. und 20. Jahrhundert; Nationalismus und Religionen; europäische Integration; Kultur und Literatur sowie Erinnerung in den deutsch-polnischen Beziehungen; deutsche Geschichte und „deutsch-polnische Kontroversen“; Polen und Deutschland in Europa.

²⁷ Das Lehrangebot des WBZ bestand in den Jahren 2010–2015 in der Durchführung eines gemeinsamen Studiengangs mit dem Institut für Sozialwissenschaften, „Europäische Diplomatie“. Seit 2017 bietet es mit dem Institut für Geschichtswissenschaften und Pädagogik den gemeinsamen Master-Studiengang „Interdisziplinäre Europastudien“ an, der sozial- und geisteswissenschaftliche Forschungsansätze zusammenführt.

²⁸ Das WBZ kooperiert mit verschiedenen polnischen und deutschen Verlagen, darunter: Nomos Verlagsgesellschaft, Neisse Verlag, Wydawnictwo Pomorskie. Die Internetseite des WBZ weist über ein Dutzend Publikationsreihen aus, die Arbeiten von polnischen und ausländischen Autoren aus unterschiedlichen Disziplinen und Fachgebieten präsentieren. Die Reihe „Forschungsberichte“ geht über den Rahmen der oben skizzierten Perspektive hinaus und behandelt unter anderem auch Themen wie die Ostgebiete der Zweiten Republik oder Osteuropa. Die Reihe „Silesia Nova“ konzentriert sich auf Kultur und Geschichte. Die Reihe „Studia brandtiana translationes“ behandelt unter anderem die Themen Vertreibung, Szczecin, ethnische Säuberungen. Die Geschichte polnischen Lebens in Deutschland dokumentiert die Reihe „Studia i materiały do dziejów Polaków w Niemczech“. Im Rahmen der *Willy Brandt Lectures* organisiert

einzelne Problemfelder abdecken (Film, Gender Quality, Populismus, Nationalismus, Multikulturalität, globale Probleme).

Der Beitrag der **Polnischen Akademie der Wissenschaften** (PAN) zur deutschkundlichen Forschung zeigt sich am deutlichsten in der Arbeit des **Zentrums für Historische Forschung Berlin der PAN**²⁹ sowie des Fachbereiches für Deutschlandstudien (Zakład Studiów nad Niemcami)³⁰ der PAN in Warschau. Zu den Verdiensten der erstgenannten Einrichtung gehört zweifellos das Engagement in der Gemeinsamen Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission (seit 1972), in der Historiker, Geografen und Fachdidaktiker beider Länder zusammenarbeiten. Ziel der Kommission ist die Vertiefung des Dialogs über die gemeinsame Geschichte und die Verbesserung (Objektivierung) des Geschichtsunterrichts.³¹ Das Zentrum für Historische Forschung fördert die polnischen Geistes- und Sozialwissenschaften.³² Der Fachbereich für Deutschlandstudien³³ der PAN gibt seit 1992 das deutsch-polnische

das WBZ öffentliche zweisprachige Vorträge zu politischen und kulturellen Themen. Bisherige Themen waren: Nachbarschaftsbeziehungen, Zusammenarbeit, Die EU unter neuen globalen Bedingungen, Ostpolitik, Zentralstaat – Föderalstaat, Modelle des Nationalstaats.

²⁹ <http://www.cbh.pan.pl/>, 25.06.2021.

³⁰ <https://isppan.waw.pl/zaklad/zsnn/>, 27.06.2021.

³¹ Der polnische Teil der Gemeinsamen Schulbuchkommission ist am Zentrum für Historische Forschung angesiedelt. Das Zentrum fördert und bereichert die polnische Wissenschaft durch Projekte und eigene Forschungen. Es gibt das deutschsprachige Jahrbuch „Historie“ heraus und organisiert die Seminarreihe „Klaus Zernack-Colloquium“, im Jahr 2015 veranstaltete das Zentrum eine Sommerakademie zum 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs.

³² Zu diesem Zweck organisiert das Zentrum für Historische Forschung Berlin den Wettbewerb um den Wissenschaftspreis des Botschafters der Republik Polen. Mit einem Forschungsprojekt beteiligt sich das Zentrum an Studien im Rahmen des Förderprogramms H2020.

³³ Der Fachbereich für Deutschlandstudien ist Teil des Instituts für Politische Studien (Instytut Studiów Politycznych) der Polnischen Akademie der Wissenschaften; zu dessen Forschungsgebieten zählen: Polen; Transformation in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft; Geschichte und Erinnerung; internationale Sicherheit und europäische Integration.

Jahrbuch *Rocznik Polsko-Niemiecki*³⁴ heraus. Forschungsschwerpunkte des Instituts sind geschichtliche Themen, die bilateralen Beziehungen und die aktuelle Situation in Deutschland und in Polen. Eine Besonderheit des Instituts ist die Durchführung interdisziplinärer Studien.

Die beiden wichtigsten Denkfabriken in unserem Kontext sind das Polnische Institut für Internationale Angelegenheiten (Polski Instytut Spraw Międzynarodowych, PISM) mit Sitz in Warschau sowie das Westinstitut (Instytut Zachodni) in Poznań. Das **PISM**³⁵ unterstützt politische Entscheider und Politiker mit Analysen und organisiert Debatten von Politikern und Experten³⁶ sowie Fortbildungen. Eine Nebenfolge dieser Tätigkeit ist die Verbreitung von Wissen über die gegenwärtigen internationalen Beziehungen. Bei der Verwirklichung der eigenen Ziele (unter anderem im Projektbereich) kooperiert das PISM mit Institutionen von vergleichbarem Profil. Der Forschungsansatz des Instituts basiert auf vergleichenden und interdisziplinären Studien in den Bereichen Außen-, Europa-, Transatlantik- und Sicherheitspolitik³⁷ und Weltwirtschaft. Deutsche Themen stehen – aufgrund des Profils der Institution – stärker im Zusammenhang mit der aktuellen Situation (etwa Bundestags- oder Landtagswahlen, parlamentarische Parteien, das deutsch-österreichische Verhältnis). Außenpolitische Themen waren in letzter Zeit das deutsche Engagement in der Ukraine-Frage oder die Gesundheitspolitik der G7-Staaten. Das PISM informiert nicht über Buchpublikationen zur Bundesrepublik Deutschland, es veröffentlicht auch keine Policy Papers aus diesem Bereich.

³⁴ Das Jahrbuch ist Deutschlandstudien im weitesten Sinne gewidmet.

³⁵ <https://www.pism.pl/>, 24.06.2021.

³⁶ Im laufenden Jahr organisierte das PISM Konferenzen unter anderem zu den Themen Mercosur, Covid-19, EU in the changing world, transatlantische Fragen, EU - Indien, The V4 in NATO.

³⁷ Im Jahr 2019 veröffentlichte das PISM den Bericht „Newport – Warsaw – Brussels: NATO in Defence of Peace in Europe“.

Beim **Westinstitut**³⁸ fallen das im Vergleich zum PISM dezidiertere deutschkundliche Profil und das breitere Engagement auf diesem Gebiet ins Auge. Seit seiner Entstehung (Jahreswende 1944/45) wurden die Themenschwerpunkte kontinuierlich weiterentwickelt. Zwangsläufig umfassten sie die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, die deutsch-polnischen Beziehungen, die Schulbuchkommission. Zu den gegenwärtigen Forschungsaufgaben des Westinstituts gehören folgende Bereiche: deutsch-polnische Beziehungen; Deutschland – Staat, Gesellschaft, Wirtschaft; Deutschland – Europa – die Welt; Geschichte und Politik. Das Institut kooperiert mit Institutionen in Polen und außerhalb des Landes³⁹, auch in Form gemeinsamer Projekte.⁴⁰ Deutsche Themen werden in einer Reihe von Projekten behandelt, etwa in der Reihe *Ścieżki życia* (Pfade des Lebens), in Analysen des Terrorismus oder der Transformation internationaler Systeme. Ein interessantes Angebot ist der Informationsdienst des Westinstituts (Serwis Instytutu Zachodniego), der Presseschauen oder Überblicksdarstellungen zu aktuellen Fragen liefert (etwa zum strategischen Clinch der Interessen, zu deutschen Mitarbeitern in internationalen Organisationen, zum deutschen Kulturerbe oder zu den Wahlen 2021). Das Westinstitut veröffentlicht Podcasts und nutzt damit die Audiomethode, um beispielsweise die chinesisch-europäische Themen zu popularisieren (Aktion und Reaktion: gegenseitige Sanktionen und die Zuspitzung des Verhältnisses EU-China).

³⁸ Seit 2016 ist das Westinstitut eine staatliche Organisationseinheit, <https://www.iz.poznan.pl/>, 24.06.2021.

³⁹ Kooperationspartner des Westinstituts: Ośrodek Badań Naukowych im. W. Kętrzyńskiego (Wissenschaftliches Wojciech-Kętrzyński-Forschungszentrum), Ośrodek „Pamięć i Przyszłość“ (Zentrum „Erinnerung und Zukunft“), Państwowy Instytut Naukowy – Instytut Śląski (Staatliches Wissenschaftliches Institut – Schlesiendes Institut), „Welttrends“. Eine Reihe von Projekten werden gemeinsam mit dem Institut für Internationale Studien (Wydział Studiów Międzynarodowych) der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań durchgeführt. Zu den mit dem Westinstitut kooperierenden Wissenschaftlern gehört etwa Prof. David Engels.

⁴⁰ Ausgewählte vergangene und aktuelle Projekte: EU COST Acion | S1107 European Network for Conflict Research (ENCoRe); International Ethnic and Immigrant Minorities' Survey Data Network; EU Foreign Policy Facing New Realities: Perceptions, Contestation, Communication and Relations (ENTER).

Zusammenfassung

Zusammenfassend lassen sich einige Fakten benennen, die die Situation der deutschkundlichen Forschung und Lehre in Polen charakterisieren:

1. Das Fehlen einer breiteren und systematischen Präsenz deutschkundlicher Studien in Polen resultiert sowohl aus umfassenderen Veränderungen im internationalen Raum als auch aus einer Entwicklungstendenz der polnischen Wissenschaft. Maßgeblich dafür sind vor allem die Prozesse der Globalisierung und der europäischen Integration. Insbesondere Letztere führen zu einer Europäisierung der deutschen Thematik.
2. Stärker und eindeutiger profilierte Forschungszentren finden sich außerhalb der Universitäten, doch sie betreiben keine akademische Lehre. Es gibt Kooperationen zwischen polnischen und deutschen Universitäten, allerdings überwiegend zu europäischen und globalen Themen (auf Basis von Projektthemen und Kooperationsfeldern).
3. Die Rückkehr der Bundesrepublik Deutschland als Hauptgegenstand wissenschaftlicher Forschung und insbesondere der gesellschaftspolitischen Publizistik ist eine Folge politischer Veränderungen in Polen sowie einer veränderten Wahrnehmung der Rolle Deutschlands durch die polnischen politischen Eliten und einen Teil des akademischen Milieus. Besonders deutlich wurden diese Veränderungen in Kontexten wie der Finanzkrise, der Migrationskrise, der Debatte um die Energiesicherheit in Europa, der Rolle und der Entwicklung Ostmitteleuropas, dem Verhältnis zwischen EU und Deutschland in Bezug auf Russland.
4. Auf dem Markt der Analysezentren und Denkfabriken sind die Entwicklung und die aktive Präsenz von staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen polnischer, deutscher und deutsch-polnischer Provenienz festzustellen. Dies ist ein Beleg für die Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern

und Experten, für Dialogbereitschaft und für den Versuch, Standpunkte anzunähern. Die gleichzeitige Entwicklung einheimischer außeruniversitärer Experteninstitutionen erweiterte die Forschung und die öffentliche Debatte um neue Facetten und politische beziehungsweise politologische Narrative. Durch den Bezug auf die unmittelbare Gegenwart wird Wissenschaft hier zum Instrument der Analyse und Bewertung von Prozessen sowie der Rechtfertigung nationaler/politischer Interessen.

5. Akademische Zentren, die deutschkundliche Forschung betreiben, tun dies überwiegend auf disziplinär homogenen Themenfeldern und auch eher individuell als institutionell und in externen (auch internationalen) Kooperationen.
6. Es fehlen Deutschlandstudien als eigenständige Studiengänge. Abgesehen von der Universität Wrocław (Sozialwissenschaftliche Fakultät und Institut für Internationale Studien), die eine entsprechende Spezialisierung anbietet, gibt es keine systematische und organisierte Lehre nach dem Vorbild der Regionalstudien. Das heißt allerdings nicht, dass die Bundesrepublik Deutschland in der Lehre oder in Diplomarbeiten kein Thema wäre. Am deutlichsten zeigt sich dies in europäisch (WBZ, Universität Warschau) und international ausgerichteten sowie sicherheitspolitischen oder juristischen (Schulen des deutschen Rechts an Jagiellonen-Universität und Universität Warschau) Studiengängen.
7. Die polnischen Hochschulen können aufgrund ihres Potenzials in Forschung und Lehre bei Studien zu deutschkundlichen Themen oder zu Ostmitteleuropa wertvolle Partner für die deutsche Seite sein. Niederschlagen kann sich dies in gemeinsamen Publikationen oder Forschungsprojekten. Potenzielle Hindernisse in diesem Bereich sind das Konfliktpotenzial der politischen Beziehungen und die weltanschauliche Parteilichkeit von Wissenschaftlern. Der notwendige Weg zu einer stärkeren Internationalisierung der deutschen Wissenschaft wird nicht über polnische Hochschulen und akademische Milieus führen. Entscheidendes Kriterium wird der Nutzen für bilaterale und regionale Studi-

engänge und Forschungsprojekte sein, deren Fehlen (angesichts der zahlreichen sonstigen Regionalstudien in Polen) als Schwäche und ungenügende Ausnutzung der aus der Bedeutung der deutsch-polnischen Nachbarschaft und ihrem Entwicklungspotenzial resultierenden Vorteile angesehen werden muss.

**Minderheiten
und Migrant_innen
– kulturelle Identität**



Rafał Bartek

Die deutsche Minderheit als Brücke für die deutsch-polnische Zusammenarbeit in dreißig Jahren Nachbarschaftsvertrag

Der deutsch-polnische Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 war für die in Polen lebenden Deutschen ein echter Meilenstein. Zwar waren die Organisationen der deutschen Minderheit offiziell schon Anfang 1990 gerichtlich registriert worden, doch erst der Nachbarschaftsvertrag umriss und präzierte den rechtlichen Rahmen, in dem diese Minderheit agieren konnte. Die Artikel 20 und 21 des Vertrags wurden zum grundlegenden Maßstab für ihre zukünftige Arbeit. Schon das offizielle Auftauchen der Organisationen der deutschen Minderheit im öffentlichen Raum um den Jahreswechsel 1989/1990 war etwas völlig Neues gewesen, was vielerorts mit großer Verblüffung, aber auch mit Vorbehalten aufgenommen worden war.

Von Anfang waren die Deutschen beim Einfordern der ihnen zuerkannten Rechte darum bemüht, in ihren lokalen Gemeinschaften ein gutes Verhältnis zu ihren bisherigen Nachbarn zu bewahren. Man darf nämlich nicht vergessen, dass die Deutschen nicht erst 1989 oder 1990 plötzlich in Polen erschienen, sondern schon mit der Verschiebung der Grenzen im Jahr 1945 zu Einwohnern Polens geworden waren. So zum Beispiel in Oberschlesien in dem größten Siedlungsgebiet der Deutschen mussten sie, um in ihren Häusern, ihrer Heimat bleiben zu

können, eine sogenannte nationale Verifizierung bestehen und sich *de facto* von ihrer deutschen Identität lossagen. In den Orten, in denen die einheimische deutsche Bevölkerung auf diese Weise hatte bleiben können, ergab sich mit dem politischen Umbruch der Jahre 1989/1990 eine neue Realität, in der diese Menschen ihr Deutschtum, das sie bis dahin sorgfältig verborgen hatten, offiziell manifestieren konnten.

Ein anderer wichtiger Aspekt war das Bemühen um Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Deutschland. Die Initiative dazu kam vielfach von Angehörigen der Minderheit, die beispielsweise Orte vorschlugen, in denen ausgereiste Familienmitglieder lebten. Diese ersten Städte- und Gemeindepартnerschaften bedeuteten deshalb nicht nur eine Öffnung für neue Kontakte, sondern hatten oft auch nahezu familiären Charakter.

Der Aufbau eines neuen Verhältnisses zwischen Polen und Deutschland unter Beteiligung der deutschen Minderheit bedeutete auch, dass die deutsche Sprache, Kultur und Tradition im öffentlichen Raum sichtbar wurden. Auf eine Phase der echten Überraschung und Verblüffung aufseiten der übrigen Bewohner der von der deutschen Minderheit bewohnten Orte folgte sehr schnell eine Phase des lebendigen Interesses und oft auch der Partizipation. Feste und Begegnungen im Zeichen der deutschen Kultur waren in der Regel offene Veranstaltungen.

Schwieriger verlief die Neuorientierung auf dem Feld der Politik und im Hinblick auf das Überwinden historischer Barrieren. Es herrschte allgemeines Unwissen über das Schicksal der nach 1945 im neuen Polen gebliebenen Deutschen. Versuche, dieses Thema anzusprechen, stießen auf Widerstand. Gleiches galt für die Errichtung von Denkmälern für die deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs und für die ersten Publikationen zu den Schicksalen der Menschen, die in Oberschlesien oder Masuren geblieben waren. Eine wichtige Rolle übernahmen hier ab Ende der 1990er-Jahre Projekte, die ein systematisches Vorgehen und einen klaren, nachvollziehbaren Rahmen für Veranstaltungen und Diskussionen auf diesem Gebiet zu gewährleisten versuchten. Dazu gehörte etwa die „Denkmalkommission“ der Woiwodschaft Opole (Oppeln), in der die inzwischen verstorbene Danuta

Berlińska als Minderheiten-Beauftragte des Oppelner Woiwoden eine wichtige vermittelnde Rolle spielte, aber auch das vom Haus der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit realisierte Projekt „Lokalgeschichte am Beispiel ausgewählter Landkreise, Städte und Gemeinden“.

Schlüssel zum Erfolg war in beiden Fällen die Konfrontation durch Kommunikation und wechselseitigen Dialog. Das Aufeinandertreffen der beiden Sichtweisen und die Vermittlung durch einen unparteiischen Dritten, den wir heute Mediator nennen würden, entschärfte die emotionalen Spannungen und ermöglichte für beide Seiten annehmbare Kompromisse. Im Fall des Projekts „Lokalgeschichte“ stellte sich heraus, dass die seit 1945 nebeneinander lebenden Bewohner eines Dorfes oft erst im Rahmen dieses Projekts etwas über die Schicksale ihrer Familien während des Kriegs und kurz danach erfuhren. Die oft sehr persönlichen und dramatischen Erzählungen der Deutschen aus Schlesien, Ermland und Pommern sowie der aus den früheren polnischen Ostgebieten stammenden Polen führten dazu, dass sich die zwischenmenschlichen Bindungen weiter festigten und das gegenseitige Verständnis wuchs.

Von enormer Bedeutung für den Aufbau neuer deutsch-polnischer Beziehungen war auch die materielle Unterstützung, die durch die deutsche Minderheit in die von ihr bewohnten Gebiete floss. Ein Beispiel hierfür sind die Caritas-Stationen in der Diözese Oppeln, die anfangs einzig und allein dank der Unterstützung der Bundesregierung für die deutsche Minderheit eingerichtet werden konnten. Man agierte von Anfang an klug und öffnete das Angebot der Stationen für alle Bewohner der Region, unabhängig von Nationalität oder Herkunft. Ähnlich verhielt es sich mit der Unterstützung für Krankenhäuser oder Mitteln für Infrastrukturmaßnahmen (darunter der Bau von Wasserleitungen und Kanalisationen), die über die von den Organisationen der deutschen Minderheit gegründete Stiftung für die Entwicklung Schlesiens verteilt wurden.

Ein nicht minder wichtiges Element des Brückenbaus war der Deutschunterricht in Schulen und Vorschulen, dessen Einführung eine Folge des Umbruchs der Jahre 1989/1990, aber auch des Nach-

barschaftsvertrags war. Er trug wesentlich dazu bei, dass die von der deutschen Minderheit bewohnten Regionen im Bereich des wirtschaftlichen und kulturellen Austauschs gegenwärtig zu den aktivsten und lebendigsten gehören. So ist heute die kleinste Woiwodschaft Polens Sitz zahlreicher Firmen mit deutscher Kapitalbeteiligung, von denen sich viele bewusst für diesen Standort entschieden haben, weil ihre Angestellten nicht nur die deutsche Sprache beherrschen, sondern auch mit der deutschen Kultur vertraut sind. Die einzige diplomatische Vertretung in Opole ist das deutsche Konsulat, und Besuche hochrangiger deutscher Politiker, Künstler oder Sportler gehören gleichsam zum Alltag.

Vor diesem Hintergrund hatte Außenminister Krzysztof Skubiszewski recht, als er am 13. September 1991 in seiner Rede über die Zustimmung des Sejm zur Ratifizierung des Nachbarschaftsvertrags sagte: „Mit dem Vertrag zwischen der Republik Polen und der Bundesrepublik Deutschland über die Bestätigung der zwischen ihnen bestehenden Grenze wird die Vergangenheit abgeschlossen. Der Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit blickt in die Zukunft (...).“¹ Seine Worte fanden schon bald ihren Niederschlag in der Realität, die bestätigte, dass die Zukunft der deutsch-polnischen Beziehungen nur in einem gemeinsamen europäischen Weg bestehen kann. Auch dies hatte Außenminister Skubiszewski in seiner Rede angesprochen: „Alles in allem ist es ein zeitgemäßer Vertrag, der polnische, deutsche und europäische Interessen gut verbindet.“²

Artikel 20 und 21 des Vertrags enthalten Bestimmungen zu den in Polen lebenden Deutschen und den in Deutschland lebenden Polen. Der ehemalige Botschafter der Republik Polen in Deutschland, Jan Barcz, erinnert sich: „Die ‚Beschreibung‘ der betreffenden Bevölkerungsgruppen Deutschlands und Polens bildete dabei zweifellos das schwierigste Problem. Die Probleme bei der ‚Beschreibung‘ der in Po-

¹ Barcz, Jan/Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): *Akt der guten Nachbarschaft. 30 Jahre Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland*, Wrocław/Warszawa 2021, S. 38.

² Ibidem, S. 39.

len lebenden Deutschen resultierten aus Art. 116 Abs. 1 GG, wonach als ‚Deutscher‘ gilt, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Und diese Staatsangehörigkeit bewahren alle Personen, die diese bereits im Jahre 1945 besaßen und heute in den Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 leben oder Nachfahren von diesen Personen. Man braucht nicht näher zu erläutern, dass gemäß dieser Auffassung das unterscheidende Merkmal eines ‚Deutschen‘ nicht durch dessen Nationalität, Sprache, Kultur oder Religion, sondern durch ein formaljuristisches Kriterium festgelegt wurde, das überdies politische Elemente in die Diskussion einführte, die für Polen inakzeptabel waren. Deswegen musste der Begriff der deutschen Minderheit erst eindeutig in Einklang mit der internationalen Praxis ‚beschrieben‘ werden, bevor er Eingang in den Vertragstext finden konnte. Art. 20 Abs. 1 Satz 1 GG stellt daher fest, dass es sich bei den ‚Angehörigen der deutschen Minderheit in der Republik Polen‘ um ‚Personen polnischer Staatsangehörigkeit, die deutscher Abstammung sind oder die sich zur deutschen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen‘, handelt. Im Nachbarschaftsvertrag wird also eindeutig auf die allgemein geltenden Unterscheidungskriterien für nationale Minderheiten hingewiesen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Art. 116 Abs. 1 GG sein anfängliches Konfliktpotenzial im Juni 1991 bereits verloren hatte – aufgrund des Zwei-plus-Vier-Vertrages und des bilateralen Vertrages über die Bestätigung der bestehenden Grenze, der den bisherigen deutschen Vorbehalten bezüglich der endgültigen Gestalt dieser Grenze einen Riegel vorgeschoben hatte.“³

Allein die Festlegungen der beiden Vertragsartikel waren von immenser Bedeutung für die Gemeinschaft der Deutschen in Polen, die bis zuletzt nicht hatte glauben können, dass es nun wirklich möglich war, in der Öffentlichkeit Deutsch zu sprechen, Gottesdienste und Messen in deutscher Sprache zu feiern usw. Ich selbst erinnere mich gut daran, dass noch Ende der 1990er-Jahre die Funktionäre der deutschen Minderheit bei Versammlungen immer ein schwarzes Büchlein mit dem Text des Vertrags dabei hatten, auf den sie sich oft beriefen,

³ Ibidem, S. 114-115.

um gleichsam zu sagen: „Das ist jetzt erlaubt“. Unterdessen entstanden in Polen neue Gesetze zum Status der im Land lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten, was zur Folge hatte, dass der Nachbarschaftsvertrag selbst an Bedeutung verlor. Beispiele sind das Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten sowie über Regionalsprache vom 6. Januar 2005 oder die Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Diese von Polen verabschiedeten oder ratifizierten Dokumente regelten und präzisierten viele Fragen im Zusammenhang mit dem Status der deutschen Minderheit in Polen, die zuvor im Nachbarschaftsvertrag angesprochen worden waren.

Ein belebendes Element bei der Umsetzung der Bestimmungen des Nachbarschaftsvertrags war die im Juni 2011 anlässlich des 20. Jahrestags seiner Unterzeichnung verabschiedete „Gemeinsame Erklärung“ des sogenannten deutsch-polnischen Runden Tisches. In dieser Erklärung umrissen Vertreter der deutschen Minderheit sowie der in Deutschland lebenden Polen neue Bereiche, die aus ihrer Sicht am dringendsten der Unterstützung bedurften. Damit wurde der Nachbarschaftsvertrag mit neuem Leben erfüllt und erhielt neue Bedeutung. Hinsichtlich der deutschen Minderheit enthielt die Erklärung folgende Forderungen: „2. Zur Unterstützung der deutschen Minderheit in Polen werden von der polnischen Seite folgende Maßnahmen ergriffen: – Durchführung einer wissenschaftlichen Analyse der undemokratischen Praktiken der Volksrepublik Polen gegenüber polnischen Bürgern deutscher Nationalität sowie Staatenlosen dieser Nationalität während der kommunistischen Herrschaft. Die Ergebnisse der Analyse werden veröffentlicht. – Einrichtung einer Stelle im Rahmen der Organisationen der deutschen Minderheit, die auf wissenschaftlicher Basis Forschungen zur deutschen Minderheit, deren Geschichte und kulturellem Erbe in die Wege leiten und koordinieren könnte. Eine Machbarkeitsstudie würde die organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten dieses Vorhabens definieren. – Einsetzung von Beauftragten für die Angelegenheiten nationaler und ethnischer Minder-

heiten in den Woiwodschaften (in denen noch keine solchen Beauftragten existieren), in deren Aufgabengebiet auch die Angelegenheiten der deutschen Minderheit in Polen fallen. – Stärkere Schwerpunktsetzung auf Zuschüsse, die als institutionelle Förderung Organisationen der deutschen Minderheit in Polen zugesprochen werden, insbesondere Schwerpunktsetzung auf Förderung der Tätigkeit des Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit in Gliwitz (Gliwice). – Von den zuständigen staatlichen Stellen durchgeführte Überprüfung der bereits seit einigen Jahren in Polen angewandten Strategie für eine Entwicklung des Bildungswesens der deutschen Minderheit, unter Beteiligung von Vertretern der deutschen Minderheit in Polen, sowie Durchführung einer Vertiefung und Aktualisierung der Strategie. – Unterstützung bei der musealen Präsentation und archivarischen Sicherung von die deutsche Minderheit in Polen betreffenden Dokumenten.“⁴

Viele dieser Forderungen wurden leider bis heute nicht erfüllt, doch ein Teil der in der „Gemeinsamen Erklärung“ formulierten Erwartungen nahm in den vergangenen Jahren reale Gestalt an. Trotzdem bleibt ein zentrales Problem bestehen, das schon Außenminister Skubiszewski 1991 in seiner Sejm-Rede ansprach: „Natürlich wird die endgültige Bewertung des Vertrages durch die Realität erfolgen, das heißt durch die Umsetzung des Vertrages in der Praxis. Jeder Vertrag ist so viel wert, wie viel davon umgesetzt wird.“⁵

Beispiele für die Umsetzung des Vertrags, aber mehr noch der Beschlüsse des deutsch-polnischen Runden Tisches sind in den letzten Jahren die Schaffung eines Forschungszentrums der deutschen Minderheit oder die Vereinbarung zur Einrichtung eines Dokumentations-

⁴ Gemeinsame Erklärung des Runden Tisches zu Fragen der Förderung der deutschen Minderheiten in Polen und der polnischstämmigen Bürger und Polen in Deutschland nach dem Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundliche Zusammenarbeit vom 17.06.1991, 12.06.2011, https://www.aussiedlerbeauftragter.de/SharedDocs/downloads/Webs/AUSB/DE/Polen/minderheit-polen-runder-tisch.pdf?__blob=publicationFile&v=1.

⁵ Barcz, Jan/Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): *Akt der guten Nachbarschaft. 30 Jahre Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland*, Wrocław/Warszawa 2021, S. 42.

und Ausstellungszentrums der Deutschen in Polen, das in Zukunft einen Teil der Öffentlichen Woiwodschaftsbibliothek Oppeln bilden soll. Insbesondere die zweite Initiative hätte ohne die aktive Unterstützung der Selbstverwaltung der Woiwodschaft Oppeln keine Aussicht auf Verwirklichung gehabt.

Das schmerzlichste Problem bleiben aus Sicht der deutschen Minderheit in Polen die ungelösten Bildungsfragen. Auf diesem Gebiet sind trotz der Festlegungen des Nachbarschaftsvertrags, aber auch der später von Polen ratifizierten europäischen Dokumente nicht nur keine Fortschritte zu erkennen, sondern in den letzten Jahren sogar Rückschritte zu verzeichnen. Die deutsche Minderheit hat bei dem von den Regierungen beider Länder anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Nachbarschaftsvertrags einberufenen deutsch-polnischen Runden Tisch, aber seither auch bei anderen Gelegenheiten das Fehlen zeitgemäßer Lösungen in diesem Bereich thematisiert. Sie fordert die Entwicklung neuer oder aber eine Reform der bestehenden Strategie der deutschen Bildung. Die Regelungen zum Minderheitenunterricht in Polen basieren nämlich nach wie vor auf dem Deklarationsprinzip (nach welchem Eltern ihre Kinder schriftlich zum Minderheitensprachunterricht anmelden müssen), was im Widerspruch zur 2009 von Polen ratifizierten Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen steht. Die gegenwärtigen Regelungen gewährleisten keinen effektiven und qualitativ guten Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass es im Falle der deutschen Minderheit, der bis zur Wende 1989/1990 in den zahlenmäßig am stärksten von ihr bewohnten Gebieten (die damaligen Woiwodschaften Katowice und Opole) der Gebrauch der deutschen Sprache verboten war, weniger um die Pflege als vielmehr um die Wiederbelebung dieser Sprache geht. Entscheidend hierfür ist die Zahl der Unterrichtsstunden, die jedoch infolge einer Neuauslegung der Richtlinie des Bildungsministeriums, die ein Zusammenlegen des Minderheitensprachunterrichts mit dem Fremdsprachenunterricht verbietet, in den letzten Jahren reduziert wurde. Auch die Form des Unterrichts spielt eine wichtige Rolle.

Unter anderem deshalb riefen die Delegierten der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien (SKGD, die größte Organisation der deutschen Minderheit in Polen) auf ihrer Jahresversammlung am 26. Juni 2021 dazu auf, „die Beschlüsse der Erklärung des deutsch-polnischen Runden Tisches vom 12. Juni 2011 vollständig umzusetzen“, und schlugen vor, „in der Oppelner Region ein Zentrum der Mehrsprachigkeit zu errichten, was Konzepte der Spracharbeit an den Schulen, Kindergärten, aber auch an außerschulischen Einrichtungen ausarbeiten und wissenschaftlich begleiten könnte. Das Zentrum sollte in erster Linie der Weiterentwicklung der deutschen Sprache als Minderheitensprache dienen, aber die Ergebnisse der Arbeit könnten sehr wohl auch für andere Sprachen und kulturelle Gruppen nützlich werden.“⁶

In meinen Augen sind sowohl die nach wie vor aktuellen Forderungen des deutsch-polnischen Runden Tisches als auch der zitierte Aufruf der SKGD-Delegierten zukunftsweisend. Beide Dokumente zeigen eindeutig, dass für die deutsche Minderheit in Polen die Bildung, das heißt sowohl der Sprachunterricht als auch die Vermittlung von Wissen über die Minderheit selbst, das wichtigste Anliegen ist. Die komplexe Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen wie auch der nach 1945 auf polnischem Staatsgebiet lebenden Deutschen zeigt, wie die Verschiedenheit von Kulturen und Sprachen für einen Staat zum Gewinn werden kann, wenn sie auf das Verständnis der Mehrheitsgesellschaft trifft. Man muss klar sagen, dass die Verwirklichung des vor 30 Jahren geschlossenen Vertrags weniger von Deklarationen abhängt als vielmehr von der Umsetzung dieser Deklarationen durch konkrete Maßnahmen zugunsten der Minderheit. Es genügt nicht, lediglich den Unterricht von Deutsch als Minderheitensprache einzuführen und zu ermöglichen, sondern es bedarf einer Schulbildung, die eine dauerhafte Kenntnis der Sprache – vielerorts *de facto* ihre Wiederbelebung –

⁶ *Apel delegatów Towarzystwa Społeczno-Kulturalnego Niemców na Śląsku Opolskim w 30. rocznicę polsko-niemieckiego traktatu sąsiedzkiego*, 26.06.2021, <https://skgd.pl/2021/06/26/apel-delegatow-tskn-w-30-rocznice-polsko-niemieckiego-traktatu-sasiedzkiego/>.

und anschließend ihre Pflege auf entsprechendem Niveau sichert. Im Nachbarschaftsvertrag finden wir dazu keine Vorgaben, doch dafür in der später von Polen ratifizierten Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen umso mehr. Und gerade die europäische Gemeinschaft, die Erfahrungen und guten Praktiken anderer Staaten sollten den Maßstab für die Umsetzung der Forderungen der in Polen lebenden nationalen und ethnischen Minderheiten bilden.

Die Situation der deutschen Minderheit sollte dabei nicht mit der Lage der Polen in Deutschland verglichen werden, weil deren Geschichte eine völlig andere ist als die der polnischen Deutschen. Das Bewusstsein dieser Unterschiede betonen unter anderem auch die Auswärtiger des Vertrags von 1991. Der ehemalige Botschafter Jan Barcz schreibt dazu: „Die Probleme bei der ‚Beschreibung‘ der in der BRD lebenden Personen polnischer Abstammung resultierten nicht nur aus der Tatsache, dass sich die deutsche Seite der Aufnahme des Begriffs ‚polnische nationale Minderheit‘ in den Nachbarschaftsvertrag kategorisch widersetzte, sondern auch aus der großen Heterogenität dieser Personengruppe: Ein eher kleiner Teil gehörte der alten Emigration an, die die deutsche Staatsangehörigkeit besaß. Ein weiterer Teil – damals über 200 000 Personen – gehörte bereits der neuen Emigration an, die weder die deutsche Staatsangehörigkeit noch ein reguläres Aufenthaltsrecht in der BRD besaß, also nach deutschem Recht unter die Kategorie der (sich teilweise illegal in der BRD aufhaltenden) ‚Ausländer‘ einzuordnen war. Den größten Teil bildeten jedoch die Emigranten aus Polen, die den Status von ‚Deutschen‘ im Sinne von Art. 116 Abs. 1 GG für sich in Anspruch nahmen, sich also aus deutscher Sicht zu ihrer deutschen Abstammung bekannten und daher in die BRD auswanderten. In diesem Fall ist die Angelegenheit bis heute besonders delikat. Denn diese Personen werden von deutscher Seite als Deutsche betrachtet, auch wenn sie das Gefühl der Zugehörigkeit zur polnischen Nation weiterhin bewahren. Die polnische Verhandlungsdelegation befand sich also in einer überaus komplizierten Situation, da sie die Stabilisierung der Rechtslage und zugleich die Gewährleistung des größtmöglichen Schutzes für alle vorab genannten polnischen Personengruppen

anstrebte. Die Aufnahme des Begriffs ‚polnische Minderheit‘ (in Bezug auf die bereits seit mehreren Generationen in der BRD lebenden deutschen Staatsbürger polnischer Nationalität) in den Nachbarschaftsvertrag hätte jedoch den Schutz der verhältnismäßig kleinen Gruppe der in der BRD lebenden Polen eingeschränkt.“⁷

Im Bewusstsein dieser Unterschiede und eingedenk der Tatsache, dass nicht die in einem Staat lebenden Gemeinschaften über ihr Schicksal entscheiden, sondern die Regierung dieses Staates, kamen die Repräsentanten beider Gruppen während der Beratungen des deutsch-polnischen Runden Tisches zu Recht darin überein, die Forderungen der jeweils anderen Seite weder zu bewerten noch zu kommentieren. Das Problem der letzten Jahre liegt aber darin, dass Politiker in Polen immer wieder Vergleiche anstellen und sich regelmäßig auf das völkerrechtlich verbotene „Prinzip der Gegenseitigkeit“ berufen, das überdies im Widerspruch zu den Menschenrechten steht. Für die Zukunft wird es wichtig sein, erneut Situationen zu schaffen, in denen beide Seiten etwas „gewinnen“, also sogenannte Win-win-Situationen, in denen Regierungsvertreter beider Länder Lösungen aushandeln, von denen sowohl die in Polen lebenden Deutschen als auch die in Deutschland lebenden Polen profitieren.

*

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Bestimmungen des Nachbarschaftsvertrags auch dreißig Jahren nach seiner Unterzeichnung in hohem Maße aktuell bleiben. Aus Sicht der deutschen Minderheit ist aber auch daran zu erinnern, dass viele Fragen, die zum ersten Mal im Nachbarschaftsvertrag geregelt wurden, später in anderen Dokumenten aufgegriffen wurden, etwa in der Verfassung der Republik Polen (Art. 35), im Gesetz über nationale und ethnische Minderheiten sowie über Regionalsprache von 2005 oder auch in von Polen ratifizierten

⁷ Barcz, Jan/Ruchniewicz, Krzysztof (Hg.): *Akt der guten Nachbarschaft. 30 Jahre Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen Polen und Deutschland*, Wrocław/Warszawa 2021, S. 115-116.

internationalen Vereinbarungen wie dem Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten und der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen. Der Nachbarschaftsvertrag ist somit heute nicht mehr allein maßgeblich für die Stellung der deutschen Minderheit in den deutsch-polnischen Beziehungen. Er bleibt aber sicher einer der wichtigsten Bezugspunkte für die Bestimmung ihrer zukünftigen Rolle. Jede verlässliche Brücke muss nämlich von Zeit zu Zeit modernisiert und gegebenenfalls ausgebaut werden. So ist es auch im vorliegenden Fall, in dem die Brückenfunktion der deutschen Minderheit in Polen nicht allein vor ihr selbst abhängt, sondern auch von den Regierungen beider Staaten, die ihr und den in Deutschland lebenden Polen angemessene Rahmenbedingungen und Unterstützung sichern müssen, so wie es vor dreißig Jahren geschah.

Marta Neüff, Kamila Schöll-Mazurek

Polen in Deutschland: zwischen gleichberechtigter Teilhabe und EU-Bürgerschaft zweiter Klasse

Einführung

Dreißig Jahre sind vergangen seit der Unterzeichnung des Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit und zehn Jahre seit der Einführung der Freizügigkeitsregelung für Polen als EU-Bürger*innen in Deutschland. Gewiss sind beide Ereignisse Meilensteine für die deutsch-polnischen Beziehungen und als solche auch ein Grund zum Feiern. Doch Chancen wurden verpasst: Das Verhältnis der Nachbarländer ist im Sinne der Erinnerungskultur nicht vollständig aufgearbeitet, beide Länder stellen wirtschaftliche Interessen über das Wohl polnischer Arbeitnehmer*innen, die auch EU-Bürger*innen sind, und die EU selbst hat zu wenig Handhabe, um einzuschreiten. Es mangelt weiterhin an Strukturen und Willen bei der Umsetzung geltender Richtlinien.

Europa ist eine Solidaritätsgemeinschaft. Dazu gehört, dass wir die gesellschaftliche Partizipation von in Deutschland lebenden EU-Bürger*innen fördern. Doch die Bundesregierung hat bislang versäumt eine nachhaltige Teilhabestrategie für Menschen mit polnischer Einwanderungsgeschichte, die größte Gruppe von Neuzuwanderer*innen, zu entwickeln. Auch fehlen ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft sowie positive und zeitgemäße Narrative zur Pluralität der Identitäten in Europa.

Wer sind wir, und wenn ja, wie viele?

Polen in Deutschland stellen mit ca. zwei Millionen Menschen zahlenmäßig die zweitgrößte Gruppe von Migrant*innen nach der türkischen Community, und unter Neuzuwanderer*innen sind Pol*innen sogar die Spitzenreiter*innen.¹ Doch wieso bleibt diese Gruppe im Gegensatz zu muslimisch-gelesenen Einwanderer*innen oder neuen Geflüchteten weitgehend unsichtbar und im öffentlichen Diskurs um Migration unerwähnt? Emilia Smechowski betitelte Pol*innen in Deutschland wegen ihres schnellen Anpassungstempos auch als „Strebermigranten“.² Kann dieser Prozess als Erfolgsgeschichte gelesen werden, oder ist er vielmehr Ergebnis von der Mehrheitsgesellschaft ausgehender Zwänge und resultiert im Verlust der Komplexitäten der eigenen Identität?

Ein Grund für die Unsichtbarkeit liegt in der Heterogenität der Gruppe. Es ist schwierig, allgemeine Aussagen über eine polnische Community in Deutschland zu treffen. Migration zwischen Polen und Deutschland hat seit dem Mittelalter eine lange Tradition, und die Migrationswellen sind von verschiedenen sozio-kulturellen Umständen geprägt.

Die Überzeugung, dass Pol*innen nicht von Diskriminierung betroffen sind, da sie (größtenteils) weiß sind und als EU-Bürger*innen von bestimmten Rechten profitieren, ist weit verbreitet. Das entspricht jedoch nicht der gelebten Realität vieler Menschen. Ja, es gibt sie, die gut ausgebildeten Pol*innen, insbesondere in der sogenannten zweiten Generation, die gewiss weniger Diskriminierungserfahrung machen als neue Geflüchtete oder BPoC (Black and People of Color). Doch Neuzuwanderer*innen mit geringem Bildungsstatus, mangelnden Sprachkenntnissen oder einfach nur ausländisch klingenden Namen haben nicht die gleichen Privilegien und Chancen.

Die Coronapandemie hat deutlich gezeigt, dass insbesondere Neuzuwanderer*innen und Beschäftigte im Niedriglohnsektor nicht

¹ *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung mit Migrationshintergrund – Ergebnisse des Mikrozensus 2019*, destatis 2020.

² Smechowski, Emilia: *Wir Strebermigranten*, Hanser, Berlin/München 2017.

im gleichen Maße geschützt werden. Fleischfabriken und Unterkünfte von Erntehelfer*innen wurden zu Infektionsherden, polnische Pflegekräfte in privaten Haushalten werden weiterhin ausgebeutet. Wem welche Arbeitsbedingungen und Gesundheitsrisiken in Deutschland zugemutet werden, das ist weiterhin nicht frei von rassistischen Zuschreibungen.

Deutschland als Einwanderungsgesellschaft

Deutschland ist ein Einwanderungsland. 26 Prozent der Bevölkerung haben einen sogenannten Migrationshintergrund. In Großstädten wie Berlin und bei Kindern ist dieser Anteil noch deutlich höher. Weiterhin fehlt jedoch das entsprechende Narrativ, das die gelebten Realitäten widerspiegeln würde und Diversität als Stärke einer modernen pluralistischen Gesellschaft zelebriert. Es gibt kein eigenes Staatsziel Vielfalt und kein eigenständiges Ministerium.

Teilweise sind Anpassungsmechanismen von Migrant*innen auch ein Schutz vor Diskriminierungserfahrungen gewesen. In einer Einwanderungsgesellschaft sollte man sich aber nicht entscheiden müssen zwischen seiner Herkunftskultur und der neuen Heimat. In Kanada zum Beispiel identifizieren sich Menschen selbstverständlich mit beidem – gleichzeitig Kanadierin und Polin zu sein steht dort in keinem Widerspruch. In Deutschland muss sich der öffentliche Diskurs um Zugehörigkeit und nationale Identität noch weiterentwickeln und inklusiver werden.

Positiv zu bemerken ist auf jeden Fall, dass die neue Generation selbstbewusster mit ihrem kulturellen Erbe umgeht. Das zeigt sich in der wachsenden Präsenz polnischer Kulturstätten, Labels und gastronomischer Einrichtungen. In Berlin kann man von einem kleinen Boom sprechen. Das Polnische wird immer öfters als Qualitätsmerkmal in Szene gesetzt und nicht mehr versteckt. Und doch ist die Zahl der Menschen polnischer Herkunft in der Politik oder in der Wirtschaft bedenklich gering.

Zivilgesellschaftliche Öffnungsprozesse sind zu begrüßen, spiegeln sich aktuell jedoch nicht in den staatlichen Strukturen wider. Deutschland braucht neue verbindliche Mechanismen und Institutionen, die es Menschen mit Migrationsgeschichte (darunter Menschen mit polnischer Einwanderungsgeschichte als eine der größten Gruppen) ermöglichen, ihre Stimme einzubringen, und zwar auf Augenhöhe. Ein wichtiger Schritt wäre hier die institutionelle Stärkung der Migrantenorganisationen als politischer Akteure.

Geschichte

Natürlich muss die deutsch-polnische Geschichte entsprechend aufgearbeitet und thematisiert werden. Dazu gehört auch die aktuelle und längst überfällige Debatte um ein Denkmal für die polnischen Opfer des Zweiten Weltkriegs.

Ein weiterer Aspekt ist, dass Antislawismus und die deutsch-polnische Geschichte im Bildungssystem nicht genügend aufgearbeitet werden. Der Migrationsforscher Jannis Panagiotidis bemängelt, dass Osteuropäer*innen im antirassistischen Diskurs kaum Beachtung finden, obwohl Antislawismus mit „rassistischen und kulturrassistischen Vorurteilen gegenüber Slawen zu tun“. Rassismus kann sich auch an Sprache und Akzent, nicht lediglich Hautfarbe aufhängen, und das „antislawische Feindbild im Nationalsozialismus und im Kalten Krieg“³ wird dabei weitgehend vergessen. Hier muss man mit aktiver Bildungsarbeit und Aufklärungskampagnen ansetzen.

In einem vereinten Europa sollte man positiv in eine gemeinsame Zukunft blicken. Aufgrund des demografischen Wandels bleibt Deutschland weiterhin auf Arbeitsmigration angewiesen und profitiert enorm von den mitgebrachten Potenzialen polnischer Migrant*innen. Zu einer

³ Panagiotidis, Jannis: *Menschen können gleichzeitig Opfer und Täter sein*, in: *Zeit Online*, 02.05.2021, https://www.zeit.de/zett/politik/2021-04/jannis-panagiotidis-rassismus-weisse-osteuropaeer-migration-geschichte?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.de%2F.

Demokratie gehört aber, dass diesen Menschen dann auch die gleichen gesellschaftlichen Teilhabechancen gewährt werden. Es kann nicht genug betont werden: Es kommen Menschen zu uns, nicht Arbeitskräfte.

Kulturelle Identitäten in Europa

Europa ist eine Solidaritätsgemeinschaft. Dazu gehört, dass wir die gesellschaftliche Partizipation von in Deutschland lebenden EU-Bürger*innen fördern und sie nicht nur als günstige Arbeitskräfte betrachten. Doch die Bundesregierung hat bislang versäumt, eine nachhaltige Teilhabestrategie für Menschen mit polnischer Einwanderungsgeschichte zu entwickeln. Die prekäre Lage vieler Arbeitsmigrant*innen schließt sie von realer Teilhabe aus, das ist besonders während der Coronapandemie zum Vorschein gekommen. Antislawismus wird nicht offen thematisiert. Auch fehlen ein klares Bekenntnis zur Einwanderungsgesellschaft sowie positive und zeitgemäße Narrative zur Pluralität der Identitäten in Europa.

Unionsbürger, darunter Pol*innen als größte Gruppe unter den Neuzuwanderer*innen, und ihre Belange werden von der Bundespolitik nicht genügend beachtet. Die vermeintliche kulturelle Nähe spielt hier bestimmt eine Rolle. Dadurch wird unterschätzt, dass polnische Migrant*innen besonders am Anfang genauso Starthilfe brauchen wie Menschen aus anderen Regionen, zum Beispiel beim Spracherwerb, bei der Anerkennung von Qualifikationen oder allgemein beim Umgang mit der deutschen Bürokratie. Die EU-Mitgliedschaft schützt nicht automatisch vor Diskriminierung auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt oder im Bildungssystem.

EU-Bürgerschaft, und nun?

Das mit der Unionsbürgerschaft verbriefte Recht auf Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit wird in der Praxis häufig nicht eingelöst. Die Ausländerbehörden erlassen viel zu oft ungerechtfertigt

Bescheide zum Verlust des Freizügigkeitsrechts, und auch der Zugang zu Sozialleistungen wird nicht in allen Behörden gewährleistet.⁴ Hier braucht es bessere Strukturen und Unterstützungsmöglichkeiten für Betroffene. Zu begrüßen wären eine Stärkung der EU-Gleichbehandlungsstelle und ein Ausbau entsprechender Beratungsstrukturen in den Herkunftssprachen sowie Finanzierungsmöglichkeiten für Rechtsbeistand.

Der Vorrang des internationalen Rechts vor dem bilateralen Recht, aber ...

In diesem Zusammenhang lohnt es sich, eine andere Perspektive zu betrachten: Ist es wirklich notwendig, den deutsch-polnischen Vertrag zu aktualisieren? Reichen EU-Richtlinien nicht aus, um Migrationsfragen zwischen Polen und Deutschland zu regeln?

Im Völkerrecht gibt es den Grundsatz, dass sich die verpflichteten Parteien in multilateralen Beziehungen auf bestimmte Prinzipien einigen, in diesem Fall auf die Übernahme des gesamten *acquis communautaire*. Bilaterale Bestimmungen sind gültig, doch wenn zwei Akteure durch gemeinsame Vereinbarungen gebunden sind, haben diese Rechtsgültigkeit. Wie verhält es sich aber mit europäischen Abkommen, die sich auf mobile EU-Bürger*innen beziehen? Wie handeln die Abgeordneten der einzelnen Länder, die Fraktionen und Gruppen im Europäischen Parlament und die Politiker*innen in der Europäischen Union zum Wohle der mobilen Bürger*innen aus den verschiedenen Ländern Europas? Ist die Situation der polnischen Bevölkerung in Deutschland in diesem Fall Gegenstand von Verhandlungen im Europäischen Parlament, und wenn ja, wessen Wohl steht an erster Stelle?

⁴ Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW): *Auswertung der Umfrage zu Praxiserfahrungen der Mitarbeitenden in der Beratung: Schwierigkeiten von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern in der Durchsetzung von Leistungsansprüchen*, 2020, https://www.bagfw.de/fileadmin/user_upload/Veroeffentlichungen/Stellungnahmen/2021/210301_Auswertung_Praxisumfrage_EU-B%BC3%BCrger.pdf.

Die EU ist kein Ort für die Verfolgung nationaler Ziele, und doch ist sie oft ein Feld des Wettbewerbs zwischen vielen Akteuren. Ein gutes Beispiel dafür ist die Arbeit an der Durchführungsrichtlinie zur Entsendung von Arbeitnehmer*innen. Polnische Abgeordnete setzten sich für bessere Bedingungen für polnische Entsendeunternehmen ein, während deutsche Abgeordnete für eine Verkürzung der Entsendezeiten zugunsten der Verpflichtung zur Beschäftigung entsandter Arbeitnehmer*innen kämpften. Es gab viele Argumente und Interessen im Prozess der Aushandlung dieses Gesetzes. Ist es immer zugunsten der polnischen (aber auch rumänischen und bulgarischen) Migrant*innen in Deutschland? Ist die EU in der Lage, mobile Bürger*innen zu schützen? Sollen sie nur als Binnenmigrant*innen bezeichnet und auf ihre Rolle als Arbeitskräfte verwiesen werden? Reduzieren Deutschland und die Europäische Union Bürger*innen aus Mittel- und Osteuropa wirklich auf eine solche Rolle? Die Erfahrung im Hinblick auf letztere Frage zeigt: ja. Mitarbeiter*innen im Pflegebereich haben keine speziellen interkulturellen Schulungen, ihre Arbeitsbeziehung ist sehr hierarchisch. Menschen aus Polen, die sich um einen Sprachkurs bemühen, wird die Finanzierung oft verweigert. Die Beratungsangebote für ein besseres Leben und einen der Qualifikation entsprechenden Arbeitsplatz werden erst in den letzten Jahren um weitere europäische Sprachen erweitert. Europäische Projekte im Bereich Migration sind oft an Flüchtlingsthemen orientiert. Partizipative Projekte erreichen die mobilen Migrant*innen nicht ausreichend. Europa hat seine Türen geöffnet, doch es wurden keine Instrumente bereitgestellt, um die mobilen Bürger*innen in den Aufnahmeländern zur Teilhabe zu befähigen.

Einwanderungsgesellschaft gemeinsam gestalten

Teilhabe muss auch aktiv eingefordert und gelebt werden. Dazu gehört, dass Pol*innen in Deutschland selbstbewusster werden und sich in politischen Strukturen auf allen Ebenen einbringen. Ein wichtiger erster Schritt wäre, wenn mehr Menschen von ihrem Recht auf dop-

pelte Staatsbürgerschaft Gebrauch machen. Nur wer wählt, wird für die Politik als Interessengruppe relevant.

Doch es liegt auch in der Verantwortung des deutschen Staats, die gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger*innen zu gewährleisten. Deshalb fordern Vertreter*innen migrantischer Gruppen (darunter auch der Polnische Sozialrat e.V.) mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Migrant*innen. Hierzu gibt es bereits viele konkrete Vorschläge wie ein eigenes Ministerium für Migration und Partizipation oder eine verbindliche Quote für Menschen mit Migrationsgeschichte im öffentlichen Dienst.

Die Ergebnisse des aktuellen deutsch-polnischen Barometers (2021) bestätigen, dass die gegenseitige Bewertung der Beziehung auf zivilgesellschaftlicher Ebene auf beiden Seiten positiv ausfällt und der Austausch sich durch die Mobilität in der EU vertieft hat. Diese Entwicklung ist natürlich zu begrüßen. Jedoch darf nicht außer Acht gelassen werden, dass die Versöhnung, wenn überhaupt, nur auf der Ebene der Eliten stattgefunden hat. Ressentiments bleiben bestehen, die Reise nach Deutschland ist für die Pol*innen – um es mit den Worten von Andrzej Stasiuk zu sagen – „immer die Reise in die Tiefe, in die Geschichte, auch in die Tiefe des polnischen Unterbewusstseins.“⁵

Diskriminierungserfahrungen gehören zum Alltag vieler polnischer Migrant*innen in Deutschland, und ihre mit der EU-Bürgerschaft verbrieften Rechte existieren zwar auf dem Papier, können aber in der Praxis oft nicht eingefordert werden. In den deutsch-polnischen Beziehungen bleibt somit noch viel zu tun. Und es ist notwendig, das nachbarschaftliche Verhältnis aus einer postmodernen und nicht rein geopolitischen Perspektive zu betrachten.

Könnte eine Novellierung des bilateralen Vertrages helfen, bestehende Missstände zu beseitigen und neue, für die EU zukunftsweisen- de Lösungsansätze aufzuzeigen?

⁵ *Polnische Literatur. Eine Einführung mit Karl Dedecius*, <https://www.youtube.com/watch?v=eXs8OmDSAfo>.

Pacta sunt servanda et renegotianda

Ob ein Gesetz, das in einem anderen politischen Klima, unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen und im Hinblick auf die Entwicklung Europas geschaffen wurde, universell ist, gehört zu den Fragen der Rechtsphilosophie. Im Fall des Vertrags von 1991 wird wenig darüber gesagt, ob er den heutigen Realitäten entspricht. Entstanden in einer Zeit des Durchbruchs, unter politischem Druck und in Anbetracht der unterlegenen Verhandlungsposition der polnischen Seite, hätte der Vertrag von Anfang an nur als Ausgangspunkt für seine Erweiterung um neue Elemente behandelt werden dürfen. Die Vereinbarung muss eingehalten werden, aber – und das ist ein Thema, das viele Verhandlungsspezialist*innen beschäftigt – was ist, wenn sich die Rahmenbedingungen und Bedürfnisse ändern, und wie kann eine Neuverhandlung der bestehenden Vereinbarungen herbeigeführt werden? Der Vertrag von 1991 ist in vielen Punkten nicht angepasst, er wurde vor dem EU-Beitritt Polens unterzeichnet, er beinhaltet nicht die Perspektive der heutigen innereuropäischen Mobilität, der Transmigration (zum Beispiel aus der Ukraine über Polen nach Deutschland), die ein gemeinsames Thema auf der Tagesordnung werden könnte. Im Rahmen der Gleichstellung der Geschlechter sollte der Vertrag von Frauen und Männern gleichermaßen diskutiert werden. Darüber hinaus sollte der Vertrag die richtigen Rahmenbedingungen für die Kontakte und Annäherung zwischen den in Deutschland lebenden polnischstämmigen Menschen und den Deutschen gestalten. Er sollte sich dabei nicht ausschließlich auf die Gestaltung der eigenen Identität mit Rücksicht auf Tradition und Kultur der Polen in Deutschland konzentrieren. Die Bestimmungen des Vertrages müssen um die Bedeutung der Mehrsprachigkeit in Europa erweitert werden.

Kurzum, wir brauchen eine Diskussion über die Erneuerung des Vertrages. Dabei ist wichtig: Das Thema darf nicht politisch instrumentalisiert werden. Die Idee der Vertragsrevision wurde schon oft benutzt, um Kriegsreparationen oder die Gewährung eines Minderheitenstatus zu fordern. Es gibt jedoch viele weitere, vor allem zu-

kunftsorientierten Themen und Herausforderungen, die bislang von den Regierungen beider Länder vernachlässigt wurden. Im vereinten Europa müssen die Nachbarländer Deutschland und Polen auch über EU-Binnenmigration, den gleichberechtigten Zugang zu Arbeitsmärkten und sozialen Leistungen sowie die Förderung politischer Teilhabe sprechen.

Geschichtspolitik



Klaus Ziemer

Geschichtspolitik. Seit der Jahrtausendwende Konfliktfeld in den deutsch-polnischen Beziehungen

Der Begriff „Geschichtspolitik“ fand in der Bundesrepublik Eingang in die politische und publizistische Diskussion, als in den 1980er-Jahren linksliberale Kritiker Helmut Kohl unterstellten, er wolle mit dem geplanten Bau von Museen zur deutschen Geschichte in Berlin und Bonn in Deutschland ein konservativ geprägtes Geschichtsbild zementieren. Heute sind weder das „Deutsche Historische Museum“ in Berlin noch das 1994 eröffnete „Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“ in Bonn kontrovers, da sie Geschichtsbilder auf der Grundlage einer pluralistisch geführten Diskussion vermitteln. Das nach jahrelangen öffentlichen Debatten 2005 im Zentrum Berlins eröffnete „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“, das zugleich eine Dokumentationsstätte ist, zeigt, wie sich Deutschland heute den dunkelsten Seiten seiner Vergangenheit stellt. „Geschichtspolitik“ hat indes in Deutschland und in Polen seit 1990 eine Rolle auf mehreren Ebenen gespielt.

Mit dem Fall des Kommunismus stellte sich in beiden Ländern die Frage, wie man mit dessen Erbe umgehen solle in dem Sinne, dass Personen, die durch ihre Tätigkeit im kommunistischen Staatsapparat belastet waren, aus ihren Ämtern entfernt werden („Entkommunisierung“) beziehungsweise auf ihre Zusammenarbeit mit dem kommunistischen

Geheimdienst überprüft werden sollten („Lustration“). Ferner war der Zugang von Personen zu ihren vom kommunistischen Geheimdienst angelegten Akten zu klären. Hier war es vor allem den Bürgerrechtlern aus der DDR und den von der am 18. März 1990 demokratisch gewählten Volkskammer getroffenen Regelungen, die im vereinten Deutschland weitgehend übernommen wurden, zu verdanken, dass der im „Stasi-Unterlagen-Gesetz“ vom 29. Dezember 1991 festgelegte Zugang zu den eigenen Akten ein wichtiges gesellschaftliches Konfliktfeld bereinigen half. Persönliche Enttäuschungen waren bei der Entdeckung, von wem man denunziert worden war, unvermeidlich, aber die öffentliche Atmosphäre war bereinigt und die Modalitäten des Zugangs zu den Akten politisch weitgehend unkontrovers. Millionen vor allem ehemalige DDR-Bürger haben Einsicht in ihre Akten genommen.

Polen hatte für seine Vorreiterrolle beim Übergang zur Demokratie unter anderem den Preis zu zahlen, dass der im August 1989 gebildeten Regierung Mazowiecki ein halbes Jahr lang der kommunistische General Kiszczak angehörte und der als Innenminister Berge von Akten der Staatssicherheit vernichten lassen konnte. Bereits im Präsidentschaftswahlkampf 1990 kritisierten Lech Wałęsa und die damals mit ihm zusammenarbeitenden Zwillingbrüder Kaczyński, „Entkommunisierung“ und „Lustration“ gingen zu langsam vor sich. Die vom Innenminister der Regierung Jan Olszewski, Antoni Macierewicz, im Mai 1992 nach Aufforderung durch den Sejm binnen Tagen und sehr „unkonventionell“ publik gemachte Liste mehrerer Dutzend hochrangiger aktueller Politiker, die Agenten des kommunistischen Geheimdienstes gewesen sein sollten, führte zum Sturz der Regierung Olszewski.

Danach waren die Themen „Lustration“ und „Entkommunisierung“ für Jahre hoch sensibel. Erst Ende 1998 beschloss das Parlament die Gründung eines „Instituts des Nationalen Gedenkens“ (IPN). Seine gesetzliche Grundlage übernahm zwar etliche Artikel des Stasi-Unterlagen-Gesetzes im Wortlaut und bezog in Archive und Untersuchungen auch die deutsche Besatzungspolitik 1939–1945 ein. Spätestens mit der Bildung der ersten Regierung der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) 2005 wurde das IPN jedoch zunehmend politisiert, seine

Archivbestände zum Teil politisch instrumentalisiert. Nach dem Wahlsieg der PiS 2015 und der Änderung des IPN-Gesetzes 2016 ist es zu einem Instrument geworden, das PiS-Geschichtspolitik (s.u.) zu verwirklichen hat.

Die ab 1999/2000 einsetzenden, teilweise hoch emotional geführten, aber in beiden Ländern weitgehend asymmetrisch wahrgenommenen Diskussionen zu Themen der deutsch-polnischen Zeitgeschichte hatten eine Art Vorspiel im „Krieg der Resolutionen“ von 1998. Der Bundestag nahm vor seiner bevorstehenden Neuwahl mit der Mehrheit von Union und FDP eine Resolution an, die vor allem an die Vertriebenenklientel gerichtet war und als „Routineerklärung“ von der Öffentlichkeit kaum beachtet wurde. Diesmal jedoch rief sie eine heftige Reaktion des Sejm hervor, der betonte, die bevorstehende Mitgliedschaft Polens in der EU müsse auch die von allen Nachbarn Polens bestätigte Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen sowie der polnischen Eigentumstitel an Immobilien bedeuten – was in der Resolution des Bundestags gar nicht thematisiert worden war.¹

Ab 1999 forcierte vor allem die neue Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und CDU-Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach eine Initiative, ein „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin zu gründen. Steinbach und ihr „Zentrum“ standen jahrelang in den negativen Schlagzeilen polnischer Medien, während im Sommer 2006 68 Prozent der repräsentativ befragten Deutschen angaben, noch nie von dem Projekt gehört zu haben.² Nach der Bildung der Großen Koalition 2005 einigten sich Union und SPD darauf, statt eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ ein „sichtbares Zeichen“ zu setzen. 2008 wurde eine Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ gegründet, deren gleichnamiges Dokumentationszentrum schließlich im Juni 2021 in

¹ Vgl. Bachmann, Klaus: *Von der Euphorie zum Misstrauen. Deutsch-polnische Beziehungen nach der Wende*, in: *Osteuropa*, 2000 (8), S. 853-871.

² Falkowski, Mateusz/Popko, Agnieszka: *Die Deutschen über Polen und die Polen 2000-2006. Die Schlussfolgerungen der Forschungsstudie*, Instytut Spraw Publicznych, Warszawa 2006, S. 16.

Berlin eingeweiht wurde.³ Gleichfalls mit Befremden wurde in Polen die Flut an Veröffentlichungen wahrgenommen, die nach der Publikation von Günter Grass' *Im Krebsgang* (2001) einsetzte. Die bei Grass im Mittelpunkt stehende Tragödie des Untergangs der Tausende von Flüchtlingen vor allem aus Ostpreußen transportierenden „Wilhelm Gustloff“ Ende Januar 1945 bildete den Beginn einer ganzen Reihe von Filmen und Publikationen, die das der deutschen Gesellschaft inzwischen weithin kaum mehr bekannte Schicksal der Deutschen aus den östlichen Landesteilen des damaligen Deutschen Reichs beziehungsweise aus dem ehemaligen „Polnischen Korridor“ bei und nach Kriegsende thematisierten. In Polen wurde dies vielfach als Versuch wahrgenommen, aus den „Tätern“ „Opfer“ zu machen.

In dieser Atmosphäre veröffentlichte 2000 der polnisch-amerikanische Historiker Jan Tomasz Gross sein Buch *Nachbarn*.⁴ Er beschrieb darin die Beteiligung etlicher polnischer Einwohner der gut 100 Kilometer nordöstlich von Warschau gelegenen Ortschaft Jedwabne an der Ermordung der jüdischen Einwohner des Ortes Anfang Juli 1941, kurz nachdem die Region nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion unter die Kontrolle der Wehrmacht gekommen war. Fachhistorikern war dieses Ereignis bekannt, nicht jedoch einer breiteren Öffentlichkeit. Für viele Polen bedeutete die öffentliche Diskussion über die Ereignisse in Jedwabne einen Schock. Es stellte die in weiten Teilen der polnischen Gesellschaft verbreitete Überzeugung infrage, dass Polen seit Ende des 18. Jahrhunderts ganz überwiegend Opfer von Attacken aggressiver Nachbarn gewesen sei. Gleichzeitig hätten Polen Freiheitsbestrebungen in Europa unterstützt, zum Beispiel in Südwestdeutsch-

³ Zur Vorgeschichte des Zentrums siehe u. a. Hofmann, Frank: *Meinung: Das Zentrum für Flucht und Vertreibung – ein Ort der Versöhnung*, 21.06.2021, <https://www.dw.com/de/meinung-das-zentrum-f%C3%BCr-flucht-und-vertreibung-ein-ort-der-vers%C3%B6hnung/a-57983675>, 24.07.2021.

⁴ Gross, Jan Tomasz: *Sąsiedzi. Historia zagłady żydowskiego miasteczka*, Sejny 2000. Deutsche Ausgabe: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne*, München 2001.

land 1848/49, und 1989 habe die Solidarność das östliche Europa von der kommunistischen Herrschaft befreit.

„Jedwabne“ stellte nicht nur ein geläufiges Autostereotyp vieler Polen infrage. Angesichts der in Deutschland aufgebrochenen Thematisierung der deutschen Opfer des Zweiten Weltkriegs fürchteten etliche – nicht nur „national“ ausgerichtete – polnische Politiker und Publizisten, Polen drohe den „Kampf um das Gedächtnis“ zu verlieren.⁵ Zu diesem Zeitpunkt tauchte in Polen erstmals in der öffentlichen Diskussion der Begriff „Geschichtspolitik“ auf, der eine wörtliche Übersetzung aus dem Deutschen darstellte. Er zielte in Polen von Anfang an in zwei Richtungen: Zum einen sollten dem Bild Polens im Ausland stärkere positive Konturen verliehen und Begriffen wie den auch in angesehenen westlichen Medien meist aus Unachtsamkeit verwendeten Termini wie „polnische Vernichtungslager“ statt „in Polen gelegenen deutschen Vernichtungslagern“ entgegengewirkt werden.

Weit ambivalenter sind dagegen die auf die eigene Gesellschaft gerichteten Zielsetzungen von Geschichtspolitik. Marek Cichocki sah in ihr die Intensivierung des öffentlichen Diskurses über die Vergangenheit durch dessen auf unterschiedlichen Ebenen vorgenommene Institutionalisierung.⁶ Kritiker wie der Historiker Maciej Janowski befürchteten dagegen nicht zu Unrecht, dass mit „Geschichtspolitik“ eine bestimmte, ethnonational verstandene Sicht der polnischen Geschichte propagiert werden sollte und nur die „positiven“ Seiten der polnischen Geschichte hervorgehoben, die „dunklen Punkte“ aber ausgeblendet werden sollten.⁷

⁵ Siehe z. B. Jendroszczyk, Piotr/Zuchowicz, Katarzyna: *Polska przegrywa bitwę o pamięć. Przekonać Niemców do historycznych racji*, in: *Rzeczpospolita*, 15.12.2004.

⁶ So Cichocki, Marek: *Polityka historyczna – za i przeciw*, in: *Mówią Wieki*, 08.2006, S. 10-17, hier S. 10 f.

⁷ Janowski, Maciej: *Narodowa megalomania i jej manifestacje*, in: *Przegląd Polityczny* 78, 2006, S. 64-69, hier S. 69. Zur polnischen Literatur zu Geschichtspolitik allgemein siehe u. a. Andrychowicz-Skrzeba, Joanna: *Geschichtspolitik aus polnischer Perspektive. Anmerkungen zum Begriff sowie zur Schaffung neuer Mythen*, in: Ziemer, Klaus/Andrychowicz-Skrzeba, Joanna (Hg.): *Jenseits der Jubiläen. Geschichtspolitik im*

Ein weiteres „vergangenheitspolitisches“ Thema bildeten Ende der 1990er-Jahre Entschädigungen für ehemalige polnische Zwangsarbeiter. In den „2+4“-Verhandlungen war die Frage von Reparationen nicht thematisiert worden. Die 500 Millionen DM, die die Bundesrepublik für die 1992 neugegründete Stiftung „Deutsch-polnische Aussöhnung“ mit Sitz in Warschau für die polnischen Opfer zur Verfügung stellte, lagen deutlich unter den polnischen Erwartungen. Nach erheblichem externen Druck, vor allem vonseiten US-amerikanischer Organisationen, akzeptierte die seit 1998 in Berlin regierende rot-grüne Koalition im Jahr 2000, dass Deutschland einen Fonds in Höhe von 10 Milliarden DM (5,2 Milliarden Euro) zugunsten der Überlebenden von Sklaven- und Zwangsarbeit aus allen von Deutschland während des Zweiten Weltkriegs besetzten Staaten bildete. Die auf Polen entfallenden 975,5 Millionen Euro wurden bis 2006 an rund 484 000 Personen ausbezahlt.

Von den 5,2 Milliarden Euro wurden 562 Millionen als Stammkapital für die in Berlin gegründete Stiftung „Erinnerung – Verantwortung – Zukunft“ einbehalten, deren Hauptaufgabe neben der Unterstützung von hochbetagten noch lebenden NS-Opfern in der Förderung von Projekten besteht, die unter anderem das Gedenken an die NS-Zwangsarbeit in der deutschen und der europäischen Erinnerung verankern sowie zur Entwicklung einer Erinnerungskultur in der deutschen Migrationsgesellschaft und zum Bewusstsein des jüdischen Beitrags zur deutschen und europäischen Geschichte beitragen sollen – eine ganz besondere Art von „Geschichtspolitik“.⁸

Als die in Deutschland kaum bekannte „Preußische Treuhand“ unter dem Vorsitzenden der Schlesischen Landsmannschaft, Rudi Pawelka, 2004 erklärte, sie werde gegebenenfalls beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Regressansprüche für die Besitzer von Immobilien aus früher deutschen Gebieten einklagen, rief dies in Polen Empörung hervor. Der Sejm forderte die polnische Regierung

deutsch-polnischen Alltag, Warschau 2017, S. 59-84; abrufbar auch unter <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/warschau/14651.pdf>.

⁸ Vgl. die Kurzfassung der Aufgaben der Stiftung EVZ, <https://www.stiftung-evz.de/handlungsfelder/auseinandersetzung-mit-der-geschichte.html>.

am 20. September 2004 auf, Reparationsverhandlungen mit Deutschland zu beginnen.⁹ Diese lehnte das mit Verweis auf die Rechtslage ab.

Doch seither ist das Thema „Reparationen“ wieder auf der Tagesordnung polnischer Politiker. Wie der damalige Stadtpräsident (Bürgermeister) von Warschau, Lech Kaczyński, ließen auch andere Bürgermeister die in ihren Städten durch die deutsche Besatzung verursachten Schäden neu berechnen. Auch ein von beiden Regierungen in Auftrag gegebenes Gutachten, das zu dem Schluss kam, es gebe keine Rechtsansprüche von Deutschen auf Entschädigung für ihren früheren Besitz¹⁰, konnte die „Preußische Treuhand“ nicht davon abhalten, 2006 beim EGMR 23 Einzelklagen einzureichen. Was in Polen tagespolitisches Thema Nr. 1 war, wurde in Deutschland kaum wahrgenommen. Erst als der EGMR die Klagen 2008 abwies, verschwand dieses Thema zunächst aus der öffentlichen Diskussion. Seit die PiS 2015 an die Regierung zurückkehrte, bildet die Forderung nach Reparationen ein regelmäßig wiederkehrendes Thema, freilich nur in der innerpolnischen Diskussion. Es dient, so Jarosław Kaczyński Ende 2017, der „nationalen Konsolidierung“.¹¹

2004 wurde das auf maßgebliches Betreiben von Lech Kaczyński errichtete „Museum des Warschauer Aufstands“ zu dessen 60. Jahrestag eingeweiht. Suggestiv und mit modernsten technischen Mitteln werden dort die militärischen Leistungen der Aufständischen vermittelt. Neu an der Konzeption dieses Museums war, dass es nicht zu distanzierter Reflexion über die dargestellten Ereignisse einlud, sondern Geschichte zum „Erlebnis“ machte.¹² Um dem erwarteten „Zentrum gegen Ver-

⁹ Vgl. u. a. Kerski, Basil: *Ein schwarzer Tag für Deutschland und Polen*, in: *Internationale Politik* (10), 2004, S. 107-112.

¹⁰ Barcz, Jan/Frowein, Jochen Abraham: *Gutachten zu Ansprüchen aus Deutschland gegen Polen in Zusammenhang mit dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht* 65 (2005), S. 625-650.

¹¹ Siehe Loew, Peter Oliver: *Deutschland. Ein Antimärchen. Das Feindbild der polnischen Rechten*, in: *Osteuropa* 2018 (3-5), S. 465-494, hier S. 478.

¹² Vgl. Kobielska, Maria: *Das Modell des „neuen“ polnischen Geschichtsmuseums: Das Museum als politisches Instrument*, in: Ziemer, Klaus/Andrychowicz-Skrzeba, Joanna (Hg.): *Jenseits der Jubiläen. Geschichtspolitik im deutsch-polnischen Alltag*, War-

treibungen“ in Berlin, aber auch dem „Museum des Warschauer Aufstands“ ein eigenes Zeichen entgegenzusetzen, beschloss die neue Regierung unter Donald Tusk 2007, in Danzig ein Museum zu errichten, das den Zweiten Weltkrieg aus der Perspektive der weltweit von ihm betroffenen Zivilbevölkerung darstellen sollte. An seiner Konzeption beteiligten sich renommierte Historiker aus mehreren Ländern.

Mit dem Wahlsieg der PiS 2015 wurde „Geschichtspolitik“ zu einem zentralen Feld der polnischen Tagespolitik, dessen Bedeutung sowohl von Präsident Andrzej Duda als auch von der Regierung immer wieder unterstrichen wird. Nach innen soll sie insbesondere in der jungen Generation den Stolz auf die eigene Nation wecken, statt eine „Pädagogik der Scham“ zu fördern. Dieses Geschichtsbild ist weitgehend ethnonational geprägt und stützt sich auf die romantisch-aufständische Tradition der polnischen Überlieferung.¹³ Kulturminister und Vizepremier Piotr Gliński besetzte rigoros die Führungspositionen zentraler kultureller Einrichtungen mit Personen mit „nationaler“ Grundeinstellung. Das Danziger Weltkriegsmuseum wurde zwar bis 2017 fertiggestellt. Kurz nach der Eröffnung wurde jedoch der Direktor Paweł Machcewicz entlassen und die Ausstellung selbst seither mit deutlicher „polnischen“ Akzenten versehen.¹⁴

Ein innerpolnisches Konfliktfeld betrifft die Frage, wie weit sich ethnische Polen während des Zweiten Weltkriegs an der von der deutschen Besatzung systematisch betriebenen Ermordung ihrer jüdischen Mitbürger beteiligt haben. Von der PiS-Regierung wird das Schicksal einer Familie exponiert, die jüdische Mitbürger versteckte, wofür die ganze achtköpfige Familie ermordet wurde. Nach dieser Familie Ulma wurde 2016 ein Museum in Markowa im Vorkarpatenland benannt,

schau 2017, S. 225-243. Dort auch weitere Beispiele für den durch das „Museum des Warschauer Aufstands“ ausgelösten „Museumsboom.“

¹³ Vgl. Saryusz-Wolska, Magdalena/Stach, Sabine/Stoll, Katrin: *Verordnete Geschichte. Nationalistische Narrative in Polen*, in: *Osteuropa* 2018 (3-5), S. 447-464.

¹⁴ Zu den Konfliktlinien in diesen Auseinandersetzungen und deren Verlauf vgl. den Bericht des Hauptbetroffenen: Machcewicz, Paweł: *Der umkämpfte Krieg. Das Museum des Zweiten Weltkriegs in Danzig. Entstehung und Streit*, Wiesbaden 2018.

das die Hilfe von Polen für ihre jüdischen Mitbürger in dieser Zeit als exemplarisch dokumentieren soll. Untersuchungen wie die von Barbara Engelking und Jan Grabowski zum Problem, weshalb nach dem Ende der offiziellen deutschen Politik zur Massenvernichtung der Juden in Polen („Aktion Reinhardt“ 1943) vermutlich Zehntausende im Untergrund überlebender Juden in Polen bis Kriegsende starben, werfen Fragen nach Kollaboration von Polen mit der deutschen Besatzung oder gar nach ihrer unmittelbaren Beteiligung an der Ermordung von Juden auf.¹⁵ Beide Autoren sahen sich heftiger Kritik durch „nationale“ Medien ausgesetzt, während Historiker auch international für die Freiheit der Wissenschaft auch bei der Untersuchung solch heikler Themen eintraten. Die beiden Autoren wurden aufgrund einer Unkorrektheit in einer Fußnote des 1600 Seiten umfassenden Werks in Polen wegen Verleumdung angeklagt und mussten sich entschuldigen.¹⁶

Entsprechend der für die PiS charakteristischen Priorisierung der Innen- gegenüber der Außenpolitik wurden ab 2015 bei Geschichtspolitik primär die innenpolitischen Folgen bedacht. Waren im sensiblen polnisch-ukrainischen Verhältnis in den Jahren zuvor beide Seiten um symbolische Akte von Verständigung bemüht, so verabschiedete die PiS-Mehrheit beider Kammern des polnischen Parlaments am 22. Juli 2016 eine Resolution, in der die Massaker in Wolhynien 1943 als „Völkermord“ bezeichnet wurden.¹⁷ Soldaten des polnischen Untergrunds, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs weiterkämpften, werden heute exhumiert und als „verfemte Soldaten“ gefeiert, auch wenn ihren Einheiten zum Teil Verbrechen an der litauischen und weißrussischen Zivilbevölkerung zur Last gelegt werden. 2017 wurden den Kommunismus oder andere Formen totalitärer Herrschaft propagierende Denkmäler verboten, sofern sie sich nicht auf Friedhöfen be-

¹⁵ Engelking, Barbara/Grabowski, Jan: *Dalej jest noc. Losy Żydów w wybranych powiatach okupowanej Polski*, Warszawa 2018.

¹⁶ Vgl. u. a. Gnauck, Gerhard: *Vom Gericht zur Entschuldigung verurteilt*, in: FAZ, 09.02.2021.

¹⁷ Vgl. u. a. Bachmann, Klaus: *Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik und Außenpolitik in Polen*, in: *Osteuropa* 2018 (3-5), S. 413-434, hier S. 423.

finden oder unter Denkmalschutz stehen. Betroffen davon waren nach russischen Angaben rund 500 Denkmäler zu Ehren der Roten Armee. Seither werden polnische Versuche blockiert, in Smolensk ein Denkmal für die Opfer der Flugzeugkatastrophe von 2010 zu errichten.¹⁸

Am 26. Januar 2018, einen Tag vor dem Gedenken an die Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz, änderte der Sejm das IPN-Gesetz. Künftig konnten Personen, die das polnische Volk für zwischen 1917 und 1990 begangene kommunistische Verbrechen, Nazi-Verbrechen oder Verbrechen ukrainischer Nationalisten verantwortlich machen, mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden.¹⁹ Die Gesetzesnovellierung belastete das polnisch-israelische, vor allem aber auch das polnisch-amerikanische Verhältnis über Monate. Dass auch ukrainische Stellen protestierten, berührte die PiS-Regierung weniger. Am 26. Juni 2018 hob der Sejm die Androhung strafrechtlicher Sanktionen in den genannten Fällen auf, behielt aber Möglichkeiten zivilrechtlichen Vorgehens bei.

„Geschichtspolitik“ ist somit seit Anfang der 2000er-Jahre und ganz besonders seit 2015 in Polen ein wichtiges Feld primär der Innenpolitik. In Deutschland führte eine breite Diskussion, in der Hauptstadt außer der Juden auch anderer Opfergruppen zu gedenken, zur Errichtung von Denkmälern für Sinti und Roma und Homosexuelle. Kontrovers ist dagegen, wie weit einzelner Völker im besetzten Europa gedacht werden sollte, da dies zu einer „Inflation“ an Denkmälern führen könne. Indessen hat der Bundestag am 30. Oktober 2020 beschlossen, in Berlin zu Polen einen „Ort des Erinnerns und der Begegnung“ zu errichten. Er wird nicht nur den Zweiten Weltkrieg betreffen. Die Diskussion über die Gestaltung wird von einer Expertenkommission

¹⁸ Bachmann, Klaus: *Viel Feind, viel Ehr. Geschichtspolitik und Außenpolitik in Polen*, in: *Osteuropa* 2018 (3-5), S. 413-434, S. 426 f.

¹⁹ *Ustawa z dnia 26 stycznia 2018 r. o zmianie ustawy o Instytucji Pamięci Narodowej – Komisji Ścigania Zbrodni przeciwko Narodowi Polskiemu, ustawy o grobach i cmentarzach wojennych, ustawy o muzeach oraz ustawy o odpowiedzialności podmiotów zbiorowych za czyny zabronione pod groźbą kary*, w: *Dziennik Ustaw*, 14.02.2018, poz. 369.

geführt, der auch Polen angehören, und wird von einem unter anderem aus Bundestagsabgeordneten bestehenden „politischen Beirat“ begleitet. Diese Vorbereitungen werden auch in polnischen Medien mit großer Aufmerksamkeit verfolgt²⁰, da in Polen unter anderem eine genauere Kenntnis der deutsch-polnischen Geschichte in Deutschland als Voraussetzung für bessere deutsch-polnische Beziehungen betrachtet wird. Bis zur Errichtung des geplanten „Orts“ wird freilich noch einige Zeit vergehen.

²⁰ Siehe hierzu u. a. die dem „Polendenkmal“ gewidmete Internetseite des Deutschen Polen-Instituts, die auch deutsche und polnische Medienberichte dokumentiert: <https://www.deutsches-polen-institut.de/politik/polendenkmal/aktuelles>, 24.07.2021.

Stanisław Żerko

Das historische Gedächtnis in den deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989. Einige Anmerkungen aus polnischer Perspektive

Die für das deutsch-polnische Verhältnis in vielerlei Hinsicht charakteristische Asymmetrie betrifft auch das Feld des historischen Gedächtnisses. Die Erinnerung an die deutschen Verbrechen in Polen während des Kriegs und der Besatzung 1939–1945 war immer ein überaus wichtiges Element in den gegenseitigen Beziehungen. In der deutschen Wahrnehmung steht sie aber trotz der hervorragenden und bewegenden Reden deutscher Politiker anlässlich der Jahrestage des 1. Septembers 1939 oder des 1. Augusts 1944 eindeutig im Hintergrund.

Im historischen Gedächtnis der Polen hingegen spielt der Schatten der deutschen Verbrechen der Jahre 1939–1945 die bedeutendste, wenngleich nicht die einzige Rolle. Der im April 2022 anstehende 100. Jahrestag der Unterzeichnung des Vertrags von Rapallo wird bald die Erinnerung an die Tradition der antipolnischen Zusammenarbeit der beiden großen Nachbarn der Republik Polen – Deutschland und Russland – wachrufen, die mit den Teilungen Polens in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann. Bei einem nicht unbedeutenden Teil der polnischen Kommentatoren und Teilen der polnischen Öffentlichkeit weckten die Pro-Putin-Politik des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder und – schon zur Regierungszeit Angela Merkels – die Ver-

wirklichung der Projekte *Nord Stream* und *Nord Stream 2* Erinnerungen an ebendiese Tradition. Niemand anderer als Radosław Sikorski (damals Verteidigungsminister der PiS-Regierung und später Chef des Außenressorts in der Regierung von Donald Tusk), dem man gewiss nicht vorwerfen kann, antideutsche Ängste zu hegen und zu verbreiten, fühlte sich beim Baubeginn von *Nord Stream* im April 2006 an den Ribbentrop-Molotow-Pakt erinnert.

Der Herbst 1989 schien der Beginn eines neuen Abschnitts, ja, einer neuen Epoche in den Beziehungen zwischen Deutschen und Polen zu sein. Unvergessen sind die katholische Messe in Krzyżowa (12. November 1989) und der Austausch der Friedensgrüße zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Tadeusz Mazowiecki. Das Bild der Umarmung der beiden Regierungschefs prangte auf den Titelseiten der Tagespresse, es schmückte die Titel wissenschaftlicher Monografien und bleibt bis heute unvergessen. Es ist allerdings irreführend und taugt sicher nicht als Symbol für die deutsch-polnischen Beziehungen in den letzten gut dreißig Jahren.

Kaum jemand erinnert sich nämlich an die Umstände des Jahres 1989. Auf der einen Seite war der Glaube des polnischen demokratischen Lagers, vieler Intellektueller und eines nicht geringen Teils der polnischen Öffentlichkeit, man könne im Verhältnis zum westlichen Nachbarn in eine Phase nicht nur der gutnachbarschaftlichen Beziehungen, sondern auch der Versöhnung eintreten – was immer dieser schwammige Begriff bedeuten mochte. Man beugte sich über den berühmten Brief der polnischen Bischöfe an ihre deutschen Amtsbrüder von Ende 1965, den man auf den Satz über das gegenseitige Vergeben reduzierte und dem man bis heute in Polen eine bahnbrechende Rolle zuschreibt. Man las erneut Jan Józef Lipskis vieldiskutierten *Moralessay Zwei Vaterländer – zwei Patriotismen* aus dem Jahr 1981. Es herrschte die nur teilweise richtige Auffassung, die Regierung der Volksrepublik habe das Problem des westdeutschen Revisionismus für ihre innenpolitischen Zwecke instrumentalisiert, die kommunistische Propaganda habe das antideutsche Schreckgespenst heraufbeschworen und das Problem des Revisionismus in der BRD aufgebauscht.

Die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Eliten hätten unterdessen beunruhigt sein müssen angesichts der noch wenige Wochen und Monate vor Helmut Kohls historischem Polen-Besuch formulierten Positionen einflussreicher westdeutscher Politiker. In den 1980er-Jahren mangelte es nicht an Reden von Ministern der Regierung Kohl, in denen die polnische Westgrenze infrage gestellt wurde (sie waren in den Medien der Volksrepublik Gegenstand von Berichten und ausführlichen Kommentaren), und auch im Sommer 1989 gab es noch derartige Auftritte. Am 2. Juli 1989 sagte der damalige Bundesfinanzminister Theo Waigel auf dem Treffen der schlesischen Landsmannschaften, zur ungelösten „deutschen Frage gehören auch die ostdeutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße“.¹ Der nationalkonservative Flügel der westdeutschen Christdemokratie torpedierte auch den Plan von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, zu den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen nach Danzig zu reisen. Man fürchtete, Weizsäcker könnte während des Gedenkens auf der Westerplatte zu weit gehen und von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes sprechen. Die Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft teilte diese Auffassung. Laut einer Umfrage des Wickert-Instituts vom Januar 1989 waren 56 Prozent der befragten Deutschen gegen einen Danzig-Besuch des Bundespräsidenten am 1. September 1989.

Helmut Kohls Bemühungen um die Wiedervereinigung (1989/1990) gingen einher mit einem Lavieren in der Frage der Anerkennung der polnischen Westgrenze. Auf ebenso rücksichtslose wie effektive Weise gelang es dem Bundeskanzler, die Frage der Entschädigungen für die Opfer des Zweiten Weltkriegs und der deutschen Besatzung unter den Teppich zu kehren. Vor allem gelang es Kohl, dem US-Präsidenten George H. W. Bush (Treffen in Camp David am 24./25. Februar 1990) weiszumachen, Polen habe bereits „große Summen“ aus dem Gesamtbetrag von mehr als 100 Milliarden DM erhalten, die die Bundesrepublik nach dem Krieg zur partiellen Wiedergutmachung für Kriegsverbrechen an diverse

¹ Zitiert nach: Malinowski, Krzysztof: *Polityka Republiki Federalnej Niemiec wobec Polski w latach 1982–1991*, Poznań 1997, S. 209 (A.d.Ü.: Deutscher Wortlaut nach *Blätter für deutsche und internationale Politik* 34, 1989, S. 1021).

Länder gezahlt hatte. In Wahrheit hatte Polen bis 1990 lediglich rund ein Promille dieser 100 Milliarden DM von der Bundesrepublik erhalten. Bundeskanzler Kohl versuchte sogar, die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch die Bundesrepublik Deutschland an eine Erklärung Polens zu knüpfen, dass der von der stalinistischen Regierung Bolesław Bierut am 23. August 1953 erklärte Verzicht auf deutsche Reparationszahlungen seine Rechtskraft behalte.

Als deutsch-polnisches „Vertragswerk“ der Jahre 1990–1991 gelten der Grenzvertrag vom November 1990 und der Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991. Übersehen wird dabei der Notenwechsel vom 16. Oktober 1991 (Żabiński-Kastrup-Vertrag), der die Gründung der Stiftung Deutsch-Polnische Aussöhnung besiegelte. Diese verfügte über eine Summe von gerade einmal 500 Millionen DM, die an einen Teil (ja, nur einen Teil) der – wie es im Dokument hieß – „Opfer nationalsozialistischer Verfolgung“ ausbezahlt werden sollten. Die deutsche Regierung zwang somit die polnische Regierung, sich mit einem Betrag abzufinden, der heutigen 200–250 Millionen Euro entspricht. Für den Namen der für die Auszahlung zuständigen Institution hielt man es für angemessen, sich des Worts „Aussöhnung“ zu bedienen. Ausgeschlossen aus der Gruppe der Entschädigungsberechtigten wurden unter anderem Hunderttausende damals noch lebende ehemalige polnische Zwangsarbeiter, die Sklavenarbeit für das Dritte Reich hatten leisten müssen – antragsberechtigt waren nur Personen, die für mindestens sechs Monate nach Deutschland deportiert oder vor Vollendung des 16. Lebensjahrs an ihrem Wohnort zur Arbeit gezwungen worden waren. Die polnische Regierung verpflichtete sich im Żabiński-Kastrup-Vertrag, etwaige Bemühungen polnischer Staatsbürger um eine individuelle Entschädigung durch die Bundesregierung nicht zu unterstützen.

Im deutsch-polnischen Kontext wurde das Substantiv „Aussöhnung“ – das sich auf das historische Gedächtnis bezieht – in den folgenden Jahren hin- und her dekliniert. Schon drei Jahre nach der Unterzeichnung des Vertrags vom 17. Juni 1991 sprach der deutsche Polen-Korrespondent Klaus Bachmann in einem Artikel von

„Versöhnungskitsch“.² Der Begriff wurde so inflationär verwendet, dass er zur inhaltslosen, leeren Floskel verkam.

Nach dem Umbruch des Jahres 1989 wurde in Polen – infolge eines gewissen „Überdrusses“ an „martyrologischen“ Themen – die Forschung zur Geschichte der deutschen Besatzung 1939–1945 weitgehend eingestellt. Es herrschte die irrige Auffassung, die polnische Geschichtsschreibung habe auf diesem Gebiet bereits so viel geleistet, dass man die Beschäftigung mit dem Thema ohne Schaden für die Wissenschaft deutlich reduzieren könne. Im allgemeinen Klima der „Versöhnung“ galt sie als geradezu „altmodisch“. Aus nachvollziehbaren Gründen wandte sich ein großer Teil der Berufshistoriker den „weißen Flecken“ zu: Es begann die breit angelegte Forschung zur Geschichte der sowjetischen Besatzung und zu den sowjetischen Verbrechen, vor allem aber zur Geschichte des kommunistischen Regimes in Polen (1944–1989). Außerdem widmete man sich der eingehenden Erforschung der „Lücken“ in der deutsch-polnischen Nachkriegsgeschichte. In Polen erschienen zahlreiche wertvolle Monographien, mehrbändige Dokumenteneditionen (insbesondere die in den Jahren 2000/2001 publizierte vierbändige Reihe *Niemcy w Polsce 1945–1950* [Deutsche in Polen 1945–1950]), populärwissenschaftliche Werke oder Reportagen zur Aussiedlung der deutschen Bevölkerung aus Polen, zu den 1945 von Polen an Deutschen begangenen Verbrechen, zur Lage der deutschen Minderheit in der Volksrepublik Polen (deren Existenz in der Volksrepublik bis in die 1980er-Jahre hinein negiert wurde) oder auch zum deutschen Kulturerbe in den 1945 zu Polen gekommenen Gebieten. Auf letztgenanntem Gebiet spielten das Instytut Zachodni (Westinstitut) in Poznań und die Forschungsgruppe von Zbigniew Mazur eine bedeutende Rolle. 2001 erschien unter dem Titel *Niespokojne sumienie* [Unruhiges Gewissen] die polnische Übersetzung der Erinnerungen von Herbert Hupka – eine gewisse Ironie der Geschichte, galt

² Bachmann, Klaus: *Die Versöhnung muss von Polen ausgehen*, in: *taz*, 05.08.1994; Bachmann, Klaus: *Niemieccy rewanżyści i polski antysemityzm, czyli kicz pojednania. Marnowane szanse dialogu*, in: *Rzeczpospolita*, 22.11.1994.

doch in der Volksrepublik der Verfasser zusammen mit Herbert Czaja als Verkörperung des antipolnischen Revisionismus.

Aus heutiger Sicht ist deutlich erkennbar, wie sehr die polnische Geschichtsschreibung drei Jahrzehnte lang die Forschung zur Geschichte der deutschen Besatzung der Jahre 1939–1945 vernachlässigte. An den polnischen Hochschulen und historischen Instituten wandte man sich massenhaft von diesem Gegenstand ab. Es gab nur wenige löbliche Ausnahmen (etwa die sehr guten Darstellungen der Besatzungsgeschichte Pommerellens, Oberschlesiens oder des Bezirks Radom). Lange wurde das Thema auch vom Institut für Nationales Gedenken (Instytut Pamięci Narodowej, IPN), dessen Wirken der polnische Staat mit enormen Summen finanzierte und finanziert, allenfalls stiefmütterlich behandelt. Erst in den letzten Jahren wurde die IPN-Direktion auf diesen Missstand aufmerksam und bestimmte einen Teil der Institutsmittel für die Erforschung der deutschen Verbrechen in Polen. Publiziert werden allerdings überwiegend kleinere Beiträge, aber keine Pendants zu den großen, in jahrzehntelanger Arbeit entstandenen Werken von Czesław Madajczyk (Institut für Geschichte der Polnischen Akademie der Wissenschaften), Czesław Łuczak (Adam-Mickiewicz-Universität Poznań) oder Edward Serwański (Westinstitut in Poznań), die in kommunistischer Zeit entstanden und trotz ihres unbestrittenen Werts einer grundlegenden Verifizierung sowie der Ergänzung durch zusätzliche Forschungen in deutschen Archiven und vor allem durch neue methodologische Zugänge bedürfen.

In der Bundesrepublik Deutschland hingegen waren die während der Besatzungszeit an der polnischen Bevölkerung begangenen deutschen Verbrechen jahrzehntelang der Öffentlichkeit kaum bekannt, nur ein recht kleiner Kreis von Forschern befasste sich mit ihnen. Daran änderte sich nach 1989 nichts. Es erschienen überwiegend kurze Aufsätze, und in der Forschung zur Geschichte der deutschen Besatzung in Polen dominierte die Auslöschung der jüdischen Bevölkerung. Nicht von ungefähr gab Daniel Brewing seinem 2016 in Deutschland erschienenen Buch über die deutschen Massaker an der polnischen Zivilbevölkerung den Titel *Im Schatten von*

Auschwitz.³ Tatsächlich ist der deutsche Blick auf die Geschichte der besetzten polnischen Territorien stark auf den Holocaust fokussiert.

Für Aufsehen sorgte in Polen der (seinerzeit in Deutschland kaum wahrgenommene) Lapsus des damaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, der vor dem Abflug zu den Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag des Ausbruchs des Warschauer Aufstands sagte, er reise nach Polen, um des Ausbruchs des (mehr als ein Jahr früher ausgebrochenen) Aufstands im Warschauer Ghetto zu gedenken. Die während der Besatzung an den Polen begangenen Verbrechen rückten im historischen Gedächtnis der Deutschen immer weiter in den Hintergrund. Noch im Herbst 2021 erwähnte Außenminister Heiko Maas in einer Rede vor dem Deutschen Bundestag, dass eine Tageszeitung über seine Warschau-Reise anlässlich der Feierlichkeiten zum Ausbruch des Warschauer Aufstands geschrieben habe, er besuche eine Gedenkfeier zum Aufstand im Warschauer Ghetto.

Der ehemalige Direktor des Deutschen Polen-Instituts, Dieter Bingen, formulierte im November 2020 im *Tygodnik Powszechny* die provokante These: „Polen, seit tausend Jahren Deutschlands östlicher Nachbar, und seine Bürger sind in der deutschen Wahrnehmung aller NS-Opfer heute Opfer zweiter Klasse“.⁴ In der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland müsse man lange nach Fällen suchen, in denen Deutsche wegen Verbrechen an der polnischen Zivilbevölkerung verurteilt worden seien, ohne dass ein Zusammenhang zum Massenmord an der jüdischen Bevölkerung bestanden habe. Weiter schrieb er: „[...] in der öffentlichen Debatte in Deutschland lassen sich regelmäßig Versuche beobachten, wenigstens einen Teil der Verantwortung von sich zu schieben, indem man nach etwas sucht, das man den deutschen Verbrechen in Polen entgegenstellen könnte. Manche verweisen dazu auf die Politik der Zweiten Republik gegenüber der deutschen Minderheit,

³ Brewing, Daniel: *Im Schatten von Auschwitz. Deutsche Massaker an polnischen Zivilisten 1939–1945*, Darmstadt 2016; poln. Ausgabe: *W cieniu Auschwitz. Niemieckie masakry polskiej ludności cywilnej 1939–1945*, Poznań 2019.

⁴ Bingen, Dieter: *Puste miejsce*, in: *Tygodnik Powszechny*, 16.11.2020, <https://www.tygodnikpowszechny.pl/puste-miejsce-165621>.

andere auf die Nachkriegsvertreibung von Millionen Deutschen aus ihrer Heimat, die an ihnen geübte Rache und den Verlust der historischen deutschen Ostgebiete.“

Das letztgenannte Ereignis – das in der Bundesrepublik konsequent „Vertreibung“ genannt wird – überdeckte in der deutschen Wahrnehmung lange die am polnischen Volk begangenen Verbrechen. Vor diesem Hintergrund gibt es selbst in demjenigen Teil der deutschen Eliten, der im Geiste der „Versöhnung“ eine Verständigung mit Polen anstrebt, den eigentümlichen Reflex, eine Art Symmetrie des Unrechts zu konstruieren. Das führt zu einer – vermutlich unbewussten – Relativierung des Massenmords an der polnischen Bevölkerung während der deutschen Besatzung. Eine in Polen tätige deutsche Stiftung schrieb in einer Veranstaltungseinladung anlässlich des 30. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags von 1991 euphemistisch: „Das polnisch-deutsche Verhältnis war ein wechselvolles in den letzten 100 Jahren. Es war geprägt von Auseinandersetzungen, aber auch von Annäherungsversuchen.“ Dies ist nur ein Beispiel für die Ignoranz gegenüber der polnischen Erinnerung an die Hölle des Kriegs und der deutschen Besatzung und für den Mangel an Einfühlungsvermögen in das Empfinden des östlichen Nachbarn.

Umso beeindruckender wirkt vor dem Hintergrund des deutschen Unwissens über die an den Polen begangenen Verbrechen die Erinnerung der deutschen Öffentlichkeit an die „Vertreibungen“. In den 1990er-Jahren wurden nach den Ereignissen von Srebrenica in Deutschland durch und durch ahistorische Parallelen zwischen der Umsiedlung der deutschen Bevölkerung nach dem Krieg und den „ethnischen Säuberungen“ auf dem Gebiet des zerfallenden Jugoslawien gezogen. Im deutschen historischen Gedächtnis rückte in den Hintergrund, dass die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz bezüglich der Aussiedlung der deutschen Bevölkerung nicht von Polen getroffen wurden, sondern von den „Großen Drei“ – darunter die demokratisch gewählten Führer der Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritanniens –, und in der Wirklichkeit des Jahres 1945 keine größeren Kontroversen hervorriefen.

In Polen registrierte man mit wachsender Sorge und Empörung Initiativen des Bundes der Vertriebenen (BdV), die an die aus polnischer Sicht kuriose, fünf Jahre nach Kriegsende in Stuttgart verabschiedete Charta der deutschen Heimatvertriebenen anknüpften. Schlimmer noch, auch der Deutsche Bundestag griff in mehreren Resolutionen (23. Juni 1994, 28. Februar 1997 und 29. Mai 1998) die Frage der „Vertreibung“ auf. In der Resolution vom Mai 1998 wird sie sogar als „Unrecht“ und „völkerrechtswidrig“ bezeichnet, was sich als Infragestellung des polnischen Rechtsanspruchs auf die 1945 gewonnenen Gebiete interpretieren ließe. Der Bundestag forderte die Regierung auf, „sich [...] im Dialog mit den Regierungen unserer östlichen Nachbarstaaten für die legitimen Interessen der Heimatvertriebenen einzusetzen“.⁵ Immer deutlicher präsentierten sich die Deutschen in der Rolle von Opfern des Zweiten Weltkriegs, denen vonseiten der Polen und Tschechen Unrecht zugefügt wurde. Auf die zitierte Bundestagsresolution antwortete der Sejm am 3. Juli 1998 mit einer Erklärung, in der er auf die „Zweideutigkeiten“ und „gefährlichen Tendenzen“ in der Entschließung des deutschen Parlaments verweist, die als Infragestellung der „Unverletzlichkeit der politischen Grenzen sowie der polnischen Eigentumstitel an Immobilien“ aufgefasst werden konnten.⁶

Auf deutscher Seite kristallisierte sich die Forderung nach einem Gedenkort für die „Vertreibungen“ heraus, aus der schließlich das Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen in Berlin hervorging, das am 29. Mai 1999 von der damaligen BdV-Vorsitzenden Erika Steinbach (die als CDU-Abgeordnete im Jahr 1990 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze gestimmt hatte) vorgestellt wurde. Es erstaunt

⁵ Mazur, Zbigniew: *Centrum przeciwko Wypędzeniom (1999-2005)*, Poznań 2006, S. 83 (A.d.Ü.: Deutscher Wortlaut nach: <https://www.blaetter.de/ausgabe/1998/august/der-zusammenarbeit-polens-und-deutschlands-nicht-dienlich>).

⁶ *Oświadczenie Sejmu Rzeczypospolitej Polskiej z dnia 03.07.1998 w sprawie rezolucji Bundestagu „Wypędzeni, przesiedleńcy i mniejszości niemieckie są pomostem między Niemcami i ich wschodnimi sąsiadami“ z dnia 29.05.1998*, https://orka.sejm.gov.pl/proc3.nsf/uchwaly/456_u.htm (A.d.Ü.: Deutscher Wortlaut nach: <https://www.blaetter.de/ausgabe/1998/august/der-zusammenarbeit-polens-und-deutschlands-nicht-dienlich>).

nicht, dass dieses Projekt in Polen als Versuch einer Neuschreibung der Geschichte auf Ablehnung stieß, da Polen in dem geplanten Zentrum als Land, das von der „Vertreibung“ der Deutschen profitierte, in besonders schlechtem Licht erscheinen sollte. Wenig später folgte die Forderung der mit dem BdV verbundenen Preußischen Treuhand von Rudi Pawelka, Polen solle für die Verluste der „Vertriebenen“ materielle Entschädigung leisten. In diesem Klima forderte der polnische Sejm am 10. September 2004 die polnische Regierung in einer mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten Resolution dazu auf, gegenüber der deutschen Regierung die Frage von Kriegsreparationen anzusprechen. Die Resolution wurde von der damaligen Linksregierung Marek Belka (mit Włodzimierz Cimoszewicz als Außenminister) ungewöhnlich scharf kritisiert und die Frage der Reparationen/Entschädigungen fallengelassen, bis sie 2017 von Jarosław Kaczyński auf einem Treffen der zwei Jahre zuvor an die Regierung gekommenen Partei Prawo i Sprawiedliwość (Recht und Gerechtigkeit, PiS) aufgegriffen wurde. Interessanterweise blieb die Eröffnung des Dokumentationszentrums „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ im Juni 2021, mit dem nach über zwanzig Jahren und nach der Absetzung Erika Steinbachs die Idee eines Berliner Zentrums gegen Vertreibungen Wirklichkeit wurde, in Polen weitestgehend unkommentiert. Auch begleitende Aussagen wie etwa die Feststellung der Direktorin des Zentrums, Gundula Bavendamm, dass die „Vertreibung durch die Alliierten und die ostmitteleuropäischen Staaten in Folge des Zweiten Weltkriegs ein Unrecht“⁷ gewesen sei, provozierten keine größeren Reaktionen.

Nach dem Erscheinen von Jan Tomasz Gross' Buch *Sąsiedzi* (2000, dt. *Nachbarn*, 2001) wurde in Deutschland das Bild der Polen im Zweiten Weltkrieg immer negativer, was sich auch in der Massenkultur niederschlug. Der deutsch-tschechische Film „Der letzte Zug“ (2006)

⁷ Szymański, Wojciech: *Ucieczka, Wypędzenie, Pojednanie. Muzeum w Berlinie gotowe*, in: *Deutsche Welle*, 19.06.2021, <https://www.dw.com/pl/ucieczka-wyp%C4%99dzenie-pojednanie-muzeum-w-berlinie-gotowe/a-57958599> (A.d.Ü.: Deutscher Wortlaut nach: <https://www.br.de/nachrichten/kultur/dokumen-tations-zentrums-flucht-vertreibung-versoehnung,Saxtirz>).

zeigte die Polen als dem Leiden der Juden gegenüber indifferente Antisemiten, während sich die dargestellten Wehrmachtsoffiziere den SS-Leuten entgegenstellten und die Juden in Schutz nahmen. Größere Bekanntheit erlangte freilich der TV-Mehrteiler „Unsere Mütter, unsere Väter“ (2013), der auch im polnischen öffentlich-rechtlichen Fernsehen (TVP) ausgestrahlt wurde. Die Soldaten der Heimatarmee erschienen hier als finstere Banditen, die Jagd auf Juden machen. Die Boulevardzeitung *Bild* veröffentlichte parallel zur Serie „populärwissenschaftliche“ Kommentare des bekannten deutschen Historikers Ralf Georg Reuth, die von antipolnischen Denkmustern strotzten. Im Gespräch mit einem TVP-Korrespondenten erwiderte einer der wissenschaftlichen Konsultanten der Serie, der in Deutschland geschätzte Historiker Julius H. Schoeps, den Vorwurf der verzerrten Darstellung der Heimatarmee mit einem gönnerhaften Lächeln und der Feststellung, die Heimatarmee sei schließlich eine antisemitische Formation gewesen, Hilfe hätten die Juden in Polen von Mitgliedern kommunistischer Organisationen bekommen.

Ein Kreis von Polen wohlgesonnenen Persönlichkeiten startete 2017 eine Initiative zur Errichtung eines sogenannten „Polendenkmals“ für die Opfer der deutschen Aggression und Besatzung 1939–1945 im Zentrum Berlins. Die Debatte um das Projekt in den deutschen Medien dauerte drei Jahre. Die Gegner eines solchen Denkmals brachten die unterschiedlichsten Argumente vor: Es gebe schon zu viele Denkmäler in Berlin, die Errichtung von Denkmälern sei anachronistisch, der polnischen Opfer würde in Deutschland schon ausreichend gedacht, das Gedenken an eine einzige Nation bedeute eine „Nationalisierung des historischen Gedächtnisses“, im Falle der Errichtung eines Polendenkmals würden auch andere Nationen eigene Denkmäler fordern, die Polen seien nicht nur Opfer, sondern auch Täter gewesen (Jedwabne 1941!). Es wurde sogar argumentiert, die Errichtung eines Denkmals für die von Deutschen getöteten Polen käme einer Unterstützung der in den deutschen Eliten ungeliebten PiS-Regierung gleich. Während ich diesen Text schreibe, im Sommer 2021, ist offen, ob das Polendenkmal entsteht. Der Bundestag verabschiedete am 30. Oktober 2020 einen Be-

schluss zur Errichtung eines Gedenkorts für die polnischen Opfer der deutschen Besatzung der Jahre 1939–1945.⁸ Es gab keine Gegenstimmen, die Alternative für Deutschland (AfD) enthielt sich.

Für große Irritation und Empörung sorgte in der Bundesrepublik das erneute Aufgreifen der Frage deutscher Reparationen/Entschädigungen durch den PiS-Vorsitzenden Kaczyński. In diesem Punkt vertraten und vertraten die Bundesregierungen von Konrad Adenauer bis Angela Merkel eine eindeutige Haltung: Die Frage von Reparationen/Entschädigungen für die Jahre 1939–1945 sei juristisch abgeschlossen, seit am 23. August 1953 die kommunistische Marionettenregierung Bolesław Bierut gemäß dem Wunsch des Kremls auf Reparationen von Deutschland verzichtete. In den deutschen Medien herrschte die Auffassung, Polen habe von der Bundesrepublik einen ausreichend hohen finanziellen Ausgleich für die Opfer der deutschen Besatzung erhalten. In Wirklichkeit betrug die Gesamtsumme aller diesbezüglicher Zahlungen gerade einmal 6-10 Milliarden Zloty (einschließlich der Beträge, die Deutschland nach außerordentlich schwierigen Verhandlungen als „humanitäre Hilfe“ den noch lebenden ehemaligen polnischen Zwangsarbeitern zu zahlen bereit war), was eine verblüffend niedrige Summe ist.⁹ Dabei vergisst man in Deutschland, dass die 1945 in Potsdam an Polen übergebenen Gebiete östlich der Oder-Neiße-Linie nicht Teil von Kriegsreparationen waren, sondern von den Großen Drei als (auf Kosten des Deutschen Reichs vollzogene) Rekompensation für die von der UdSSR annektierten Ostgebiete der Republik Polen (etwa die Hälfte des Staatsterritoriums vor 1939) bestimmt waren. Die unnachgiebige Haltung Berlins in der Entschädigungsfrage steht in entschiedenem Widerspruch zur deutschen Versöhnungsrhetorik und zur Betonung der Bedeutung ethischer Werte in der Außenpolitik. Bun-

⁸ Der angenommene Antrag: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/237/1923708.pdf>.

⁹ Der CDU-Abgeordnete Karl-Georg Wellmann nannte in einem „An die polnischen Freunde“ adressierten Beitrag in der *Gazeta Wyborcza*, 12.09.2017, die Summe von insgesamt 2,6 Mrd. Euro, die Deutschland an polnische Staatsbürger gezahlt habe, <https://wyborcza.pl/7,75968,22362011,placimy-przepraszamy-pomagamy-niemiecpisze-do-przyjaciol.html>.

despräsident Frank-Walter Steinmeier hielt am 1. September 2019 bewegende Reden in Wieluń und Warschau; drei Wochen später erklärte er in einem Interview mit dem italienischen *Corriere della Sera*, man solle sich nicht „in einer rückwärtsgewandten Debatte um Reparationen [...] verlieren“.¹⁰

Allerdings muss aber auch gesagt werden, dass in Polen die öffentliche Meinung hinsichtlich des Umgangs mit der deutsch-polnischen Vergangenheit geteilt ist. Man könnte die Feststellung wagen, dass sich gegenwärtig die Trennlinie mehr oder weniger mit der politischen Spaltung in das Regierungslager (Vereinigte Rechte) und die linksliberale Opposition deckt. Nach Auffassung Letzterer sollen Fragen der Vergangenheit in den Hintergrund rücken, stattdessen solle man im deutsch-polnischen Verhältnis in die Zukunft blicken. Ein polnischer Publizist bezeichnete die Forderung nach Entschädigungen von Deutschland sogar als unmoralisch.¹¹

Die vom Regierungslager kontrollierten öffentlich-rechtlichen Medien sowie die PiS-nahe Presse betreiben eine offensichtliche und aufdringliche antideutsche Propaganda auf niedrigem Niveau, die sich auf die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg bezieht. Die Bezugnahme auf antideutsche Ressentiments hat den Zweck, Oppositionspolitiker (insbesondere Donald Tusk) und regierungskritische Journalisten zu diskreditieren. Politiker des Regierungslagers und regierungsnahe rechte Journalisten suggerieren regelmäßig, die Bundesrepublik betreibe bewusst eine gegen Polen gerichtete Geschichtspolitik, deren Ziel es sei, die deutsche Schuld an der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs und die während der Besatzungszeit an den Polen begangenen Verbrechen zu relativieren.

¹⁰ Valentino, Paolo: *Interview mit der italienischen Tageszeitung Corriere della Sera*, 18.09.2019, in: Bundespräsident, <https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Interviews/2019/190918-Italien-Corriere-della-Sera.html>.

¹¹ Wóycicki, Kazimierz: *Kazimierz Wóycicki o kampanii w sprawie reparacji wojennych*, in: *Rzeczpospolita*, 15.08.2017, <https://www.rp.pl/Rzecz-o-polityce/308159966-Kazimierz-Woycicki-o-kampanii-w-sprawie-reparacji-wojennych.html>.

Vor diesem Hintergrund sind Fragen, die mit der gemeinsamen Vergangenheit unserer beiden Nationen zu tun haben, nicht nur Teil des deutsch-polnischen Dialogs, sondern auch Gegenstand innerpolnischer Debatten. Während aber in Polen diese Debatten sehr leidenschaftlich geführt werden, ist auf deutscher Seite kein größeres Interesse an der Vergangenheit des östlichen Nachbarn zu erkennen. Auch seine Gegenwart wird in den deutschen Medien überaus schematisch dargestellt. Polen wird als peripheres und wenig interessantes Land wahrgenommen, und der deutsche Massenmord am polnischen Volk in den Jahren 1939–1945 bleibt praktisch unbekannt.

Autorinnen und Autoren

Univ.-Prof. Dr. habil. Magdalena Bainczyk, Promotion an der juristischen Fakultät der Universität Heidelberg, Professorin an der Fakultät für Recht und Verwaltung der Krakauer Akademie, Chefanalystin des Westinstituts für deutsches öffentliches Recht und EU-Recht. Zahlreiche Veröffentlichungen auf Polnisch, Englisch und Deutsch zur Rechtsprechung des EuGH und von Verfassungsgerichten im Bereich europäische Integration, zum deutschen Rechtswesen und zu rechtlichen Aspekten der deutsch-polnischen Beziehungen.

Rafał Bartek, seit 2018 Vorsitzender des Regionalparlaments der Woiwodschaft Opeln und seit 2015 Vorsitzender der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Oppelner Schlesien. Seit 2005 Mitglied der gemeinsamen Kommission der nationalen und ethnischen Minderheiten und der Regierung, 2012–2018 ihr Vorsitzender. 2008–2015 war er Geschäftsführer des Hauses der deutsch-polnischen Zusammenarbeit.

Heinrich Brauß, Generalleutnant a. D. der Bundeswehr, 2013–2018 Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung und Vorsitzender des *Defence Policy and Planning Committee* des Nordatlantikrats. Er hatte somit im Internationalen Stab der NATO die Federführung inne für die verteidigungspolitische Neuausrichtung der Allianz nach der Aggression Russlands gegen die Ukraine 2014. Er war damit auch für die Vorbereitung der verteidigungspolitischen Aspekte der NATO-Gipfeltreffen in Wales 2014, Warschau 2016 und Brüssel 2018 zuständig. Seit Ende 2018 ist Brauß *Senior Associate Fellow* der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin sowie Mitglied des Vorstands der Deutschen Atlantischen Gesellschaft.

Stephan Erb, seit 2008 Geschäftsführer des Deutsch-Polnischen Jugendwerks in Potsdam. Er studierte Geschichte, Slavistik und Philosophie in Münster und Mainz. Seine beruflichen Stationen waren die Jugendbegegnungsstätte Kreisau, die Robert Bosch Stiftung in Stuttgart und der Berliner Förderverein für Jugend und Sozialarbeit.

Dr. Ernst Hillebrand, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Warschau. Nach einem Studium der Politikwissenschaft leitete er für die Friedrich-Ebert-Stiftung verschiedene Büros in Europa, Lateinamerika und Afrika, u. a. die Büros in London, Paris und Rom. Er war Herausgeber der Zeitschrift *Internationale Politik und Gesellschaft* und Leiter des Referats Mittel- und Osteuropa und des Referats Internationale Politikanalyse in der Zentrale der FES in Berlin.

Univ.-Prof. Dr. habil. Jarosław Jańczak, Politologe mit dem Schwerpunkt European Studies, tätig am Institut für Internationale Beziehungen der Fakultät für Politikwissenschaften und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität in Poznań (Posen), akademischer Mitarbeiter an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt (Oder). Verbunden mit dem Collegium Polonicum. Seine wissenschaftlichen Interessen liegen im Bereich Grenze und Grenzregionen im Kontext europäischer Integrationsprozesse (*Debordering* und *Rebordering*, *Cross-Border Governance*, europäische Integration in der Mikroperspektive, grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Europa). Er hat zahlreiche wissenschaftliche Artikel verfasst, nahm an vielen wissenschaftlichen Konferenzen teil, war Gastdozent an mehreren Universitäten in Europa, Amerika und Asien.

Thomas Kralinski, studierte Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und Osteuropawissenschaft in Leipzig und Manchester und ist heute Vorstandsmitglied des Berliner Thinktanks „Das Progressive Zentrum“. 2016–2018 Chef der Staatskanzlei in Brandenburg sowie 2014–2016 und 2018–2019 Staatssekretär für Bundesangelegenheiten, Internationale Beziehungen, Medien und Digitalisierung des Landes Brandenburg.

Dr. Kai-Olaf Lang, Senior Fellow in der Forschungsgruppe EU/Europa der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Davor arbeitete er im Bundesinstitut für internationale und ostwissenschaftliche Studien (BIOst) in Köln. Er studierte Public Administration, seinen Dokortitel erwarb er in der Politikwissenschaft. Schwerpunkte seiner Forschung sind Mittel- und Osteuropa, baltische Staaten, EU-Erweiterungspolitik, Europäische Union und die Östliche Partnerschaft.

Prof. Dr. habil. Krzysztof Malinowski, Historiker und Politologe, stellvertretender Direktor des Westinstituts in Poznań (Posen). Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Politikwissenschaften und Journalismus der Adam-Mickiewicz-Universität Posen. Verfasser und Redakteur wissenschaftlicher Monografien zu den gegenwärtigen deutsch-polnischen Beziehungen sowie zur Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands.

Dr. Marta Neüff, Vorstandsvorsitzende des Polnischen Sozialrats, seit über zehn Jahren engagiert in Migrant_innenselbstorganisationen. Sie ist Mitglied mehrerer Beiräte und Teilnehmerin des Integrationsgipfels der Bundeskanzlerin. Ihre Expertise liegt in den Bereichen EU-Binnenmigration, Antirassismus und Wohlfahrtspflege.

Dr. habil. Sebastian Plóciennik, Chefanalyst und Spezialist für die Wirtschaft Deutschlands im Zentrum für Oststudien (OSW) in Warschau, Professor für Wirtschaft an der Vistula-Universität in Warschau. Bis September 2021 leitete er das Programm zum Weimarer Dreieck am Polnischen Institut für Internationale Angelegenheiten (PISM), 2015–2017 war er Ko-Vorsitzender des Vorstands der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit (SdpZ). Er studierte Jura an der Universität Wrocław (Breslau), promovierte und habilitierte sich auf dem Gebiet der Wirtschaftswissenschaften an der Wirtschaftsuniversität Breslau. Lehraufträge an Hochschulen in Deutschland, den USA, Südafrika, Kanada, Südkorea und Indien. Seine Forschungsschwerpunkte sind die deutsche Wirtschaft, wirtschaftliche Integrationsprozesse in Europa sowie Institutionenökonomik.

Dr. Kamila Schöll-Mazurek, Sprecherin des Polnischen Sozialrats in Berlin und Ko-Sprecherin des Vertreter_innenrates der Bundeskonferenz der Migrantenorganisationen, Sprecherin des Polnischen Bundesnetzwerk Partizipation und Soziales *Part Of Europe*. Akademische Mitarbeiterin am Zentrum für interdisziplinäre Polenstudien (Europa-Universität Viadrina) und Jean-Monnet-Dozentin. Sie ist wissenschaftliche Leiterin von zahlreichen Projekten zu Migration und Partizipation sowie sozialen Ungleichheiten.

Dr. Justyna Schulz, Germanistin und Wirtschaftswissenschaftlerin, Direktorin des Westinstituts in Poznań (Posen). Nach ihrer Promotion in Wirtschaftswissenschaften arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Europastudien der Universität Bremen. Berufliche Erfahrung auch als Politikberaterin im Europäischen Parlament. Veröffentlichungen zur wirtschaftlichen Transformation, zur sozialen Marktwirtschaft und zur Geldpolitik unter besonderer Berücksichtigung des Euro-Raums.

Adrian Stadnicki, Regionaldirektor Mittelosteuropa für die Visegrád-Gruppe (Polen, die Slowakei, Tschechien, Ungarn) und das Baltikum (Estland, Lettland und Litauen) beim Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft. Zuvor war er persönlicher Referent der Geschäftsführung des Osteuropaver eins (2016–2017). Er studierte an der Freien Universität Berlin Osteuropastudien und zuvor an der Universität Regensburg Politikwissenschaft, Europäisches Recht und polnische Philologie.

Dr. habil. Krzysztof Szewior, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für die Politik der Europäischen Union an der Fakultät für Politikwissenschaften und Internationale Studien der Universität Warschau. Er ist Mitglied der Polnischen Gesellschaft für Politikwissenschaften und der Polnischen Gesellschaft für Evaluation und wurde ins Komitee für Politikwissenschaften der Polnischen Akademie der Wissenschaften berufen (2016–2019). 2008–2019 Mitglied der Polnischen Akkreditierungskommission. Bei seiner außeruniversitären Arbeit ist er vor allem in der Akkreditierung und der Beratung von Hochschulen tätig. Seine Forschungsgebiete sind das Hochschulwesen und der Europäische Forschungsraum sowie soziale Sicherheit im europäischen Vergleich.

Prof. Dr. habil. Klaus Ziemer, em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Trier und der Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau. 1998–2008 war er Direktor des Deutschen Historischen Instituts Warschau. Er studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Latein in Heidelberg, München und Paris. Seine Forschungsschwerpunkte sind Transformation in den postkommunistischen Staaten, deutsch-polnische Beziehungen seit dem Zweiten Weltkrieg, Geschichtspolitik.

Prof. Dr. habil. Stanisław Żerko, Analyst am Westinstitut in Poznań (Posen), Lehrbeauftragter an der Marineakademie in Gdynia (Gdingen). Er beschäftigt sich mit der Geschichte der deutschen Außenpolitik und der deutsch-polnischen Beziehungen. Verfasser von Monografien sowie Herausgeber von vier Bänden der Reihe „Polnische diplomatische Dokumente“.

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**



Instytut Zachodni